

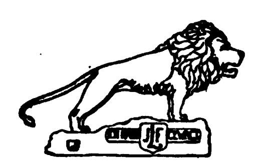


Geschichte der russischen Revolution

Von

Prof. Dr. Axel Frhrn. von Freytagh-Loringhoven

Erster Teil



J. F. Lehmanns Verlag / München
1919

Druck von Dr. F. P. Datterer & Cie. (Arthur Sellier) München-Freising.

Inhalt.

I. Der Umsturz.

1. Die Voraussetzungen.

Der ersten, im Jahre 1905 ausgebrochenen Revolution war die zarische Regierung Herr geworden. In Überschätzung der Kraft ihrer Gegner hatte sie zwar eine Verfassung bewilligt und durchgreifende Reformen versprochen. Aber nachdem sie im Dezember den bewaffneten Aufstand in Moskau niedergeworfen und danach im Reich Ordnung geschaffen hatte, gelangte sie zur Überzeugung, daß sie in ihren Zugeständnissen weiter gegangen war, als notwendig. Die erste Duma wurde aufgelöst und der aus Wiborg erlassene Aufruf der heimgeschickten Abgeordneten zu Steuer- und Rekrutenverweigerung verhallte wirkungslos. Die zweite Duma traf dasselbe Schicksal. Ein aufgezwungenes Wahlrecht sicherte der dritten eine regierungsfreundliche und arbeitswillige Mehrheit. Von politischen Reformen war nun kaum mehr die Rede, Stolypins nach preußischem Muster erdachte, mit vollendeter Schonungslosigkeit durchgeführte Agrarreform schien geeignet, einen seßhaften und konservativen Bauernstand ins Leben zu rufen und dadurch den revolutionären Bestrebungen den Boden zu entziehen. Denn hatten deren Träger den Bauern nicht hinter sich, so waren sie machtlos.

Aber die Rechnung trog. Mochte die Revolution auch schwächer sein, als sie in den Herbsttagen des Jahres 1905 geschienen hatte, mochten die Reihen ihrer Anhänger durch Kugel, Galgen und Kerker gelichtet sein, mochten die bürgerlichen Kreise ihr abgesagt haben, sie war nicht tot. Sie war zu besiegen, wenn ihrer äußeren Niederwerfung planmäßige, maßvolle Reformen folgten, wenn Rußland zu einem Rechtsstaat ausgebaut, wenn der Verwaltungsapparat modernisiert, die Beamtenschaft geistig und sittlich gehoben wurde, wenn eine weitausschauende Sozialgesetzgebung Platz griff, gesunde Grundlagen wirtschaftlicher Entwicklung geschaffen wurden.

Doch von alledem geschah nichts. Erst Beruhigung, dann Reformen — so lautete die von Stolypin ausgegebene und von seinen Nachfolgern aufgegriffene Losung. Aber die Beruhigung blieb aus und politischer und wirtschaftlicher Druck lasteten weiter auf dem Lande. Als der Weltkrieg losbrach, hatte die allgemeine Unzufriedenheit wieder einen Höhepunkt erreicht, wie zehn Jahre vordem. Die revolutionären Kreise, deren Organisation sich von neuem gefestigt hatte, arbeiteten unmittelbar auf den offenen Kampf hin. Im Juli gaben gewaltige Arbeitseinstellungen in Petersburg und Moskau, bei denen wirtschaftliche Forderungen nicht verlautbart wurden, der erregten Stimmung Ausdruck und niemand zweifelte daran, daß die Brandfackel der Revolution wieder auflodern würde.

Da kam der Krieg. Mit einem die englische Schule deutlich verratenden Geschick gelang es der Regierung, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, den Krieg zum Kreuzzug gegen deutsche Barbarei und preußischen Militarismus zu stempeln, das ganze Land um sich zu sammeln. Die Revolutionäre aber schwiegen. Sie erkannten die Stärke der Regierung und sie entsannen sich sehr wohl dessen, daß sie 1905 ihre Anfangserfolge zwar dem unglücklich verlaufenen Kriege gegen Japan zu verdanken gehabt, daß jedoch ihre Feinde hernach eine vernichtende Waffe aus ihrem unpatriotischen Verhalten zu schmieden verstanden hatten. So zogen sie es denn vor, mit dem Strome zu schwimmen in der Hoffnung, daß er sie trotz allem den Ufern des gelobten Landes zutragen würde.

Planmäßige Täuschung hielt die Stimmung lange aufrecht. Die Herbstkämpfe unter Warschau und Lodz waren glänzende Siege, Tannenberg und die Winterschlacht unbedeutende Scharmützel. Erst der Durchbruch von Gorlice mit all seinen Folgen öffnete der russischen Gesellschaft die Augen. Aber die volle Gefahr erkannte sie auch jetzt nicht. Der zu kurzer Tagung einberufenen Duma wurde Ssuchomlinow geopfert. Er allein und seine Anhänger trugen die Schuld, die Regierung als solche war guten Willens. Ihr sollte die Unterstützung des Volkes auch fernerhin werden. Und ein gewaltiger Aufschwung erfaßte das Land.

Doch er hielt nicht Stand. Die militärische Lage besserte sich

nicht, selbst Brussilows siegreicher Vormarsch in Galizien kam bald zum Stehen. Und die zuerst zur Hilfeleistung willig zugelassenen Kräfte der Gesellschaft, die Verbände der Landschaften und Städte, die Kriegs-Industrieausschüsse begannen der Bureaukratie bald lästig zu werden. Man empfand ihr Schalten als störend, witterte in ihnen einen Vortrupp der Revolution. Denn der Zusammenschluß der Selbstverwaltungskörper, der während des Krieges allenfalls geduldet werden konnte, bereitete für die kommende Friedenszeit eine Organisiertheit vor, die unmittelbar gefährlich schien. In den Industrieausschüssen aber saßen gewählte Vertreter der Arbeiterschaft, die dadurch allein zu Führern der kommenden Bewegung vorherbestimmt waren. Auch die Presse begann unbequem zu werden. Man bedurfte ihrer zur Aufrechterhaltung der Stimmung. Das stärkte ihr Selbstgefühl und gab ihr Mut, die inneren Zustände immer schärfer zu kritisieren.

An Stoff für solche Kritik aber mangelte es nicht. Die bureaukratische Organisation versagte immer offensichtlicher gerade in dem Punkt, der auch für den ruhigsten Bürger empfindlich ist. Es gelang nicht, die für die Versorgung des Heeres und der Großstädte notwendigen Lebensmittel beim Erzeuger zu erfassen, es gelang noch weniger, sie an den Bestimmungsort zu schaffen. Die Undichtigkeit des Eisenbahnnetzes, die Mangelhaftigkeit des rollenden Materials, die schlechte Ausbildung der Beamtenschaft, alles wirkte zusammen, um das Transportwesen in Unordnung zu bringen. Auch an Heizmaterial begann es zu fehlen, ein Umstand, unter dem die gesamte Industrie schwer zu leiden hatte. Das Dombrowobassin war vom Feinde besetzt, englische Kohle kam nicht ins Land, das Donezbecken aber genügte um so weniger, als mit der Ersetzung der freien Arbeiter durch Hilfsdienstpflichtige und Kriegsgefangene die Förderung ständig sank.

Die Teuerung im Lande wuchs und die rastlose Arbeit der Notenpresse führte zu unerhörter Entwertung des Geldes.

Bei Hofe und in den ihm nahestehenden Kreisen begann man die Wetterzeichen zu erkennen. Man spielte mit dem Gedanken an Reformen, man spielte mit dem Plan eines Sonderfriedens, der die bedrohte Monarchie retten konnte, solange das Heer noch nicht von aufrührerischer Propaganda zerfressen war. Aber man entschloß sich weder zu diesem, noch zu jenem. In einer von schwülem Mystizis-

mus durchsetzten Atmosphäre, unter der Leitung verdächtiger Dunkelmänner lebte man dahin, ohne den Mut zur Tat zu finden. Und schließlich griff man zu den alten erprobten Mitteln, die bisher scheinbar immer geholfen hatten. Man holte die Männer des Polizeiregimes aus der bureaukratischen Rumpelkammer, legte das Steuerruder in Goremykins, in Stürmers Hände. Man verbot und man strafte.

Rasputin wurde ermordet und die Gesellschaft jauchzte den Tätern zu.

Im November 1916 trat die Duma wieder zusammen. Es gab bewegte Sitzungen. Der während des Krieges gebildete Block der Mittelparteien ersparte der Regierung nichts. Und der Kadettenführer Miljukow erhob gegen den Ministerpräsidenten Stürmer die Anklage des Landesverrats, des Versuches, sich mit den feindlichen Mächten zu verständigen.

Stürmer mußte gehen. An seine Stelle trat nach kurzer Platzhalterschaft Trepows der Fürst Golitzyn, eine Null, und die Führung im Kabinett fiel Protopopow zu, dem einstigen oktobristischen Vizevorsitzenden der Duma, der auf Betreiben Rasputins Innenminister geworden war, demselben Protopopow, den seine früheren politischen Freunde offen als geisteskrank bezeichneten, den sie dann trotz seiner Ministerwürde aus der Fraktion ausschlossen. Zu Beginn des neuen Jahres gingen die letzten Minister, die sich in der Öffentlichkeit noch eines Ansehens erfreut hatten, der Reichsrat wurde durch Pairsschub völlig den Rechten ausgeliefert und zu seinem Vorsitzenden wurde der als gesinnungsloser Streber mehr noch, denn als Reaktionär verhaßte einstige Justizminister Schtscheglowitow ernannt.

2. Der Ausbruch.

Alle Hoffnung auf ein Einlenken der Regierung war geschwunden. Schon die ersten Wochen des neuen Jahres zeigten, daß nunmehr der Kampf gegen die Gesellschaft mit verstärkter Kraft einsetzen sollte. Zwar erließ der Zar ein Handschreiben an den Ministerpräsidenten, das zu wohlwollendem Verhalten der Duma gegenüber mahnte, das auch von der Notwendigkeit einer Verbesserung der Verpflegungs- und Transportverhältnisse sprach, das die Treue gegen die Bundesgenossen betonte. Doch niemand

sah darin anderes, als leere Worte, wie sie so oft schon gesprochen waren. Es konnte auch nichts anderes darin gesehen werden, da Fürst Golitzyn die erste Gelegenheit ergriff, um die Unmöglichkeit staatsrechtlicher Experimente — gemeint war die Einführung des Parlamentarismus — zu betonen, ohne zugleich andere Wege zu weisen und da er ohne sachliche Veranlassung die Wiedereinberufung der Duma um einen vollen Monat verschob. Zudem setzte nun Protopopow mit voller Energie ein. Die Moskauer Stadtwahlen, die eine liberale Mehrheit ergeben hatten, hatte er um eines angeblichen Formfehlers willen schon vor Neujahr kassiert. Jetzt wurden Arbeitervereine geschlossen, der kommandierende General in Petersburg, Chabalow, ergriff Maßnahmen gegen die Arbeitervertreter im Haupt-Kriegs-Industrieausschuß, dem Roten Kreuz wurden Schwierigkeiten wegen seiner jüdischen Angestellten bereitet, dem Verbande der Landschaften das Budget gekürzt, eine Einengung des Städteverbandes ins Auge gefaßt. Kurz, es wurde ein planmäßiger Feldzug gegen alles eröffnet, was in Rußland unter dem Namen der Gesellschaft zusammengefaßt wird, ein Feldzug, wie er selbst vor 1905 kaum gelingen konnte, nunmehr aber vollends eine Unmöglichkeit darstellte.

Immer deutlicher wurde es, daß eine Katastrophe nahe bevorstand. Auch Protopopow mag das erkannt haben und wenn nicht alles täuscht, wollte er ihren Ausbruch beschleunigen, um die unvermeidlich scheinende Erhebung niederzuschlagen, bevor ihre Kräfte unüberwindlich geworden. Das Beispiel des Admirals Dubassow, der den Moskauer Aufstand im Dezember 1905 bewußt hervorrief, um ihn zu besiegen und der damit für diesesmal den Kampf zwischen Monarchie und Revolution entschied, mag ihm vorgeschwebt haben. Daß die Zeiten andere waren, die Massen viel tiefer revolutioniert, an die Stelle der aktiven Garden Ersatzbataillone aus Landsturmleuten getreten waren, das verkannte der kranke Phantast.

Die Erregung wuchs. Kurz, bevor die Duma zusammentrat, am 22. Februar 1917, holte Protopopow zu einem Hauptschlage aus: er ließ die Arbeitervertreter beim Haupt-Industrieausschuß verhaften. Zugleich blieb die Regierung dem zu Ehren einer englischen Abordnung veranstalteten feierlichen Bankett fern. Ihre

Volksfeindlichkeit einerseits, ihre Kriegsmüdigkeit und Lauheit den Bundesgenossen gegenüber andererseits schienen nunmehr allen festzustehen.

Gerüchte durchschwirrten die Hauptstadt. Man sprach von bewaffneten Arbeiteraufzügen, die am Tage der Duma-Eröffnung stattfinden sollten. Als aber Miljukow einen Brief veröffentlichen wollte, in dem er zur Ruhe mahnte und vor einem Usurpator warnte, der unter Mißbrauch seines Namens zum Aufstande rief und Waffen verteilte, da untersagte die Zensur den Abdruck. Und als sie ihn schließlich gestattete, da erschien neben Miljukows Warnung eine geharnischte Drohung des Generals Chabalow.

Am 27. Februar begann die Tagung der Duma. Sie stand unter dem Zeichen einer vom Oktobristen Schidlowski verlesenen Erklärung aller Mittelparteien, in der auf die schweren Mängel in der Lieferung von Nahrungsmitteln und Heizmaterialien an die Bevölkerung und im Transportwesen verwiesen, deren Ursache aber nicht in einzelnen technischen Unvollkommenheiten, sondern im Versagen des gesamten Regierungsmechanismus gesucht wurde. Allein die Bildung einer Regierung aus Männern, die das Vertrauen des Landes genössen, könne Abhilfe schaffen. An die Erklärung knüpften sich Debatten, in denen die volle Einmütigkeit der Duma zutage trat. Nur die äußersten Rechten sonderten sich ab und wollten die Rettung in einer Diktatur sehen.

Der Erörterung der allgemeinen Regierungspolitik folgte eine Besprechung der Lage des Verpflegungswesens. Der neue Landwirtschaftsminister Rittich verteidigte, was nicht zu verteidigen war. Eine Anfrage wegen der Verhaftung der Arbeitervertreter im Kriegs-Industrieausschuß gab dem zweiten Vorsitzenden desselben, dem Abg. Konowalow, Gelegenheit zur Mitteilung, daß die Zensur die Veröffentlichung eines zur Ruhe mahnenden Aufrufs der Arbeiterführer verhindert habe — ein neuer Beleg für die provokatorische Politik Protopopows.

Die Duma nahm die Besprechung der Verpflegungsfrage wieder auf. Aber trotz aller Leidenschaftlichkeit der Reden und Zwischenrufe, gehörte das Ohr des Landes, gehörte die Aufmerksamkeit der Duma selbst nicht mehr ihnen. Sie wurden übertönt von dem gewaltigen Brausen, das von der Straße her

in die Räume des Taurischen Palais drang und die kommende Flut ankündigte.

Wie es geschah, werden im einzelnen die Forscher einer späteren Zeit aufhellen. Ihnen bleibt es auch vorbehalten, festzustellen, wie weit die im Bunde mit Englands Botschafter, Sir George Buchanan, gehegten Pläne der bürgerlichen Opposition gediehen waren, diese Pläne, die nur auf Absetzung des kriegsmüden und einer Parlamentsregierung abgeneigten Zaren hinzielten, welche Vorbereitungen andererseits die einen vollen Umsturz anstrebenden Arbeiterführer getroffen hatten. Doch was auch beabsichtigt gewesen sein mag, der Ausbruch erfolgte nicht mit dem Willen der Leiter.

Seit Tagen schon hatte Unruhe in den Arbeitermassen Platz gegriffen. Noch war die Verpflegung Petersburgs nicht wirklich gefährdet, noch gab es Mehl- und Brotvorräte in hinreichender Menge. Doch Gerüchte, die vielleicht durch Protopopows Agenten ausgesprengt waren, sprachen von unmittelbar bevorstehender Hungersnot und panikartig strömte die Menge vor die Bäckerläden. Tumultuarische Szenen spielten sich ab. Die Polizei stieß auf Widerstand. Die Massen schlossen sich zu Demonstrationszügen zusammen, es mußte Militär herbeigerufen werden.

Nun gab es kein Halten mehr. Die Regierung versuchte in letzter Stunde Zugeständnisse zu machen. Sie erklärte sich bereit, das gesamte Verpflegungswesen den Selbstverwaltungskörpern zu übertragen. Aber niemand achtete mehr auf sie, niemand auf Reichsrat und Duma. Die Entscheidung gehörte der Straße.

Ein Teil der Truppen blieb der Regierung treu und griff das sich zusammenrottende Volk mit der Waffe an. Andere Regimenter verweigerten den Gehorsam und traten in den Kampf mit jenen ein. Förmliche Schlachten spielten sich ab, Artillerie wurde aufgefahren, von den Dächern rasselten die vorsorglich von Protopopow dort verborgenen, von Polizisten bedienten Maschinengewehre. Doch es mangelte die einheitliche Leitung, die militärischen Behörden verloren den Kopf und reißend wuchs die Zahl der Truppenteile, die mit fliegenden Fahnen, teils geführt von ihren Offizieren, teils im Gegensatz zu ihnen, zur Revolution übergingen. Zuerst hätte durch die Entsendung von Fronttruppen alles gerettet werden können. Aber der Entschluß zu schnellem, durchgreifendem

Handeln fehlte. Als man sich endlich aufraffte, war es zu spät. Die Hauptstadt war in den Händen der siegreichen Revolution und die aus dem Felde geschickten Regimenter gingen, soweit sie nicht durch Aufreißen der Schienenwege unterwegs aufgehalten wurden, zum Feinde über.

Am 12. März konnte der Sieg der Aufständischen als besiegelt gelten. Niemand widerstrebte ihnen mehr und in hellen Scharen, unter Vorantragung roter Fahnen und unter den Klängen der Marseillaise, zogen sie zur Duma, um dort die Vertreter der neuen Staatsgewalt zu grüßen.

3. Die neue Staatsgewalt.

Noch am 10. März 1917 hatte die Duma getagt und über die Verpflegungsfrage weiter beraten. Zum 11., als einem Sonntage, war keine Vollversammlung angesetzt. Am Montag aber trat der Ältestenausschuß zusammen, um von dem inzwischen eingetroffenen, vom 10. datierten Vertagungs-Erlaß des Zaren Kenntnis zu nehmen: die Duma wurde nach Hause geschickt, um sich erst im April wieder versammeln zu dürfen und auch das nur, wenn die Lage es gestatten würde.

Dieser Erlaß wurde als Schlag ins Gesicht empfunden. Bedeutete er doch im Grunde nichts, als die vorweg genommene Antwort auf ein am Sonntag an den Zaren abgesandtes Telegramm des Duma-Vorsitzenden Rodsjanko, das in den dringendsten Wendungen auf den furchtbaren Ernst der Lage hinwies und zur Berufung eines das öffentliche Vertrauen genießenden Mannes an die Spitze der Regierung riet. Der Ältestenausschuß beschloß, sich dem Vertagungs-Erlaß nicht zu fügen und Rodsjanko richtete ein zweites, in beschwörenden Tönen gehaltenes Telegramm an den Zaren.

Und nun überstürzten sich die Ereignisse. Um 1 Uhr mittags erschien eine Abordnung der aufständischen Truppen, um sich über die Stellungnahme der Duma zu unterrichten. Zur gleichen Zeit teilte Fürst Golitzyn dem Duma-Vorsitzenden mit, daß er sein Abschiedsgesuch eingereicht habe und andererseits wurde bekannt, daß Protopopow aus Petersburg geflüchtet sei. Um halb drei trat die Kammer zu einer Vollversammlung zusammen und er-

mächtigte den Senioren-Konvent zur Bildung eines Vollzugs-Ausschusses. Im Laufe des Nachmittags begannen aufständische Regimenter in vollem Bestande vor der Duma einzutreffen, wo sie von den Abgeordneten der Linken, von Kerenski, Tschcheidse, Skobelew, mit feurigen Reden begrüßt wurden. Zugleich versammelten sich im Dumagebäude Vertreter der Truppen und der Fabriken, konstituierten sich als Arbeiter- und Soldatenrat, wählten Tschcheidse zum Vorsitzenden und ernannten einen Vollzugsausschuß. Um Mitternacht war die Bildung auch des Vollzugsausschusses der Duma vollendet. Nach anfänglichem Sträuben übernahm Rodsjanko den Vorsitz, während zu Mitgliedern neben dem Sozialrevolutionär Kerenski und dem Sozialdemokraten Tschcheidse Angehörige der Mittelparteien gewählt wurden, die Nationalisten Schulgin und Wladimir Lwow, der Oktobrist Schidlowski, die Kadetten Miljukow und Nekrassow, der Fortschrittler Konowalow. Im ganzen waren es, den Vorsitzenden eingerechnet, 13 Männer, deren Name weithin im Lande guten Klang hatte.

Beide Vollzugsausschüsse, der der Duma und der des Arbeiter- und Soldatenrats, wandten sich in Aufrufen an die Bevölkerung. Beide mahnten zu Ruhe und Ordnung, warnten vor Gewalttaten. Doch keiner tat des andern Erwähnung, wie es denn auch zunächst an jeder geregelten Beziehung zwischen ihnen fehlte. Doch der Ausschuß des Rates begann unverzüglich, die ihm ergebenen Massen zu organisieren und seiner Macht eine feste Grundlage zu schaffen. Er ordnete an, daß auf je 1000 Arbeiter und auf je eine Kompagnie ein Abgeordneter in den Rat entsandt werde. Der Ausschuß der Duma hingegen ging an die Bildung einer Regierung, nachdem er zwecks vorläufiger Verwaltung der Zentralbehörden je zwei Abgeordnete zu Kommissaren ernannt hatte.

Der Ausschuß der Duma beschloß, ein Koalitionsministerium aus Vertretern der bürgerlichen und sozialistischen Gruppen zu bilden und trat zu diesem Zweck in Verbindung mit dem Ausschuß des Rates. Dieser jedoch versagte seine Mitwirkung. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß in absehbarer Zeit ohnehin kein Programm verwirklicht werden könnte, das über die Wünsche auch der Liberalen hinausginge. Das aber könne diesen überlassen bleiben und es liege kein Grund für die Sozialisten vor,

schon jetzt die Verantwortung zu übernehmen. Zunächst genüge es ihnen, auf der Wacht der revolutionären Errungenschaften stehend, eine Aufsicht über die bürgerliche Regierung auszuüben. Das weitere werde die Zukunft ergeben. Nur dazu erklärten sie sich bereit, durch eine Abordnung an den Beratungen über die Bildung des Ministeriums und die Festlegung seines Programms teilzunehmen.

So mußten denn die Mitglieder der neuen Regierung von den bürgerlichen Parteien allein gestellt werden.

Das Präsidium und das Innere übernahm Fürst Lwow, der Mitglied der ersten Duma gewesen und während des Krieges Volkstümlichkeit als Vorsitzender des Verbandes der Landschaften erworben hatte. Minister des Auswärtigen wurde Miljukow, der anerkannte Wortführer der russischen Imperialisten, der des Krieges und der Marine der Oktobristenführer Gutschkow, der in der dritten Duma immer wieder die Mißstände in der Heeresverwaltung gegeißelt und viel zu ihrer Abstellung getan hatte. Der Professor der Tomsker Technischen Hochschule Nekrassow, der zu den am weitesten links stehenden Kadetten gehörte, übernahm das Verkehrswesen, die Großindustriellen Konowalow und Tereschtschenko den Handel und die Finanzen, der Kadett Schingarew, von Beruf Arzt, der noch in den letzten Duma-Sitzungen das System Rittich einer vernichtenden Kritik unterzogen hatte, das Landwirtschaftsministerium, Manuilow, der als Professor der Moskauer Universität dem Gewaltregime Cassos hatte weichen müssen, erhielt das Portefeuille des Unterrichts, der Nationalist Wladimir Lwow wurde Oberprokureur des Synods, der Oktobrist Godnew Leiter der Reichskontrolle. Das Justizministerium aber fiel Kerenski zu, dem einzigen Sozialisten in dieser rein bürgerlichen Regierung. Er übernahm es, ohne die Zustimmung seiner Partei oder des Arbeiter- und Soldatenrats, dessen zweiter Vorsitzender er war, zu besitzen. Sie wurde ihm erst nachträglich erteilt, nachdem er noch an demselben Tage in flammender Rede, in pathetischen Wendungen darum gebeten hatte.

Kaum war die Bildung der Regierung vollzogen, als Miljukow aus dem Sitzungszimmer hinaustrat, den in den Vorräumen der Duma harrenden Massen davon Mitteilung machte und das Programm der neuen Regierung entwickelte. Die Einberufung

einer verfassunggebenden Versammlung stand darin an oberster Stelle. Doch ließ der neue Minister keinen Zweifel daran, daß das nächste Ziel die Absetzung Nikolai II. sein müsse, an dessen Stelle sein minderjähriger Sohn Alexei unter der Regentschaft des Großfürsten Michael, des Bruders des Zaren, treten würde. Und für die Zukunft müsse das parlamentarische Regime gesichert werden.

Das entsprach dem alten Programm der Kadetten, entsprach den persönlichen Wünschen ihres an englischen Mustern geschulten Führers. Aber es stand in schroffstem Gegensatz zu den Bestrebungen der entfesselten Massen und ihrer im Arbeiter- und Soldatenrat sitzenden Leiter. Noch an demselben Tage bekannte Kerenski sich als Republikaner und unmittelbar darauf mußte Miljukow es sich gefallen lassen, daß seine Auslassungen halbamtlich als Ausdruck einer rein persönlichen Meinung bezeichnet wurden.

Nur darüber waren alle einig, daß Nikolai II. weichen müsse. Gutschkow und Schulgin wurden an ihn abgesandt und es gelang ihnen ohne Mühe, ihn zur Abdankung zu veranlassen. Ja, er, von dem nur der Verzicht für seine Person gefordert wurde, verzichtete auch für seinen Sohn, von dem er sich nicht trennen wolle. Und er verzichtete ausdrücklich zugunsten seines Bruders Michael.

Dem Gesetze nach war jetzt Michael Zar, wenngleich es zweifelhaft scheinen kann, ob der Verzicht des Vaters für den Sohn staatsrechtlich bindend war. Doch bevor diese Frage aufgeworfen werden konnte, griff der Arbeiter- und Soldatenrat abermals ein. Er erklärte der Regierung, daß er die Thronbesteigung eines neuen Monarchen nicht dulden werde, daß er auf dem Verzichte auch Michaels bestehe. Die Regierung fügte sich. In vollem Bestande begab sie sich zum Thronerben und erreichte von ihm die Erklärung, daß er die Krone nur annehmen wolle, wenn die verfassunggebende Versammlung sich dafür ausspreche.

Diese vom 16. März datierte Erklärung wurde zusammen mit der am Tage vorher ergangenen Abdankung Nikolai II. veröffentlicht und allgemein, trotz ihres bedingten Charakters, gleichfalls als Abdankung dargestellt und aufgefaßt.

Inzwischen war mit den Unterschriften sämtlicher neuen Minister und Rodsjankos eine Deklaration veröffentlicht, die das Programm der Regierung enthielt. Sie brachte an erster Stelle

die Zusage einer vollen Amnestie für alle politischen Vergehen, denen auch terroristische Akte, Militärrevolten und Agrarunruhen zugezählt wurden. Sie verhieß Freiheit der Rede und Presse, der Versammlungen und Vereinsbildung, Aufhebung aller ständischen, nationalen und konfessionellen Beschränkungen, Ersetzung der Polizei durch eine Miliz, die den Organen der auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu schaffenden neuen Selbstverwaltung unterstellt werden würde. Dann der Kernpunkt und die letzte Zusage, die aus dem Programm auch der bürgerlichen Parteien erwuchs: sofortige Inangriffnahme der Vorarbeiten zur Einberufung der verfassunggebenden Versammlung, die gleichfalls aus allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlen hervorgehen sollte. Daran anschließend aber zwei weitere Punkte, die ganz augenscheinlich unter dem Druck des Arbeiter- und Soldatenrats aufgestellt waren: die Petersburger Garnison, die den Umsturz hervorgerufen, darf weder entwaffnet, noch aus Petersburg hinausgeführt werden und die Soldaten müssen unter Aufrechterhaltung der Disziplin im Dienst alle Bürgerrechte genießen. Zum Schluß das den Stempel der Nötigung noch deutlicher tragende Versprechen, daß die Fortdauer des Krieges nicht als Vorwand für eine Aufschiebung der zugesagten Reformen dienen würde.

Eine Kundgebung des Arbeiter- und Soldatenrats begleitete das Programm, eine Kundgebung, die von voller Zustimmung und bedingungsloser Unterstützung weit entfernt war. Die aus sehr gemäßigten Kreisen der Gesellschaft neugebildete Regierung hat — so heißt es da — ihr Programm veröffentlicht. Einige der verheißenen Reformen müssen auch von weiten demokratischen Kreisen begrüßt werden. Soweit die Regierung ihre Versprechungen einlöst und soweit sie im Kampfe gegen die alte Gewalt energisch fortfährt, muß ihr die Demokratie Unterstützung gewähren.

In gehobener Sprache, in feierlich schwungvollen Worten wandte die Regierung sich nun an alle Bürger Rußlands, tat nochmals die übernommenen Verpflichtungen kund und rief zu gemeinsamer, dem Vaterlande geweihter Arbeit auf.

Das geschah am 20. März, eine Woche nach dem Siege der Revolution. Jetzt stand schon fest, daß Widerstand von keiner Seite zu erwarten war. Das Heer hatte sich zur neuen Ordnung

bekannt, das Land sich dem Umsturz angeschlossen. Die kurze Periode des Kampfes war zu Ende. Nun mußte die aufbauende Arbeit beginnen.

4. Ergebnisse.

Der Sieg war leicht gewesen. Das zarische Regiment hatte im Kriege, vor dem Feinde wie in der Heimat, völlig versagt. Es hatte Haß auf sich gehäuft um seiner mit Schwäche gepaarten Willkür, Verachtung um seiner Unfähigkeit und Unredlichkeit willen. Und der Träger der Krone, der es nie verstanden hatte, auf die Menge einzuwirken, hatte die immer noch im Volke vorhandene, von Geschlecht zu Geschlecht überlieferte Anhänglichkeit an den Monarchen nicht neu zu beleben, nicht einmal zu bewahren gewußt. Der weiche, zu kräftigem Willensentschluß selbst unfähige Russe will mit fester Hand geführt sein. Er verlangt nach einer starken, an den eigenen Beruf glaubenden Gewalt. Er will einheitliche, in sich geschlossene Naturen auf dem Throne, ganze Männer, wie Nikolai I. und Alexander III. waren. Unter ihnen wurde Rußland gewiß nicht besser regiert, als unter ihren Vorgängern und Nachfolgern. Aber das Volk fühlte den straffen Zügel, es wußte, daß jede umstürzlerische Bestrebung mit rücksichtsloser Strenge unterdrückt werden würde. Kleine Gruppen von Verschwörern trieben ihr Wesen auch zur Zeit dieser starken Zaren. Doch die Massen fielen ihnen nicht zu.

Ganz anders, wenn ein Schwächling die Krone trug. Alexander I. bewahrte nur ein plötzlicher Tod davor, den Aufstand der Dekabristen auflodern zu sehen, diesen Aufstand, um dessen Vorbereitung er wußte, gegen den er aber keine Maßnahmen zu ergreifen wagte und den sein Bruder und Nachfolger Nikolai I. durch kraftvolles, persönlichen Mut beweisendes Auftreten im Keime erstickte. Alexander II., der edelste der Romanows, voll aufrichtigen Reformwillens, doch zwischen Gewährung und Zurücknahme ewig schwankend, büßte seine Schwäche mit dem Tode. Nikolai II. Schicksal aber steht vor unser aller Augen. Wider den eigenen Willen ließ er sich in den Krieg mit Japan treiben und als der unglücklich verlief, gab er haltlos dem ersten Ansturm nach und bewilligte die verlangte Konstitution. Dann wieder verfiel er reaktionären Einflüssen und begann das

Gewährte zurückzunehmen, doch nicht wie ein seiner Macht sich bewußter Herrscher, sondern in kleinlicher, ängstlicher, verschlagener Weise. Und als der Weltkrieg drohte, versagte er von neuem. Er wollte ihn nicht und verschuldete ihn doch, weil er die eigenen Diener nicht unter seinen Willen zu zwingen wußte. Der ausbrechenden Revolution aber stand er gänzlich hilflos gegenüber. Bis zuletzt verkannte er den Ernst der Lage und konnte den Entschluß zur befreienden Tat nicht finden. Wieder suchte er Rettung im Nachgeben. Doch als er den Erlaß unterzeichnete, der die Parlamentarisierung bewilligte, da war die Abordnung schon unterwegs, die ihm den Verzicht auf die Krone abringen sollte.

Freilich hätte gerade dieses Zugeständnis ihn nicht retten können. Nur hinausgeschoben hätte es den Sturz: die parlamentarischen Minister hätten ihm die Zügel aus der Hand genommen und er wäre der Revolution gegenüber vollends wehrlos gewesen. Was er tun mußte, war etwas anderes. Er mußte die Revolution mit Hilfe der ihm noch treuen Fronttruppen niederschlagen und dann die unredlichen und unfähigen Diener beseitigen, um an ihre Stelle Männer des öffentlichen Vertrauens, die keineswegs Parlamentarier sein mußten, in die Regierung zu berufen. Hätte er so gehandelt, das Volk hätte ihm zugejauchzt und die Monarchie stünde eben in Rußland fester gegründet, als je.

Doch so konnte Nikolai II. nicht handeln. Schwach am Geist und noch schwächer am Willen, mußte er das Erbe seiner Väter verschleudern, die Krone in den Staub gleiten lassen, das Reich der Anarchie ausliefern.

Der Anarchie, die bald vernehmlich an die Tore pochen sollte. War doch ihr Keim schon in den Geburtsstunden der Revolution gepflanzt. Denn wie konnte eine Staatsordnung sich gedeihlich entfalten, die von vornherein eines festen Untergrundes entbehrte, der eine einheitliche Staatsgewalt vom ersten Tage ab fremd war? Denn das ist es, was Rußland dem Abgrunde entgegentrieb, die mangelnde staatliche Gewalt. Gewiß, hätte die Revolution einen Mann voll Kraft und Willen geboren, er hätte diese Gewalt geschaffen. Aber nun, angesichts der Schwäche der leitenden Politiker ebenso, wie des anarchischen Sinnes des Russen, der für freie Selbstregierung nicht reif ist, vielleicht nie reif sein wird,

gewann dieser Grundfehler, der der neuen Ordnung anhaftete, ausschlaggebende Bedeutung.

Auf den ersten Blick freilich konnte es scheinen, als sei mit der Bildung der Regierung eine Staatsgewalt von denkbar größter Machtfülle geschaffen. Kein Ministerium im gewöhnlichen Sinne war es, das hier ins Leben trat. Die zwölf Männer, die die Zügel in die Hand nahmen, hatten von keinem Staatsoberhaupt, von keinem Parlament Weisungen entgegenzunehmen. Einmal vom Ausschuß der Duma unter Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats ernannt, waren sie nur durch ihren Eid und die in ihrer Programmdeklaration übernommenen Verpflichtungen gebunden. Die aber ließen ihnen fast unbegrenzten Spielraum. Die Vorbereitung der Konstituante und die Schaffung von Bedingungen, durch die deren Zusammentritt ermöglicht werden sollte, das war es, was ihnen oblag. Die allgemeine Richtung war vorgezeichnet, eine Richtung, die sich mit ihren eigenen Bestrebungen deckte. Wie sie im einzelnen die Rechtsgleichheit aller Bürger Rußlands verwirklichen, wie das Wahlrecht ausgestalten, wie sie die sofort ins Leben zu rufenden örtlichen Selbstverwaltungskörper bilden wollten, das stand formell nur in ihrem Ermessen.

Lag die gesetzgebende Gewalt in ihrer Hand, so verfügten sie nicht minder über die ausführende. Sie übernahmen nicht nur die Funktionen des zarischen Ministeriums, auch die Machtvollkommenheiten des Zaren selbst fielen ihnen zu. Niemand bestritt ihnen die Befehlsgewalt über das Heer, die Kirchenhoheit, die Justizhoheit samt dem Begnadigungsrecht, das Recht der Vertretung des Reiches im internationalen Verkehr. Letzten Endes hatte Rußland jetzt an Stelle eines Selbstherrschers ihrer zwölf.

Rechtlich allerdings ruhte ihre Stellung auf schwankem Boden. Selbst wenn man den Mitverzicht des Zaren für seinen Sohn, die bedingte Entsagung des Großfürsten Michael als vollgültig nehmen und darüber hinwegsehen wollte, daß Rußland unter juristischen Gesichtspunkten auch nach dem Umsturz Monarchie, wenngleich mit erledigtem Thron, geblieben war, ließ sich nicht verkennen, daß die Ernennung der Regierung durch den Duma-Ausschuß eine Tatsache, nicht aber ein Recht schuf. Denn abgesehen davon, daß nach der nicht aufgehobenen Verfassung die Ernennung von Ministern Vorrecht des Zaren war, und daß die vollziehende

Gewalt überhaupt nur diesem zustand, lag auch die gesetzgebende Gewalt in seiner Hand und der des Reichsrats und der Duma gemeinsam und konnte nur gemeinsam von ihnen ausgeübt werden. Der Rücktritt des Zaren und die stillschweigende Beseitigung des Reichsrats vermochten die Duma nicht einmal zur alleinigen Trägerin der Gesetzgebung zu machen, geschweige denn zum Übergang der gesamten Staatsgewalt an sie zu führen.

Immerhin darf nicht verkannt werden, daß das Vorgehen des Duma-Ausschusses zwar in erster Reihe politische Ziele verfolgte und ihm selbst dauernden Einfluß auf den Gang der Ereignisse sichern sollte, daß darin aber zugleich das Bestreben zutage trat, der neuen Ordnung eine gesetzliche Grundlage zu schaffen und sie, sei es auch lose und unvollständig, mit dem geltenden Staatsrecht zu verknüpfen. Sie sollte so wenig, als möglich, usurpatorischen Charakter tragen und deshalb wurde sie zu dem einzigen höchsten Organ des alten Staates, das den Umsturz überdauert hatte, in Beziehung gebracht.

Selbstverständlich aber war für die Stellung der Regierung im Staat nicht dieser rechtliche Mangel entscheidend, sondern etwas anderes, die Tatsache nämlich, daß sie in Wahrheit von vornherein abhängig war von einem zweiten Faktor, der die reale Macht hinter sich hatte und daß sie nur von seinen Gnaden lebte. Mochte ihr formell die Fülle der Gewalt gehören, in Wirklichkeit konnte sie keinen Schritt tun ohne Billigung des Arbeiter- und Soldatenrats. Zwar vertrat dieser zunächst nur Arbeiterschaft und Garnison Petersburgs und trat erst später hinter dem Allrussischen zentralen Vollzugs-Ausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte zurück. Die Macht gehörte trotzdem ihm allein. Und wenn er vorläufig darauf verzichtete, die Regierung selbst zu übernehmen, wenn er sich nur ein Einspruchsrecht bei der Ernennung der Minister sicherte und dem Kabinett bloß einen Teil des Programms diktierte, so war er doch der alleinige Machthaber. Er war es um so mehr, als keinerlei Verantwortlichkeit ihn band.

In dieser Zwiespältigkeit lag der Keim unausbleiblichen Zerfalls. Die die Verantwortung trugen, waren machtlos, die die Macht hatten, waren unverantwortlich. Die Regierung des Landes war nichts, als ein Werkzeug in den Händen einer Körperschaft, die sich selbst als Vertretung nicht etwa der gesamten Bevölkerung,

sondern ausschließlich der revolutionären Demokratie bezeichnete und die deshalb nicht nur dem Bürgertum, sondern auch dem Staat als Ganzem gegenüber jeglicher Pflichten, rechtlicher, wie sittlicher, ledig zu sein dünkte. Die Interessen des Proletariats hatte sie wahrzunehmen. Weiter nichts.

Der Weg zum Abgrunde, den Rußland seitdem geschritten ist, liegt klar vor den Augen eines jeden, der sich in diese Lage hineingedacht hat. Das Ziel blieb dasselbe, auch wenn die Bolschewisten nicht die Gewalt an sich rissen und das Land nicht mit blutigem Schrecken erfüllten. Die Regierung mußte gestürzt werden, nachdem sie ihre Arbeit getan, nachdem sie das Land demokratisiert und revolutioniert hatte. Das Selbstbewußtsein der Räte mußte auch nach den äußeren Zeichen der Macht greifen und die Diktatur des Proletariats mußte kommen, eine Diktatur, so schrankenlos und ungezügelt, wie sie nur die in jahrhundertelanger Rechtlosigkeit anarchisch und despotisch zugleich gewordene russische Masse verwirklichen kann.

II. Die junge Freiheit.

5. Die Aufgaben.

Das Programm der Regierung, soweit es reformatorischen Inhalt hatte, konnte dem unbefangenen Blick einfach genug scheinen: die Rechtsgleichheit aller Bürger Rußlands war sicherzustellen und es waren ihnen jene Rechte zu gewährleisten, die man einst als Menschenrechte zu bezeichnen pflegte und die man heute nüchterner individuelle Freiheitsrechte nennt. Auf dieser Grundlage war dann ein neues Wahlrecht für die Selbstverwaltungskörper, die Landschaften und Städte, auszuarbeiten und endlich war das Wahlgesetz für die Konstituante zu erlassen. Welche Schwierigkeiten hätten sich da bieten sollen? Die Aufhebung der ständischen, nationalen und konfessionellen Beschränkungen war trotz der unbefriedigenden Technik der russischen Gesetzgebung und der sich daraus ergebenden Verstreutheit der zusammengehörenden Bestimmungen mit einem Federstrich zu vollziehen. Für die Anerkennung der Unverletzlichkeit der Person, der Wohnung und der Korrespondenz, der Glaubens-, Rede- und Preßfreiheit, der Freiheit der Versammlungen und der Vereinsbildung gab es ausländische Muster zu beliebiger Auswahl, die nur abgeschrieben zu werden brauchten und die allenfalls, wenn schon die alten Kulturländer übertroffen werden sollten, unwesentlicher Ergänzungen und Erweiterungen bedurften. Auch das Wahlrecht für die Kommunen und die verfassunggebende Versammlung bedeutete keine allzu schwierige Aufgabe, nachdem seine bedingungslos demokratische Grundlage einmal feststand und nur Einzelheiten streitig sein konnten.

Doch so unverwickelt war die Sachlage in Wirklichkeit nicht. Die Gesetze über Rechtsgleichheit und Freiheitsrechte allerdings forderten keine allzu langwierigen Vorarbeiten. Sie wurden denn auch bald erlassen. Nur gab es hier eine Ausnahme. Sie war bedingt durch die ständische Gliederung der Bevölkerung Rußlands.

Zwar waren die ständischen Vorrechte und die aus der Zugehörigkeit zu einem Stande erfließenden Beschränkungen im Laufe der Zeit fast ausnahmslos gefallen, und insbesondere war der früher so vielfach benachteiligte Bauer seit 1906 den andern Staatsbürgern grundsätzlich gleichgestellt. Und wenn dem Edelmann das Recht der Fideikommißgründung und der Wappenführung vorbehalten geblieben war, so konnte das durch ein Gesetz von zwei Zeilen beseitigt werden. Die Schwierigkeit jedoch lag darin, daß die Aufhebung der persönlichen ständischen Vorrechte nicht von einer Aufhebung der körperschaftlichen Sonderrechte und der auf ihnen beruhenden Einrichtungen begleitet gewesen und daß die staatliche Verwaltung auf das engste mit diesen Einrichtungen verknüpft geblieben war. Um nur auf das Wichtigste hinzuweisen: die nach Gouvernements zusammengefaßten Adelskorporationen waren zwar als solche nur zur Erledigung ihrer inneren Angelegenheiten berufen. Die von ihnen erwählten Marschälle aber waren kraft ihres Amtes Vorsitzende und Mitglieder einer Anzahl staatlicher Behörden. Insbesondere traf das für die Kreisbehörden zu, die durch Ausschaltung der Adelsvertreter gänzlich lahmgelegt worden wären. Die städtischen ständischen Behörden wiederum waren von Bedeutung für das Steuerwesen und endlich die bäuerlichen Gemeindeeinrichtungen waren unentbehrlich als Unterorgane des Fiskus und der Polizei. Ihnen allen aber war gemeinsam, daß sie durch das adelige und das städtische Waisengericht und das Gemeindegericht obervormundschaftliche Pflichten ausübten.

Es liegt auf der Hand, daß alles das nicht durch einfache Aufhebung und Gleichmachung beseitigt werden konnte. Hier bedurfte es, wenn nicht empfindliche Lücken entstehen sollten, vorsichtiger, aufbauender Arbeit. Daraus ergab sich aber, daß auch eine Vernichtung der ständischen Gliederung nicht ohne weiteres möglich war. Denn wenn sie dekretiert wurde, brach alles zusammen. Gab es keine Edelleute, keine Ehren- und Kleinbürger, keine Bauern mehr, wie sollten dann ihre Körperschaften sich noch weiter betätigen? Mochten auch die letzten persönlichen Vorrechte fallen, mochte das in Rußland mehr noch als anderswo bedeutungslose, aber doch das Gefühl des echten Demokraten so tief verletzende Recht der Wappenführung aufgehoben werden, der Grundsatz der ständischen Gliederung mußte in Kraft bleiben.

Das wurde denn auch bald erkannt. Zu Anfang allerdings gelangte in die Presse die Nachricht, daß das Justizministerium allernächstens einen Gesetzesentwurf über die Aufhebung der Stände fertigstellen werde. Und noch im Juli verkündete die Regierung feierlich, daß sie binnen kürzester Frist das erforderliche Gesetz erlassen werde. Aber dann wurde ergänzend darauf hingewiesen, daß hierzu umfangreiche Vorarbeiten erforderlich seien. Von diesen Vorarbeiten war auch in der Folge noch einige Male die Rede. Doch bis zum Sturz der einstweiligen Regierung durch die Bolschewisten sind sie nicht erledigt worden. Man mußte sich mit dem Erreichbaren begnügen und hob alle Titel und Ränge auf.

Schwierigkeiten anderer Art waren es, die sich bei der Ausarbeitung des Wahlrechts ergaben. Abgesehen davon, daß hier über Einzelheiten gestritten wurde, die früher gar nicht in Frage gekommen wären, daß z. B. die Arbeiter- und Soldatenräte die Wahlberechtigung schon für die 18jährigen forderten und sie für die Soldaten unter ihnen auch durchsetzten, fiel hier eine Besonderheit der russischen Staatsauffassung schwer ins Gewicht.

Die russischen Selbstverwaltungskörper hatten seit ihrer Entstehung in erbittertem Kampf mit den staatlichen Behörden gelegen. Da war es verständlich, wenn es für alle Anhänger des Fortschritts zum Glaubenssatz wurde, daß die Zuständigkeit der Selbstverwaltung auf Kosten der Staatsgewalt nach Möglichkeit erweitert werden müsse. Diese Anschauung büßte aber augenscheinlich ihre Grundlage ein, nachdem Rußland zum Volksstaate geworden und ein Gegensatz zwischen Regierenden und Regierten grundsätzlich nicht mehr vorhanden war. Hinfort konnten nur noch Zweckmäßigkeitserwägungen für die Abgrenzung der Befugnisse von Staat und Gesellschaft bestimmend sein.

Angesichts dessen lag zu einer überstürzten Umgestaltung der Selbstverwaltungskörper eine Veranlassung nicht vor. Es mußte genügen, wenn dem demokratischen Charakter der Neugestaltung entsprechend das Wahlrecht geändert wurde, damit die Gesamtbevölkerung auch hier eine Vertretung erhielte. Das Verhältnis zu den Aufsichtsbehörden dagegen bedurfte einer Änderung nicht, da diese ja nunmehr von den gleichen Gedanken getragen waren, wie Landschaften und Städte. Ja, jede Umgestaltung verbot sich von selbst aus praktischen Erwägungen, da sie die Einberufung der

Konstituante verzögern mußte. Denn die Organe der Selbstverwaltung sollten als Wahlbehörden tätig werden. Darüber aber waren alle ohne Ausnahme einig, daß die verfassunggebende Versammlung so bald zusammentreten sollte, als technisch irgend möglich war.

Trotzalledem begnügte man sich nicht mit der Erweiterung des Wahlrechts, sondern ging an eine durchgreifende Umarbeitung der Landschafts- und der Städteordnung. Schon im Juni wurde ein Gesetz erlassen, das den Organen der Selbstverwaltung die gesamte örtliche Verwaltung übertrug und den Vertretern der Regierung im wesentlichen nur ein Aufsichtsrecht ließ. In Wirklichkeit allerdings behielten die Arbeiter- und Soldatenräte die Gewalt, die sie während der Revolution an sich gerissen hatten, in der Hand. Aber das Vorgehen der Regierung zeigt deutlich genug, wie zähe einerseits die russische Gesellschaft an überkommenen Vorstellungen festhielt und wie wenig sie sich über das Wesen der vor sich gegangenen Umwälzung klar geworden war, wie gänzlich andererseits der Regierung das Bewußtsein dessen mangelte, daß die Staatsgewalt nicht zu einem bloßen Aufsichtsrecht herabgemindert werden kann, ohne die Auflösung des Staates selbst nach sich zu ziehen.

Immerhin — das muß betont werden — die der neuen Regierung gestellten gesetzgeberischen Aufgaben boten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, wenngleich sie in Berücksichtigung der besonderen russischen Verhältnisse und der besonderen russischen Denkweise nicht so einfach zu lösen waren, wie es dem oberflächlichen Blick scheinen konnte. An ihnen, das ließ sich von vornherein erkennen, würde die Regierung nicht scheitern. Und zunächst genügte es, wenn Ausschüsse zur Bearbeitung der einschlägigen Fragen niedergesetzt wurden. Mochten in ihrem Schoße auch heftige Reibungen zwischen den Vertretern der zur Mitarbeit herangezogenen Körperschaften, Parteien und Richtungen entstehen, das barg keine Gefahren in sich. Insbesondere waren auf diesem Gebiet ernste Konflikte mit dem Arbeiter- und Soldatenrat nicht zu befürchten. Denn im allgemeinen bestand grundsätzliche Einigkeit zwischen ihm und der Regierung über die hier anzustrebenden Ziele. Hier brauchte die Zwiespältigkeit der Gewalt üble Folgen nicht zu zeitigen.

Die Regierung hatte sich jedoch nicht nur zu gesetzgeberischer Tätigkeit verpflichtet. Ganz selbstverständlich lag es ihr ob, das Land zu verwalten, dieses Land, das noch immer in einen schweren, an Niederlagen reichen Krieg verstrickt und durch wirtschaftliche Störungen jeder Art zerrüttet, jetzt zudem noch durch die Revolution erschüttert war. Sie mußte mit versagenden Kräften den Krieg weiterführen und sie mußte die Ruhe und Ordnung im Lande wiederherstellen und aufrechterhalten, bis sie ihre Vollmachten in die Hand der Konstituante niederlegen konnte. Das ergab sich aus der Natur der Sache und dazu hatte die Regierung sich in ihrem Programm auch noch ausdrücklich verpflichtet.

Das aber bedeutete eine unsagbar schwierige Aufgabe. Denn sie ließ sich nicht in emsiger Arbeit am grünen Tisch, nicht mit klingenden Reden, noch in hitzigen Debatten lösen. Und doch waren die Studierstube und der Versammlungssaal das Feld gewesen, auf dem die Mitglieder der einstweiligen Regierung sich bisher vorwiegend betätigt hatten. Manche von ihnen waren zwar durch die Schule der Selbstverwaltung gegangen, Gutschkow war kaufmännisch tätig gewesen, Konowalow und Tereschtschenko hatten an der Spitze industrieller Betriebe gestanden. Aber zur Lösung der Aufgaben, die nunmehr an sie herantraten, war keiner planmäßig vorbereitet.

Doch die fehlende Erfahrung, die mangelnde Routine ließen sich erwerben. Was aber diese Männer trotz redlichsten Willens nicht zu schaffen vermochten, das war die Macht, die der Regierung abging. Bei jedem Schritt, den sie tat, mußte sie mit der Möglichkeit eines Einspruches des Arbeiter- und Soldatenrats rechnen. Und sehr bald kam es dahin, daß noch ein weiterer Faktor berücksichtigt sein wollte, der nicht nur unsinnig in seinen Forderungen, sondern auch gänzlich unberechenbar war — der von den Bolschewisten geführte bewaffnete und unbewaffnete Pöbel von Petersburg, der in die auswärtige Politik ebenso wie in die innere hineinzureden suchte. Außerhalb der Hauptstadt aber waren die Widerstände nicht geringer. Auch dort mußte mit den verschiedenartigsten revolutionären Organisationen gearbeitet werden. Und dort fehlte es vielfach gänzlich an Vollzugsbehörden, die sich als Werkzeuge der Regierung gefühlt hätten. In den Grenzmarken begannen sich zudem bald Bestrebungen zu regen, die auf völlige Lostrennung vom russischen Reich abzielten.

Alles das übersahen die neuen Männer noch nicht. Im Rausch der jungen Freiheit, getragen von dem Bewußtsein der vermeintlich errungenen Macht, voll des besten Willens und voll heißer Liebe zu ihrem Volke gingen sie an die Arbeit, die ihnen eine Enttäuschung nach der anderen bringen sollte.

6. An der Front.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens stand, wie das anders nicht sein konnte, der Krieg. Ihm mußte die Aufmerksamkeit sich wieder zuwenden, sowie der Umsturz vollzogen und eine gewisse äußere Ruhe eingekehrt war. Das war um so mehr der Fall, als die Mitglieder der einstweiligen Regierung im Grunde ihres Herzens alle imperialistisch gesinnt und überzeugt von der Notwendigkeit, den Krieg fortzuführen, waren. Hatten sie doch nicht in letzter Linie deshalb auf den Sturz des Zaren hingearbeitet, weil sie ihn für fähig hielten, einen Sonderfrieden zu schließen.

Die an der Front stehenden Truppen waren augenscheinlich kriegsmüde. Noch hielten die Bande der Disziplin. Aber die Erinnerung an die Meutereien aus der Zeit nach dem japanischen Kriege begann zu erwachen und Gehorsamsverweigerungen zum Sturm angesetzter Regimenter waren nichts Unerhörtes mehr. Das für die Mannschaften streng durchgeführte Alkoholverbot freilich verhinderte Ausschreitungen großen Stils.

Doch von revolutionärer Propaganda zerfressen waren die Truppen zweifellos. Deren Träger waren die Arbeiter der Großstädte, die zahlreichen, als Kriegsfreiwillige eingetretenen Angehörigen der Intelligenz. Mit ihnen im Bunde wirkten die Angestellten des Roten Kreuzes, des Landschafts- und des Städteverbandes. Endlich ward eine mächtige Woge revolutionären Geistes in das Heer getragen, als die in die Kriegsschulen gepreßten und dort flüchtig ausgebildeten Studenten aller russischen Hochschulen zu Tausenden das Offiziers-Portepee erhielten und an die Front gesandt wurden. Und führend war hier wie im Lande selbst das von glühendem Haß gegen die herrschende Staatsordnung erfüllte Judentum.

Dessenungeachtet hätte sich ein großer Teil der Regimenter unter einem energischen und beliebten Führer noch gegen die revo-

lutionären Massen brauchen lassen. Aber dazu fehlte der rechte Mann. Der Zar war persönlich im Heer nicht beliebt, die Gerüchte von seinen Friedensplänen und nicht weniger von den mit dem Namen Rasputin verknüpften Geschehnissen hatten auch das aktive Offizierskorps wider ihn aufgebracht.

So geschah es denn, daß die Meldung von dem in Petersburg vollzogenen Umsturz an der Front vielfach mit Begeisterung, fast überall mit Zustimmung aufgenommen wurde. Bezeichnend war es hierbei, daß die Kommandobehörden, soweit sie nicht, wie die drei Oberbefehlshaber Brussilow, Rußki und Evert durch Telegramme Rodsjankos auf das Kommende vorbereitet waren, gänzlich überrascht wurden, daß auch die Offiziere, bis auf die an der revolutionären Propaganda unmittelbar beteiligten, nichts geahnt hatten, während die Mannschaften augenscheinlich sehr viel besser unterrichtet waren. Als sie zusammenberufen wurden, um die Mitteilung von dem Geschehenen entgegenzunehmen, wurden in den meisten Regimentern schon die ersten, noch nichts Tatsächliches enthaltenden Worte mit brausendem Hurra begrüßt, rote Fahnen flatterten auf, Kokarden und Rosetten prangten auf den Waffenröcken.

Ernste Ausschreitungen blieben anfangs aus. Hier und da wurden mißliebige Offiziere vertrieben oder tätlich angegriffen, doch im ganzen blieb es zunächst ruhig. Die vom Zaren zugleich mit seiner Abdankung auf Wunsch der neuen Regierung vollzogene Ernennung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zum Höchstkommandierenden wurde allgemein beifällig aufgenommen. Kurz, es konnte scheinen, als würden Erschütterungen ausbleiben und das Heer seine Schlagkraft bewahren.

Da trat etwas ein, das alle diese Hoffnungen zunichte machte. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat erließ einen Tagesbefehl Nr. 1, in dem er sich die oberste Befehlsgewalt zuschrieb und zur Bildung von Truppenausschüssen aufforderte. Deren Befugnisse aber wurden in so zweideutiger Weise geregelt, daß allgemein der Schluß gezogen wurde, die gesamte unmittelbare Leitung eines jeden Truppenteils sei nunmehr dem aus ihm hervorgegangenen Ausschuß übertragen, insbesondere sei die Ernennung und Absetzung der Offiziere in seine Hand gelegt. Zugleich wurde die Grußpflicht der Mannschaften für aufgehoben erklärt.

Die verhängnisvolle Tragweite dieses Erlasses war so augenscheinlich, daß die durch ihn überraschte Regierung sofort den Versuch unternahm, den Rat zur Zurücknahme wenigstens eines Teils der Bestimmungen zu veranlassen. Das geschah denn auch in einem Tagesbefehl Nr. 2, dem die Form einer Erläuterung des angeblich mißverstandenen Befehls Nr. 1 gegeben wurde. Hier hieß es, daß dem Rat die Befehlsgewalt nur in politischen Fragen zukomme, während in militärischen Dingen die alten Zuständigkeiten bestehen blieben. Ebenso sei die Tätigkeit der Truppenausschüsse auf das politische Gebiet zu beschränken. Insbesondere seien sie nicht befugt, Offiziere zu wählen und abzusetzen. Soweit das aber schon geschehen, sollen die gefaßten Beschlüsse in Kraft bleiben, im übrigen eine grundsätzliche Regelung abgewartet werden.

Selbstverständlich konnte mit dieser Erklärung das angerichtete Unheil nicht wieder gut gemacht werden. Die Truppen dachten nicht daran, auf die schon ausgeübten Rechte wieder zu verzichten und das um so weniger, als die Aufhebung der Grußpflicht bestehen blieb und, so seltsam das klingen mag, an sich schon jegliche Disziplin vernichtet und die Mannschaften rettungslos demoralisiert hatte — das scheinbar so bedeutungslose Symbol war in Wirklichkeit der Eckstein eines ragenden Baues gewesen.

Nun waren allerdings jene beiden Tagesbefehle formell nicht an die Fronttruppen gerichtet, sondern an die Petersburger Garnison. Aber bei der führenden Stellung, die der Rat einnahm, war es selbstverständlich, daß sein Wille ohne weiteres an der Front befolgt wurde und das um so mehr, als auch die Regierung selbst eifrig bemüht war, den Wünschen der Truppen nach einer Lockerung der Disziplin entgegenzukommen. Gewiß darf Gutschkow, dem neuen Kriegs- und Marineminister, das Zeugnis nicht verweigert werden, daß er den besten Willen und Verständnis für militärische Notwendigkeiten hatte, aber den in Rußland zu jener Zeit übermächtigen Strömungen vermochte auch er sich nicht zu entziehen. So hob er die gebräuchlichen, an den Vorgesetzten zu richtenden Anreden auf und verbot das Dutzen der Soldaten. So auch setzte er zwecks Herbeiführung der notwendigen Reformen die Kommission des Generals Poliwanow nieder, die dann in ständiger Verbindung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Vorschläge zutage förderte, deren Radikalismus um

nichts geringer war, als der jener Tagesbefehle. Das Ergebnis war denn auch, daß schon am 12. April ein „Gesetz über die Organisation der Angehörigen des Heeres und der Flotte“ in Kraft trat, das die Bildung von Ausschüssen in sämtlichen Truppenteilen anordnete und ihnen die Regelung des gesamten innern Lebens übertrug. Ausgenommen sollten zwar operative Fragen und Fragen der militärischen Ausbildung sein. Aber konnte jemand im Ernst erwarten, daß diese Zuständigkeitsbeschränkung eingehalten werden würde?

Freilich ließ die Regierung es auch nicht an Aufrufen fehlen, in denen die Mannschaften zur Wahrung der Disziplin gemahnt wurden. Doch sie verhallten ebenso wirkungslos, wie alle die andern unzähligen Aufrufe und Deklarationen, mit denen die Regierung sich immer wieder bald an die Gesamtbevölkerung, bald an einzelne Klassen und Gruppen wandte.

Inzwischen hatte der Petersburger Rat einen neuen Schlag gegen die Regierung geführt. Er hatte gegen die Ernennung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zum Höchstkommandierenden Einspruch erhoben, da einem Romanow eine solche Stellung nicht anvertraut werden dürfe. Die Regierung glaubte nachgeben zu müssen, und als der von der Kaukasus-Front herbeigeeilte Großfürst im Großen Hauptquartier eintraf, wurde er mit der Nachricht von seiner Absetzung begrüßt. An seiner Statt wurde der General Alekssejew ernannt, der zu der Zeit, da der Zar Höchstkommandierender gewesen, ihm als Stabschef zur Seite gestanden hatte.

Nun kam am 3. April die Niederlage am Stochod, die auch dem Blindesten zeigen mußte, wie weit die Zersetzung des Heeres schon vorgeschritten war. Über die symptomatische Bedeutung des Ereignisses täuschte sich denn auch kaum jemand und während einiger Tage waren es Töne tiefer Niedergeschlagenheit und ernster Sorge, die in der gesamten bürgerlichen und selbst in der gemäßigten sozialistischen Presse erklangen. Aber der Stein war im Rollen und niemand fand sich, der die Kraft besessen hätte, ihn aufzuhalten.

Immer unhaltbarer wurde die Lage. Die Truppenausschüsse regierten uneingeschränkt, über jede Anordnung wurde debattiert und abgestimmt, die militärischen Befehlshaber verloren allen Einfluß. Doch nach wie vor wurde der wahre Stand der Dinge schön-

rednerisch verschleiert und die durch das Unglück am Stochod geweckte Aufmerksamkeit entschlummerte bald wieder. Man wollte die wahre Sachlage nicht erkennen, denn das wäre gleichbedeutend gewesen mit dem Zugeständnis, daß die Revolution dem Reiche nicht Nutzen, sondern Schaden gebracht — sei es auch nur in dieser einen Richtung. So ließ man denn alles seinen Gang gehen, versuchte mit Aufrufen einzuwirken und berief Armee- und Frontkongresse, auf denen aufrichtige und unaufrichtige Revolutionsschwärmer mit jenem dem russischen Redner eigenen Pathos immer wieder von neuem versicherten, daß alles aufs beste bestellt sei, daß das freie Volksheer unmittelbar vor dem endgültigen Siege über die Diener des Militarismus stehe.

Da ward bekannt, daß Gutschkow am 12. Mai 1917 seinen Abschied eingereicht und daß er es mit der Begründung getan, er könne die Verantwortung für die unaufhaltsam fortschreitende Zersetzung des Heeres nicht mehr tragen. Zunächst suchte man seinem Schritt einen politischen Anstrich zu geben und machte ihm einen schweren Vorwurf daraus, daß er gehandelt habe, ohne sich vorher mit seinen Amtsgenossen vom Ministerium zu verständigen. Das schien um so rücksichtsloser, als das Kabinett sich damals im Zustande einer ernsten Krise befand und seiner ersten Umbildung entgegenging. Doch dann überlas man aufmerksam die Rede, die Gutschkow zwei Tage vorher auf der Festversammlung gehalten hatte, die am Jahrestage der Einberufung der ersten Duma stattfand, eine Rede, die mit den Worten schloß: „Das Vaterland steht am Rande des Abgrundes." Man fand in den Zeitungen den Bericht über eine weitere Rede, die er unmittelbar nach Einreichung seines Abschiedsgesuches auf dem Kongreß der Frontdelegierten in Petersburg — einem jener unzähligen Kongresse, in denen Kraft und Zeit nutzlos verschwendet wurden — gehalten und in der er dargelegt hatte, daß in der Umgestaltung des Heeres der Grenzstrich bereits überschritten sei, der die Anarchie von der Freiheit trennt. Und endlich erfuhr man, was den unmittelbaren Anlaß zu seinem Schritt gegeben: einerseits der gerade in diesen Tagen verlautbarte Anspruch des Arbeiter- und Soldatenrats, im Falle öffentlicher Unruhen allein über die Verwendung der Truppen zu bestimmen und andererseits die unter dem Druck des Rats von der Regierung beschlossene Verkündung der von der Poliwanowschen

Kommission ausgearbeiteten Soldatenrechte, die die Disziplin endgültig untergraben mußten.

Als nun weiter bekannt wurde, daß drei der volkstümlichsten Heerführer, der Oberbefehlshaber in Petersburg, Kornilow, an dessen revolutionärer Gesinnung niemand zweifelte, der bis zum Umsturz einer unter vielen Divisionsgeneralen gewesen und erst durch ihn in den Vordergrund getragen war, Brussilow, der Held der erfolgreichen galizischen Offensive, und Gurko, der rücksichtslos tapfere Reitergeneral, gleichfalls um ihre Entlassung eingekommen waren, da konnte sich keiner mehr dem Ernst der Lage verschließen. Nur Fanatiker der Revolution, wie der Sozialistenführer Zeretelli, wagten Beschönigungsversuche.

Am 12. Mai war es, als Gutschkow den Abschied nahm. Nur zwei Monate hatte der Traum gedauert, daß die Heeresmacht sich aufrechterhalten läßt, wenn demokratische Grundsätze, die noch nicht einmal im bürgerlichen Leben die Feuerprobe bestanden haben, in das militärische übertragen werden, wenn auf die Wahrung der Disziplin verzichtet wird, wenn zwei voneinander unabhängige Gewalten befehlen wollen. Jetzt begann das bittere Erwachen.

7. Kronstadt.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß der Zersetzungsprozeß im Rücken der Armee noch schneller begann, als an der Front. Hier fehlte die Nähe des Feindes, keine unmittelbare Gefahr zwang zu Zusammenschluß und Unterordnung, der Dienstbetrieb war nie so straff gewesen, wie dort. Die tägliche Berührung mit der Zivilbevölkerung, die nun von allen Fesseln gelöst war, mußte gleichfalls ihren Einfluß ausüben. So ergab sich denn das ganz natürliche Bild, daß mit wachsender Entfernung von der Front die Disziplin eine immer größere Lockerung erfuhr — nur Petersburg, der Sitz der Revolution, behauptete den Vorrang auch vor den weiter entlegenen Ortschaften.

Doch selbst über Petersburg triumphierte Kronstadt, die ihm vorgelagerte Seefestung, die eine starke Garnison aus Land- und Marinetruppen hatte und in deren Hafen ein erheblicher Teil der Baltischen Flotte lag. Kronstadt, das schon 1905 und 1906 Aufstände von unerhörter Wildheit und Grausamkeit gesehen hatte,

wurde auch jetzt der Schauplatz von Ereignissen, die, tragisch, abstoßend und lächerlich zugleich, ein Bild der durch die Revolution geschaffenen inneren Zustände der russischen bewaffneten Macht bieten, wie es kennzeichnender nicht gedacht werden kann.

Unmittelbar nach dem Siege der Revolution begannen in Petersburg Gerüchte über ein in Kronstadt verübtes furchtbares Gemetzel umzulaufen. Niemand wußte Zuverlässiges, doch man sprach von Handlungen tierischer Roheit, von der Ermordung zahlloser Offiziere, von Plünderungen, von schwerer Beschädigung der Kriegsschiffe. Die Regierung schwieg. Sie schwieg, weil sie selbst über die Vorkommnisse nicht unterrichtet war. Sie schwieg, weil noch die wortlose Übereinkunft galt, daß die Revolution unblutig und in jeglicher Hinsicht in den eines Kulturvolks würdigen Formen verlaufen sein mußte, eine Übereinkunft, die in der ersten Zeit von der gesamten öffentlichen Meinung streng aufrechterhalten wurde und allerorten zu planmäßigen Verschleierungen geführt hat.

Nach einigen Tagen begannen die Zeitungen beruhigende Nachrichten zu bringen. Zuerst habe zwar in Kronstadt eine gewisse Anarchie geherrscht, dann aber habe sich unter den Matrosen, Soldaten und Arbeitern eine Ordnungspartei gebildet, der es gelungen sei, die Zügel in die Hand zu nehmen. Von einer Beschädigung der Kriegsschiffe sei keine Rede. Ebensowenig sei ein Massenmord an den Offizieren verübt, nur etwa 30 seien um das Leben gekommen und ungefähr ebensoviel Polizeibeamte getötet. Doch seien einige hundert Offiziere und Unteroffiziere verhaftet. Die Regierung werde ihre Verbringung nach Petersburg verlangen. Vorderhand allerdings verweigerten die Matrosen sie, da die Flotte bald in See stechen werde und die Offiziere dann zur Stelle sein müßten.

Es begannen Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Kronstädter Arbeiter- und Soldatenrat, Verhandlungen, die insofern von ganz besonderer Bedeutung sind, als sie zuerst die erschreckende Ohnmacht der Staatsgewalt ans Licht treten ließen. In der Tat, wer waren denn die Parteien, die einander gegenüberstanden? Einerseits die mit autokratischer Gewalt ausgerüstete Regierung eines Weltreichs, andererseits einige tausend Meuterer. Von Befehlen und Gehorchen konnte da doch nur die Rede sein.

Anstatt dessen wurde verfahren, als säße in Kronstadt eine gleichberechtigte Großmacht! Gewiß, die Lage war deshalb schwierig, weil man sich von der zuchtlosen Horde der bösartigsten Ausschreitungen versehen mußte. Sie konnte nicht nur die in Haft befindlichen Offiziere ermorden, sie war imstande, die im Hafen liegenden Kriegsschiffe zu versenken, Petersburg zu beschießen. Und das angesichts der die Ostsee beherrschenden deutschen Flotte! Aber durch einen entschlossenen Handstreich hätten diese Möglichkeiten ausgeschaltet werden können und gerade dazu fehlte es der Regierung an der nötigen Tatkraft. Die Abneigung gegen durchgreifendes Handeln überhaupt, die Scheu vor Blutvergießen, die Furcht vor dem Petersburger Pöbel und vor der Unzufriedenheit des Arbeiter- und Soldatenrats, der zwar das Verhalten Kronstadts mißbilligte, aber doch letzten Endes ein Gefühl der Solidarität den Meuterern gegenüber nicht unterdrücken konnte, der Wunsch, die Legende von der Unblutigkeit der russischen Revolution aufrechtzuerhalten — alles das zusammen war in der Regierung stärker, als der Trieb, das Ansehen der Staatsgewalt zu wahren. So blieb sie denn in all den verschiedenen Peripetien der Kronstädter Tragödie dabei, mit den Aufrührern auf gleichem Fuße zu verhandeln. Sie entsandte volkstümliche sozialistische Abgeordnete dorthin, bat den Petersburger Rat um seine Vermittlung, empfing ihrerseits Delegationen, ließ es sich gefallen, daß der von ihr ernannte Kommissar vertrieben wurde und anerkannte bereitwillig einen andern vom Kronstädter Rat gewählten, kurz, sie tat alles, was geeignet war, das Selbstbewußtsein jener Leute zu heben. Das schärfste Mittel, das sie anwandte, war die Drohung, die Proviantzufuhr zu sperren. Aber obgleich dieses Mittel, einmal gebraucht, unfehlbar wirkte, wurde sie sich der Stärke ihrer Stellung nicht bewußt.

Die zu Beginn mit einer Prüfung der Lage betrauten Abgeordneten Zeretelli und Skobelew machten in der Öffentlichkeit beruhigende Mitteilungen über die Kronstädter Zustände. Ihre amtlichen Berichte müssen anders gelautet haben, denn sie führten dazu, daß die Regierung alles daran setzte, die Zulassung einer Untersuchungskommission zu erreichen. Allerdings mußte sie es sich gefallen lassen, daß Vertreter der Räte von Petersburg und Kronstadt in den Bestand der Kommission eintraten, daß vollkom-

mene Öffentlichkeit nicht nur der Verhandlungen, sondern auch der Beratungen ausbedungen und daß die Zuständigkeit der Kommission in entwürdigender Weise beschränkt wurde: sie durfte nur das gegen die verhafteten Offiziere und Unteroffiziere vorzubringende Material prüfen. Zu einer Untersuchung der Greueltaten, deren Opfer nicht mehr unter den Lebenden weilten, war sie nicht befugt. Die mußten ungesühnt bleiben. So wollte es das souveräne Volk von Kronstadt.

Die Kommission war von Zeitungs-Berichterstattern begleitet. Ihnen wurde gestattet, die Gefängnisse zu besichtigen und ihnen ist es zu danken, wenn der Schleier von jenen Dingen wenigstens teilweise gelüftet wurde. Es erwies sich, daß das freie Volk seine Gefangenen in einer Weise behandelt und mißhandelt hatte, die alle Grausamkeiten des Zarismus tief in den Schatten stellte. Das ergab sich aus den Berichten, das bestätigte in der Folge Zeretelli, der die Schrecken der kaiserlichen Gefängnisse wiederholt am eigenen Leibe erfahren hatte. In engstem Raume zu Dutzenden zusammengepfercht, ohne Luft und Licht, mit Abfällen genährt, auf dem bloßen Fußboden schlafend, allnächtlich von betrunkenen Horden geweckt, die sich an ihrem Anblick weiden wollten, zu niedrigster Arbeit auf Straßen und Plätzen verwendet, dabei vom Pöbel beschimpft, bespieen und geschlagen — so hatten die Unglücklichen mehr als einen Monat verbringen müssen, bis die Kommission eintraf. Und als diese an die Arbeit ging, als die Anklagen vorgebracht wurden, die all die verübten Unmenschlichkeiten wenigstens bis zu gewissem Grade hätten verständlich machen sollen, zeigte es sich, daß von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, den wehrlosen Opfern der Bestialität nicht einmal vom Standpunkt der siegreichen Revolution aus Vorwürfe gemacht werden konnten. Im Gegenteil, eine ganze Reihe von Angeklagten konnte nachweisen — und sie wies es nach zu ihrer eigenen, freilich von niemandem empfundenen Schmach —, daß sie ihre Dienstpflicht gröblich verletzt hatte, um Matrosen zu decken, die sich revolutionärer Propaganda hingegeben hatten. Andere konnten nur dessen beschuldigt werden, daß sie im Dienst streng gewesen und die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften von ihren Untergebenen verlangt hatten. Eine weitere Gruppe war aus Versehen verhaftet und aus Versehen gepeinigt worden — zu ihr gehörte

ein junger Offizier, der der Kommission nur noch als Geisteskranker vorgeführt werden konnte. Der schlimmste Vorwurf aber, der sich in ganz vereinzelten Fällen begründen ließ, lief auf rauhe Behandlung der Untergebenen, auf ein gelegentliches Schimpfwort, als seltene Ausnahme auf einen Stoß oder Schlag hinaus. Und dazwischen kamen immer wieder Fälle, in denen das ganze Material sich auf die Behauptung beschränkte, der Angeschuldigte sei ein Dummkopf, verstehe nichts vom Dienst, sei allzu hoher Meinung von sich, sei im Herzen ein Anhänger des alten Regimes.

Die Kommission, die unter dem Vorsitz Perewersews, Oberstaatsanwalts am Appellhof zu Petersburg, nachmaligen Justizministers, tagte, ging mit äußerster Milde — gegen die Ankläger vor. War auch nur der Schatten des Verdachts revolutionsfeindlichen Verhaltens oder schlechter Behandlung der Mannschaft gegeben, so wurde der Beschuldigte in Haft belassen, unter denselben entsetzlichen Bedingungen, wie bisher. Nur wenn sich gar nichts gegen ihn vorbringen ließ, wurde er in Freiheit gesetzt. Doch selbst dieses Verfahren genügte den Kronstädtern nicht, sie rotteten sich zusammen, bedrohten die Kommission mit bewaffnetem Angriff und zwangen sie, die Insel fluchtweise zu verlassen.

Wieder begann die Regierung zu verhandeln. Inzwischen war aber das Selbstbewußtsein ihrer Gegner so weit gewachsen, daß sie nach der Stellung einer auch formell gleichberechtigten Partei langten und die Selbständigkeit Kronstadts ausriefen. Allerdings wurden auch jetzt Beschönigungsversuche gemacht, es wurde behauptet, der Beschluß sei von einer Volksmenge gefaßt, die sich über seinen Sinn nicht klar gewesen, eine Lösung aus dem Bestande des russischen Staates sei in Wahrheit gar nicht beabsichtigt und was dergleichen Redensarten mehr waren. Wie wenig begründet diese milde Auffassung war, ging schon daraus hervor, daß die Forderung der Regierung, jenen Beschluß zurückzunehmen, zu keinem Ergebnis führte.

So lächerlich es klingt, die Republik Kronstadt, der übrigens etwa zu gleicher Zeit eine Republik Schlüsselburg würdig zur Seite trat, bestand tatsächlich. Sie gab erst klein bei, als die Regierung zu dem für ihre Verhältnisse heroischen Mittel der Androhung einer Nahrungsmittel-Sperre griff.

Nun ließen sich wieder die gleichen Beziehungen herstellen, wie

vordem, auch die Untersuchungskommission konnte ihre Arbeit wieder aufnehmen — bis sie am 6. Juli zum zweiten Male vertrieben wurde, weil der Pöbel von Kronstadt sich durch die inzwischen begonnene galizische Offensive Brussilows und durch die Austreibung einiger Anarchisten, die das Petersburger Palais des Herzogs von Leuchtenberg eigenmächtig besetzt hatten, verletzt fühlte. . . .

Es hätte keinen Zweck, dem Auf und Ab des Verhältnisses zwischen der einstweiligen Regierung und der Republik Kronstadt noch weiter im einzelnen zu folgen. Kronstadt blieb der Herd des anarchischen Bolschewismus, seine Garnison nahm an allen Tumulten und Putschen, die sich in Petersburg abspielten, regen und vielfach bestimmenden Anteil, es entsandte Agitatoren tief in das Land hinein, bis hinunter nach Kiew. Aber letzten Endes kommt es nicht darauf an. Wichtig und lehrreich ist die Geschichte Kronstadts deswegen, weil sie zeigt, welch schwärende Zersetzung innerhalb der russischen Wehrmacht Platz griff, nachdem der eiserne Zwang der Disziplin beseitigt war und weiter, weil sie ein klassisches Bild der Schwäche einer demokratisch-sozialistischen Regierung einem Häuflein entschlossener Aufrührer gegenüber bietet. Manches an der Haltung des Kabinetts mag aus besonderen russischen Verhältnissen, aus der Eigenart russischer Denkweise erklärt werden. Doch es bleibt viel allgemein Menschliches und deshalb allgemein Gültiges übrig.

In der Maienblüte der russischen Revolution leuchtete die Episode Kronstadt als drohendes Flammenmal auf, das in erschreckender Weise erkennen ließ, wohin das führerlos gewordene Schiff trieb.

Während der Kronstädter Wirren ist der breiteren Öffentlichkeit auch ein Name bekannt geworden, der dem Gedächtnis einer geängsteten Menschheit nicht wieder entschwinden wird: die Blätter meldeten beiläufig, daß der aus dem Auslande zurückgekehrte Bolschewist Trotzki mit Erfolg für radikale Beschlüsse agitiere.

---

8. In den Fabriken.

Die Abneigung und das Mißtrauen, die die zarische Regierung gegen jeden freien Zusammenschluß ihrer Untertanen empfand, waren auch für ihre Arbeiterpolitik maßgebend gewesen. Infolgedessen konnte eine legale gewerkschaftliche Bewegung nicht Fuß fassen, der geheimen, rein politischen Agitation aber war tatsächlich Tor und Tür geöffnet. Wie stark revolutioniert die Industriearbeiterschaft im ganzen Reich, namentlich in Petersburg, war, bewies das Jahr 1905, das bereits einen Rat der Arbeiter-Deputierten kannte, jenen Rat, der unter dem Vorsitz Chrustalew-Nossars einige Wochen hindurch so mächtig war, daß die Anhänger der Revolution allerorten von ihm ihre Parole empfingen und daß er im Begriff stand, die Regierung des Grafen Witte verhaften zu lassen, als er mit einem Vorsprung von wenigen Stunden selbst verhaftet wurde.

In den darauf folgenden Jahren des Stolypinschen Gewaltregiments gelang es, den im Grunde rein revolutionären, nur notdürftig mit sozialdemokratischer Theorie gefirnißten Arbeiterorganisationen vernichtende Schläge zuzufügen. Ihre Führer wurden gehängt, eingekerkert, zur Flucht ins Ausland gezwungen, die Zahl der Streiks und der mit ihnen eng verknüpften Unruhen nahm schnell ab. Doch allmählich hob sich eine neue Woge und im Sommer 1914 war die Lage wieder bedrohlich geworden. Aber der Krieg drängte zunächst die Arbeiterbewegung in den Hintergrund.

Erst die Niederlagen des Sommers 1915 eröffneten neue Möglichkeiten. Das Eingreifen der Duma und der damit verknüpfte Aufschwung der allgemeinen Stimmung führten zur Mobilisierung der Industrie und auf Verlangen der Unternehmer selbst wurde den Arbeitern in den jetzt begründeten Kriegsausschüssen eine ausreichende Vertretung eingeräumt. Diese Vertretung ergab naturgemäß den Mittelpunkt für eine neue Sammlung der revolutionären Kräfte, eine Tatsache, die vom Innenminister Protopopow ganz richtig erkannt worden war. Den Arbeiter-Delegationen in den Kriegsausschüssen war es gewiß nicht in letzter Linie zu danken, wenn es fast im Augenblick des Sieges der Revolution gelang,

die Arbeiterräte zu schaffen und sie zu Trägern der wirklichen Macht auszugestalten.

Der die gesamte nicht geradezu reaktionäre Publizistik beherrschende Katheder-Sozialismus, verbunden mit der in Rußland landläufigen Idealisierung des gemeinen Mannes, gestärkt durch das Gefühl der Solidarität aller in Opposition zum Zarismus stehenden Kreise, hatte im russischen Bürgertum seltsam übertriebene Vorstellungen von der sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Reife der Arbeiterschaft geweckt. So konnte es nicht wundernehmen, wenn sie zuerst rückhaltlos als Bundesgenossin begrüßt wurde. Erst sehr allmählich lernte das Bürgertum einsehen, daß ihm hier ein Feind gegenüberstand, der in schrankenloser Begehrlichkeit, in schroffstem Egoismus und völliger Unbedenklichkeit in der Wahl der Mittel die zarische Regierung weit in den Schatten stellte.

Ein gewisses Stutzen weckte allerdings schon in den ersten Tagen der Revolution ein keineswegs aus theoretischen Erwägungen, sondern aus sehr wirklichen unliebsamen Vorkommnissen erwachsener Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates, der zu ruhigem Abwarten mahnte und vor gewaltsamen Eingriffen in das Wirtschaftsleben des Landes warnte. Daß die Neigung zu Ausschreitungen sich so bald zeigen würde, hatte man nicht erwartet. Aber in der Öffentlichkeit hielt man an der revolutionären Schönfärberei fest, schwieg über Gewalttaten und Tumulte und begrüßte freudig und hoffnungsvoll das von der Regierung eiligst bekanntgegebene Programm ihrer Arbeiterpolitik. Es sollte mit möglichster Beschleunigung ein Arbeitsministerium geschaffen, zunächst aber im Bestande des Ministeriums für Handel und Industrie eine Arbeitsabteilung begründet werden. Arbeitervertreter sollten hier bestimmend mitarbeiten. Im Anschluß daran wurde das Programm einer sozialen Gesetzgebung entrollt, das denkbar umfassend und weitgehend war.

Doch die Arbeiterschaft wollte nicht warten. Sie hatte die Macht und war gesonnen, sich ihrer zu bedienen. Unverzüglich ging sie daran, die Erfüllung eines ihrer ältesten und heißesten Wünsche zu erzwingen.

Der Achtstunden-Tag stand mit an erster Stelle auf dem Programm der Regierung. Aber die vom Ministerium befragten sach-

verständigen und durchaus arbeiterfreundlichen Vertreter der Industrie erklärten seine Einführung während des Krieges für unmöglich, da Arbeitermangel und Warenhunger dem gleichermaßen im Wege stünden. Die Arbeiterschaft müsse auf diesen Punkt verzichten, es würden zum Ausgleich weitgehende Zugeständnisse anderer Art gemacht werden.

Trotzdem veranlaßte der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat, der eben noch selbst vor übereiltem Vorgehen gewarnt hatte, aber nun fürchtete, rückständig zu erscheinen, den örtlichen Verband der Industriellen zur Einführung des Achtstunden-Tages unter gleichzeitiger Anerkennung von Arbeiterausschüssen und Schaffung von Einigungskammern. Kaum war das geschehen, als der Moskauer Rat die Verkürzung der Arbeitszeit vom 3. April 1917 ab ohne jede Verständigung mit den Unternehmern anordnete. Offenbar um Weiterungen vorzubeugen, schrieb darauf das Kriegsministerium allen ihm unterstellten Werkstätten vor, dieselbe Maßnahme von sich aus zu treffen. Und als Mitte April die allrussische Vertreterversammlung der Räte tagte, beschloß sie, die Regierung zum Erlaß eines entsprechenden Gesetzes zu veranlassen, das zugleich jegliche Überstunden, allerdings erst für die Zeit nach dem Friedensschluß, verbieten sollte. Merkwürdiger-, aber für Rußland nicht ungewohnterweise wurden diese Forderungen bald darauf von einem Kongreß der Chirurgen in sehr entschiedener Form unterstützt.

In allen Fällen wurde übrigens das Verlangen nach dem Achtstunden-Tag mit dem einer Verkürzung auf sieben Stunden für den Vorabend eines jeden Feiertages verbunden, ein Umstand, der bei der sehr großen Zahl russischer Feiertage, die ohnehin eine beträchtliche Minderung der Arbeitsleistung mit sich bringen, von erheblicher Bedeutung war.

Die technischen und kaufmännischen Angestellten blieben hinter den Arbeitern nicht zurück und begannen den Sechsstunden-Tag zu fordern.

Hand in Hand mit der Herabsetzung der Arbeitszeit ging eine Steigerung der Löhne. Schon in den letzten Tagen des März beschwerte sich der Petersburger Unternehmerverband beim Rat über das Vorgehen der Arbeiter, die Lohnerhöhungen durch Gewaltmaßnahmen durchzusetzen suchten. Der Rat mahnte zur Ruhe

und verwies auf seinerseits bevorstehende Schritte, die zu einer Befriedigung aller gerechten Ansprüche führen würden. Die sozialistische Presse schloß sich dem an, mit alleiniger Ausnahme der bolschewistischen „Prawda", die im Gegenteil zur Ausnutzung der günstigen Gelegenheit riet.

Die Arbeiterschaft ließ sich denn auch nicht zügeln und begann auf eigene Faust vorzugehen, insbesondere Mindestlöhne zu bestimmen. In welcher Weise das geschah, möge ein Beispiel zeigen: in einer Anzahl von Petersburger Betrieben hatte der Durchschnittslohn des männlichen Arbeiters vor dem Kriege 2,40 Rubel betragen, unmittelbar vor der Revolution 3,35. Jetzt wurde ein Mindestlohn von 6 Rubeln festgesetzt.

Immerhin muß das noch als verhältnismäßig maßvoll bezeichnet werden, wenn man die Forderungen in Betracht zieht, die auf einzelnen Werken erhoben wurden. So verlangten die Arbeiter der bekannten Gummi-Fabrik Treugolnik, daß die neuen erhöhten Lohnsätze für die ganze Zeit des Krieges nachgezahlt würden. Da das einen Betrag von 12 Millionen Rubel bedeutete, lehnte die Verwaltung ab, schlug aber vor, in Verhandlungen einzutreten. Doch davon wollten die Arbeiter nichts hören. Sie verhafteten die anwesenden Mitglieder der Fabrikleitung und brachten so den ganzen Riesenbetrieb in Unordnung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm zunächst Stellung gegen ein derartiges Vorgehen. Er entsandte Vertreter, die vor weiteren Ausschreitungen warnten. Aber von der Ergreifung ernster Maßregeln in diesem und in einer Reihe ähnlicher Fälle war nicht die Rede. Vielmehr wurde im Rat auch jetzt wieder die Befürchtung wach, er könnte hinter den Ereignissen zurückbleiben und dadurch die Zügel aus der Hand verlieren. So wurde denn die Parole ausgegeben, daß die in der Öffentlichkeit entstandene Beunruhigung grundlos sei, daß es sich um eine frivole, von den Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft eingeleitete Hetze handle und daß aller Wahrscheinlichkeit nach gegenrevolutionäre Bestrebungen im Spiel seien — obgleich damals schon feststand, daß die Erzeugung der Petersburger Fabriken seit der Revolution um durchschnittlich 25 v. H. abgenommen hatte.

Mitbestimmend für diese Stellungnahme war der Umstand, daß an der Front vielfach eine gewisse Erbitterung gegen die

Arbeiterschaft erwacht war. Ob das, wie von einem Teil der Presse behauptet wurde, auf den sichtlichen Rückgang der Munitionserzeugung zurückzuführen war, also auf patriotische Erwägungen, oder auf einfachen Neid der Frontsoldaten, die den Arbeitern die herabgesetzte Arbeitszeit und die erhöhten Löhne mißgönnten, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls entstanden ernstliche Reibungen.

Zu ihrer Beseitigung wurden von den Räten Besichtigungsfahrten soldatischer Delegierter durch die Fabriken unternommen, die den gewünschten Erfolg hatten. Die Soldaten kamen zu der Überzeugung, daß der Betrieb in vollem Gange sei und daß die Lage der Arbeiter immer noch weit hinter berechtigten Ansprüchen zurückbleibe. Welchen Mitteln dieser Erfolg zu danken war, läßt sich nicht feststellen. Wahrscheinlich waren die Abgeordneten nicht sachverständig und ließen sich durch Potemkinsche Dörfer täuschen.

Jedenfalls war die gefährdete Einigkeit wieder hergestellt und das Bürgertum von neuem als gemeinsamer Feind gekennzeichnet. In geschlossener Front konnte nunmehr weitermarschiert werden. Das Ziel waren noch umfassendere Eroberungen für die Arbeiterschaft, ein Ziel, dessen Erreichung zugleich die Vernichtung der russischen Industrie bedeutete und damit auch die Vernichtung des kaum Errungenen, ein Ziel also, das gerade vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus nur als selbstmörderisch und widersinnig bezeichnet werden konnte. Doch da niemand mit fester Hand eingriff, da die Unternehmer machtlos waren und die Regierung, ihren Grundsätzen treu, über warnende Aufrufe nicht hinausging, mußte das Schicksal seinen Lauf nehmen.

9. Landfrage und Bundschuh.

Daß der Schwerpunkt aller russischen wirtschaftlichen und politischen Probleme in der Landfrage liegt, ist längst zum Gemeinplatz geworden. Zum Gemeinplatz war in Rußland auch längst vor der Revolution der Satz geworden, daß sie nur auf einem Wege, auf diesem aber mit Sicherheit zu lösen sei, nämlich durch die Übergabe alles nutzbaren Landes an die Bauernschaft. Freilich erhoben sich warnende Stimmen. Auf unwiderlegliches Zahlenmaterial gestützt, wurde der Nachweis geführt,

daß auf solche Weise der Bauernschaft nicht geholfen werden könne, da das verfügbare Land zu ihrer Versorgung doch nicht ausreiche und daß bei der geringen Intensität der bäuerlichen Wirtschaft ein verderbliches Sinken der Erzeugung die Folge sein müsse. Nicht Landverteilung, sondern einzig und allein Vernichtung der Feldgemeinschaft und Hebung der landwirtschaftlichen Technik könnten Rettung bringen. Doch die Stimmen verhallten. Stolypins Agrarreform zwar versuchte dieser Erkenntnis zum Siege zu verhelfen und trotz aller bei ihrer Verwirklichung begangenen Mißgriffe hätte sie vielleicht mit der Zeit die Lösung gebracht. Aber von der öffentlichen Meinung Rußlands wurde sie hartnäckig abgelehnt, wenngleich gerade führende Volkswirte in den letzten Jahren schwankend zu werden begannen. Es war deshalb leicht vorauszusehen, daß der Sieg der Revolution zu einer Wiederaufnahme der Pläne führen mußte, die schon die erste Duma vertreten und die vor allem ihre Auflösung hervorgerufen hatten. Vorauszusehen war aber auch, daß die alten Streitigkeiten wieder aufleben würden. Wieder würden Kadetten und Sozialisten darum hadern, ob der private Besitz gegen Entschädigung enteignet oder kurzweg konfisziert werden, ob das Land den Bauern zu Eigentum überlassen, ob es verstaatlicht oder munizipalisiert und nur zu Pacht ausgetan werden solle.

Am 2. April 1917 beschloß die Regierung einen besonderen Ausschuß zur Beratung der Landfrage niederzusetzen. Die Lösung dieser Frage, so hieß es im Sitzungsprotokoll, sei die ernsteste und schwierigste Aufgabe, die durch den Sturz des Zarismus auf die Tagesordnung gesetzt sei. Gleichviel in welchem Sinne sie schließlich erfolgen würde, an zweierlei müsse festgehalten werden: die Entscheidung dürfe nur von der verfassunggebenden Versammlung getroffen werden und die Bevölkerung müsse sich jeglicher eigenmächtiger und gewaltsamer Versuche einer Lösung im Einzelfalle enthalten. Dem Landwirtschaftsminister wurde aufgetragen, den Entwurf einer Satzung für den zu begründenden Ausschuß vorzulegen.

Bereits einen Monat später war die Satzung fertiggestellt und von der Regierung bestätigt. Sie enthielt jedoch eine sehr wesentliche Abweichung von dem anfänglichen Plan, indem sie die Niedersetzung nicht nur eines Hauptausschusses, der dem Mini-

sterium angegliedert werden sollte, vorsah, sondern außerdem die Bildung lokaler Ausschüsse für jedes Gouvernement, jeden Kreis und jede Gemeinde (Wolost) anordnete. Der Hauptausschuß sollte die Tätigkeit der örtlichen Ausschüsse leiten, die von diesen gesammelten Materialien bearbeiten, die Grundzüge der Landreform festlegen und an die verfassunggebende Versammlung mit positiven Vorschlägen herantreten. Er sollte bestehen aus dem Minister und den Unterstaatssekretären, einem ständigen Vorsitzenden — dieses Amt wurde dem bekannten Volkswirt und Agrarpolitiker Prof. Possnikow übertragen — und 25 ständigen Mitgliedern, ferner aus Vertretern der Gouvernementsausschüsse, der bäuerlichen Organisationen, der Arbeiter- und Soldatenräte, der Genossenschaften, des Duma-Ausschusses, der politischen Parteien und der fünf bedeutendsten wirtschaftswissenschaftlichen Vereine. Die örtlichen Ausschüsse wiederum sollten sich hauptsächlich aus Vertretern der Selbstverwaltungskörper, die Gemeindeausschüsse sogar ausschließlich aus solchen zusammensetzen.

Den örtlichen Ausschüssen wurde eine weitgehende Zuständigkeit eingeräumt. Sie sollten nicht nur Materialien sammeln, vielmehr auch befugt sein, Verordnungen zur vorläufigen Regelung der agraren Verhältnisse zu erlassen, Streitigkeiten zu schlichten, gegen Deteriorierung landwirtschaftlichen Besitzes einzuschreiten. Das bezog sich allerdings zunächst nur auf die Gouvernements- und Kreisausschüsse, während die Kompetenz der Gemeindeausschüsse von diesen erst festgesetzt werden sollte. Aber es lag von vornherein auf der Hand, daß jene sich eine Vorenthaltung von Befugnissen einfach nicht gefallen lassen und nötigenfalls usurpatorisch verfahren würden.

Zog man das in Betracht, so ergab sich von vornherein ein äußerst bedenkliches Bild. Es war klar, daß die Sammlung von Materialien an Ort und Stelle nur eine nebensächliche Bedeutung haben, das Schwergewicht hingegen auf der praktischen Regelung der Agrarverhältnisse liegen würde. Damit wurde der erste der zwei von der Regierung aufgestellten Grundsätze, daß die Entscheidung der Konstituante gehöre, hinfällig. Zweitens war mit Sicherheit vorauszusehen, daß die wichtigste Rolle unvermeidlich gerade den Gemeindeausschüssen zufallen mußte, die dem wirklichen Leben am nächsten standen. Von ihnen aber konnte eine

objektive Würdigung öffentlicher Interessen unmöglich erwartet werden. Denn in ihnen saßen ausschließlich Vertreter der Bauernschaft, der Bevölkerungsgruppe also, die an der sofortigen Lösung der Bodenfrage durch Aufteilung des Landes unmittelbar interessiert war. Mit einem Verzicht auf eigenmächtige, gegebenen Falles gewaltsame Lösung der Agrarfrage im Einzelfalle durfte also durchaus nicht gerechnet werden. Und damit erwies sich auch der zweite von der Regierung aufgestellte Grundsatz als unhaltbar.

Inzwischen aber waren die Ereignisse bereits ihren eigenen Gang gegangen, unbeeinflußt von den wohlmeinenden, doch weltfremden Plänen der Regierung. Die Bauern waren keineswegs gesonnen, auf das Heil von oben zu warten. Genau ebenso, wie die Fabrikarbeiter, fühlten sie sich als Träger der Macht und wollten den Augenblick nutzen. In immer regem Mißtrauen meinten sie, daß nur die sofortige Schaffung unwiderruflicher Zustände sie zu sichern vermöge — die Erinnerung war noch wach, wie alles 1905 vermeintlich schon Errungene ihnen wieder entrissen worden war. So begannen sie denn unverzüglich, die Bodenfrage auf ihre Weise zu lösen, indem sie sich öffentliches und privates Land aneigneten, die Großgrundbesitzer, die nicht rechtzeitig zu fliehen vermochten, erschlugen, deren Häuser niederbrannten, Inventar und Vorräte untereinander teilten. Auch gegen die eigenen Standesgenossen richtete sich ihre Gier und die aus der Stolypinschen Agrarreform hervorgegangenen Hofbesitzer wurden nicht anders behandelt, denn die Eigentümer großer Güter. Lastete doch auf ihnen der Vorwurf, der Gemeinde Land entzogen und die Markgenossen dadurch ganz unmittelbar geschädigt zu haben.

Die Bewegung setzte ein, sowie die Nachricht von dem Umsturz in die Tiefe des Dorfes gedrungen war. Das Vorgehen der Bauern entbehrte teilweise jeglicher Organisation, teilweise wurde es von allerlei schnell gebildeten Dorfkomitees, Wohlfahrts- und ähnlichen Ausschüssen geleitet. Selbstverständlich war hierbei nicht die Rede von einer Berücksichtigung der Interessen der Gesamtbevölkerung bäuerlichen Standes. Vielmehr hielt jedes Dorf es für sein unbestreitbares Recht, sich das zunächst gelegene Land, zumeist das des einstigen Herrn aus der Zeit der Leibeigenschaft, anzueignen und wo es fraglich sein konnte, welchem von mehreren Dörfern ein Anspruch zustand, da kam es zwischen ihren Be-

wohnern zu heftigen Zusammenstößen, gelegentlich zu förmlichen Schlachten.

Diese Entwicklung machte, abgesehen selbst von der durch sie hervorgerufenen Anarchie, eine planmäßige Lösung der Bodenfrage für die Zukunft unmöglich, da ein zur Verfügung des Staates stehender Landfonds sich unter solchen Umständen nicht bilden konnte. Neben anderen Erwägungen war es wohl gerade die Erkenntnis dieser Gefahr, die den Landwirtschaftsminister Schingarew veranlaßte, in Abweichung von den ursprünglichen Plänen der Regierung die Bildung örtlicher Ausschüsse anzuordnen. Getragen von dem ehrlichen, aber unpraktischen Idealismus, der die ganze einstweilige Regierung in ihrem ersten Bestande kennzeichnete, mag er die Hoffnung gehegt haben, daß insbesondere die Gemeindeausschüsse Ausschreitungen verhindern und die Kirchturmpolitik der Wohlfahrtskomitees ausschalten würden.

Die Tatsachen zeigten sehr bald, daß er sich getäuscht hatte. Vielfach wurden die geplanten Gemeindeausschüsse garnicht eingesetzt. Wo es doch geschah, stellten sie in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle nichts anderes dar, als eben dieselben usurpatorischen Komitees unter neuem Namen. Und ihre Tätigkeit war weit entfernt von einer Berücksichtigung anderer Interessen, als der des eigenen Dorfes. Da sie aber mit staatlichen Vollmachten ausgerüstet waren, brachten sie keine Besserung, sondern eine tiefgreifende Verschlechterung der allgemeinen Lage. Die Ausschreitungen der Bauern standen fortan unter dem Schutz des Gesetzes und die Recht- und Wehrlosigkeit der privaten Grundbesitzer war nunmehr besiegelt.

Ende März war es, als die Zeitungen begannen, Meldungen über Agrarunruhen zu bringen und es verlohnt vielleicht, die erste, die sich in dem angesehensten Organ Rußlands, dem kadettisch gefärbten Professorenblatt „Rußkija Wedomosti" findet, in all ihrer Kürze wörtlich wiederzugeben:

Beshezk, den 28. März 1917. Der Vorsitzende des Kortschewsker Kreis-Landschaftsamts Korvin-Litwitzki ist mitsamt seinem Gutshause von Bauern verbrannt worden. Der Wald ist ausgeholzt.

Das war der Anfang. Von da ab finden sich täglich ähnliche Meldungen in den Blättern. Ja, die meisten bürgerlichen Zeitungen

sahen sich bald veranlaßt, eine ständige Rubrik unter der Spitzmarke „Agrarunruhen“ oder „Anarchie“ einzurichten.

Die Regierung ließ Telegramme in das Land gehen, in denen sie ihre Kommissare, die ebenso machtlos waren, wie sie selbst, anwies, keinerlei Ausschreitungen zu dulden. Sie appellierte an den gesunden Sinn der Bevölkerung, sie verwies auf den ungeheuren Schaden, den das Reich und seine Verteidigung erleiden müßten, wenn Vorräte zerstört und die Frühjahrsbestellung verhindert würde. Doch sie tat nichts.

Der gesunde Sinn des Volkes aber bewährte sich auf den Bauernkongressen, die hier und dort, in Ssaratow, in Tula und an andern Orten, zusammentraten und die unverzügliche Übergabe alles gutsherrlichen Landes an die arbeitende Bevölkerung heischten oder selbstherrlich dekretierten, über die begangenen Greueltaten jedoch stillschweigend hinwegschritten. Und nicht anders verfuhr der in Petersburg tagende Rat der Bauerndeputierten, der sich kurz nach dem Siege der Revolution gebildet hatte. Ein Werkzeug städtischer Doktrinäre, sprach er im Namen der gesamten Bauernschaft Rußlands, forderte er die Verstaatlichung des Bodens, von der der landgierige Bauer nichts wissen wollte, erschöpfte er sich in fruchtloser Polemik gegen den 1905 begründeten und nun zu neuem Leben erwachenden Bauernbund, der ihm die Befugnis zur Vertretung der Bauernschaft bestritt und letzten Endes zwar gleichfalls die Übergabe des Landes an das Volk anstrebte, aber unter anderer theoretischer Flagge focht.

Indessen schritt der Bundschuh mordend, brennend und raubend durch das Land. Er vernichtete unschätzbare wirtschaftliche Werte, er zerstörte, was Generationen an geistigen Gütern gesammelt hatten. Gewiß war der russische Adel, war der russische Großgrundbesitzerstand seinem Volke vieles schuldig geblieben. Doch immerhin war er ihm lange Führer gewesen und seine Sitze waren Mittelpunkte wirtschaftlicher und geistiger Kultur in dem zurückgebliebenen Lande. Nun gingen sie in Flammen auf.

---

10. Das Bürgertum.

Daß es in Rußland ein Bürgertum im eigentlichen Wortsinne nicht gibt, ist bekannt. Wird der Ausdruck trotzdem und zwar sehr häufig angewendet, so versteht man unter ihm die gesamte über Besitz und Bildung verfügende Schicht, alles, was nicht von Handarbeit lebt. Ausgenommen werden nur diejenigen Kopfarbeiter, deren Lebenshaltung sich der der Handarbeiter nähert.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Begriff des Bürgertums in solcher Prägung seine Entstehung der Sozialdemokratie verdankt, die sich auch in dieser Frage mit einer einfachen Übertragung der europäischen Schablone auf die russischen Verhältnisse begnügt. Sie stellt dem Proletariat oder, wie ebenso häufig gesagt wird, der Demokratie das Bürgertum als geschlossene Einheit gegenüber unter geflissentlicher Nichtbeachtung der in seiner Mitte bestehenden Abstufungen. Denn diese Abstufungen müssen belanglos sein, wenn man sie mit der Kluft vergleicht, die der orthodoxen Schulmeinung nach zwischen den Klassen gähnt.

In Wahrheit paßte diese Schablone für das vorrevolutionäre Rußland gar nicht. Sie paßte schon deshalb nicht, weil das, was als Bürgertum bezeichnet wurde, selbst sich gar nicht als Klasse empfand, weil es an einem Klassenbewußtsein, an der Erkenntnis gemeinsamer Interessen vollkommen fehlte. Es gab eine Oberschicht, die den Feind in der Mittelschicht ebenso, wie in der untern sah. Die Mittelschicht ihrerseits vergalt das, indem sie sich im Kampf gegen jene mit dem Proletariat eins fühlte. Die Beziehungen zwischen Ober- und Mittelschicht waren eben noch nicht wirtschaftlich, sondern rein politisch bestimmt und maßgebend für sie war nach wie vor die Stellung zum Zarentum und zur Konstitution, nicht aber zur kapitalistischen oder sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Daß die Oberschicht der Revolution feindlich gegenüberstand, versteht sich von selbst. Richtete sich doch deren Ansturm in gleichem Maße gegen sie, wie gegen die Krone. Trotzdem hat sie, als der Umsturz geschah, kaum den Versuch gemacht, Widerstand zu leisten. Sie wurde von den Ereignissen überrascht, und wenn hier

und da ein junger Offizier sich zur Wehr setzte, war das mehr ein Ausfluß des Temperaments, als der Überzeugung. Im allgemeinen ergab sich das Bild einer bedingungslosen Waffenstreckung, die vielfach mit einem unschönen Überläufertum verbunden war. Selbst die Großfürsten beeilten sich, der neuen Regierung ihre Ergebenheit zu versichern, ohne daß dazu eine eigentliche Veranlassung vorgelegen hätte. Auch der Rat der Vereinigten Adelskorporationen, bisher der treueste Hort der Monarchie, stellte sich in feierlicher Entschließung auf den Boden der Tatsachen. Und Unzählige, die gleich ihm stets für die Monarchie oder gar für den Absolutismus eingetreten waren, versicherten nun, daß sie im Herzen stets Demokraten gewesen. Diejenigen aber, die das Opfer ihrer Überzeugung nicht bringen wollten oder die die Aussichtslosigkeit eines solchen verspäteten Frontwechsels erkannten, verschwanden von der Bildfläche und lebten der Hoffnung, daß ihre Zeit wiederkommen werde. Von dem Versuch einer Gegenrevolution sahen sie in richtiger Einschätzung der Lage zunächst völlig ab. Sie wußten, daß die Monarchie auf das schwerste kompromittiert war und daß von ihrer Wiederaufrichtung erst die Rede würde sein können, nachdem die Revolution vollkommen Bankrott gemacht. So hat es denn auch in der ganzen Zeit, da die einstweilige Regierung herrschte, keinen einzigen monarchistischen Putsch, keine ernst zu nehmende Verschwörung gegeben. Gelegentliche Versuche strebsamer Beamter, gegenrevolutionäre Bewegungen aufzudecken, endeten mit vollkommenem Mißerfolge. Und wenn sozialistische Führer, wenn namentlich die Bolschewisten gern und mit Pathos von den der Revolution drohenden Gefahren sprachen, so war es allzu klar, zu welchem Zwecke das geschah.

Dieses Verhalten der Oberschicht spiegelte sich getreulich in ihrer Presse wieder. Die Tage der Revolution hatten einen Setzerstreik gebracht, während dessen nur ein Nachrichtenblatt erschien, das von einem Journalistenausschuß herausgegeben wurde. Als dann auf Anordnung des Petersburger Rats die Arbeit wieder aufgenommen wurde, blieben die rechtsstehenden Blätter aus. Das war zunächst die Folge eines vom Rat erlassenen Verbots. Doch hätte der von den übrigen Zeitungen fast einmütig verlautbarte Protest zu seiner Aufhebung geführt — wenn die Herausgeber der unterdrückten Organe überhaupt gewünscht hätten, ihre Tätigkeit

fortzusetzen. Ein solcher Wunsch aber bestand nicht. Die Aussichtslosigkeit jeder monarchistischen Propaganda, vielleicht auch wohlbegründete Befürchtungen für die eigene persönliche Sicherheit führten dazu, daß „Rußkoje Snamja", „Semschtschina" und wie sie alle hießen, vom politischen Horizont verschwanden. Die Regierung verfehlte nicht, noch einen schweren Stein auf ihr Grab zu wälzen, indem sie Angaben über die Unterstützungen veröffentlichte, die die meisten dieser Blätter vom alten Regime bezogen hatten.

Doch fehlte es auch in der Presse nicht an Überläufern. Die verbreitetste und einflußreichste aller russischen Zeitungen, die „Nowoje Wremja", erkannte die neue Ordnung der Dinge ohne weiteres an, verabschiedete einige ihrer alten Mitarbeiter und warf sich den Siegern in die Arme. Sie rechtfertigte ihren Frontwechsel, indem sie betonte, daß ihr die Weltgeltung des russischen Reiches stets vor allem am Herzen gelegen habe. Die Monarchie sei ihr nur Mittel zum Zweck gewesen. Nachdem das Zarentum durch sein Versagen im Kriege sich als ungeeignet zur Erreichung dieses wichtigsten Zieles erwiesen habe, sei es Pflicht jedes Patrioten, sich von ihm loszusagen. So wurde denn der republikanische Imperialismus zum einzigen Leitstern des Blattes. Immerhin hatte es den Mut, mit großer Entschiedenheit gegen die Ausschreitungen des Pöbels, gegen den Utopismus der Sozialisten und gegen die Schwäche der Regierung aufzutreten.

Ganz anders nahm naturgemäß die bürgerliche Mittelschicht Stellung. Sie hatte den Sturz des Zarismus inbrünstig herbeigesehnt, sie hatte geholfen, die Revolution vorbereiten und sie begrüßte jubelnd ihren Sieg. Was zur Intelligenz zählte, was in den freien Berufen arbeitete, die landschaftliche und städtische Selbstverwaltung beherrschte, in Handel und Industrie tätig war, ein nicht unbeträchtlicher Teil des großen und fast der gesamte mittlere Grundbesitz, der Durchschnitt der Staatsbeamtenschaft, das Offizierskorps der Linieninfanterie und der technischen Truppen — sie alle hatten in scharfem Gegensatz zur alten Ordnung gestanden und hofften nun, im freien Volksstaat ihre Rechnung zu finden. Ohne Klassenbewußtsein, von sozialistischen Gedankengängen stark beeinflußt, glaubten sie, eine politische Revolution mitzuerleben, die freilich soziale Reformen, doch keinesfalls einen

sozialen Umsturz nach sich ziehen mußte. Und wie sie bisher Hand in Hand mit dem Proletariat gearbeitet hatten, so waren sie auch jetzt noch durchdrungen von der Notwendigkeit einer Fortdauer des Bündnisses. Vor allem waren sie überzeugt davon, daß das Proletariat ihrer Hilfe bedürfe, da dessen Kräfte nicht annähernd zu einer Lösung der durch die Umgestaltung aufgeworfenen Fragen ausreichten.

Mit bewundernswerter Arbeitsfreude und wirklichem Idealismus gingen sie ans Werk. Die mangelnde Erfahrung in den Dingen des täglichen Lebens, in der Führung der Staatsgeschäfte machte sich zwar bald bemerkbar. Doch vermochte das ihren Schwung nicht zu dämpfen, da sie hoffen konnten, diese Lücke mit der Zeit auszufüllen. Aber allmählich mußten sie dessen gewahr werden, daß die revolutionäre Demokratie keineswegs gesonnen war, Schulter an Schulter mit ihnen zu marschieren. Nicht Bescheidenheit war es gewesen, die diese bewogen hatte, das Steuer der Regierung dem Bürgertum zu überlassen, sondern politische Berechnung, die nicht vorzeitig die Verantwortung hatte übernehmen wollen. Und nicht nur die Bolschewisten träumten von der Stunde, da das Proletariat die Alleinherrschaft an sich reißen würde.

Dieser Auffassung stand das Bürgertum verständnislos und wehrlos gegenüber. Es glaubte, ihre Träger durch immer neue Zugeständnisse, immer wiederholte Beteuerungen rückhaltlos demokratischer Gesinnung entwaffnen zu können. Es überhörte geflissentlich alle feindseligen Äußerungen, schwieg zu den Ausschreitungen der siegestrunkenen Masse und schreckte sich selbst mit dem Gespenst der Gegenrevolution. Und es hielt fest an der Legende von der Großartigkeit und Unblutigkeit des Umsturzes.

Nur sehr allmählich kam die Ernüchterung, dämmerte die Erkenntnis der dem Reich und seiner gesamten Kultur drohenden tötlichen Gefahr. Und da war es zu spät. Hatte die wirkliche Macht von vornherein nicht in der Hand des Bürgertums gelegen, so begann ihm nun auch die äußere Leitung der Staatsgeschäfte zu entgleiten und es mußte das Kommende widerstandslos über sich ergehen lassen.

4*

11. Duma, Reichsrat und Parteien.

Am 12. März 1917 hatte die Duma ihre letzte Sitzung abgehalten und den Senioren-Konvent mit der Bildung des Ausschusses betraut, der seinerseits die einstweilige Regierung einsetzte. In vollem Bestande, als beschließende Kammer hat sie sich nach diesem Tage nicht mehr versammelt. Sie war sich allzu klar dessen bewußt, daß sie, die aus einem aufgezwungenen plutokratischen Wahlsystem hervorgegangen war, den Boden unter den Füßen verloren hatte und es nicht mehr wagen konnte, im Namen des Landes zu sprechen. Doch auf eine weitere Mitwirkung am Gang der Ereignisse wollte sie deshalb nicht verzichten. Ihr Ausschuß sollte fortbestehen und sie selbst wollte sich das Recht wahren, auf die Regierung und die öffentliche Meinung beratend einzuwirken. Deshalb nahm sie gegen die von den radikalen Gruppen immer wieder an die Regierung gerichtete Forderung ihrer Auflösung mit Entschiedenheit Stellung und vermochte in der Tat sie geraume Zeit hindurch zu verhindern. Aus demselben Grunde hielt das Präsidium auf die möglichst vollzählige Anwesenheit der Abgeordneten in Petersburg, die sich freilich insofern nur bedingt erreichen ließ, als die Mitglieder der äußersten Rechten sich unverweilt völlig aus dem öffentlichen Leben zurückzogen. Das ließ sich nicht vermeiden, da ihre Beteiligung die Stellung der Duma sehr erschwert hätte. Daneben freilich ergab sich für manche unter ihnen die Notwendigkeit, ihre Mandate förmlich niederzulegen, weil jetzt festgestellt wurde, daß sie zu politischen Zwecken erhebliche Geldsummen aus Geheimfonds bezogen hatten, eine Enthüllung, die im Grunde ebensowenig überraschend wirkte, wie die andere, daß eine lange Reihe revolutionärer Agitatoren und Journalisten aus dem äußersten linken Lager im Dienste der politischen Polizei gestanden hatte.

Gemeinsame Arbeit mit der ersten Kammer, dem Reichsrat, kam nicht in Betracht. Zwar hatte eine Gruppe ihrer Mitglieder in den Tagen des Umsturzes einen Versuch gemacht, Anschluß an die Bewegung zu finden, indem sie gleichfalls ein Telegramm an den Zaren richtete, das zur Ernennung eines parlamentarischen Kabinetts riet. Doch das blieb die einzige Regung. Der Vorsitzende des Reichsrats Schtscheglowitow wurde als einer der ersten Wür-

denträger des alten Regimes verhaftet und von der Einberufung von Sitzungen oder einer sonstigen Teilnahme an den Staatsgeschäften, gleichviel in welcher Form, war gar nicht die Rede. Die Regierung ließ denn auch keinen Zweifel daran bestehen, daß sie nicht gesonnen war, noch ferner mit dem Reichsrat zu rechnen. Sie versetzte die ernannten Mitglieder vom 14. Mai ab in den Ruhestand. Die Rechtslage der gewählten Mitglieder hingegen blieb in der Schwebe, bis ihre Vollmachten durch den gleichen Erlaß der Regierung vom 19. Oktober, der die Auflösung der Duma aussprach, für erloschen erklärt wurden. Sie haben sich denn auch in der ganzen Zeit kaum geregt, nur einmal Widerspruch dagegen erhoben, daß sie nicht zur Teilnahme an der im August einberufenen Staatskonferenz aufgefordert wurden.

So war die Duma auf sich allein angewiesen und konnte sich nur auf ihr eigenes moralisches Ansehen stützen.

Sie hat sich redlich bemüht, dieses Ansehen zum Wohle des Landes auszunutzen. Jedesmal, wenn sich in der inneren oder auswärtigen Politik Schwierigkeiten ergaben, wenn die Regierung der Unterstützung bedurfte, wenn es am Platze schien, auf eine drohende Gefahr hinzuweisen, hat sie sich versammelt und ihre warnende und mahnende Stimme erhoben. Freilich mußte sie sich damit begnügen, Reden anzuhören und Entschließungen zu fassen. Zu einem Mehr reichte ihre Macht nicht aus. Und sie konnte sich bald der Erkenntnis nicht entziehen, daß ihre Worte weder bei der Regierung, noch bei den Räten entscheidend ins Gewicht fielen. Diese sahen in ihr die Vertretung des Bürgertums und erhoben gegen sie den Vorwurf gegenrevolutionärer Gesinnung, jene aber wußte, daß ihr von der Duma keine Gefahr drohte. Immerhin wahrte sie ihre Bedeutung als die Tribune, von der aus ungescheut auf den fortschreitenden Verfall des Reiches hingewiesen werden konnte. Und mochten die Warnungen der Duma unbefolgt bleiben, gehört wurden ihre Worte.

Es besteht ein greller Gegensatz zwischen dem siegesfrohen, zuversichtlichen Ton, den die Redner auf den ersten Versammlungen der Duma-Mitglieder anschlugen und den sorgenvollen Reden, die bald dort erklangen. Schon auf der feierlichen Sitzung, die am 10. Mai, dem 11. Jahrestag des Zusammentritts der ersten Duma, unter Teilnahme der Abgeordneten aller Legislaturperioden

stattfand, wollte eine Feststimmung nicht aufkommen. Hier war es, wo zum erstenmal offen von der unaufhaltsamen Zersetzung des Heeres gesprochen wurde. Und über der Versammlung lag wie ein Alpdruck das Bewußtsein des Herannahens der Mai-Krise der Regierung, dieser Krise, mit der die erste, glücklichste Periode der Revolution abschloß.

Wurde die Duma beiseite gedrängt, so mußten sich die in ihr führenden Parteien das gleiche Schicksal gefallen lassen. Mit dem Siege der Revolution verschwanden die rechtsstehenden Gruppen spurlos vom Schauplatz. Selbst von den Oktobristen wurde es still, obgleich ihre Vertreter nicht nur im Duma-Ausschuß, sondern selbst in der Regierung saßen und nach Gutschkows Abgang Wladimir Lwow und Godnew länger in ihr verblieben, als die ersten dem kadettischen Lager entstammenden Minister. Die Partei begnügte sich mit einer Erklärung, daß sie die neue Ordnung anerkenne und hüllte sich dann endgültig in Schweigen.

Nicht sehr viel bedeutsamer waren die Lebensäußerungen der linken Parteien, wenngleich die Ursachen ihrer Zurückhaltung ganz anders geartet waren. Unter dem alten Regime hatten sie trotz des Vereinsgesetzes vom 17. März 1906 ihre Anerkennung nicht erreichen können. Infolgedessen hatte ihre ganze Organisation geheimen, wie man in Rußland sagte, unterirdischen Charakter und von Versammlungen und Parteitagen konnte keine Rede sein. Nun wurden Versammlungen zwar in großer Zahl einberufen und auch Parteitage fanden statt. Das Schwergewicht aber lag nicht in ihnen, da sie doch nur der Schauplatz theoretischer Erörterungen sein konnten, während die Entscheidungen in den Arbeiter- und Soldatenräten fielen und deren Beschlußfassungen in wichtigeren Fragen meist öffentliche Fraktionsberatungen vorangingen. Auf diese konzentrierte sich das Interesse denn auch überwiegend, die Parteitage hingegen erregten verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit. Anders gestaltete sich das Bild nur dann, wenn auf ihnen persönliche Fragen in den Vordergrund traten, wie etwa auf einer Reichstagung der Sozialrevolutionäre, auf der Kerenski, trotzdem er damals auf dem Gipfel seiner Volkstümlichkeit stand, in den Vorstand nicht wiedergewählt wurde, ein Vorgang übrigens, der sich erst am 14. Juni abspielte.

Verhältnismäßig unbeachtet verlief insbesondere auch eine

Konferenz der Vertreter sämtlicher sozialdemokratischer Gruppen, die am 17. April in Petersburg tagte. Und doch hätte gerade sie einige Aufmerksamkeit verdient. Freilich blieben die dort gepflogenen Beratungen über eine Wiedervereinigung der Fraktionen ergebnislos. Aber die Konferenz brachte das erste öffentliche Auftreten des soeben über Deutschland aus der Schweiz zurückgekehrten Lenin. Seine Rede fand heftigen Widerspruch selbst bei den Bolschewisten, denn sie war nichts anderes, als eine offene Absage an die Sozialdemokratie und ein Bekenntnis zum Anarcho-Kommunismus. Doch dieser Mißerfolg entmutigte ihn so wenig, wie seine Parteigenossen, die anfangs alle auf unverhohlene Ablehnung stießen, obgleich sie wesentlich vorsichtiger aufzutreten pflegten, als ihr Führer. Er lehrte ihn bloß, in Zukunft größere Zurückhaltung üben, ohne doch auf seine Grundgedanken zu verzichten.

Wirkliche Bedeutung kann bloß den Kongressen der Kadetten beigemessen werden, dieser Partei, deren Rechnung zwar mit schweren politischen Sünden und Mißgriffen belastet war, die aber nach wie vor die geistige Auslese Rußlands in ihren Reihen vereinigte. Von ihr und nur von ihr durfte erwartet werden, daß sie die Ereignisse von einer höheren Warte überschauen und vor der proletarischen Welle nicht zurückweichen, sondern die Interessen des Bürgertums und damit der Kultur wahren werde.

Doch wer solche Hoffnungen hegte, sollte bald enttäuscht werden. An Erkenntnis der drohenden Gefahren mangelte es den Kadetten nicht, wohl aber an dem Willen, der aus der Erkenntnis die unausweichlichen Schlüsse gezogen hätte.

Die Partei begann damit, daß sie der neuen Zeit die scheinbar notwendigen Zugeständnisse machte.

Schon auf ihrer ersten Tagung zu Beginn des April bekannte sie sich im Gegensatz zu ihrem bisherigen Programm einstimmig zur Republik. Zugleich holte sie ihr altes, seit dem Mißerfolge der ersten Revolution stillschweigend aufgegebenes Agrarprogramm wieder hervor, in dem sie die Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes forderte. Immerhin waren die Stimmen, die sich auf dem Parteitag dagegen erhoben, zahlreich und gewichtig. Fürst Trubetzkoi, Roditschew, Maklakow wiesen auf die ernsten, mit seiner Verwirklichung verbundenen wirtschaftlichen und kulturellen Gefahren hin. Und selbst die Mehrheit wollte im Wider-

spruch zu den sozialistischen Parteien eine gerechte Entschädigung der Eigentümer.

Wichtiger aber als diese Parteibeschlüsse, die doch zunächst nur theoretische Bedeutung hatten, war die Stellungnahme der Kadetten zu den laufenden Ereignissen. Auf der ersten, wie auf den folgenden Tagungen wurden sie eingehend beraten und fanden fast immer eine Würdigung, die von regem Sinn für das Gemeinwohl und gesunder politischer Auffassung zeugte. Gewiß, im monarchischen Rußland waren die Kadetten eine radikale Partei gewesen, deren Forderungen vielfach doktrinären Charakter trugen und deren Politik oft durch Opposition um jeden Preis unfruchtbar wurde. Unter einem vorrevolutionären Gesichtspunkt gesehen, waren sie jetzt unstreitig nicht maßvoller geworden. Aber vom Standpunkt der gegebenen Verhältnisse beurteilt, vertraten sie nunmehr eine staatsmännische, erhaltende Auffassung. Freilich krankten sie, in denen sich die Intelligenz Rußlands verkörpert, an der dieser Schicht eigenen Neigung zur Überschätzung der Masse, des Bauern und des Handarbeiters. Doch allmählich lernten sie aus den Ereignissen. Wenn sie zuerst dem revolutionären Proletariat voll blinden Vertrauens gegenüberstanden, so erkannten sie mit der Zeit die von diesem drohende Gefahr und auf den Parteitagen wurde ungescheut auf die Notwendigkeit hingewiesen, der sich türmenden roten Welle einen Damm entgegenzusetzen.

Leider hinderte all das die Parteileitung nicht, eine Politik zu befolgen, die durchaus im Widerspruch zu dieser grundsätzlichen Beurteilung der Lage stand. Sie billigte stillschweigend das schwächliche Verhalten der kadettischen Minister, sie ließ sich nach jeder Regierungskrise auf neue Verhandlungen mit den Gegnern ein, sie entsandte immer wieder ihre Parteigenossen in das Ministerium. Das tat sie, obgleich sie unmöglich verkennen konnte, daß das stets nur zu neuen Zugeständnissen führte, daß ihre Vertreter im Kabinett ständig vergewaltigt und majorisiert wurden, daß das Bürgertum darüber Halt und Rückgrat verlor. Erst als es zu spät war, unmittelbar vor dem bolschewistischen Umsturz, kam sie zur Erkenntnis, daß ein weiteres Paktieren mit den Sozialisten verderblich wäre. Doch nun war nichts mehr zu retten.

So lud die Kadetten-Partei, ungeachtet all ihres guten Willens, schwere Mitschuld am Untergange des Landes auf sich.

12. Die Arbeiter- und Soldatenräte.

Der am Tage des Sieges der Revolution entstandene Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hatte unverzüglich Schritte getan, um sich eine feste, breite Grundlage zu schaffen. Er hatte Arbeiterschaft und Garnison aufgefordert, ordnungsmäßige Wahlen zu vollziehen und er hatte sich selbst eine praktisch brauchbare Organisation gegeben, indem er das Schwergewicht aus der annähernd 2000 Delegierte umfassenden Vollversammlung in den Vollzugsausschuß verlegte, aus dem späterhin noch ein Bureau ausgeschieden wurde, das tatsächlich die Geschäfte leitete. Zugleich nahm er die Zusammenfassung aller russischen Arbeiter- und Soldatenräte in die Hand und ließ Einladungen zu einer Vertreterversammlung ergehen, die trotz der russischen Entfernungen und der schwierigen Verkehrsverhältnisse bereits am 11. April 1917 zustande kam. Auch ein ständiges Organ, die „Nachrichten des Arbeiter- und Soldatenrats", begann sofort zu erscheinen und erfreute sich vom ersten Tage ab großer Verbreitung.

Inzwischen hatte der Rat bei der Bildung der einstweiligen Regierung in entscheidender Weise mitgewirkt und das kaum entstandene Kabinett in einer Frage erster Ordnung sofort unter seinen Willen gezwungen: auf die Aufrichtung der parlamentarischen Monarchie mußte verzichtet werden, der Großfürst Michael wurde zu einer freilich bedingten Entsagung veranlaßt und die Einberufung der verfassunggebenden Versammlung in das Programm aufgenommen. Weiter wurde das Verhältnis zur Regierung formell geregelt, indem eine fünfgliedrige Kommission damit betraut wurde, die Verbindung mit ihr aufrechtzuerhalten und sich über alle von ihr unternommenen Schritte zu unterrichten. Auf diese Maßnahme hat übrigens die Regierung öffentlich nicht reagiert. Sie hat weder widersprochen, noch zugestimmt. Sie hat zwar die Kommissionsglieder zu ihren regelmäßigen Sitzungen nicht zugezogen, ihnen jedoch andererseits den geforderten Einblick in die Geschäftsführung nicht verweigert. Damit hatte sie tatsächlich dem Rat ein Aufsichtsrecht zugestanden.

Mit diesem Siege begnügte sich der Rat jedoch nicht. Er griff auch in die Kommandogewalt der Regierung ein, indem er jene

berüchtigten Tagesbefehle Nr. 1 und 2 erließ, durch die er die Disziplin in nicht wieder gut zu machender Weise erschütterte.

Endlich brachte er auch seinen Anspruch auf Beeinflussung der auswärtigen Politik zur Geltung. Am 27. März erließ er einen Aufruf an die Proletarier aller Länder, insbesondere an die der Mittelmächte, in dem er sie aufforderte, sich gegen die annexionistischen Bestrebungen ihrer Regierungen zu erheben, die Gewalthaber zu stürzen und gemeinsam dem Kriege ein Ende zu machen. Schon darin lag ein Vorstoß gegen die einstweilige Regierung, die durchaus gesonnen war, das Bündnis mit den Westmächten aufrechtzuerhalten und den Krieg weiterzuführen. Bald aber ging der Rat noch weiter. Mitte April faßte er den Beschluß, eine besondere Kommission für auswärtige Angelegenheiten niederzusetzen und im Anschluß an sie in Stockholm eine Agentur zur Pflege der internationalen sozialistischen Beziehungen zu begründen. Es scheint jedoch, als hätte die Regierung diesem Unternehmen ungewohnt energischen Widerstand entgegengesetzt. Denn obgleich das diesen Beschluß enthaltende Protokoll in den „Nachrichten" des Rats veröffentlicht worden war, erschien in denselben „Nachrichten" eine Erklärung, die alle Gerüchte über die Bildung einer solchen Kommission als unbegründet bezeichnete. Aber nach wenig mehr als zwei Wochen waren die anfänglichen Schwierigkeiten beseitigt. Die Kommission trat in Tätigkeit und es wurde ihr das Recht zugestanden, sich der amtlichen Petersburger Telegraphenagentur zu bedienen, um durch sie die ihr zweckmäßig scheinenden Nachrichten im Auslande verbreiten zu lassen.

Damit war der Ring geschlossen. Die Regierung war unter Aufsicht gestellt und ihr war zum Bewußtsein gebracht, daß der Rat sich stark genug fühle, um auf alle Gebiete des staatlichen Lebens entscheidend und richtunggebend einzuwirken. Auch Heerwesen und Außenpolitik sollten nicht, wie in vergangenen Zeiten, eine Sonderstellung einnehmen.

Nun konnte der Petersburger Rat den Provinzialdelegierten in dem Bewußtsein entgegentreten, bereits positive Arbeit getan und einen Boden für weiteres gemeinsames Wirken geschaffen zu haben.

Die Abgeordneten von 82 Städten, von mehreren Armeen und sonstigen Truppenkörpern hatten sich versammelt, Tschcheidse, der

Vorsitzende des Petersburger Rats, begrüßte sie und legte ihnen das Programm der Tagung vor, das so ziemlich alle Fragen von Gegenwartsbedeutung umfaßte.

An erster Stelle stand der Krieg. Namens des Vollzugsausschusses brachte Zeretelli den Entwurf einer Entschließung ein, die auf den Aufruf des Petersburger Rats an die Proletarier aller Länder Bezug nahm und die Herbeiführung des Friedens unter allseitigem Verzicht auf Entschädigungen und Eroberungen für die nächste Aufgabe der Demokratie erklärte. Solange aber dieses Ziel nicht erreicht sei, wäre der Verzicht auf die Fortführung des Krieges Verrat an der Sache der Freiheit.

Die Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die bei aller Vorsicht hartnäckigen Versuche der bolschewistischen Redner, das Friedensverlangen noch schärfer zu betonen, fanden keinen Anklang, riefen vielmehr deutliche Äußerungen der Ungeduld hervor. Hier, in der großen Versammlung, der auch Vertreter der Front beiwohnten, war ihr Einfluß schwächer, als im Petersburger Rat, in dem ihre Stellung sich um diese Zeit schon zu festigen begann. War es ihnen doch sogar gelungen durchzusetzen, daß einem der Ihren, Nachamkes, der gleich den meisten seiner Parteigenossen seine semitische Herkunft zu verbergen suchte und sich deshalb den echt russisch klingenden Namen Steklow beigelegt hatte, die Berichterstattung über die zweite große Frage, die Stellungnahme zur Regierung, übertragen war. Freilich erklärte die vom Vollzugsausschuß vorgeschlagene Entschließung die Unterstützung der Regierung, wenn auch unter manchen Vorbehalten, für notwendig. Doch Steklow verstand es, die Gelegenheit zu benutzen, um ihr Ansehen nach Kräften zu schädigen. Er betonte, wie schon der Duma-Ausschuß nur auf energisches Verlangen des Rates die nötigen Schritte zur Beseitigung der Dynastie getan, wie dann sein Vorschlag, ein Koalitionsministerium zu bilden, zurückgewiesen sei, weil die Demokratie erst nach dem Bankerott des liberalen Bürgertums die Gewalt in die Hand nehmen wolle, wie es täglich und stündlich erneuten Druckes bedürfe, um die Regierung zu wahrhaft demokratischer Politik, zum Erlaß demokratisch gedachter Gesetze und zur Bekämpfung der Gegenrevolution anzuhalten. Das Ergebnis war denn auch, daß nach lebhaften Debatten nicht der ursprüngliche Entwurf der Entschließung angenommen wurde, sondern ein neuer,

der sich zwar ebenfalls für eine Unterstützung der Regierung aussprach, zugleich aber sehr viel schärfer die Notwendigkeit unterstrich, eine ständige politische Kontrolle über sie auszuüben und unausgesetzt im Interesse der Demokratie auf sie einzuwirken. Sollte sie jedoch versuchen, so hieß es in einem weiteren Punkt der Entschließung, sich dieser Kontrolle oder der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu entziehen, so würde die revolutionäre Demokratie darauf mit den schärfsten Mitteln reagieren.

Die Annahme dieser Entschließung war ein unleugbarer Sieg der Bolschewisten und zugleich eine Bloßstellung der Regierung, wie sie schlimmer kaum gedacht werden konnte. Hatte sie bis zu dieser Stunde in den Augen der Masse noch Autorität besessen, so mußte das nun dahin sein, nachdem sie so offenkundig als bloßes Werkzeug der Räte hingestellt war, dessen man sich ausschließlich aus technischen Rücksichten bedient und das wegzuwerfen man gewillt ist, sobald es sich nicht mehr nach Belieben gebrauchen läßt. Man mag es als Indiskretion, ja, als Verrat bezeichnen, daß Steklow diese Dinge auf die Gasse hinaustrug. Aber dadurch, daß die Regierung im Amt blieb, sanktionierte sie sein Verhalten und konnte sich nicht beklagen, wenn der Rat bald jede Rücksichtnahme fallen ließ.

Die weiteren Verhandlungen boten geringeres Interesse. Daß die Versammlung sich für den achtstündigen Arbeitstag aussprach, war selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich war es, daß die Konfiskation allen privaten Grundbesitzes ohne Entschädigung der Eigentümer für notwendig erklärt wurde, wenngleich die endgültige Entscheidung dieser Frage der verfassunggebenden Versammlung überlassen blieb. In demselben Rahmen bewegten sich die weiteren Beschlüsse, die die Reform der Selbstverwaltung und eine Reihe anderer Fragen betrafen.

Schließlich fand eine Einigung noch darüber statt, daß baldmöglichst an allen Orten des Reiches Arbeiter- und Soldatenräte einzurichten seien und daß dann ein Allrussischer Kongreß der Räte einberufen werden müsse.

Die Versammlung konnte in dem Gefühl stolzer Befriedigung auseinandergehen. Vor aller Welt hatte sie gezeigt, daß die wirkliche Macht in ihrer Hand lag und daß die einstweilige Regierung nur von ihren Gnaden bestand.

13. Die innere Verwaltung.

Die Regierung hatte ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der innern Verwaltung mit einem radikalen, doch unter den gegebenen Verhältnissen schwer vermeidlichen Schritt begonnen — durch Rundtelegramm des Fürsten Lwow wurden alle Gouverneure ihrer Posten enthoben und an ihrer Stelle bis auf weiteres die Vorsitzenden der Landschaftsämter als Regierungskommissare eingesetzt. Ein solcher Wechsel war bis zu gewissem Grade notwendig, weil die Gouverneure die höchsten Vertreter der bisherigen Regierungspolitik in der Provinz gewesen waren und weil sich auf sie naturgemäß die Erbitterung der Bevölkerung konzentriert hatte. Doch die Plötzlichkeit des Wechsels mußte unvermeidlich zu erheblichen Störungen im Verwaltungsmechanismus führen, die dadurch noch verschärft wurden, daß die neuen Männer zur Führung der Geschäfte gar nicht vorbereitet und vielfach persönlich durchaus ungeeignet waren. Es kam hinzu, daß die Landschaftsämter sich in einigen Gouvernements in den Händen der Rechten befanden und daß daher die Anordnung des Ministerpräsidenten auch politisch nicht überall den gewünschten Erfolg hatte. Endlich darf nicht übersehen werden, daß sie aus der Anschauungsweise des Liberalismus entsprang, der geneigt war, den Organen der Selbstverwaltung mit unbegrenztem Vertrauen entgegenzukommen, während die demokratische Masse auch ihnen, die aus Wahlen der besitzenden Klassen hervorgegangen waren, ablehnend gegenüberstand. Die Folge war, daß die Bevölkerung sich in einer Reihe von Gouvernements weigerte, die neuen Kommissare anzuerkennen und daß usurpatorische Wohlfahrtsausschüsse den Anspruch erhoben, die Staatsgewalt an Ort und Stelle auszuüben.

Die zur Beseitigung solcher Mißstände angeknüpften Verhandlungen führten dazu, daß die Regierung in nicht weniger als 17 Fällen die ernannten Kommissare beseitigen und an ihrer Stelle Personen einsetzen mußte, die von den örtlichen Ausschüssen gewählt waren. Damit hatte ihr Ansehen auch in der Provinz von vornherein unheilbaren Schaden gelitten und es verstand sich von selbst, daß die unter solchen Umständen ernannten Kommissare nicht in der Lage waren, sich die nötige Geltung zu ver-

schaffen. Sie gerieten sofort in drückende Abhängigkeit von jenen meist sehr radikalen Ausschüssen, so daß von folgerechter Durchführung einer einheitlichen Regierungspolitik nicht die Rede sein konnte. Selbst dort aber, wo besondere Reibungen ausgeblieben waren, mußten die Kommissare sich eine Bevormundung durch die Arbeiter- und Soldatenräte gefallen lassen.

Weitere sehr erhebliche Schwierigkeiten entstanden ungesäumt dank der überall im unmittelbaren Anschluß an die Revolution durchgeführten Absetzung der gesamten Polizei. Diese hatte einen geradezu ungeheuerlichen Haß auf sich gehäuft, einen Haß, der angesichts ihrer Willkür und Bestechlichkeit keineswegs unberechtigt genannt werden kann. Immerhin hatte sie die äußere Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Sicherheit von Leben und Eigentum zu verbürgen verstanden. Ihr Verschwinden riß daher eine um so empfindlichere Lücke, als den im ersten Freudenrausch geöffneten Gefängnissen Tausende von gemeinen Verbrechern entsprungen waren, die nicht daran dachten, der mit dem Versprechen einer Strafmilderung verbundenen Aufforderung der Regierung zur Rückkehr Folge zu leisten. Allerdings ging man allerorten daran, Milizen zu bilden. Doch ließ man sich hierbei entweder von der Befürchtung leiten, daß diese in die Fußtapfen der alten Polizei treten könnten, versagte ihnen jede Bewaffnung und schränkte ihre Befugnisse auf das äußerste ein oder man stellte wahllos jeden an, der sich meldete und seine gut revolutionäre Gesinnung versicherte. So erhielt man hier ein Korps, das zu gar nichts zu gebrauchen, dort eine bewaffnete Bande, die zu jeglicher Schandtat bereit war und die Bevölkerung nicht schützte, sondern terrorisierte und aussaugte. Selbst in Petersburg ergab eine im Juni unternommene Durchsicht der Listen der Miliz, daß ihr eine große Zahl wiederholt vorbestrafter Gewohnheitsverbrecher angehörte. Als aber daraufhin beschlossen wurde, alle Milizionäre zu entlassen und nur die einwandsfreien unter ihnen wieder anzustellen, erklärte die Miliz sich für autonom und nahm das Recht in Anspruch, sich durch Kooptation zu ergänzen, die Befehlshaberposten aber durch Wahl zu besetzen.

Doch auch wo derartige Ausschreitungen unterblieben, gestaltete sich die Lage der Regierungskommissare dadurch schwierig, daß die Miliz jeder Einflußnahme ihrerseits entzogen und den

Selbstverwaltungskörpern unterstellt wurde. Infolgedessen fehlte es ihnen an einem Vollzugsorgan und es war eine unter solchen Umständen nur natürliche Entwickelung, wenn nun die aus zarischer Zeit stammende Anschauung von dem wünschenswerten Verhältnis zwischen Staatsgewalt und Selbstverwaltung siegte und der Gedanke Platz griff, daß die gesamte Verwaltung von den Landschaften und Städten ausgeübt werden, den Kommissaren aber grundsätzlich bloß ein Aufsichtsrecht zustehen müsse und daß Meinungsverschiedenheiten durch das Gericht zu entscheiden seien. Daß das letzten Endes zur Ausschaltung der Zentralgewalt und zur Verwandlung des Staates in einen Bund nur lose miteinander verknüpfter autonomer Gebiete führen mußte, liegt auf der Hand.

Durchaus fraglich mußte es auch von vornherein erscheinen, ob die Selbstverwaltungskörper fähig sein würden, den bisherigen staatlichen Verwaltungsmechanismus zu ersetzen. Mochte er unter zarischem Regime noch so schlecht gearbeitet haben, mochten seine Organe noch so entsittlicht gewesen sein, er war imstande gewesen, die äußere Ordnung aufrechtzuerhalten, den Einlauf der Steuern sicherzustellen und den sonstigen Bedürfnissen des Staates Genüge zu tun. Nun aber sollten Landschaften und Städte, die bisher einen sehr begrenzten Wirkungskreis gehabt, eine ungeheure Ausdehnung ihrer Zuständigkeit erfahren und diese ganze Riesenarbeit übernehmen. Und dazu waren nicht die alten eingearbeiteten Behörden berufen. Vielmehr fand gleichzeitig eine durchgreifende Umgestaltung gerade der Selbstverwaltungskörper statt, indem an die Stelle ihrer bisherigen Organe neue traten, die aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts hervorgingen. Denn dieses Wahlrecht ungesäumt auch hier zur Geltung zu bringen, hatte die Regierung sich schon in ihrer Erklärung vom 20. März 1917 verpflichtet und tatsächlich veröffentlichte sie bereits am 28. April eine Wahlordnung für die Städte, durch die jenes Versprechen eingelöst wurde. Welche Folgen das zeitigen mußte, kann man unschwer ermessen, wenn man sich vor Augen hält, daß rund 70% der Bevölkerung Rußlands des Lesens und Schreibens unkundig sind und der Bildungsstand eines weiteren sehr erheblichen Prozentsatzes so gut, wie alles zu wünschen übrig läßt.

Da zudem noch den völlig ortsfremden Angehörigen der kriegsstarken Garnisonen die Teilnahme an den Wahlen zugestanden war, so ergab sich eine radikale Umwälzung. Die bisherigen erfahrenen Leiter der Geschäfte wurden beseitigt und an ihre Stelle traten Männer und Frauen, die besten Falles unklare Schwärmerei mit gänzlichem Mangel an Sachkenntnis vereinigten, häufig genug aber nur an die eigene Bereicherung dachten. Das Ergebnis war ein rettungsloser Verfall der Selbstverwaltung, der sich in den Großstädten nicht minder, als in den kleinsten Flecken bemerkbar machte. Petersburg, das vor der Revolution ein Jahresbudget von 80 Millionen Rubel gehabt, hatte jetzt allein an Gehältern für seine Angestellten 172 Millionen zu zahlen. Da war selbstverständlich für die Erfüllung der der Stadt obliegenden Aufgaben kein Geld übrig. Die Straßenbahnschaffner, die als wählende Bürger bei Laune erhalten sein wollten, bezogen ein Grundgehalt von 350 Rubeln monatlich, die Schulen aber konnten die Auszahlung der ihnen zustehenden bescheidenen Unterstützungen nicht erreichen. Der Vorsitzende des städtischen Verpflegungsamts bekam 12000 Rubel jährlich, seine beiden Vertreter je 10000, jedes Mitglied 9000. Dazu kamen zahllose Unterausschüsse, deren Beamte eine entsprechend hohe Besoldung erhielten. Zur Deckung solcher Verwaltungskosten aber mußte auf jedes von der Stadt verteilte Pfund Brot ein Zuschlag von 10 Kopeken, auf das Pfund Fleisch von 25 und auf das Pfund Butter von 50 Kopeken erhoben werden.

Die russische Presse wurde nicht müde, über derartige Fälle zu berichten. Denn gerade der Verfall der Selbstverwaltung mußte vom Bürgertum besonders schmerzlich empfunden werden. Das war nicht einmal so sehr deshalb der Fall, weil durch ihn seine unmittelbarsten Lebensinteressen berührt wurden. Aber die Selbstverwaltung stellte die einzige große organisatorische Schöpfung dar, die ins Leben zu rufen dem Bürgertum gelungen war. Um sie hatte es jahrzehntelang mit dem Absolutismus und der Bureaukratie gerungen, seine beste Kraft hatte es da hineingelegt. Und mochten ihr zahlreiche Mängel anhaften, so hatte sie doch tiefgreifende kulturfördernde Wirkung ausgeübt, das Land mit einem Netz von Schulen überzogen, Krankenhäuser errichtet, Wege gebaut. Nun brach alles das zusammen, an dem das Herz vielleicht

mehr hing, als an der Größe und Macht des Staates, zu dem das liberal gerichtete Rußland, die russische Gesellschaft, doch stets in einem gewissen Gegensatz gestanden hatte. Es brach zusammen, kaum daß die Dämme eingerissen waren, die den Ansturm der Masse ferngehalten hatten, derselben Masse, auf die sich stützen zu können die Gesellschaft immer geglaubt, die sie als Trägerin des russischen Geistes und der russischen Ideale verherrlicht hatte.

14. Die Rechtspflege.

Nur eine Einrichtung gab es neben der Selbstverwaltung, die die Gesellschaft hochschätzte, an der sie hing. Das war die Justiz, gleich jener ein Kind der Reformära Alexander II. Dieses Kaisers Gerichtsverfassungsgesetz vom 3. Dezember 1864, verbunden mit einer neuen Zivil- und Strafprozeßordnung, hatte der Willkür, Bestechlichkeit und Unwissenheit ein Ende bereitet und die russische Rechtspflege auf eine hohe Stufe gehoben. Gewiß war auch hier nicht alles, wie es sein sollte. Insbesondere war es schlimm bestellt um die Rechtsprechung der bäuerlichen Gemeindegerichte. Auch an dem Aufbau der übrigen Gerichte mit der Trennung der friedensrichterlichen von der sogenannten allgemeinen Justiz ließ sich manches aussetzen. Zudem hatte die reaktionäre Gesetzgebung Alexander III. das Friedensgericht nur in den Grenzmarken und den großen Städten fortbestehen lassen, im übrigen aber die Einrichtung der Landhauptleute geschaffen, die, Richter und Verwaltungsbeamte zugleich, ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen waren. Erst das Jahr 1912 hatte ein Gesetz über Wiederherstellung der alten Ordnung gebracht, das jedoch dank dem Kriege erst in einem Teil des Reiches in Kraft getreten war. Auch unter der Unvollkommenheit des materiellen Rechts hatte die Justiz zu leiden. Zwar gab es seit dem Jahre 1905 den fertigen Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs und ein neues Strafgesetzbuch hatte bereits 1903 die kaiserliche Bestätigung erhalten. Doch jenes war gar nicht, dieses bloß in einigen Teilen in Kraft getreten und es mußten die veralteten, lückenhaften, kasuistischen Bestimmungen der geltenden Gesetze angewandt werden.

Es will gewiß viel sagen, wenn trotz all dieser Mängel die Achtung vor dem Gericht in Rußland unerschüttert feststand, wenn

sie nicht einmal durch das gewaltsame Vorgehen des Justizministers Schtscheglowitow vernichtet werden konnte, dem es durch Anwendung rücksichtslosester Maßregeln gelang, Einfluß auf die Aburteilung politischer Vergehen wenigstens in den höhern Instanzen, im Senat und in einigen Appellhöfen, zu gewinnen. Der russische Richterstand hatte es verstanden, inmitten einer entsittlichten Beamtenschaft den Ruf tadelloser Integrität zu erwerben und zu wahren.

Die Hoffnuug schien nicht unbegründet, daß das neue Regime die letzten Hindernisse einer vollen Blüte der Rechtspflege beseitigen würde. Alle, die nun das Ruder ergriffen, waren überzeugte Anhänger einer bedingungslosen Unabhängigkeit des Gerichts, einer Vereinheitlichung seines Aufbaus vor allem durch Beseitigung der bäuerlichen Sonderjustiz, einer Reform des materiellen Rechts. Darüber hinaus wollten sie den ordentlichen Gerichten durch Übertragung der auf breitester Grundlage geplanten Verwaltungsjustiz eine Erweiterung der Zuständigkeit gewähren, die ihnen tiefgehenden Einfluß auf das gesamte öffentliche Leben gesichert hätte.

Die gesetzgeberische Tätigkeit setzte mit Maßnahmen ein, deren sachlicher Wert mehr als zweifelhaft ist, die aber unvermeidlich mit jeder Revolution verknüpft scheinen: es wurde eine Amnestie für politische und für gemeine Verbrecher verkündet, es wurden die Todesstrafe — bedingungslos und für immer, hieß es in dem Erlaß der Regierung — und die Verbannung nach Sibirien aufgehoben. Dann wurden ungesäumt Kommissionen ernannt, deren eine das Gerichtsverfassungsgesetz und die Prozeßordnungen durchsehen, die andere die Inkraftsetzung des Strafgesetzbuchs von 1903 vorbereiten sollte. Beide Kommissionen haben mit anerkennenswertem Eifer gearbeitet, doch war es keiner von ihnen beschieden, ihr Werk zu Ende zu führen.

Inzwischen jedoch begannen sich Dinge abzuspielen, die der Revolution nicht weniger Sympathien raubten, als die von ihr bewirkte Zerstörung der Selbstverwaltung. Schon während der Petersburger Straßenkämpfe hatte der entfesselte Pöbel das Bezirksgericht gestürmt, verwüstet und in Brand gesteckt. Neben den dort aufbewahrten Grundbüchern wurden sämtliche Strafakten vernichtet, ein Beweis, welch dunkle Elemente die Führung an sich

gerissen hatten. Auch in den andern Gerichten fanden Störungen und Ausschreitungen statt, der Pöbel mischte sich in tumultuarischer Weise in die Verhandlungen ein, der Arbeiter- und Soldatenrat traf Anstalten, sich ein Aufsichtsrecht über die Tätigkeit der Gerichte anzumaßen. Andererseits führte die Erregung der Zeit zu so zahlreichen persönlichen Zusammenstößen, daß eine geregelte Rechtspflege mehr denn je Bedürfnis war.

Der einstige Rechtsanwalt, der seine Erlasse anspruchsvoll als Justizminister, Mitglied der Reichsduma, Bürger Kerenski zu zeichnen pflegte, hätte als volkstümlichster Mann der neuen Regierung, hätte gerade als einziger Sozialist in ihrer Mitte, rücksichtslos durchgreifen können. Doch er zog es vor, der Masse entgegenzukommen. Schon am 16. März 1917 ordnete er die Bildung besonderer einstweiliger Gerichte an, in denen je ein Friedensrichter, ein Soldat und ein Arbeiter sitzen sollten. Er betonte ausdrücklich, daß diese drei als vollkommen gleichberechtigte Amtsgenossen tagen und alle Entscheidungen nach Stimmenmehrheit fällen würden.

Selbst dieses Zugeständnis vermochte die Massen nicht zu befriedigen. Aus den verschiedensten Ortschaften des Reichs liefen Meldungen ein, daß der Bevölkerung die neuen einstweiligen Gerichte nicht genügten und daß sie eigenmächtig Revolutionstribunale zur Aburteilung nicht nur politischer, sondern auch gemeiner Verbrechen, ja, zur Entscheidung über bürgerliche Streitigkeiten einsetze. Daneben wurde es bald zu einer alltäglichen Erscheinung, daß Arbeiter- und Soldatenräte gerichtliche Sprüche abänderten oder aufhoben, daß Bauern, die mit einem Gutsbesitzer im Prozeß lagen, den Richter durch Anwendung körperlicher Gewalt zur Fällung des ihnen genehmen Spruches zwangen. Zugleich begann das Volk in immer steigendem Maße zur Selbsthilfe zu greifen. Mußte schon früher in Rußland der Pferdedieb oder Brandstifter, der den erbitterten Bauern in die Hände fiel, darauf gefaßt sein, von ihnen Urteil und Vollstreckung zugleich zu erleiden, so wurde es nun in der Großstadt nicht minder üblich, den ertappten Dieb ohne weiteres totzuprügeln oder im Kanal zu ersäufen, eine Tatsache, die angesichts der stets wachsenden Schutzlosigkeit des Eigentums seltsam anmutet, aber sich ständig wiederholte.

Die Regierung wandte gegen diese Erscheinungen die gleiche papierne Waffe an, wie gegen alle andern Auswüchse der Revolution. Sie verbot, sie mahnte, sie schrieb ihren Kommissaren die Anwendung der schärfsten Mittel vor. Doch selbstverständlich konnte das nichts ändern. Darauf durfte um so weniger gerechnet werden, als ihre Organe nicht einmal die Entschlossenheit besaßen, die von den ordentlichen Gerichten gefällten Urteile zu vollstrecken. Und diese Schwäche betätigte sich nicht irgendwo in der fernen Provinz, sondern in Petersburg selbst, unter den Augen der höchsten Behörden.

Am Kamennoostrowski Prospekt, einer der schönsten Straßen Petersburgs, steht ein elegantes kleines Palais, das der Tänzerin Kzeczinska gehört. Man sagte ihr längst verjährte Beziehungen zum Zaren nach und die öffentliche Meinung traute der Regierung die Geschmacklosigkeit zu, sie aus diesem Grunde belästigen oder gar förmlich zur Rechenschaft ziehen zu wollen. Die Regierung war genötigt, ein Dementi zu erlassen.

Doch was Fürst Lwow und Kerenski nicht getan, taten die Bolschewisten. Sie erklärten das Palais für Volkseigentum und richteten dort ihr Hauptquartier ein. Von dem Balkon aus sprachen sie zum Volk und der vorgelagerte Platz war Tag und Nacht von der Menge erfüllt.

Die Eigentümerin klagte. Es fand sich ein Rechtsanwalt, der allen Ernstes die Ansprüche der Bolschewisten vertrat. Doch das Gericht ordnete die Aussiedelung der Eindringlinge an und erklärte die Entscheidung für vorläufig vollstreckbar. Das geschah am 5. Mai. Erst am 25. Juni fanden sich die Bolschewisten bereit, das Grundstück zu räumen, nachdem vorher eingehende Verhandlungen mit dem Justizministerium über die Beschaffung eines andern für ihre Zwecke geeigneten Hauses stattgefunden hatten. Eine militärische revolutionäre Organisation aber, die sich zusammen mit den Bolschewisten dort eingenistet hatte und gleichfalls zur Räumung verurteilt war, verweigerte den Abzug und wurde erst am 19. Juli unter Aufgebot einer starken Truppe mit Panzerkraftwagen und Maschinengewehren dazu veranlaßt.

Und das war nur ein Fall von sehr vielen. In Petersburg, in Moskau, in einer Reihe von Provinzstädten eigneten sich die

extremen Parteien nach Belieben private und öffentliche Gebäude an und verhöhnten offen die gerichtlichen Räumungsbefehle.

Daß unter solchen Umständen auch die im Gericht verkörperte Staatsgewalt ihr Ansehen einbüßen mußte, versteht sich von selbst. Gleichfalls von selbst versteht sich, daß dank der Herrschaft solcher Verhältnisse auch die vom ehrlichsten Reformwillen der Regierung diktierten Maßnahmen von der Gesellschaft nur mit einem Achselzucken aufgenommen wurden. Denn welchen Trost konnte es bringen, wenn die Regierung Ende Mai ein neues Gerichtsverfassungsgesetz erließ, durch das die von Kerenski erdachten einstweiligen Gerichte beseitigt werden sollten? Zwar wurde hier die alte Forderung nach einer Besetzung der Richterposten durch Wahl der Bevölkerung befriedigt. Aber das hatte schon die ursprüngliche Gerichtsordnung Alexander II. getan. Das tat auch die Novelle von 1912. Und was sollte jetzt aus der Rechtspflege werden, wenn dem Richter für Zivil-, nicht minder als für Strafsachen ebenfalls von der Bevölkerung zu wählende Schöffen beigegeben wurden, die keinen andern Befähigungsnachweis, als den der Kenntnis des Lesens und Schreibens, zu erbringen brauchten? Worin bestand der Unterschied zwischen den Kerenskischen Gerichten und den neuen? Daß jene nur als einstweilige, diese aber als ständige Einrichtung gedacht waren, bedeutete eine Verschlechterung und keine Verbesserung. Doch sogar wenn dem anders gewesen wäre, was konnte selbst das vollendetste Gesetz nützen, wenn sein Schicksal, so wie die Dinge lagen, nur war, mißbraucht und mißachtet zu werden?

Die Schwäche der Regierung und der von der Menge täglich bekundete gänzliche Mangel an Sinn für Recht und Gesetz hatten es binnen kürzester Frist zuwege gebracht, eine Institution zu zerstören, die sich selbst unter dem Druck zarischer Willkür auf einer Höhe gehalten hatte, die Achtung und Sympathie einflößen mußte. Immer deutlicher mußte das Bürgertum erkennen, wie eines seiner Heiligtümer nach dem andern in den Staub sank.

15. Die Staatswirtschaft.

Eine schwere Erbschaft nicht minder auf wirtschaftlichem, denn auf politischem Gebiet war es, die das neue Rußland vom alten übernommen hatte. Zweieinhalb Jahre bereits hatte der Krieg gedauert und noch war sein Ende nicht abzusehen. Reiche Provinzen mit hoch entwickelter Industrie waren vom Feinde besetzt, andere stündlich von ihm bedroht. Die Eisenbahnen, an denen das Riesenreich ärmer war, als alle Länder des Westens und deren Bedeutung doch angesichts der ungeheuren Entfernungen hier größer war, als dort, drohten zu versagen. Ihre Organisation war den Ansprüchen des Krieges nicht gewachsen, das rollende Material schmolz dahin, wie Schnee an der Sonne. Die Verpflegung des Heeres wurde immer schwieriger, die Großstädte darbten. Im Lande der 180 Millionen Menschen begann sich Mangel an Arbeitskräften fühlbar zu machen, die Erzeugung ging zurück, weite Ackerflächen blieben unbestellt. Zur Deckung der Kriegskosten mußten von den Bundesgenossen Darlehen unter denkbar schweren Bedingungen aufgenommen werden, der innere Markt aber verhielt sich ablehnend zu den Kriegsanleihen. Die Notenpresse arbeitete fieberhaft, das Reich war überschwemmt mit Papiergeld, dessen Wert unaufhaltsam sank und eine erschreckende Teuerung griff um sich.

Es mußte gehandelt werden, wenn der Zusammenbruch nicht unvermeidlich werden sollte. Der erste Schritt war die Auflegung einer Freiheits-Anleihe, für die mit unerhörter Reklame Stimmung gemacht wurde. Trotzdem ergab der erste Zeichnungsmonat, der doch mit den Flitterwochen der Revolution zusammenfiel, weniger, als eine Milliarde Rubel. Das in erster Linie angestrebte Ziel, die Überschwemmung mit Papiergeld einzudämmen, blieb unerreicht. Im Gegenteil, die am 17. März 1917 der Reichsbank zugestandene Erweiterung des Ausgaberechts um 2 Milliarden Rubel mußte voll ausgenutzt werden: schon im März wurde mehr als eine Milliarde in Banknoten auf den Markt geworfen, im April eine halbe. Damit waren alle in zarischer Zeit erreichten Ziffern weit überholt, der Umlauf binnen zwei Monaten von rund 10 Milliarden auf 11,5 gesteigert und schon am 28. Mai mußte wieder eine Ausgabe von 2 Milliarden Papiergeld genehmigt werden.

Zugleich waren die Staatseinnahmen in ständigem Rückgang begriffen. Das Finanzministerium schmiedete unzählige Pläne, durch die neue Quellen erschlossen werden könnten. Die Einkommensteuer, deren Einführung noch in zarischer Zeit beschlossen war, die aber erst 1917 zur Erhebung kommen sollte, schien nun allzu niedrig bemessen und die Sätze wurden bis zu 30% gesteigert. An einem Gesetz über eine Vermögensteuer wurde gearbeitet, von Kriegsgewinn- und Zuwachssteuer, von erhöhter Erbschaftssteuer war die Rede. Doch alles das konnte nicht sofort helfen und wäre selbst bei Verwirklichung der weitreichendsten Absichten nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen. War doch vor dem Kriege errechnet worden, daß die Einkommensteuer besten Falles 50—60 Millionen Rubel ergeben würde. Was hätte es geändert, wenn man jetzt eine um das Fünffache höhere Summe in das Budget hätte einsetzen können, da jeder einzige Kriegstag nicht weniger als 54 Millionen Rubel verschlang? Und die übrigen geplanten Steuern hätten dieses trübe Bild nicht wesentlich zu erhellen vermocht. Sie konnten es schon deshalb ebensowenig, wie irgendwelche andern Maßnahmen, weil der ganze Unterbau der Volkswirtschaft ins Wanken gekommen war. Die Industrie war durch die maßlosen Forderungen der Arbeiterschaft am Rande des Ruins, die Landwirtschaft litt schwer unter Arbeitermangel und noch mehr unter den immer heftiger einsetzenden Agrarunruhen. Die besitzenden Klassen begannen der Verarmung zu verfallen und das Schlagwort von der Abwälzung der Staatslasten auf die Schultern der wirtschaftlich Starken verlor seinen Sinn. Wirtschaftlich Starke gab es bald nicht mehr. Denn ihnen konnten Industrielle nicht zugezählt werden, die andauernd mit Verlust arbeiteten, die die Regierung anflehten, ihre Betriebe zu übernehmen, die sie nicht weiterführen konnten, aber auch nicht zu schließen wagten, da dem ein Verbot des Arbeiter- und Soldatenrats entgegenstand. Und noch weniger tragfähig war der seiner Auflösung unaufhaltsam entgegeneilende Großgrundbesitz.

Angesichts solch trüber Aussichten begann die Regierung sich nach neuen Einnahmequellen umzusehen. Am nächsten hätte es gelegen, die Aufmerksamkeit den wahrhaft ungeheuren Bodenschätzen zuzuwenden, die sich in staatlichem Besitz befanden, vor allem den Wäldern und Bergwerken. Doch was eine frühere Zeit

versäumt hatte, ließ sich jetzt, während des Krieges, nicht gutmachen. Besten Falles konnte hier der alte Zustand aufrechterhalten werden, soweit nicht Mangel an Arbeitskräften und Beförderungsmitteln auch das unmöglich machte. Es blieb also nur übrig, einen andern Weg einzuschlagen, den seinerzeit auch Rußlands genialster Finanzpolitiker, Graf Witte, gegangen war.

Graf Witte hatte 1894 das staatliche Handelsmonopol für Branntwein eingeführt, eine Maßnahme, die unter fiskalischen Gesichtspunkten glänzenden Erfolg gebracht hatte. Die jährliche Roheinnahme stieg bald auf 800 Millionen Rubel an, auf rund ein Drittel des gesamten Budgets. Freilich führte die Eröffnung von Branntweinverkaufsstellen auch in dem entlegensten Dörfchen zu einer erheblichen Steigerung der Trunksucht, deren Schäden sicherlich nicht dadurch ausgeglichen wurden, daß an die Stelle des selbstgebrannten Fusels ein sorgfältig gereinigtes Erzeugnis trat. Jedenfalls hätte Rußland den Krieg nicht so lange führen können, wenn nicht schon am ersten Tage der Mobilmachung ein bedingungsloses Branntweinverbot ergangen wäre.

Doch der dadurch entstandene Ausfall an Einnahmen war von vornherein empfindlich und die zarische Regierung hatte einen Ersatz nicht schaffen können. Nun, wo die Not drängte, schien der Gedanke nahe zu liegen, wieder zu dem erprobten Mittel des Monopols zu greifen. Freilich, von einem Wiederaufleben des Branntweinmonopols durfte jetzt weniger, denn je die Rede sein, da Ausschreitungen ohnehin in der Luft lagen. So griff man denn auf den schon seit geraumer Zeit erörterten Gedanken des Getreidemonopols zurück, der um so verlockender schien, als man auf solche Weise zugleich der Verpflegungsschwierigkeiten Herr zu werden hoffte.

Am 7. April wurde das vom Landwirtschaftsministerium ausgearbeitete Gesetz über die Getreide-Ablieferungspflicht erlassen, das tatsächlich dem Staat ein Monopol im Getreidehandel sicherte, zugleich aber den herrschenden demokratischen Gedanken Zugeständnisse in der Organisation machte, die das ganze Unternehmen von vornherein aussichtslos erscheinen ließen. Anstatt es auf kaufmännischer Grundlage aufzubauen, wurde es in die Hände von Verpflegungsausschüssen gelegt, die sich aus Vertretern der Selbstverwaltungskörper, der Arbeiter- und Soldatenräte und

sonstigen politischen Verbände zusammensetzen sollten. Bei der Bestimmung der Ein- und Verkaufspreise zwar behielt sich das Landwirtschaftsministerium maßgebende Mitwirkung vor, in allem übrigen war dem Ermessen der Ausschüsse weiter Spielraum gelassen. Es war klar, daß der schwerfällige Apparat von Gouvernements-, Stadt-, Kreis- und Gemeindeausschüssen vollkommen verfehlt war und daß es unmöglich sein würde, die zwei angestrebten Ziele — Hebung der Staatseinnahmen und Beseitigung der Mängel des Verpflegungswesens — zugleich zu erreichen.

Tatsächlich verfiel denn auch das Verpflegungswesen immer mehr. Über die aus dem Monopol erzielten Einnahmen aber hat die Öffentlichkeit nichts erfahren und der Gedanke liegt nahe, daß sie, soweit sie sich überhaupt ergaben, durch die Verwaltungsunkosten zum mindesten verschlungen wurden.

Trotzdem kam der Monopolgedanke nicht zur Ruhe. Schon am 4. Mai wurde ein Ledermonopol eingeführt. Doch die gesammelten Erfahrungen müssen wenig ermutigend gewesen sein. Denn andere, ähnliche Pläne, wurden nach langer Erwägung wieder fallen gelassen. Erst im Oktober erging dann ein Gesetz über Einführung eines Zuckermonopols, in dem die kaufmännische Grundlage nicht, wie in dem über das Getreidemonopol, vermißt zu werden brauchte und das die erhofften Einnahmen vielleicht gebracht hätte. Doch nun war es bereits zu spät.

So gelang es nicht, die Einnahmen in irgend erheblichem Maße zu steigern. Im Gegenteil, sie gingen vielfach zurück, da Handel und Wandel darniederlag, da die Bevölkerung bei dem herrschenden Wirrwarr und dem Mangel einer festen Staatsgewalt bald aufhörte, die Steuern zu zahlen. Die Ausgaben aber stiegen mit reißender Schnelligkeit. Nicht nur stellte der Krieg erhöhte Anforderungen, auch die Kosten der innern Verwaltung mehrten sich in erschreckender Weise. Vor allem zwang die allgemeine Teuerung zur Ausreichung bedeutender Zulagen an das Riesenheer der Staatsdiener. Und wenn die höheren Beamten sich mit dem zufrieden gaben, was ihnen zugebilligt wurde, so scheuten die Hunderttausende von Unterbeamten nicht davor zurück, die politische Lage, die Schwäche der Regierung und die ihnen günstige allgemeine Stimmung in wahrhaft wucherischer Weise auszunutzen und Gehälter zu erpressen, die in keinem Verhältnis

zu ihrer stets abnehmenden Leistung standen. Es wiederholte sich hier dasselbe Bild, wie auf den Fabriken. Wenn dort die Löhne der Arbeiter bald die Gehälter der kaufmännischen und technischen Leiter überstiegen, so konnte hier der akademisch gebildete, in langjähriger Arbeit ergraute vortragende Rat oder Richter nur mit Neid auf die Bezüge des grünen Burschen sehen, der einen der in russischen Behörden so überaus zahlreichen Posten als Türsteher oder Bote bekleidete.

Inzwischen begann auch das neutrale Ausland, seinem Mißtrauen gegen die russische Staatswirtschaft Ausdruck zu verleihen. Seit Kriegsausbruch hatte der Kurs sich in absteigender Linie bewegt. Hatte der Rubel in den letzten Friedensmonaten an der Züricher Börse 262,75 gegolten, so war er zu Anfang des Jahres 1917, kurz vor Ausbruch der Revolution, auf 151,50 gesunken. Während der ersten zwei Monate des neuen Regimes wurde er mit allen Mitteln gehalten. Infolgedessen fiel er bis zum 15. Mai nur um elf weitere Punkte. Aber schon sechs Wochen später war er auf 112,50 gestürzt. Mit andern Worten, der ohnehin entwertete Rubel hatte in dieser kurzen Zeit noch um mehr als ein Viertel seines Wertes verloren.

16. In den Grenzmarken.

Die im Laufe der Jahrhunderte gewaltsam angegliederten Grenzmarken hatten schon während der Revolution von 1905 deutlich erkennen lassen, daß sie dem Reich innerlich fremd und feindlich gegenüberstanden, daß sie nach nationaler Autonomie, teilweise gar nach völliger Loslösung von Rußland strebten. Damals hatte die Regierung im Drange der Not Entgegenkommen gezeigt. Sie hatte die Fesseln des Glaubenszwanges gelockert und die harten Sprachgesetze gemildert. Doch hatte schon das den Fremdstämmen nicht genügt, so wuchs die Erbitterung von neuem an, als Stolypin seiner Politik eine immer stärker betonte nationalistische Färbung gab und die vorrevolutionären Russifizierungsbestrebungen wieder aufleben ließ.

Der Krieg ließ die separatistischen Neigungen der Grenzmarken zunächst in den Hintergrund treten. Nur die Polenfrage erwarb durch den Aufruf des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch

unmittelbare Bedeutung. Allerdings ging er nicht vom Zaren, nicht einmal von der Regierung, sondern von dem Oberbefehlshaber aus und ermangelte daher staatsrechtlicher Bedeutung. Immerhin bedeutete er einen nicht zu überhörenden Auftakt, stellte er den ersten Schritt in dem beginnenden Wettlauf der Kriegführenden um die Gunst der Polen dar. Das erkannten diese sehr wohl. Zwar vermieden sie es, sich festzulegen, wie sie auch in der Folge sich keiner der um sie buhlenden Mächte gegenüber gebunden haben. Und ihre Wünsche gingen von vornherein weit über das hinaus, was der Großfürst versprach. Aber sie wiesen das Gebotene nicht zurück und sie sorgten dafür, daß neben den andern politischen Strömungen auch eine Gruppe zu Wort kam, die die russische Orientierung vertrat. An ihrer Spitze stand der Moskauer Rechtsanwalt Lednicki, ihm schlossen sich andere hervorragende Polen an und die schon fast vergessene Politik der Ugodowzy, der Versöhnler, wurde erneuert. Das Ergebnis allerdings war zunächst nicht groß, da die Regierung sich ebensowenig binden wollte, wie die Polen. Eigentlich greifbar war nur die im April 1915, also nicht lange vor der Besetzung Polens durch die deutschen Truppen, erlassene Städteordnung, die endlich Selbstverwaltung gewährte und auch im einzelnen wesentliche Wünsche der Polen erfüllte.

So wurde von beiden Seiten eine Politik der Zurückhaltung getrieben, die für die Regierung jedenfalls den Gewinn ergab, daß die polnische Frage ihr keine Schwierigkeiten bereitete. Die Opposition freilich tadelte es, daß die letzten Wünsche der Polen unerfüllt blieben und daß Rußland vor allem der Novembererklärung der Mittelmächte nicht zuvorkam. Bald jedoch sollten die Ereignisse beweisen, daß die zarische Regierung in dieser Hinsicht über mehr politische Klugheit und Menschenkenntnis verfügte, als ihre Kritiker. Denn als diese durch den Umsturz an das Ruder gekommen waren, beeilten sie sich, einen Aufruf an die Polen zu erlassen, in dem sie die Wiederherstellung Groß-Polens als eines ihrer Kriegsziele bezeichneten. Die Antwort der Polen waren feurige Dankesworte, die Lednicki als Führer einer polnischen Abordnung an den Fürsten Lwow und andere Mitglieder der Regierung richtete.

Bei diesen Worten blieb es, trotzdem die Regierung noch

eine Reihe anderer Maßnahmen ergriff, um die Ehrlichkeit ihres Willens zu bekunden, insbesondere eine Liquidationskommission einsetzte, die die endgültige Ablösung Polens von Rußland vorbereiten sollte. Vor allem ließen die jenseits der russischen Front befindlichen Polen in keiner Weise erkennen, daß sie ihre Stellungnahme zu Rußland geändert.

Wahrscheinlich war es für Rußland ein Glück, daß Polen so bald vom Feinde besetzt wurde. Sonst hätte die polnische Frage schwerlich den platonischen Charakter behalten, der ihr nun gewahrt blieb.

Ganz anders gestalteten sich denn auch die Verhältnisse in den übrigen Grenzmarken, die nicht in Feindeshand fielen.

Unter ihnen stand zuerst Finnland im Mittelpunkt des Interesses. Die revolutionäre Regierung tat ohne Verzug, was von ihr abhing, um das dem kleinen hochkultivierten Lande zugefügte Unrecht gutzumachen. Bereits am 20. März 1917 erließ sie ein feierliches Manifest, in dem sie die Verfassung Finnlands wieder herstellte. Der bekannte liberale Politiker Stachowitsch wurde zum Generalgouverneur ernannt, die Verbannung des einstigen Talmans und anerkannten Führers des finnischen Bürgertums Svinhufvudt nach Sibirien ward aufgehoben und der Landtag einberufen.

Doch wenn die Regierung auf Dank gerechnet hatte, sollte sie sich getäuscht sehen. Sie mußte bald erkennen, daß in Jahrzehnten begangenes Unrecht nicht durch einige Federstriche gesühnt werden kann, daß das insbesondere dann nicht möglich ist, wenn die getanenen Schritte sich mit zwingender Notwendigkeit aus dem zu andern Zwecken aufgestellten Programm des Handelnden ergeben. Und weiter zeigte sich, daß die wortbrüchige Politik des zarischen Rußland im finnländischen Volke jegliches Vertrauen auch zu dem revolutionären Rußland zerstört hatte. 1905, in der Stunde der Gefahr, hatte auch jenes alles bewilligt, was gefordert wurde. Doch als die Not gewichen, waren die Verheißungen vergessen und die alte Willkür trat wieder auf den Plan. Wer bürgte den Finnländern dafür, daß sich das nicht wiederholen würde?

So war es denn unvermeidlich, daß der finnländische Landtag, ohne zu zaudern, eine Politik einschlug, die zur völligen Lösung

vom Russischen Reich und zur Errichtung eines selbständigen Finnland führen mußte, eine Politik, die nach der Beseitigung des Kaisers und Großfürsten auch der rechtlichen Grundlagen nicht entbehrte.

Freilich nahmen die Beziehungen zwischen Finnland und dem Reich ausgesprochen unfreundlichen Charakter erst nach der ersten Kabinettskrise an, als die Schwäche und innere Zerrissenheit Rußlands auch dem Fernstehenden deutlich wurden. Doch die Vorboten der unvermeidlichen Entwicklung waren schon in den ersten zwei Monaten zu erkennen.

Mit einer Schnelligkeit, die vielen überraschend kam, griff auch in der Ukraine die zuerst nur auf Autonomie im Rahmen des Russischen Reichs, dann aber auf volle Selbständigkeit abzielende Bewegung um sich. Die Erinnerung an Unrecht, das durch Jahrhunderte geübt war, war hier lebendiger, als man in Petersburg geglaubt hatte. Was man dort für spielerische Träume eines Kreises von Literaten gehalten hatte, erwies sich als Gedanke, der im ganzen Volke lebte. So trat denn schon im April in Kiew ein ukrainischer Vertretertag zusammen, der offen die Autonomie forderte.

Zugleich begann es sich auch in den übrigen Grenzmarken zu regen. Grusien erhob die gleichen Ansprüche, ein sibirischer Kongreß meldete seine Forderungen an, die Litauer, deren Heimat von deutschen Truppen besetzt war, bildeten einen Nationalrat in Petersburg, der die künftige, nach Friedensschluß zu gewährende Autonomie vorbereiten wollte.

Selbst die Letten und Esten blieben hinter den andern nicht zurück. Wie sie unter dem nationalistisch gesinnten zarischen Regiment den baltischen Herrenstamm, der ihnen Christentum, Kultur und Wohlstand gebracht hatte, um seines Deutschtums willen verdächtigt, wie sie das während des Krieges in vermehrtem Umfange und mit steigendem Erfolge fortgesetzt hatten, so suchten sie nun die demokratische Stimmung der neuen Regierung gegen ihn auszunutzen. Zugleich begannen auch sie von Autonomie zu reden. Doch im Hintergrunde lauerte schon jetzt der verzerrte Traum der Ausraubung und Vertreibung der einstigen Herren, der Errichtung zweier selbständiger Zwergstaaten.

Die Balten aber taten mit zusammengebissenen Zähnen ihre Pflicht dem ihnen jetzt nicht minder denn zuvor feindlichen Reiche gegenüber. Sie bluteten für Rußland, sie litten um Deutschland. Und harrten der Befreiung durch das Brudervolk, die ihnen nur werden sollte, um grausamster Enttäuschung zu weichen, um ihren Untergang zu besiegeln.

17. Auswärtige Politik.

Für das imperialistisch gesinnte oppositionelle Bürgertum, das die Kadetten vertraten, war die immer lauer werdende Stellungnahme der zarischen Regierung zum Kriege einer der wesentlichen Gründe, aus denen es den Umsturz herbeiwünschte. Nicht minder groß war die Bedeutung, die die revolutionäre Linke dem Kriege beimaß. Nur war ihr Standpunkt lange nicht so klar und eindeutig, wie der der Kadetten. In ihrer Mitte gab es Strömungen, die imperialistischen Charakter trugen, wenngleich demokratische Schlagworte darüber zu täuschen suchten. Stärker waren freilich ausgesprochen pazifistische Bestrebungen, deren Träger teils auf einen von den Völkern im Gegensatz zu den Regierungen abzuschließenden revolutionären Frieden hinarbeiteten, teils Beendigung des Krieges um jeden Preis wollten.

Nun lag das Außenministerium in den Händen Miljukows, des Wortführers der bürgerlichen Imperialisten, der schon zu zarischer Zeit in engster Verbindung mit dem englischen Botschafter, Sir George Buchanan, gestanden, der Stürmers und Protopopows Verhandlungen über einen Sonderfrieden vor die Duma gebracht und der nun eine Politik des bedingungslosen Zusammengehens mit den Verbündeten befürwortete. Zusammenstöße zwischen ihm und den anders gerichteten Elementen waren mit um so größerer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, als die Räte von vornherein Schritte taten, um ihr Übergewicht auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zur Geltung zu bringen.

Die feierliche Regierungserklärung vom 20. März war ganz im Geiste Miljukows abgefaßt. Die Regierung werde, so hieß es dort, die mit den andern Mächten abgeschlossenen Bündnisverträge heilig halten und die getroffenen Vereinbarungen unverbrüchlich erfüllen. Ihre Ergänzung fanden diese Worte in einer zweiten, wenige Tage darauf veröffentlichten Erklärung, in der

die Regierung alle zu zarischer Zeit abgeschlossenen Anleihen und sonst übernommenen geldlichen Verpflichtungen anerkannte.

So verstand es sich denn von selbst, daß die Verbündeten die neue Regierung, deren Aufrichtung nicht zuletzt ihr eigenes Werk war, ohne weiteres anerkannten. Es wurde eine feierliche Begrüßung durch die Botschafter der Entente veranstaltet und es wurden hochklingende Reden ausgetauscht.

Knappe drei Wochen später bot sich schon ein neues Bild. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat hatte seinen Aufruf an das Weltproletariat erlassen, in dem wesentlich andere Töne erklangen, als in der Regierungserklärung. Er faßte die Bildung eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ins Auge und er begann auf diesem Gebiet denselben planmäßigen Druck auf die Regierung auszuüben, wie auf dem der Gesetzgebung und innern Verwaltung. Es gab schwere Kämpfe im Schoße des Kabinetts. Aber wie immer siegte das Streben nach Verständigung mit der Vertretung der revolutionären Demokratie und auch diesesmal führte es zu bedingungslosem Nachgeben.

Am 9. April erließ die Regierung eine Kundgebung an alle Bürger Rußlands, in der sie ihre Kriegsziele darlegte. Indem sie die endgültige Entscheidung der Konstituante in Übereinstimmung mit den Bundesgenossen überließ, erklärte sie schon jetzt, daß das freie Rußland eine Unterjochung fremder Völker und Eroberung ihres Gebiets nicht anstrebe. Niemand solle geknechtet und erniedrigt werden, aber auch Rußland dürfe nicht gedemütigt und geschwächt aus dem Weltkriege hervorgehen.

Das klang wesentlich anders, als die Erklärung vom 20. März. War es doch eine schon damals, noch vor der Veröffentlichung der Geheimverträge, allbekannte Tatsache, daß die Verbündeten durchaus annexionistische Ziele anstrebten und nicht daran dachten, auf die Einverleibung fremden Gebiets zu verzichten. Freilich wurde ihnen ein solcher Verzicht auch nicht zugemutet, er wurde zunächst nur für Rußland ausgesprochen. Doch die Bedeutsamkeit der Schwenkung lag auf der Hand. Zugleich war unverkennbar, daß der unter dem Druck der Räte getanene erste Schritt der einstweiligen Regierung nicht der letzte bleiben würde.

Die unvermeidliche Entwickelung wurde durch die Regierung selbst beschleunigt.

Zuerst war es ein Parteitag der Kadetten, der Material erbrachte, das gegen sie ausgenutzt werden konnte. Hier wurde mit voller Offenheit von der Aufrechterhaltung der alten Kriegsziele gesprochen. Freilich fand sich in der Entschließung die beiläufige Versicherung, daß keines Volkes Freiheit angetastet werden solle. Doch hatten solche unverbindliche Einschränkungen seit jeher zum Rüstzeug der Imperialisten gehört. Und in der Debatte wurde vom parteiamtlichen Berichterstatter der Protest der anwesenden Mohammedaner gegen eine Zerschmetterung der Türkei zurückgewiesen und betont, daß Rußland ohne Beherrschung der Dardanellen nicht leben könne. Miljukow selbst aber, der Gegenstand stürmischer Huldigungen wurde, setzte sich für die Notwendigkeit eines vollständigen Sieges ein.

Das mußte Zweifel an der Aufrichtigkeit der Regierung wecken und die Verschiedenheit der beiderseitigen Standpunkte trat um so greller hervor, als unmittelbar nach dem Kadetten-Kongreß der Vertretertag der Räte stattfand, der sich unzweideutig auf die Formel „weder Eroberungen, noch Entschädigungen“ festlegte.

Die Mißstimmung wuchs. Sie wurde eifrig geschürt von den Bolschewisten, denen selbst die Entschließung der Rätevertreter nicht weitgehend genug gewesen war. Sie agitierten in Garnison und Arbeiterschaft, sie redeten und hetzten auf Straßen und Plätzen. Das müßiggehende souveräne Volk aber lieh ihnen willig sein Ohr.

Am 1. Mai 1917 beauftragte der Außenminister alle bei den verbündeten Mächten beglaubigten russischen Vertreter mit der Überreichung einer Note, in der versichert wurde, daß jene Kundgebung vom 9. April das Verhältnis Rußlands zu seinen Bundesgenossen in keiner Hinsicht zu ändern vermöge. Die von der einstweiligen Regierung formulierten Grundsätze entsprächen durchaus den erhabenen Gedanken, von denen sich die Verbündeten leiten ließen. Die vollzogene innere Umwälzung berühre Rußlands Rolle im gemeinsamen Kampfe nicht. Im Gegenteil, der vom ganzen Volke geteilte Wunsch, bis zum entscheidenden Siege zu kämpfen, sei durch sie nur noch stärker geworden.

Diese Note bedeutete keine eigenmächtige Handlung des Außenministers. Selbstverständlich hatte er sie entworfen. Doch vor ihrer Absendung ist sie vom Gesamtkabinett geprüft und ein-

stimmig gebilligt worden. Das haben in der Folge mehrere Mitglieder des Ministeriums einwandsfrei bezeugt. Es hat auch große innere Wahrscheinlichkeit für sich. Denn es liegt auf der Hand, daß die Bundesgenossen durch die Kundgebung vom 9. April beunruhigt waren, daß sie in ihr den ersten Schritt zu einer Lockerung und Gefährdung des Bundesverhältnisses sahen. In der Tat, wenn Rußland für sich auf alle die Vorteile verzichtete, die ihm vertragsgemäß zustanden, so verlor es damit zugleich jedes Interesse an der Fortsetzung des Krieges. Und mochte es zunächst auch gewillt sein, die Treue zu wahren und weiter zu kämpfen, so war doch klar, daß dieser Entschluß auf die Dauer nicht Stand halten würde. Ein Sonderfriede mit den Mittelmächten wurde unter solchen Umständen unvermeidlich.

Diese Beunruhigung der Bundesgenossen zu beseitigen, lag im eigensten Interesse der Regierung, die durchaus gesonnen war, den Krieg weiterzuführen und der Unterstützung durch Geld und Kriegsmaterial bedurfte. Den Bundesgenossen gegenüber handelte sie also vollkommen aufrichtig, wenn sie in ihrer Note versicherte, den übernommenen Verpflichtungen treu bleiben zu wollen. Aber ein Widerspruch zwischen der Note und der Kundgebung vom 9. April war zweifellos vorhanden. Denn wenn Rußland auf die Eroberung fremden Gebietes verzichtete, so wurde schon dadurch allein seine Rolle eine andere, als bisher. Gewiß, mit dialektischen Argumenten kann diese Auffassung widerlegt werden, wie sich dialektisch jeder Satz nach Belieben widerlegen oder beweisen läßt. Doch Tatsachen werden dadurch nicht aus der Welt geschafft.

Der Widerspruch wurde denn auch sofort entdeckt. Und das hatte Folgen, die Miljukow gewiß nicht vorausgesehen hatte: es brach die erste Krise der einstweiligen Regierung aus. Ihre Lösung konnte nur in der Bildung eines Koalitionskabinetts unter Teilnahme der Sozialisten gefunden werden. Damit war auch die formale Alleinherrschaft des Bürgertums beseitigt, war die erste Periode der Revolution abgeschlossen.

III. Die erste Krise.

18. Im Mai 1917.

Die Note Miljukows an die Verbündeten bedeutete das Ende der ersten, trotz allem glücklichsten Periode der russischen Revolution. Gewiß, der Zerfall des Reiches hatte schon begonnen, hatte auf mehr als einem Gebiet bereits bedenkliche Fortschritte gemacht. Doch diese allmählich einsetzende Entwicklung wurde nur von wenigen erkannt. Die weitaus meisten, vom Glanz der jungen Freiheit geblendet, sahen sie nicht, wollten sie nicht sehen. Deshalb bedeutete ihnen die nun ausbrechende Krise einen drohenden Weckruf, der sie aus rosigen Träumen scheuchte.

Kaum war die Note veröffentlicht, als der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats zu außerordentlicher Tagung zusammentrat. Sein Aufsichtsdienst hatte versagt und er war von der Absendung der verhängnisschweren Urkunde nicht unterrichtet gewesen. Das machte sein Urteil gewiß nicht milder, doch wurde dieses Umstandes mit keinem Wort Erwähnung getan, vielmehr ausschließlich der Inhalt der Note geprüft. Und da fand der Ausschuß, daß in ihr der nur schlecht verhüllte Wille zutage trete, einen Eroberungskrieg bis zur völligen Vernichtung Deutschlands zu führen. Da das in geradem Gegensatz zu dem erklärten Willen der revolutionären Demokratie stehe, müsse dem energisch entgegengetreten werden.

Darüber, in welcher Form das geschehen sollte, waren die Ansichten geteilt. Während die einen sich mit dem Abgang Miljukows zufrieden geben wollten, meinten die andern, daß nunmehr der Eintritt sozialistischer Politiker in das Kabinett zeitgemäß wäre, da nur auf diese Weise weitere Umtriebe der bürgerlichen Imperialisten wirksam verhindert werden könnten. Die Bolschewisten hingegen sahen die einzige Sicherung im Übergang der Staatsgewalt an die Räte.

Aber noch war ihre Stimme nicht entscheidend und die gemäßigte Richtung gewann die Oberhand. Es wurde beschlossen, in Verhandlungen mit der Regierung einzutreten.

Die Regierung erklärte sich bereit, gemeinsam mit dem Räte-Ausschuß und dem Ausschuß der Duma über die Lage zu beraten. Doch legte sie sofort ihren Standpunkt dahin fest, daß sie für die Note zur Gesamthand hafte und daher der Rücktritt einzelner ihrer Mitglieder unangebracht wäre. Die Zumutung aber, ihrer Kriegszielpolitik eine entscheidende Wendung zu geben und die Verbündeten zu einer Durchsicht der abgeschlossenen Verträge zu veranlassen, lehnte sie im voraus mit Entschiedenheit ab.

Die Verhandlungen beginnen. Doch schon greifen außenstehende Kräfte in sie ein. Die Kadetten geben bekannt, daß die Ausschiffung Miljukows sie veranlassen würde, alle Parteigenossen aus dem Ministerium abzurufen. Der Arbeiter- und Soldatenrat tritt zusammen und sucht seinen Vollzugsausschuß zu beeinflussen. Lärmend erklären die Bolschewisten, es sei an der Zeit, mit den Bürgerlichen zu brechen, sie aus der Regierung hinauszudrängen. Nur dann werde das Volk die wirkliche, volle Freiheit erlangen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfe der Bürgerkrieg nicht vermieden, müsse er vielmehr mit allen Mitteln herbeigerufen werden.

Und während solche Reden ertönen, bereitet sich Blutvergießen vor. Das Finnländische Garderegiment zieht, geführt von einem Soldaten, unter Vorantragung von Schildern, die den Sturz der einstweiligen Regierung fordern, vor das Marienpalais, besetzt die Eingänge und durchsucht die Räume. Doch das Ministerium tagt nicht und entgeht der Verhaftung.

Das Regiment zieht wieder ab. Als sich aber am Abend Regierung, Duma-Ausschuß und Räte-Ausschuß versammeln, füllt eine erregte Menge den Platz vor dem Palais, durch die weiße Frühlingsnacht tönen klingende Reden, aufreizende Rufe.

Erregung herrscht auch im Beratungszimmer. Mit immer größerer Entschiedenheit erklären die Arbeiterführer den Standpunkt der Regierung für unannehmbar. Völliges Unverständnis für die Denkweise des revolutionären Rußland spreche aus ihm. Nicht Stärkung des Kriegswillens der Verbündeten wolle dieses. Auch von ihnen fordere es den Verzicht auf Eroberungen und Entschädigungen.

Miljukow lehnt neue Schritte ab. Nur außenpolitische Erwägungen hält er für maßgebend. Er verweist auf den Eindruck, den die Bundesgenossen von den Petersburger Geschehnissen empfangen müssen und er verliest eine Note, die er von einem der Entente-Botschafter erhalten. Ihr Inhalt wird der Öffentlichkeit vorenthalten, aber geheimnisvolle Andeutungen lassen ihre Wichtigkeit ahnen. Doch auf die Vertreter des Rats macht sie keinen Eindruck.

Erfolglos bleiben auch die Reden anderer Minister und die Sitzung endet in früher Morgenstunde mit dem an die Regierung gerichteten Ersuchen, einen neuen Aufruf an das Volk auszuarbeiten, der eine einwandsfreie, beruhigende Erläuterung jener Note vom 1. Mai gäbe.

Der 4. Mai bricht an. Vom frühen Morgen an sind die Straßen erfüllt vom müßigen freien Volk. Die Fabriken stehen still, die Kasernen speien Tausende der seit zwei Monaten beschäftigungslos umherlungernden, jedem Dienstbetrieb entfremdeten Soldateska aus. Umzüge beginnen sich zu bilden, rote Fahnen und Riesenschilder mit Aufschriften erscheinen. Die einen verkünden Unterstützung Miljukows und der Regierung, die andern fordern ihren Sturz und sofortigen Friedensschluß.

Da knattern Schüsse. Ein Zug unbewaffneter Regierungsfreunde ist mit bewaffneten Arbeitern und Soldaten zusammengestoßen. Wüste Schimpfworte erfüllen die Luft, Drohungen ertönen. Plötzlich sind sie wahr gemacht. Die Gewehre haben gesprochen. Zum ersten Male seit dem Siege der Revolution färbt Bürgerblut das Pflaster.

Zwar sind nur wenige Verwundete zu zählen. Doch das Ereignis macht tiefen Eindruck, nicht, weil es gefahrdrohende Ausblicke öffnet, sondern weil es in so krassem Widerspruch zu der revolutionären Phraseologie steht. Die Bolschewisten freilich triumphieren, da ihnen der Bürgerkrieg den Weg zum angestrebten Ziel bedeutet. Doch alle die andern, Sozialisten wie Bürgerliche, denen er das denkbar Schlimmste scheint, erbeben.

Der Arbeiter- und Soldatenrat entsendet Vertreter, die das Volk beruhigen sollen. Die Regierung ordnet eine strenge gerichtliche Untersuchung an. Dann aber gibt sie in ihrem Streit mit der Demokratie nach und veröffentlicht eine Erläuterung der Note

vom 1. Mai, in der sie erklärt, der endgültige Sieg sei nur zur Festigung eines dauernden Friedens auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker anzustreben. Und wenn von Garantien gesprochen würde, seien darunter ausschließlich Rüstungsbeschränkungen, Schiedsgerichtsbarkeit und ähnliches zu verstehen.

Das ist ein Rückzug so vollständig, wie möglich. Der Vollzugsausschuß ist denn auch bereit, sich zufrieden zu geben. Freilich finden sich unter den 53 seiner Mitglieder, die an der Abstimmung teilnehmen, nicht weniger als 19, die die gebotene Friedenshand zurückweisen wollen. Und als die Angelegenheit zu endgültiger Entscheidung vor die Vollversammlung des Rats kommt, stellen sich die inzwischen auf ein ganzes Hundert angewachsenen Bolschewisten auf den gleichen Standpunkt. Auch die von der Mehrheit angenommene Entschließung ist nicht vom Geiste der Versöhnlichkeit getragen. Sie kritisiert das Verhalten der Regierung mit viel Schärfe, sie betont den unfreiwilligen Charakter der letzten Erklärung und feiert ihre Abgabe als Sieg der revolutionären Demokratie. Aber immerhin nimmt sie sie entgegen und anerkennt sie als genügend.

Man hätte nun glauben können, daß der Zwischenfall erledigt war — wenn es sich nicht um sehr viel mehr, als einen Zwischenfall gehandelt hätte. In Wahrheit war durch all dieses nur ein Anzeichen der Krankheit zutage getreten, an der der Staatskörper dahinsiechte. Der Kampf zwischen Rat und Regierung war jetzt in die volle Öffentlichkeit getragen. Wer nicht blind war, mußte erkennen, wie unhaltbar die Lage, wie kraftlos und geknechtet die Trägerin der höchsten Staatsgewalt war. Nun, nachdem sie vor allem Volk bloßgestellt war, mußte eine Änderung eintreten.

19. Auf dem Wege zur Koalitionsregierung.

Im Grunde konnte es scheinen, als sei die Lösung einfach genug. Wenn die Gewalt tatsächlich in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats lag, das Bürgertum aber seine Rolle ausgespielt hatte, war die Bildung eines sozialistischen Kabinetts das einzig Natürliche. Dadurch konnten Form und Inhalt unschwer in Übereinstimmung gebracht und die Reibungen beseitigt werden, die die Staatsmaschine zum Stillstande zu bringen drohten.

Die Bolschewisten waren so folgerecht, gerade diese Lösung zu verlangen. Doch die am Ruder befindlichen Menschewisten und Sozialrevolutionäre lehnten sie ab. Sie besaßen Selbstkritik genug, um zu erkennen, daß es ihnen an den Männern fehlte, die die Staatsgeschäfte hätten verwalten können. Es war ihnen aber auch nach wie vor klar, daß Land und Volk zur Verwirklichung sozialistischer Ideale nicht reif waren, daß vor allem im Kriege nichts Durchgreifendes in dieser Richtung geschehen konnte. Man mußte sich mit der Durchführung eines Reformprogramms im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begnügen. Dazu jedoch wollten die Sozialisten sich nicht hergeben. Das war niedere Arbeit, die die Bürgerlichen verrichten konnten.

Unter solchen Umständen lag es für diese nahe, ein Ultimatum zu stellen. Sie konnten fordern, daß man ihnen zur Last und Verantwortung die wirkliche Gewalt gebe oder daß man sie auch von deren Schein befreie. Doch die Mitglieder der Regierung wußten, daß sie auf solchem Wege nichts erreichen würden. Entweder fanden sich im eigenen Lager, innerhalb der kleineren Parteien, Männer, die bereit waren, sie zu ersetzen oder die Sozialisten überwanden schlimmstenfalls ihre Bedenken und traten selbst in die Bresche. Aus grundsätzlichen Erwägungen jedoch, zur Rettung der eigenen Würde und der ihrer Klasse, das Amt niederzulegen, dazu fehlte den Ministern der Entschluß. Persönliche Erwägungen mögen mitgespielt haben. Maßgebend aber war sicherlich die Hoffnung, durch Ausharren den gemäßigten Elementen wenigstens einen Rest an Einfluß zu wahren und die unheildrohende Entwicklung, die die Dinge schon genommen hatten, aufzuhalten, vielleicht gar sie in andere Bahnen zu lenken. Der Gedanke hingegen, daß ihr Rücktritt dem Bürgertum die Gefahr, in der es schwebte, zum Bewußtsein gebracht und es zu einem Aufraffen, zu einem festen Zusammenschluß veranlaßt hätte, ist den Mitgliedern der ersten einstweiligen Regierung augenscheinlich nicht gekommen.

So hätte der Maikonflikt ausgehen können, ohne irgendeine Änderung in der Lage hervorzubringen, wenn nicht in den Räten trotz allem das Bedürfnis nach Erlangung auch der äußern Macht erwacht wäre. Sie waren ihr während der ersten Maitage so nahe gewesen, mancher unter ihren Führern mochte sich so lebendig im Ministersessel gesehen haben, daß sie nun diesen Traum nicht

wollten zerstieben lassen. Für sie, die vor wenigen Monden noch Parias gewesen, die in den zarischen Gefängnissen geschmachtet hatten, von Gendarmen und Polizisten mißhandelt wurden, war es in der Tat ein verlockender Gedanke, sich nun selbst im Glanze hoher Staatswürden zu sonnen. So wurde denn der Plan eines Kabinettwechsels weiter ausgesponnen.

Um ihn zu verwirklichen, mußte neuer Konfliktsstoff geschaffen werden. Das geschah, indem der Rat unter Bezugnahme auf die stattgehabten Straßenunruhen bekannt gab, hinfort dürfe kein Truppenteil ohne von ihm und nur von ihm ausgehenden schriftlichen Befehl die Kasernen verlassen. Das Petersburger Generalkommando wurde nicht erwähnt, nur von irreführenden Befehlen Unbefugter gesprochen, die zu schwerem Blutvergießen hätten führen können.

Das war eine offene Kriegserklärung an die Regierung. Trotzdem wirkte es nach deren bisherigem Verhalten fast überraschend, als sie den Handschuh aufnahm und ihrerseits den Truppen vorschrieb, allein und ausschließlich nach den Befehlen des Kommandierenden Generals zu handeln. Darin freilich erschöpfte sich ihre Energie, die schon dadurch von vornherein einen lahmen Eindruck gemacht hatte, daß sie an der Kundgebung des Arbeiter- und Soldatenrats stillschweigend vorüberging. Deshalb fand es der Rat mit Recht überflüssig, sich nochmals zu äußern. Er konnte die beiden einander widersprechenden Befehle ruhig bestehen lassen. War er doch dessen sicher, daß im Ernstfalle der seine und nicht der der Regierung befolgt werden würde.

Doch nun handelte diese. Obgleich sie das letzte Wort behalten hatte, erkannte sie endlich die Unhaltbarkeit der Lage. Fürst Lwów wandte sich in gleichlautenden Briefen an den Vorsitzenden des Rats, Tschcheidse und an den des Duma-Ausschusses, Rodsjanko mit dem Ersuchen, in Verhandlungen über die Bildung eines Koalitionsministeriums einzutreten.

Damit war das Vorhandensein einer Krisis amtlich anerkannt. Und von vornherein war es klar, daß sie nur mit einem Verlust für den bürgerlichen Liberalismus enden konnte. Entweder er würde ganz weichen oder hinfort auch die äußere Macht mit den Sozialisten teilen müssen.

Bevor jedoch die Verhandlungen in Gang kamen, fand am 10. Mai 1917 die Festsitzung der Mitglieder aller vier Dumen statt. Am Verlauf der Ereignisse freilich vermochte sie ebensowenig zu ändern, wie ein kurz vorher vom Duma-Ausschuß erlassener Aufruf, der zur Unterstützung der Regierung mahnte und ihre Bedeutung als Trägerin der Staatsgewalt unterstrich. Aber beide waren gleich bezeichnend für die Stimmung des Bürgertums.

Seltsam zwiespältig war diese Stimmung. Jetzt, zwei Monate nach der Revolution, wurde immer noch der Anschein aufrechterhalten, als glaube man, daß der Krieg fortgeführt und siegreich beendet werden könne. Rodsjanko selbst lieh dem in temperamentvoller Rede Worte und schloß mit dem Ausdruck der Überzeugung, daß die einstweilige Regierung das freie Rußland einer lichten Zukunft, dem vollen Siege über den Feind, entgegenführe. Nach ihm betrat Gutschkow, der zwei Tage darauf seinen Abschied einreichte, die Tribüne. Er sprach über die fortschreitende Zersetzung des Heeres, der er, der Kriegsminister, machtlos gegenüberstehe und er endete mit der Erklärung, es sei falsch zu sagen, das Vaterland sei in Gefahr. Es steht am Rande des Verderbens.

Dann wieder wurde der Regierung unbegrenztes Vertrauen entgegengetragen. Immer von Neuem wurde versichert, daß das Land hinter ihr stehe. Aber aus all diesen Reden klang ein Ton des Bangens und der Unruhe, der Ahnung, daß das Gesagte bald von den Ereignissen überholt sein würde.

Das Bürgertum schlief und träumte. Und es wollte weiter träumen. Aber ein Albdruck lastete auf ihm und im tiefsten Schlummer fühlte es das Nahen eines blutigen Morgens.

Die sozialistischen Mitglieder der Duma hielten sich zurück. Doch was sie sagten, klang sicher und selbstbewußt. Schrankenloses Vertrauen auf die revolutionären Kräfte tönte aus jedem ihrer Worte. Unumwunden sprachen sie sich gegen den Krieg aus, mit größter Entschiedenheit bestritten sie die Gerüchte von der Zersetzung des Heeres, von der Anarchie im Lande. Nun, da die Begeisterung des Bürgertums für die Revolution zu wanken begann, hielten die Sozialisten um so energischer die Legende von der Vortrefflichkeit der revolutionären Zustände aufrecht. Und eine böse Ironie des Schicksals wollte es, daß der fanatische Zeretelli sogar für die Bolschewisten und vor allem für Lenin eintreten

mußte, gegen dessen von reinem Idealismus getragene Propaganda nur bürgerliche Unduldsamkeit Gewalt könne anwenden wollen. Das wagte derselbe Zeretelli zu sagen, der die Kronstädter Gefängnisse gesehen und gestanden hatte, daß zu zarischer Zeit solche Greuel undenkbar waren. Derselbe Zeretelli wurde wenige Monate darauf von dem zur Macht gelangten Lenin eingekerkert.

Inzwischen hatte der Vollzugsausschuß begonnen, über die Frage des Koalitionsministeriums zu beraten. So nüchtern die Frage an sich war, sie wurde mit der peinlich wirkenden Leidenschaftlichkeit behandelt, die mit den Debatten revolutionärer Zirkel nicht nur in Rußland untrennbar verknüpft scheint. Und bezeichnend für die revolutionäre Denkweise war, daß nun als wesentlichste Erwägung gegen den Eintritt von Sozialisten in die Regierung die Befürchtung geltend gemacht wurde, die Kräfte der führenden Männer würden dadurch dem Arbeiter- und Soldatenrat entzogen werden. Dieses Bedenken war es, das viele Gemäßigte veranlaßte, sich zu den Bolschewisten zu schlagen und zusammen mit ihnen eine Mehrheit zu bilden, die sich gegen das Koalitionsministerium aussprach.

Aber der Beschluß war nicht endgültig. Gutschkows unerwarteter Rücktritt ließ den Ernst der allgemeinen Lage in noch grellerem Licht erscheinen. Der Vollzugsausschuß änderte seinen Standpunkt und die Vollversammlung des Rats billigte das mit allen gegen die bolschewistischen Stimmen.

Allerdings hatte diese neueste Stellungnahme zunächst nur grundsätzliche Bedeutung. Jetzt hieß es, eine Einigung zwischen Regierung und Rat über das zu befolgende Programm und über die in das Kabinett zu berufenden Männer treffen.

20. Die Lösung.

Beide Fragen hätten an sich erhebliche Schwierigkeiten bereiten müssen. Trotzdem war es von vornherein sicher, daß sie gelöst werden würden. Denn selbst wenn der Rat Bedingungen hätte stellen wollen, die unannehmbar schienen, hätte die Regierung sich ihnen nach einigem Sträuben gefügt und nur die Gewährung bedeutungsloser formaler Zugeständnisse verlangt.

Es kam denn auch, wie es kommen mußte. Der Rat stellte eine Liste der Forderungen auf, deren Bewilligung er für notwendig erklärte, wenn seine Mitglieder in das Kabinett eintreten sollten. Hier fand sich das Verlangen nach unverzüglichem Friedensschluß ohne Eroberungen und Entschädigungen und nach seiner Vorbereitung durch Abänderung der bestehenden Bündnisverträge. Es wurde weitere Demokratisierung des Heeres gefordert, obgleich doch Gutschkows Bekenntnisse vor einem Fortschreiten auf dieser Bahn hätten warnen sollen. Darauf folgten Dinge, die auch im Programm der Bürgerlichen standen, die zu verwirklichen aber weder sie, noch die Sozialisten imstande waren: Bekämpfung der wirtschaftlichen Desorganisation und Gesundung des Finanzwesens durch Überwälzung der Steuerlast auf die Schultern der Besitzenden. Weitere Punkte, in denen die Parteien gleichfalls einig waren, wie allseitiger Schutz der Arbeiterinteressen, Ausgestaltung der Selbstverwaltung, Vorbereitung der Landreform, baldige Einberufung der verfassunggebenden Versammlung konnten keine Schwierigkeiten bereiten. In den Schlußsätzen aber wurde die Verantwortlichkeit der künftigen sozialistischen Minister vor dem Arbeiter- und Soldatenrat festgelegt. Damit wurde etwas rechtlich, wie logisch Unhaltbares geschaffen, eine Körperschaft gestaltet, die zu einheitlichem Handeln berufen war, in der eigenen Mitte aber eine geschlossene Gruppe dulden mußte, die ihre Weisungen von einer andern Körperschaft empfing. Gemeinsame Arbeit war unter solchen Umständen überhaupt nur möglich, wenn die bürgerlichen Minister sich von vornherein den sozialistischen Amtsgenossen bedingungslos unterwarfen. Das sprach Fürst Lwow während der mündlichen Verhandlungen aus. Die Vertreter des Vollzugsausschusses aber hielten es nicht einmal für nötig, zu begütigen. Sie gestanden die Richtigkeit dieser Auffassung ohne weiteres zu.

Die bisherige Regierung unterließ es, die sich aufdrängenden Folgerungen zu ziehen. Sie setzte die Verhandlungen fort und machte nur einen schüchternen Versuch, das Gesicht zu wahren, indem sie ihrerseits Bedingungen stellte und sich den Anschein gab, als hielte sie sie für sachlich bedeutungsvoll und als würde sie auf ihrer Annahme bestehen. Die gesetzgebende und vollziehende Gewalt sollte nur durch die Regierung verwirklicht werden — eine Forderung, die der Rat leichten Herzens bewilligen konnte, nun,

da er die Möglichkeit hatte, seinen Willen dem Ministerium durch dessen eigene Mitglieder aufzuzwingen. Die Regierung sollte weiter befugt sein, energische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu ergreifen und hierbei Zwang anwenden dürfen — nichts vermochte die Trostlosigkeit der Lage in grelleres Licht zu setzen, als die Notwendigkeit, derartiges ausbedingen zu müssen. Zugleich war die Bedeutungslosigkeit auch dieser Forderung klar, da jeder praktische Schritt der Regierung durch die sozialistischen Minister vereitelt werden konnte. Und wenn schließlich betont wurde, daß die auswärtige Politik im Einverständnis mit den Bundesgenossen geführt werden müsse, so genügte es, das mit der ersten der vom Rat aufgestellten Forderungen zusammenzuhalten, um zu erkennen, daß auch das nichts als Spiegelfechterei war.

Doch der Schein wurde bis zuletzt aufrechterhalten. Fürst Lwow betonte nochmals, daß diese Bedingungen als ultimativ angesehen werden müßten. Dann aber wurde eine Deklaration ausgearbeitet, die sie mit den Bedingungen des Rats angeblich verschmolz, tatsächlich in ihnen aufgehen ließ. Der unversöhnliche Widerspruch in der Frage der Kriegsziele wurde gelöst, indem in einem Zwischensatz die Möglichkeit eines Sonderfriedens abgelehnt wurde. Im übrigen standen in der Deklaration die vom Rat formulierten Sätze.

Noch bevor diese neue Niederlage besiegelt war, hatte Miljukow den Abschied eingereicht. Der Vollzugsausschuß hatte zwar nur seinen Verzicht auf das Portefeuille des Auswärtigen verlangt und ihm vorgeschlagen, als Unterrichtsminister im Kabinett zu verbleiben. Aber weitsichtiger und selbstbewußter, als seine Amtsgenossen, zog der Kadettenführer es vor ganz auszuscheiden.

Nun wurde vereinbart, daß fünf Vertreter der sozialistischen Parteien in die Regierung neu eintreten sollten, drei Minderheitssozialisten und zwei Sozialrevolutionäre. Diesen gesellte sich Kerenski als dritter. Er sollte nun die Justiz gegen Krieg und Marine eintauschen, eine unter technischen Gesichtspunkten seltsame Besetzung dieser wichtigen Posten. Denn der Rechtsanwalt Kerenski hatte nie gedient, sich auch als Parlamentarier nie für militärische Fragen interessiert. Aber er war der populärste Mann im Lande und man hoffte, daß es seinem persönlichen Einfluß gelingen würde, die Zersetzung der Wehrmacht aufzuhalten.

Um die übrigen Sozialisten unterzubringen, wurden vier neue Ministerien geschaffen, für Verpflegung, Arbeiterschutz, soziale Fürsorge, Post und Telegraph. Dabei entbrannte bitterer Streit um das Verpflegungsministerium, da der Kadett Schingarew, der die Landwirtschaft an Tschernow abgeben mußte, Anspruch auf dieses neue wichtige Ressort erhob. Der Rat aber hatte es Peschechonow zugedacht und seinerseits Schingarew für die Finanzen bestimmt, die dadurch frei wurden, daß Tereschtschenko an Miljukows Stelle das Auswärtige übernahm. Durch diese Frage wurde die ganze Verständigung in letzter Stunde noch einmal gefährdet, aber schließlich durch abermaliges Nachgeben der Kadetten gerettet.

Am verhängnisvollsten sollte sich die Berufung Tschernows in das Ministerium erweisen. Seine persönliche Lauterkeit wurde sehr bald angezweifelt und seine Bodenpolitik nahm unverzüglich eine Richtung, die nur von den Bolschewisten freudig begrüßt werden konnte. Er war es auch, der sofort nach seiner Ernennung im Arbeiter- und Soldatenrat eine Rede über das Verhältnis der sozialistischen zu den bürgerlichen Ministern hielt und mit erstaunlicher Nichtachtung der guten Form es für ganz gleichgültig erklärte, daß diesen zehn, jenen nur sechs Portefeuilles zugefallen. Wenn die Sozialisten eine geplante Maßnahme mißbilligten oder eine von ihnen gewünschte nicht durchsetzen könnten, brauchten sie nur mit ihrem Abgange zu drohen, um von den Gegnern jedes Zugeständnis zu erzwingen. Denn diese würden andern Falles vom Zorne des Volkes fortgefegt werden.

Daß diese Auffassung richtig war, lag auf der Hand. Damit aber war auch der Beweis dafür geliefert, daß das Bürgertum durch die neuen Zugeständnisse seine Stellung nicht gebessert, sondern nur noch verschlechtert, daß es sich jetzt endgültig den Sozialisten ausgeliefert hatte. Es hatte mit ihnen zusammen gehen wollen und mußte sich nun damit begnügen, hinter ihnen herzulaufen und um Abfälle von ihrem Tisch zu betteln.

Eine schmerzliche Minderung des Ansehens mußte sich auch der Duma-Ausschuß, dieser andere Vertreter bürgerlicher Interessen, gefallen lassen. Hatte er bei der Bildung des ersten Ministeriums noch als alleiniger Träger der Staatsgewalt handeln können, so war er nun schon bloß als ein Faktor neben andern

zu den Verhandlungen hinzugezogen worden. Und war er äußerlich dem Rat und der Regierung gleichberechtigt, so konnte sich doch niemand darüber täuschen, daß in Wahrheit nicht mit ihm gerechnet, daß er nur aus Höflichkeit angehört wurde. Der Abschluß der Verhandlungen aber brachte dem Ausschuß die bitterste Enttäuschung: er hatte den Anspruch erhoben, die Ernennung der neuen Minister vollziehen zu dürfen. Doch das wurde ihm nicht zugestanden, sie erfolgte im Namen der Regierung. Begründet wurde das mit der Erwägung, daß diese die Staatsgewalt aus der Hand des Ausschusses empfangen habe und ihre Trägerin bleibe, solange sie fortbestehe. Nur bei gleichzeitigem Rücktritt des Gesamtministeriums könnte der Ausschuß wieder in seine alten Rechte eintreten.

Daß in Wahrheit nicht dieser Gedankengang maßgebend gewesen, sondern die Rücksicht auf den dem Ausschuß keineswegs geneigten Arbeiter- und Soldatenrat sollten die späteren Regierungskrisen zeigen, diese Krisen, die nicht ausblieben und nicht ausbleiben konnten.

Vorderhand aber begann die Koalitionsregierung ihre Tätigkeit. Ihr erstes Lebenszeichen war ein an das Heer gerichteter Erlaß Kerenskis, der in dramatischen Tönen verkündete, daß das Vaterland in Gefahr sei.

Kerenskis Vorgänger Gutschkow hatte bereits der Meinung Ausdruck gegeben, daß diese Wendung veraltet sei, daß das Vaterland am Rande des Abgrundes stehe.

21. Vor neuen Stürmen.

Nach all den Erregungen der Krisenzeit trat nun äußerlich eine gewisse Ruhe ein. Der Arbeiter- und Soldatenrat konnte sich des errungenen Sieges freuen und hatte keine Veranlassung, neue Kämpfe hervorzurufen. Die revolutionäre Energie schien sich entladen zu haben, ihre noch aufgespeicherten Reste aber verpufften in jenen zahl- und endlosen Reden, an denen die russische Revolution noch reicher war, als alle vorhergehenden.

Schier unübersehbar ist die Reihe der Kongresse, die sich in diesen Wochen versammelten. Neben dem ersten Vertretertage der Arbeiter- und Soldatenräte saß ein Kongreß der Bauerndeputierten.

Wie jener, so endete auch dieser mit der Niedersetzung eines Zentralausschusses, eine Tatsache, die von den Räten mit Unwillen aufgenommen wurde und sie veranlaßte, einen Druck auszuüben, der denn auch zu einer Verständigung und Verschmelzung der Zentralorgane führte. Aber bezeichnend waren weder diese, noch andere greifbare Vorgänge, waren auch nicht die Entschließungen, die über die Stellungnahme zur Regierung, über den Krieg oder sonstige Fragen gefaßt wurden. Sie waren regelmäßig das Ergebnis von Kompromissen und zugleich von Augenblicksstimmungen. Sie wurden von niemandem als verbindlich angesehen und sie vermochten den Gang der Ereignisse nicht aufzuhalten, nicht zu beeinflussen. Was all diesen Versammlungen wirklich den Charakter lieh, das war die alles beherrschende Redseligkeit der Teilnehmer, eine Redseligkeit, die sich an revolutionären Phrasen berauschte, das Selbstbewußtsein und die Ansprüche der Massen von Tag zu Tag steigerte und jedes Verantwortungsgefühl erstickte. Ernste, sachliche Debatten wurden zu einer seltenen Ausnahme. Für sie war kein Raum in den vielhundertköpfigen Versammlungen. Hier herrschte das tönende Wort, der zündende Ruf.

So war es denn nur natürlich, wenn auf dem Bauernkongreß die schwierigste aller russischen Fragen, die Landfrage, leichter Hand als grundsätzlich schon gelöst behandelt wurde. Es gelte bloß, allen Boden, öffentlichrechtlichen wie privaten, nach der Arbeitsnorm verteilen, d. h. jedem soviel und niemandem mehr überlassen, als er aus eigener Kraft zu bestellen vermöge. Sollte dann das Land nicht ausreichen, so würde eine Steigerung der landwirtschaftlichen Technik Abhilfe schaffen.

Kein geringerer als der Landwirtschaftsminister Tschernow war es, der diese Auffassung mit besonderem Eifer vertrat. Und niemand erhob den Einwand, daß er es an jeglichem Zahlenmaterial zur Begründung seiner Behauptungen fehlen, daß er die Frage unbeantwortet lasse, woher technischer Fortschritt kommen solle, wenn es nur noch Zwergbesitz gibt.

Reden ohne Ziel und Ende füllten auch die militärischen Tagungen, die in dieser Zeit stattfanden. Abgesandte des ganzen Heeres, der einzelnen Frontabschnitte traten zusammen, ein allrussischer Offizierskongreß wurde einberufen. Es wurde gesprochen

und gesprochen und wieder gesprochen. In den Entschließungen wurde anerkannt, daß der Krieg fortgeführt, daß im Heer die Disziplin wiederhergestellt werden müsse, daß die massenweisen Desertionen nicht geduldet werden dürften. Aber die Tagungen wurden geschlossen, die Delegierten kehrten zu ihren Truppenteilen zurück, die Disziplin verfiel immer mehr, die Desertionen nahmen unaufhaltsam zu.

Und neben all diesen Kongressen, deren Liste sich nicht erschöpfen läßt, fanden in Städten, Flecken und Dörfern Volksversammlung über Volksversammlung statt. Sie begannen in früher Vormittagsstunde, sie währten den Tag über, sie dauerten bis zum Morgengrauen. Im geschlossenen Raum, auf Straßen und Plätzen wurde geredet und geredet. Auf den Kasernenhöfen sprießte das Gras, die Fabriken standen still. Denn die sie sonst bevölkert hatten, verbrachten ihre Zeit als Hörer und Sprecher. Die Parteien aber begannen gegen hohes Eintrittsgeld Konzert-Meetings zu veranstalten, auf denen abwechselnd die Sterne der vormals kaiserlichen Oper sangen, Miljukow, Kerenski, Tschcheidse redeten.

Die größte Bedeutung, größer als Parteiversammlungen und Kongresse, gewannen bald die fliegenden Meetings, die sich an jeder Straßenecke bildeten, anwuchsen, abschwollen, wieder zunahmen und in den weißen Sommernächten Petersburgs mit wechselnden Rednern und wechselndem Publikum ununterbrochen andauerten. Hier konnte jeder nach Herzenslust deklamieren, sich an den eigenen Worten berauschen, das Volk mit sich fortreißen. Und hier war es, wo die Bolschewisten eine immer steigende Anhängerschar gewannen. Hier war es, wo die Feindschaft gegen den Krieg, der Wille zum Frieden in das Volk getragen wurden und so feste Wurzeln zu schlagen begannen, daß alle Aufrufe der Regierung wirkungslos verhallten.

Hier war es auch, wo die Agitation zu den ersten revolutionären Wahlen betrieben wurde. Diese Wahlen waren zwar an sich nicht so wichtig, da es sich nur um die Mandate für die Stadtteils-Vertretungen handelte. Immerhin zeigte sich, als ihr Ergebnis Mitte Juni feststand, daß von rund 700 000 Stimmen den Kadetten nur 160 000, den Bolschewisten bereits 120 000 gehörten, der Rest aber den gemäßigten Sozialisten zugefallen war, ein Ergebnis, das die Ansprüche der Bürgerlichen auf eine führende Rolle unbegründet,

die bolschewistische Gefahr hingegen ernster erscheinen ließ, als man geglaubt hatte.

Doch zu Ende des Monats nahmen die fliegenden Meetings auf einmal andern Charakter an. Eine amerikanische Sondergesandtschaft, geführt vom Senator Root, erschien in Petersburg. Von den Behörden feierlich begrüßt, mit fürstlichem Pomp eingeholt, ließ sie alle über dem Wasser heimischen Künste spielen und brachte wirklich einen Umschwung der Stimmung wenigstens für kurze Zeit zuwege. Es wurde erzählt und geglaubt, daß amerikanische Ingenieure die eingeleisige Sibirische Bahn binnen drei bis vier Monaten mit einem zweiten Geleise versehen und daß dann amerikanische Waren über Wladiwostok in ungemessener Menge in das Land strömen würden. Lokomotiven und Eisenbahnwagen würden geliefert, Geschütze und Munition, Instruktore und technische Beamte würden in großer Zahl gestellt, Milliarden zu den denkbar günstigsten Bedingungen vorgestreckt werden. Und alle diese Segnungen erforderten nur eine Gegenleistung: treues Festhalten am Bündnis, Fortführung des Krieges.

Zugleich entwickelte der neue Kriegs- und Marineminister Kerenski eine fieberhafte Tätigkeit. Er bereiste die Front, verhandelte mit den Truppenausschüssen, er redete und redete. Freilich folgten ihm die Abgesandten der Bolschewisten auf dem Fuße und wo heute unter dem Eindruck seiner hysterisch flammenden Aufrufe beschlossen war, gegen den Feind vorzugehen, da jubelte morgen die gleiche Soldatenmenge dem Schüler Lenins zu, der sie ermahnte, dem blutgierigen Kapitalismus den Dienst zu kündigen, das Gewehr fortzuwerfen und heimzukehren. Und wenn die Blätter der gemäßigten Sozialisten gleich denen des Bürgertums die Truppen zur Offensive riefen und immer deutlichere Hinweise auf ein Ultimatum der Verbündeten brachten, immer durchsichtiger mit einem Angriffe Japans drohten, so predigte die bolschewistische Presse ungescheut Verbrüderung mit dem Feinde und Gehorsamsverweigerung.

Aber trotz aller Gegenwirkung gelang es dem tatkräftigen und rücksichtslosen General Brussilow schließlich doch, sich der Zustimmung einer genügenden Zahl von Truppenausschüssen zu versichern, um in Galizien eine Offensive wagen zu können. Am 1. Juli eröffnete er sie und die glänzenden Anfangserfolge

führten zusammen mit der amerikanischen Agitation zu einem völligen Umschwung der Stimmung in Petersburg. Die Siegesnachrichten, deren das Volk so ganz entwöhnt war, weckten freudigen Wiederhall, patriotische Umzüge wurden veranstaltet, auf den fliegenden Meetings wurden die kriegsfreundlichen Redner bejubelt.

Doch bald kam die Offensive zum Stillstand. Deutsche Truppen hatten eingegriffen, die haltlose Flucht der Österreicher nahm ein Ende, die Stimmung des russischen Heeres sank, der künstlich aufgereizte Kampfesmut nahm ein Ende, schlug in sein Gegenteil um. An der Front und in der Heimat konnten die Bolschewisten ihre Arbeit wieder aufnehmen. Und als dem Stillstande der Rückzug folgte, als der Rückzug zur Flucht wurde, die Greuel von Tarnopol und Kalusch verübt wurden und das russische Heer sich in eine von wahnsinniger Angst gepeitschte, von allen Banden gelöste, sengende, mordende und raubende Horde auflöste, da war in Petersburg der erste große Bolschewistenaufstand ausgebrochen.

22. Das sterbende Petrograd.

Drei Tage lang tobte in den Straßen Petersburgs der von den Bolschewisten entfesselte Bürgerkrieg. ....

Dreißig Kriegsmonate waren an der Zarenresidenz spurlos vorübergegangen. Nur ihren alten Namen hatte sie geschmacklosem Deutschenhaß opfern müssen, sonst war alles beim alten geblieben. Bloß hier und da sah man über einem Palast, über einer Schule die Fahne mit dem roten Kreuz flattern. Nichts anderes erinnerte an das schon Jahre währende blutige Ringen.

Wer das alte zarische Petersburg kannte, war gewiß nicht blind gegen seine Mängel. Ihm fehlte die leichte Eleganz der Seine-Stadt ebenso, wie die Ordnung und Sauberkeit Berlins. Auch die gemütvolle, etwas nachlässige Leichtlebigkeit Wiens war ihm fremd. Doch seine stolze Großartigkeit konnte auf niemanden ihres Eindrucks verfehlen. Die breit dahinflutende Newa, die prachtvollen Paläste, bald barbarisch prunkhaft, bald in Rastrellis klassizistischem Stil gehalten, die weiten Plätze und breiten Straßen, die üppigen Gärten und leuchtenden Teppichbeete, die goldglänzenden Kuppeln der Kathedralen, auf dem Newsky Prospekt die

wogende Menge, die eleganten Gespanne und Kraftwagen — alles das gab ein Bild von fesselnder Eigenart. Und war der Beutel nicht gar zu schmal, so ließ es sich dort behaglicher leben, als in den Städten Europas, in denen dem Einzelnen der Raum sparsamer zugemessen ist.

Drei, vier Monate revolutionärer Herrschaft genügten, um das Bild zu wandeln, selbst den Einheimischen glauben zu machen, er sei in eine andere Welt versetzt. Aber nicht in eine solche, da eine neue, höhere Kultur geschmiedet wird, da eine reine Menschlichkeit, von unwürdigen Fesseln befreit, sich ungehemmt entfaltet. Nein, Zuchtlosigkeit, Unsauberkeit, Nachlässigkeit waren die Kennzeichen dieser andern Welt.

Schon der erste flüchtige Blick gibt Eindrücke, die sich bald verstärken und vertiefen, Eindrücke, deren Summe ist, daß das einst so schöne und gepflegte Petersburg unaufhaltsam dem Verfalle entgegeneilt. Auf den Hauptstraßen, selbst auf dem Newsky Prospekt, ein Schmutz, der jeder Beschreibung spottet. Abfälle jeder Art, Zigarettenstummel, Sonnenblumensamen bedecken Fahrdamm wie Bürgersteig, und jeder Windstoß wirbelt ganze Staubwolken auf. Ist doch seit den Tagen der Revolution nicht mehr gekehrt und gesprengt worden. In der Tat, auch die Hausknechte sind freie Bürger geworden, denen niemand etwas vorzuschreiben hat. Und wer sollte ihnen Vorschriften machen? Eine Polizei gibt es nicht. An ihre Stelle ist die Miliz getreten, die weder den Willen, noch die Macht hat, irgend etwas zu erzwingen — es sei denn hohe Gehaltssätze für sich selbst.

Die öffentlichen Gebäude, zum großen Teil noch aus der Zeit Alexander I. stammend, in reinem, strengem Empire-Stil errichtet, sind in sichtlichem Verfall begriffen. Der zugleich harte und feuchte Winter macht alljährlich im Frühling umfangreiche Wiederherstellungsarbeiten erforderlich. Nun sind sie unterblieben und schon sind die Folgen bemerkbar. Der Bewurf fällt ab, breite Risse klaffen. Auch die Denkmäler der früheren Zaren haben gelitten. Schlimmer als das freilich wirkt die Geschmacklosigkeit, die den Figuren rote Fahnen in die Hand gedrückt hat. Peter der Große oder der letzte Ritter des Absolutismus, Nikolai I., mit der roten Fahne im Arm! Doch hat man in Petersburg selbst den Vandalismus wenigstens nicht so weit getrieben,

die Denkmäler zu verstümmeln oder umzustürzen. In der Provinz und auch in den Vororten der Residenz, in Pawlowsk, in Zarskoje Sselo ist das geschehen.

Trostlos sehen Gärten und Schmuckplätze aus. Die prächtigen Teppichbeete sind nicht bestellt und schwarzgrau gähnen ihre kunstvollen Formen inmitten des Rasens. Doch auch Rasen im eigentlichen Wortsinne ist kaum mehr vorhanden. Nur traurige Überreste gibt es noch. Ungepflegt und unbesprengt ist er in der Hitze des Frühsommers verdorrt. Und was übrig blieb, haben die Füße des freien russischen Bürgers zertreten. Denn nun, wo die Faust des Polizisten ihn nicht mehr in seine Schranken weist, besteht für ihn kein Grund, Zäune und Gehege anzuerkennen.

In der Tat, es ist doch so bequem, auf den weiten Rasenflächen jene fliegenden Meetings abzuhalten, die jetzt den Tag des durch keinen Dienst in Anspruch genommenen Soldaten und Matrosen, des Studenten, des Handlungsdieners und Arbeiters ausfüllen.

Doch auch auf Straßen und Plätzen kann das Volk sich ungestört versammeln, sich zu Haufen ballen, bolschewistischen Rednern lauschen. Der einst in breiter Woge dahinflutende Verkehr wehrt es ihm nicht mehr. Droschke oder Kraftwagen kann nur der Kriegsgewinnler oder Munitionsarbeiter bezahlen, denn um das Zehnfache sind die Preise in die Höhe geschnellt. Selbst auf den Newaarmen und Kanälen schläft der Verkehr ein, den noch vor kurzem so zahlreichen kleinen Dampfern fehlt es an Kohle und sie beginnen den Betrieb einzustellen. Nur die elektrische Straßenbahn arbeitet noch. Aber auf ihr herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Schon in Friedenszeiten war ihr rollendes Material unzureichend und nun kann sie vollends den Ansprüchen nicht genügen. Denn ein neuer Kreis von Fahrgästen ist erschienen und hat sie fast unter Ausschluß des früheren Publikums mit Beschlag belegt. Es sind das die Soldaten, die ehemals nur auf der Plattform fahren durften und selbstverständlich den gleichen Fahrpreis erlegen mußten wie alle andern. Jetzt ist jene Beschränkung fortgefallen und kein Soldat denkt mehr daran, einen Schein zu lösen. Ja, als eine städtische Kommission beriet, wie der Betrieb ertragreicher gestaltet werden könnte und erwog, ob nicht von den

Soldaten wenigstens ein ermäßigter Fahrpreis zu erheben sei, erklärten die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats, die hier wie überall mitredeten, die Soldaten hätten sich in der Revolution das Recht unentgeltlicher Benutzung der Straßenbahn erkämpft und würden dieses Recht nicht preisgeben.

Damit war die Frage erledigt. Kein Schaffner wagte es mehr, von einem Soldaten Zahlung zu verlangen. Ebensowenig wagte es jemand, die scharenweise eindringenden Leute auf die Überfüllung der Wagen hinzuweisen. Und da sie den ganzen Tag über nichts zu tun hatten, so fuhren sie nun auf städtische Kosten spazieren. Sie verdrängten das zahlende Publikum, füllten alle Durchgänge, hingen an den Trittbrettern. Dank solcher Überlastung fielen täglich mehrere Wagen einfach auseinander und schon ließ sich der Augenblick voraussehen, da der Straßenbahnverkehr aus Mangel an Wagen würde eingestellt werden müssen.

Verfall, wohin das Auge sich wandte.

Mochte die Zukunft des russischen Reiches in Dunkel gehüllt sein, die seiner Hauptstadt war es nicht. Wer die Augen nicht gewaltsam schloß, mußte erkennen, daß sie dem Untergange entgegeneilte. Die Stadt, die Peter erbaute, die Katharina und Alexander schmückten, sie ging ihres altehrwürdigen Namens verlustig unter dem letzten der selbstherrschenden Zaren. Und ihr Glanz schwand unter der Herrschaft der Männer, die diesem das Szepter aus der Hand wanden und ihm doch gleich waren im urteilslosen Haß gegen das Volk, das seines großen Ahnherrn Lehrmeister gewesen.

Lag nicht ein tiefer Sinn darin, daß Petersburg durch zwei Jahrhunderte blühte und Petrograd so bald dem Untergange geweiht, so bald zur sterbenden Stadt wurde?

23. Die Bolschewisten.

Wer sind sie, deren Namen Europa vor wenig mehr als Jahresfrist nicht kannte und vor denen heute eine Welt erzittert? Und wie kam es, daß sie zu so furchtbarer Macht gelangten?

Im Jahre 1903 tagte zu London ein Kongreß der russischen Sozialisten. Taktische Fragen standen zur Erörterung, um die Organisation der Partei wurde gestritten. Sollte den Provinzial-

verbänden Selbständigkeit zugestanden werden, sollte straffe Zentralisation Platz greifen und die oberste Leitung allein bestimmen? Die Meinungen teilten sich. Jene in der russischen revolutionären Bewegung seit alters übermächtige Richtung, die trotz lauten Bekenntnisses zur marxistischen Lehre ihre Hoffnungen auf Verschwörung, auf Terror, auf Putsch und Aufruhr setzt, war in der Mehrheit. Ihr stand eine Minderheit gegenüber, die an den Sieg nur durch Entwicklung glaubte und die geforderte Zentralisation als undemokratisch ablehnte. Die Meinungen prallten scharf aufeinander und im Ergebnis gab es eine Spaltung der Partei in Anhänger der Mehrheit und der Minderheit. Bolschewisten und Menschewisten nannte man sie, ohne jede Beziehung auf ihr Programm, allein nach der Zugehörigkeit zu jener oder zu dieser.

Lenin-Uljanow führte die Bolschewisten. Obgleich ihm die Rückkehr nach Rußland versperrt war, blieb er an der Spitze der Bewegung auch nach 1905, als die neue Verfassung seinen Anhängern mehr Bewegungsfreiheit gab und sie, nach anfänglichem Boykott der Wahlen, schließlich doch ihre Vertreter in die Duma entsandten. Er ging auf dem einmal erkorenen Wege folgerecht weiter. Zwar hielt er fest an Marx. Aber immer entschiedener löste er sich von der im „Kapital" niedergelegten, von der offiziellen Sozialdemokratie übernommenen Lehre. Aus bruchstückweisen Andeutungen, aus gelegentlichen Redewendungen, die er in Briefen und Schriften des Meisters fand, erbaute er sich ein neues System. Befruchtet von dem ihm geistesverwandten Bakunin, ward er zum Schöpfer des heutigen Anarcho-Kommunismus. Und seine Gefolgschaft blieb ihm treu.

Als der Krieg ausbrach, lebte Lenin in der Schweiz. Der Sieg der Revolution weckte in ihm den Wunsch, in die Heimat zurückzukehren. England verweigerte ihm, der in Zimmerwald und Kienthal mitgetagt hatte, die Pässe. Da wandte er sich durch schweizerische und deutsche Genossen nach Berlin und Berlin war es, das ihm die Möglichkeit gewährte, über Schweden nach Rußland zu reisen. Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, der mindestens die formelle Verantwortung für dieses Entgegenkommen trug, glaubte gewiß die Sache seines Vaterlandes und des Friedens zu fördern. Doch wer des Nachbars Haus in Brand setzt, darf nicht klagen, wenn hernach die Funken ihm aufs Dach

fliegen. Kurzsichtige Torheit eines übel beratenen und unfähigen Kanzlers hat hier einen häßlichen Fleck auf Deutschlands Ehrenschild gespritzt, der bis dahin in makelloser Reinheit strahlte. Und diesen Fleck wird das deutsche Volk mit Strömen von Blut, in namenlosem Leid wieder abwaschen müssen.

Mitte April 1917, einen Monat nach dem Siege der Revolution, traf Lenin mit dreißig seiner Genossen in Petersburg ein. Er fand wohlvorbereiteten Boden. Unter Trotzki-Braunsteins Führung hatten die Bolschewisten sich im Palais der Tänzerin Kzeczinska eingenistet und ihr Hauptquartier trefflich organisiert. Im anarchischen Kronstadt hatten sie festen Fuß gefaßt und in den Fabrikvierteln Petersburgs Anhängerschaft geworben. Trotzdem stellten sie noch ein schwaches Häuflein dar und im Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats hatten sie Sitz und Stimme nicht, weil eine große Anhängerschaft hinter ihnen gestanden hätte, sondern deshalb, weil sie eine selbständige Fraktion der sozialdemokratischen Partei darstellten und als solche Anspruch auf Vertretung erheben konnten. Zugleich aber hatten sie mit heftiger Opposition zu kämpfen, der Lenins Reise durch Deutschland neue Nahrung zuführte. Die bürgerliche Presse stempelte ihn zum Landesverräter, selbst die Matrosen, die zu seinem Empfang eine Ehrenwache gestellt hatten, sagten sich öffentlich von ihm los. Und seine ersten Schritte auf dem ihm fremd gewordenen politischen Pflaster Petersburgs waren ausgesprochen unglücklich.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr, am 17. April, fand jene Konferenz der Sozialdemokraten statt, auf der Lenin sich zum Mißvergnügen selbst seiner nächsten Anhänger mit ungeschickter Offenheit zu anarcho-kommunistischen Grundsätzen bekannte. Knappe zwei Wochen später entwickelte er seinen Standpunkt im Arbeiter- und Soldatenrat. Hier trat er bereits wesentlich vorsichtiger auf und begnügte sich mit billiger Polemik gegen die einstweilige Regierung, gegen den Beamtenstaat und andere Einrichtungen, die niemandem im Hörerkreise an das Herz gewachsen waren. Dessenungeachtet sprach sich der Rat mit großer Mehrheit gegen ihn aus, fügte jedoch seiner Entschließung den bezeichnenden Satz bei, daß gegen Lenins an sich verwerfliche Agitation nicht eingeschritten werden könne, solange sie nur Agitation bleibe, ein Gesichtspunkt, der in der russischen Revolution, wie in allen andern, von den

gemäßigteren Parteien stets gegen die links von ihnen stehenden Gruppen angewandt worden ist.

Wenn aber Lenin mit seinem Auftreten in den führenden Schichten kein Glück gehabt, so waren seine Erfolge unter den Massen um so größer. Der Absatz der von ihm mit zahlreichen Artikeln gespeisten „Prawda", die gleich dem Moskauer „Sozialdemokrat" sofort nach der Revolution zu erscheinen begann, wuchs von Tag zu Tag und immer größer wurden die Hörerscharen, die sich um die Balkons des Palais Kzeczinska, um die bolschewistischen Redner auf Straßen und Plätzen sammelten. Verwunderlich war es nicht. Sie kündeten dem kriegsmüden Volke Frieden, sie verhießen ihm Brot, sie versprachen Aufteilung des Landes, Übergabe der Betriebe an die Arbeiter.

So gelang es den Bolschewisten schon im Mai, die ersten großen Unruhen, wenn nicht hervorzurufen, so doch zu verschärfen. Und daß die Zusammenstöße zwischen Gegnern und Freunden der Regierung blutig verliefen, war nicht zuletzt ihr Werk. Ob aber die Rolle, die sie gespielt, in Wahrheit groß oder gering gewesen, der Volksmund nannte sie als die Hauptschuldigen. Das lieh ihnen den Strahlenkranz der Macht. Und die Massen haben noch immer denen angehangen, die die Macht besaßen.

Die Mai-Krise hatte Ansehen und Einfluß der Bolschewisten gemehrt. Doch ihr Sieg war noch fern. Zwar brachten ihnen schon wenige Wochen darauf die Petersburger Stadtteilswahlen nicht geringen Erfolg. Aber selbst innerhalb der Arbeiter- und Soldatenräte war man noch weit entfernt davon, die von ihnen drohende Gefahr richtig einzuschätzen. Als im Juni der erste allrussische Kongreß der Räte tagte, wurde die Frage erörtert, ob nicht die Zeit gekommen sei, da die sozialistischen Parteien die Gewalt allein in die Hand zu nehmen vermögen. Die Mehrheit verneinte sie. Noch stehe das Volk in seiner Gesamtheit nicht hinter ihnen. Da ertönt ein Zwischenruf: „Wir können es!" Lenin hat ihn ausgestoßen. Doch niemand nimmt sich die Mühe, ihn zu widerlegen. Das Wort erregt auch keinen Protest, keine Entrüstung. Von einmütigem, schallendem Gelächter wird es erstickt.

Inzwischen aber ging die Wühlarbeit der Bolschewisten weiter. Immer zahlreicher wurden die Massen, die ihnen zufielen, immer

dreister ihr Auftreten. Und wenn manche Demonstration, die sie ankündigten, mißlang, die öffentliche Aufmerksamkeit wandte sich ihnen in wachsendem Maße zu. Bald sprach man von ihnen mehr, als von den Arbeiter- und Soldatenräten, legte ihren Absichten und Beschlüssen größere Bedeutung bei, als denen der Regierung. Die Bürgerschaft zitterte vor ihnen, in den Räten nahm ihre Anhängerschaft ständig zu, durch Überläufer aus den andern sozialistischen Gruppen nicht weniger, als dank den in Fabriken und Truppenteilen unaufhörlich stattfindenden Neuwahlen. Und es wollte nicht gelingen, sie in den Augen der Menge zu diskreditieren. Vergeblich hatte man das zuerst so kleine Häuflein ob seiner ungemessenen Ansprüche mit Hohn und Spott überschüttet. Vergeblich hatte man sie des Landesverrats geziehen, vergeblich den Nachweis geführt, daß kaum einer unter ihren Führern sich russischer Abstammung rühmen durfte, vergeblich darauf hingewiesen, daß sie selbst diese Tatsache durch Führung falscher Namen zu verdecken suchten, daß Trotzki Braunstein hieß, Steklow Nachamkes, Sinowjew Apfelbaum, Kamenew Rosenfeld. Vergeblich auch war es, daß man die Archive der zarischen Geheimpolizei durchstöberte und dabei immer von neuem auf Bolschewisten stieß, die ihr als Spitzel gedient hatten. Dieser oder jener unter ihnen verschwand von der Bildfläche, andere, wie Kamenew-Rosenfeld, blieben auf dem Posten und wurden von den Gesinnungsgenossen gestützt und verteidigt.

Sie verhießen dem Volke Brot und Frieden, sie malten ihm Bilder, die seine Begehrlichkeit lockten, die in ihm schlummernden anarchischen Gelüste weckten. Und sie kamen ihrem Ziel mit jedem neuen Tage näher.

IV. Die Juli-Stürme.

24. Der Bolschewisten-Aufstand.

Wie selten eine Partei verstanden es die Bolschewisten, aus Erfolg und Mißerfolg zu lernen. Der Mai-Aufstand hatte ihnen zwar äußerlich eine Niederlage gebracht, ihr Ansehen und ihre Stellung aber gefestigt. Im Juni 1917 hatten sie von neuem eine Erhebung versucht. Die aber mißlang vollständig. Vielleicht, weil sie ihre Absicht allzufrüh hatten bekannt werden lassen und die eindringlichen Warnungen der Regierung und der Arbeiter- und Soldatenräte ihren Eindruck auf die Massen nicht verfehlten, sicherlich deshalb, weil die Stimmung zu jener Zeit gleichmäßiger und ruhiger war, denn seit langem und weil viele hoffnungsvoll der erwarteten galizischen Offensive Brussilows entgegensahen. Der Boden war für die Saat der Unruhen nicht vorbereitet. Gewiß, auch im Mai lag eine unmittelbare Veranlassung für einen Aufstand nicht vor. Insbesondere den Bolschewisten mußte es vollkommen gleichgültig sein, ob die an die Verbündeten gerichtete Note der Regierung um einiges mehr oder weniger friedliebend gehalten war. Und ob Miljukow oder Tereschtschenko an der Spitze des Ministeriums des Auswärtigen stand, war gerade von ihrem Standpunkt aus bedeutungslos. Aber den Massen konnte unschwer der Glaube eingeflößt werden, daß dieser oder jener Ausgang der Regierungskrise für den Friedensschluß maßgebend war. So ließ sich Erregung in die Menge hineintragen, es konnten ohne Schwierigkeit Umzüge und Versammlungen veranstaltet, bewaffnete Zusammenstöße hervorgerufen werden.

An allen diesen Voraussetzungen fehlte es im Juni und deshalb mußten die geplanten Putsche mißlingen. Das erkannten die Bolschewisten mit dem Scharfblick, den sie auch in der Folge immer wieder bewiesen haben. So nahmen sie den Mißerfolg hin und verhielten sich ruhig, bis von neuem eine Regierungskrise eintrat.

Am 15. Juli wurde bekannt, daß die kadettischen Minister ihren Abschied eingereicht hatten. Auch diesesmal handelte es sich um eine Frage, die vom bolschewistischen Gesichtspunkt aus jeder Bedeutung entbehrte. Aber auch jetzt wieder ließen die Massen sich durch die einfache Tatsache der Krise erregen. Und die Führer durften darauf bauen, daß die Mißhelligkeiten innerhalb der Regierung scharfes Durchgreifen noch weniger wahrscheinlich machten, als es schon unter normalen Umständen gewesen wäre. Zwar wird der Nachweis dafür, daß die Bolschewisten gerade aus Anlaß der Krise losbrachen, sich schwerlich jemals erbringen lassen. Mehr als das, die Bolschewisten bestritten mit Entschiedenheit, daß dieser neue Ausbruch überhaupt von ihnen vorbereitet gewesen wäre. Aber will man nicht unerklärlichem Zufall die entscheidende Rolle zuschreiben, so bleibt nur übrig, hier planmäßiges Wirken zu sehen.

Am 16. Juli begannen unheilvolle Gerüchte die Stadt zu durchschwirren. Es hieß, daß das I. Maschinengewehr-Regiment eine Demonstration beabsichtige und die anderen Truppenteile zur Teilnahme aufgefordert habe. Der Arbeiter- und Soldatenrat trat zusammen und mahnte zur Ruhe. Hätte er zu offenem Aufstande gerufen, seine Stimme hätte tausendfachen Widerhall gefunden. So verklang sie wirkungslos. Das Regiment verließ seine Kasernen und marschierte zum Taurischen Palais, in dem der Arbeiter- und Soldatenrat tagte. Zugleich begannen allerorten Ansammlungen von Arbeitern. Agitatore tauchten auf und hielten aufreizende Reden. Hier und da wurden Häuflein von Rotgardisten sichtbar, die sich allmählich zu großen Trupps zusammenschlossen. Der Verkehr der Straßenbahnen wurde unterbunden, die Finnländische Eisenbahn ohne sichtlichen Zweck zum Stillstand gebracht. Bewaffnete Reiter sprengten durch die Straßen und verkündeten, daß es Zeit sei, alle Gewalt den Räten zu übertragen. Panzer- und Lastautomobile mit bewaffneten Mannschaften ratterten daher. Zwecklos abgefeuerte Schüsse steigerten die Erregung. Rote Fahnen und riesige Plakate mit der Aufschrift: „Fort mit den kapitalistischen Ministern! Alle Gewalt den Räten!" tauchten auf.

Die aus Zehntausenden bestehende Menge setzte sich in Bewegung. Sie folgte den Spuren des Maschinengewehr-Regiments

und bald umgab ein wogendes Menschenmeer das Taurische Palais. Tschcheidse, der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, gestern noch neben Kerenski der mächtigste Mann in Rußland, suchte zum Volk zu sprechen. Er, dem stets begeisterter Jubel geantwortet hatte, wurde mit kaltem Schweigen angehört, Trotzki mit lärmender Zustimmung begrüßt.

Immerhin kam es hier nicht zu Ausschreitungen. Die Menge umwogte den Palast, sie berauschte sich an den Reden bolschewistischer Agitatoren, aber sie unternahm nichts. Doch andere Haufen begannen inzwischen in der innern Stadt ihrem Tatendrang Luft zu machen. Sie zogen durch die Straßen, sie feuerten Schüsse in die Luft ab, sie belästigten die Vorübergehenden. Ein Häuflein junger Leute, die sich als Anarchisten bezeichneten, besetzte das Gebäude der „Nowoje Wremja" und begann blutrünstige Flugblätter zu drucken. Andere Trupps drangen in die Peter-Paulsfestung ein und gewannen die Garnison für sich. Die Geschütze wurden auf die Stadt gerichtet.

Die helle nordische Nacht sank herab. Die Unruhe in den Straßen wollte nicht weichen. Die Ansammlung um das Taurische Palais dauerte fort. Wieder wollte Tschcheidse reden. Doch jetzt war die Stimmung schon so gestiegen, daß er mit höhnischen Zurufen in das Haus zurückgetrieben wurde. Er übernahm von neuem den Vorsitz und endlose Beratungen begannen. Ein eigenartiges Bild, diese Führer des revolutionären Volkes, die erst vor drei Monaten die Gewalt an sich gerissen und die nun schon, belagert vom Pöbel, darauf sinnen mußten, die von ihnen selbst unheilbar gestörte Ordnung wieder herzustellen. Und was sollten sie tun? Die Mittel des alten Regiments, Gewaltanwendung, blutige Unterdrückung des Aufstandes, hatten sie oft genug verworfen und verurteilt. Aber selbst wenn sie nun zu ihnen hätten greifen wollen, auf wen sollten sie sich stützen? Vielleicht war die Mehrzahl der Truppen bereit, ihrem Rufe zu folgen. Doch sicher war es nicht. So griffen sie denn zu dem ihnen eigenen Mittel: sie einigten sich über einen neuen Aufruf, der das Volk zur Ruhe mahnte, der auf die Gefahr hinwies, die für die Errungenschaften der Revolution aus einem Bürgerkriege ersprießen mußte. Und sie verschmähten es nicht, auch in diesem Augenblick, so lächerlich es schien, das Gespenst der Gegenrevolution an die Wand zu malen.

Als der Morgen graute, tat die Natur ihr Werk. Müdigkeit senkte sich herab auf die überreizte Hauptstadt. Die Menge zerstreute sich, die Soldaten kehrten in ihre Kasernen zurück. Die Straßen wurden still und leer. Nur um das Taurische Palais fuhr die Menge fort zu wogen.

Doch als die Sonne höher gestiegen war, gewann der Aufruhr neue Kraft. Aus Kronstadt, der Hochburg des Bolschewismus, erschien Dampfer über Dampfer. 5000 Matrosen und Werftarbeiter schifften sich am Newakai aus und riefen die Petersburger Genossen zu neuen Taten. Wieder verließen die Soldaten ihre Kasernen, die Arbeiter ihre Wohnungen. Wieder zog die bewaffnete Menge durch die Stadt und bald begannen von neuem Schüsse zu knallen, Maschinengewehre zu rattern. Weshalb das aber geschah, vermochte niemand zu sagen. Wer die aus jenen Tagen stammenden Meldungen durchforscht, findet überall dieselbe Unklarheit, die gleiche Unbestimmtheit. Immer wieder heißt es, daß die Menge unter Vorantragung von Plakaten die Straßen durchzog. Auf einmal, so heißt es dann, ertönte ein Schuß. Und daran schloß sich endloses Geknatter, in dessen Ergebnis Tote und Verwundete die Straßen deckten. Woher jener erste Schuß gefallen, ließ sich nie feststellen. Die Vorübergehenden wurden angehalten, die Häuser gestürmt und durchsucht. Aber ein Schuldiger war nicht zu finden. Einen Schuldigen, wie er gesucht wurde, gab es wohl auch nicht. Denn sicherlich hatte jenen ersten Schuß ein Teilnehmer des Umzuges, ein Gesinnungsgenosse Lenins und Trotzkis, gelöst.

So war es denn fast immer eine unsinnige Selbstzerfleischung, die die Menge trieb. Nur hin und wieder kam es zu wirklichen Kämpfen. Dann aber ging der Angriff stets von den vorgeblich friedlichen Demonstranten aus.

Einst, unter zarischem Regiment, hatten die Kosaken als treue und bedenkenlose Werkzeuge der Gewalt gegolten. Auch jetzt war in ihren Reihen von Auflösung am wenigsten zu spüren und nach wie vor waren sie mehr, als alle anderen, bereit, sich als Polizeitruppe gebrauchen zu lassen. Und im Volke lebte die Erinnerung an die Rolle, die sie einst gespielt hatten.

So genügte es denn, wenn eine Schwadron oder auch nur ein Zug Kosaken auf der Straße erschien, um die Wut der Menge

zu entfesseln. Sie wurden angegriffen, sie setzten sich zur Wehr und das Blutbad war da.

Doch solcher Kampf spielte sich nur an wenigen Stellen ab. Meist war es sinnlose, von den Bolschewisten hervorgerufene Panik, die zu Tod und Verwundung führte. Ja, zuweilen war es einfacher Zufall.

Ein Dragonerregiment hält in der Nähe des Taurischen Palais. Es werden Schüsse in die Luft abgegeben. Zwei Pferde werden unruhig und gehen durch. Die Masse glaubt, daß eine Attacke einsetzt. In wahnsinniger Angst beginnt sie auseinanderzulaufen. Wieder knallen Schüsse, Schreie ertönen, ein furchtbares Gedränge beginnt. Und ehe die Besinnung zurückkehrt, bedecken Dutzende von Leichen den Boden.

25. Sieg oder Niederlage?

Die Panik, die die Massen immer wieder erfaßte, brachte der Regierung endlich die Erkenntnis, daß nicht, wie sie geglaubt hatte, eine planmäßig durchgeführte Revolution, sondern nur ein Aufruhr ausgebrochen war. Nach langem Schwanken und endlosen Beratungen gab sie General Polowzow, dem Nachfolger Kornilows, die notwendigen Vollmachten. Zwar schrieb sie ihm streng vor, jegliches unnütze Blutvergießen zu vermeiden, aber immerhin konnte und durfte er jetzt handeln. Er konnte es mit um so größerer Aussicht auf Erfolg, als die Mehrzahl der in Petersburg garnisonierten Regimenter begonnen hatte, Stellung gegen die Unruhestifter zu nehmen. Sie hatten Entschließungen gefaßt, in denen sie das Vorgehen der Bolschewisten scharf verurteilten und sich dem Arbeiter- und Soldatenrat und der Regierung zur Verfügung stellten.

So gelang es denn, am Abend des 17. Juli 1917 auf dem großen Platz vor dem Winterpalais unbedingt zuverlässige Truppen zu sammeln. Die Wladimir-Kriegsschule, das 9. Reserve-Kavallerieregiment, ein Regiment Kosaken trafen dort ein. General Polowzow begrüßte sie mit einer Rede und befahl ihnen, die Straßen zu säubern. Langsam rückten sie vor, jeder Haufen, jeder einzelne wurde angehalten und entwaffnet. Zugleich marschierten Kosaken, von Artillerie begleitet, zum Taurischen Palais, um den noch immer eingeschlossenen Arbeiter- und Soldatenrat zu befreien.

Unterwegs, beim Übergang über die Troitzkibrücke, gerieten sie unter Kreuzfeuer. Wieder gab es Tote und Verwundete. Aber eine Kartätschensalve zerstreute das Volk und als die Kosaken vor dem Dumagebäude anlangten, wich die Menge in haltloser Flucht.

Während dieses geschah, hatten sich Abgesandte des Arbeiter- und Soldatenrates zur Peter-Paulsfestung begeben. Nach langen Verhandlungen erklärten sich die dort befindlichen Truppen bereit, teils abzuziehen, teils sich zu ergeben. Nur die Bolschewisten, die einige Forts besetzt hielten, verweigerten jedes Zugeständnis und legten die Waffen erst zwei Tage später nieder, als sie ihre Sache vollkommen verloren sahen. Gleichzeitig mit ihnen ergaben sich auch ihre Gesinnungsgenossen, die sich in anderen Gebäuden verschanzt hatten.

Die Ruhe war in Petersburg wieder eingekehrt. Scheinbar hatten die Aufrührer einen gänzlichen Mißerfolg erlitten. Die Regierung war im Sattel geblieben, die Gewalt nicht an die Räte übergegangen. Und doch konnten die Bolschewisten mit stolzer Befriedigung auf die letzten Tage zurückschauen. Wieder hatten sie im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestanden, wieder hatte die Bevölkerung vor ihnen gezittert, wieder hatte es geschienen, als läge des Reiches Schicksal in ihrer Hand. Und hatten sie auch das Ziel nicht erreicht, so waren sie ihm doch um vieles näher gekommen. Denn abermals hatten die Massen in ihnen die einzigen erkannt, die kraftvoll und rücksichtslos zu handeln wußten. So seltsam es klingt, nicht nur die Massen schauten in Furcht und Hoffnung auf sie. Auch die Träger der staatlichen Gewalt begannen ihre Stellungnahme zu den Bolschewisten zu ändern. Hatten sie sie vorher als Häuflein von Verbrechern behandelt, so fingen sie jetzt an, mit ihnen als einer gleichberechtigten Macht zu rechnen. Freilich, in ihren Worten lehnte die Regierung solchen Standpunkt noch ab und der Arbeiter- und Soldatenrat faßte Entschließungen, die das Vorgehen der Bolschewisten auf das schärfste verurteilten und jede Gemeinsamkeit mit ihnen verwarfen. Aber das konnte nur den oberflächlichen Blick täuschen. In Wahrheit zitterten sie beide vor dem Feinde, suchten sie ihn beide durch Zugeständnisse zu gewinnen.

Während in den Straßen Schüsse ertönten und Blut ver-

gossen wurde, tagten unentwegt die Regierung, der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat, der Zentralausschuß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Und die Bolschewisten, die jedermann als Schuldige an den Vorgängen kannte, nahmen ruhig an Beratungen und Abstimmungen teil. Ja, im Zentralausschuß wagten es die Vertreter der Petersburger Arbeiterschaft dagegen zu protestieren, daß in den an die Bevölkerung gerichteten Aufrufen schroffe Ausdrücke enthalten seien, die die Bolschewisten kränken müßten. Und wenn das auch zurückgewiesen wurde, so begannen doch seltsame Fäden sich hinüber und herüber zu spinnen. Zwar verharrte die Mehrheit in all ihren amtlich verlautbarten Kundgebungen auf einem den Bolschewisten feindlichen Standpunkt. Insbesondere wurde die von ihnen verlangte Übertragung der Gewalt an die Arbeiter- und Soldatenräte von diesen selbst nach wie vor abgelehnt. Aber kaum war der Aufruhr endgültig niedergeworfen, als das Organ des Moskauer Soldatenrats mitteilte, daß zwischen dem Zentralausschuß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte und den Bolschewisten eine Vereinbarung getroffen sei, laut welcher niemand für die Ereignisse jener Tage zur Rechenschaft gezogen werden dürfe. In der Tat, wer hätte haftbar gemacht werden sollen? Die Bolschewisten konnten es doch keineswegs sein, denn sie hatten dem Aufruhr ganz fern gestanden.

Schon am ersten Tage hatten sie behauptet, daß der Ausbruch ohne ihr Vorwissen geschehen sei. Allerdings hatten verschiedene ihrer Führer geäußert, daß man seine Leitung in die Hand nehmen müsse. Und ihre agitatorische Tätigkeit lag offen zutage. Aber als der Aufstand beendet war, erklärten ihre Blätter mit dreister Stirn, daß die Bolschewisten sich nur in Notwehr an den Kämpfen beteiligt hätten. Die Petersburger „Prawda" und der Moskauer „Sozialdemokrat" behaupteten übereinstimmend, es sei das Bürgertum gewesen, das in bestialischer Weise über die friedlich demonstrierenden Arbeiter hergefallen sei und halb klagend, halb drohend sprachen sie vom Zorn des Volkes, der erwachen müsse, wenn die Gegenrevolution fortfahre, Proletarierblut zu vergießen.

Nicht sehr viel anders als die Räte verfuhr die Regierung. Nur suchte sie sorgfältiger als jene den Schein zu wahren. Sie

erließ Verordnungen, in denen bewaffnete Zusammenrottungen verboten wurden, obgleich das Strafgesetzbuch, das sie mit schwerer Ahndung belegte, ohnehin unbestritten in Kraft war. Sie erklärte, daß alle Teilnehmer des Aufstandes mit rücksichtsloser Strenge würden bestraft werden. Und sie begann zur Verhaftung der bolschewistischen Führer zu schreiten.

Gegen Lenin, Sinowjew, Kamenew, Trotzki und noch einige andere wurden Verhaftungsbefehle erlassen, wider Erwarten wurden sie sogar vollstreckt. Aber nicht gegen alle. Lenin selbst konnte nicht aufgefunden werden, obgleich es in Petersburg öffentliches Geheimnis war, daß er sich in einem Villenort in der nächsten Nähe der Residenz aufhielt, ja, daß er gelegentlich nach Petersburg kam und dort in Arbeiterversammlungen redend auftrat.

Einen noch seltsameren Eindruck rief der unerwartete Abgang des Justizministers Perewersew hervor.

Am 17. Juli hatte der Minister einer Anzahl von Tagesschriftstellern mitgeteilt, er habe Beweise dafür in der Hand, daß die Bolschewisten von Deutschland erkauft seien, daß sie fortlaufend große Summen auf dem Umwege über Stockholm aus Berlin erhielten und daß sie in ständigem Zusammenhang mit dem deutschen Generalstab sich befänden. Einen Teil der einschlägigen Urkunden gab er zugleich bekannt. Den Unbefangenen konnten sie freilich nicht überzeugen. Nur das ergab sich aus ihnen, daß Lenin aus Stockholm bedeutende Beträge empfangen hatte. Dafür aber, woher die Gelder flossen, fehlte es an jeglichem sicheren Hinweise. Und ganz beweisunkräftig waren die gleichzeitig veröffentlichten Aussagen eines Offiziers, der angeblich aus deutscher Gefangenschaft entlassen wurde, um in Rußland zugunsten eines Sonderfriedens zu agitieren und dem von den Agenten des deutschen Generalstabes mitgeteilt sein sollte, daß Lenin in gleicher Richtung arbeite.

Doch ob nun die gegen Lenin erhobenen Beschuldigungen haltbar waren oder nicht, jedenfalls war der Erfolg der Enthüllungen des Justizministers überraschend. Anstatt daß die öffentliche Meinung sich gegen die Bolschewisten gewandt hätte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung gegen den Ankläger. Zwar hatte niemand außerhalb der bolschewistischen Presse die Unvorsichtigkeit, unmittelbar für die Beschuldigten einzutreten. Aber es wurde

gegen Perewersew der Vorwurf erhoben, daß er durch seine vorzeitigen Enthüllungen den Erfolg der gegen die Bolschewisten eingeleiteten Untersuchung gefährdet und damit seine Amtspflicht gröblich verletzt habe. Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm die Angelegenheit in die Hand und verlangte den Rücktritt des Ministers. Seltsamerweise fand er Unterstützung gerade bei den weiter rechts stehenden Mitgliedern des Kabinetts. Der Kadett Nekrassow und Tereschtschenko, der parteilos bürgerliche Außenminister, waren es, die in einer Ministersitzung den Standpunkt des Rats vertraten und den Rücktritt Perewersews durchsetzten.

Nachdem das geschehen war, ließ sich unschwer voraussehen, wie die Untersuchung gegen die Bolschewisten verlaufen würde. Alle lauten Worte der Regierung waren kraftlos in den Wind gesprochen und der scheinbar mißglückte Aufruhr der Bolschewisten war zu einem leuchtenden Erfolge geworden.

26. Regierungs-Krise.

Schon im Juni 1917 hatte der Handelsminister Konowalow seinen Abschied genommen. Er hatte diesen Schritt mit dem Hinweise auf den rettungslosen wirtschaftlichen Zerfall Rußlands begründet. Die maßlosen Lohnforderungen der Arbeiter, ihre ständigen Eingriffe in die Betriebsleitung führten die Industrie der Vernichtung entgegen. Konowalow erkannte das, er konnte das Unheil nicht hindern, aber er wollte die Verantwortung nicht tragen.

So ging er als erster von denen, die noch im Mai geglaubt hatten, zusammen mit den Sozialisten arbeiten zu können. Bald sollten auch seine Genossen erkennen, daß ihre Hoffnungsfreudigkeit sie getäuscht hatte.

Erst wenige Wochen hatte die erste Koalitionsregierung bestanden, als die Schwierigkeiten in ihrer Mitte sich zu häufen begannen. Die bürgerlichen Minister hatten gemeint, als gleichberechtigte Mitglieder der Regierung dazustehen und ihre Grundsätze und Anschauungen zur Geltung bringen zu können. Sie wollten getreu dem Programm der Parteien, die sie entsandt hatten, nach außen hin das Bündnis mit der Entente wahren, nach innen die Ordnung aufrechterhalten und die Einberufung der Nationalversammlung vorbereiten, die Lösung aller grund-

sätzlichen Fragen aber dieser Versammlung überlassen. Insbesondere lehnten sie es ab, jetzt schon entscheidende Schritte in Sachen der Landfrage und in Sachen der ihre Selbständigkeit anstrebenden Grenzmarken zu tun. Dieses ganze Programm widersprach jedoch den Plänen der sozialistischen Minister. Sie erzwangen einen Protest an die Westmächte, als Griechenland vergewaltigt und König Georg zur Abdankung gezwungen wurde, ein Schritt, der ihrem Gerechtigkeitsgefühl, nicht ihrem politischen Geschick Ehre machte. Auf dem Gebiet der innern Politik aber widersetzten sie sich jeder energischen Maßnahme, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig wurde. Vor allem wollten sie die Agrarunruhen ihren Gang gehen lassen. Mehr als das, Tschernow, der sozialrevolutionäre Landwirtschaftsminister, drängte auf eine sofortige Lösung der Landfrage hin und wollte den Gemeindeausschüssen Vollmachten einräumen, die zu einer unverzüglichen Aufteilung des gesamten privaten Grundbesitzes führen mußten. Zugleich fanden die separatistischen Bestrebungen der Grenzmarken, namentlich Finnlands und der Ukraine, warme Unterstützung bei den sozialistischen Kabinettsmitgliedern. Fragen der Grenzmarkenpolitik waren es denn auch, die die neue Krise hervorriefen.

An sich wäre trotz aller Meinungsverschiedenheiten ein gemeinsames Arbeiten vielleicht möglich gewesen, wenn auf beiden Seiten das Bestreben nach Verständigung wach gewesen wäre. Aber gerade daran fehlte es. Die bürgerlichen Minister zwar waren zu weitgehendem Entgegenkommen bereit. Ihre sozialistischen Amtsgenossen dagegen lehnten hartnäckig jedes Zugeständnis ab. Was Tschernow unmittelbar nach der Bildung des Koalitionskabinetts mit brutaler Offenheit ausgesprochen hatte, wurde Tatsache. Die Sozialisten wußten, daß die Massen hinter ihnen standen. Sie wußten, daß sie, die vor dem Arbeiter- und Soldatenrat verantwortlich waren und nach seinen Anweisungen arbeiteten, bei jedem Zusammenstoß auf seine Unterstützung rechnen durften. Und sie wußten, daß es den bürgerlichen Ministern an jedem Rückhalt fehlte. So glaubten sie denn keinerlei Veranlassung zu Nachgiebigkeit und Entgegenkommen zu haben und machten von ihrem Übergewicht schonungslosen Gebrauch. Weder sachlich noch formell ließen sie auch nur die leiseste Rücksichtnahme

walten. In großen wie in kleinen Fragen setzten sie ihren Willen durch und stets gaben sie es den bürgerlichen Ministern zu empfinden, daß sie vollkommen machtlos waren und sich bedingungslos zu fügen hatten.

So bedurfte es denn nur einer äußeren Veranlassung, um die Unhaltbarkeit dieses Zustandes zutage treten und eine offene Krise ausbrechen zu lassen. Dieser Anlaß bot sich, als die in Kiew zusammengetretene ukrainische Vertretung, die Rada, begann, zielbewußt auf die Selbständigkeit ihres Landes hinzuarbeiten. Im Vordergrunde standen dabei zwei Fragen, erstens die Einsetzung eines Ministeriums und Festlegung seiner Zuständigkeit, zweitens die Bildung eigener Truppenteile durch Ausscheidung aller Ukrainer aus den russischen Regimentern. Um diese Fragen zu klären, wurden Tereschtschenko und Zeretelli, der nun als Postminister dem Kabinett angehörte, nach Kiew entsandt. Auch Kerenski als Kriegsminister begab sich dorthin. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß der Form nach ein Kompromiß geschlossen wurde, daß aber sachlich die Ukrainer mit allen ihren Forderungen durchdrangen. So erklärte Kerenski, daß die sofortige Bildung eines ukrainischen Heeres aus militärtechnischen Gründen unmöglich sei. Es sei ausgeschlossen, unverzüglich die Ukrainer aus den russischen Formationen herauszuziehen. Alle neu aufzustellenden Truppenkörper sollten jedoch nach dem nationalen Prinzip gebildet werden. Das sollte nicht nur für Regimenter, sondern auch für Divisionen und Armeekorps gelten. Und ihre Einheitlichkeit sollte gewahrt bleiben, auch wenn sie später an die Front entsandt würden.

Die gleiche Nachgiebigkeit betätigten die beiden anderen Minister. Das ukrainische Ministerium sollte den Namen eines Generalsekretariats führen und von der einstweiligen Regierung in Übereinstimmung mit der Rada ernannt werden. Alle auf die Ukraine bezüglichen Maßregeln würden nur durch die Vermittlung des Generalsekretariats verwirklicht werden. Die endgültige Verfassung des Landes aber sollte die Rada ausarbeiten. Und im voraus verpflichtete sich die einstweilige Regierung, sich zu den Vorschlägen, die ihr unterbreitet werden würden, wohlwollend zu verhalten, wenngleich die endgültige Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung vorbehalten bleiben müsse.

Es liegt auf der Hand, daß das einen vollen Sieg der Ukrainer bedeutete. Schneller und auf geraderem Wege als Kerenski vorschlug, konnte das ukrainische Heer selbstverständlich nicht gebildet werden, solange der Krieg andauerte. Und wenn die Regierung sich verpflichtete, ihre Gewalt in der Ukraine nur durch die Vermittlung des Generalsekretariats auszuüben, so hieß das nichts anderes, als daß sie diesem den Platz räumte. Der Vorbehalt zugunsten der verfassunggebenden Versammlung aber hatte nur grundsätzliche Bedeutung. Praktisch war er schon deshalb wertlos, weil bis zum Zusammentritt der Versammlung noch mehrere Monate vergehen mußten, in deren Verlauf die zielbewußt auf die Abtrennung von Rußland hinstrebenden Ukrainer ohne Schwierigkeit vollendete Tatsachen schaffen konnten, die rückgängig zu machen nicht mehr in der Gewalt der Nationalversammlung liegen würde.

Unter solchen Umständen war es vollkommen verständlich, wenn die kadettischen Minister, nachdem ihnen das Ergebnis der von Zeretelli und Tereschtschenko gepflogenen Verhandlungen bekannt gegeben war, erklärten, daß auf diese Weise die ukrainische Frage unter Verletzung der Rechte der Nationalversammlung tatsächlich schon gelöst sei. Da das allen Grundsätzen ihrer Partei zuwiderlief, reichten sie ihren Abschied ein. Nur Nekrassow blieb. Er schied aus der Partei aus und ging zu den Radikaldemokraten über.

Nun brach der Bolschewisten-Aufruhr aus und das wurde zur Veranlassung, die Lösung der Krise zu vertagen. Bevor aber die Verhandlungen über die Neubildung des Ministeriums aufgenommen werden konnten, hatte auch der Vorsitzende Fürst Lwow sein Amt niedergelegt. Denn inzwischen waren tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Stellungnahme zu den Bolschewisten und über die nächsten von der Regierung zu unternehmenden Schritte zutage getreten.

Fürst Lwow hatte erklärt, daß er den Vorsitz nur dann weiterführen könne, wenn einerseits der Aufruhr mit allen der Regierung zur Verfügung stehenden Mitteln unterdrückt und wenn andererseits auch weiterhin die Ordnung im Lande, nötigenfalls mit Waffengewalt, aufrechterhalten werden würde. Die sozialistischen Minister hingegen lehnten die Anwendung von Gewalt

gegen die Bolschewisten ab, da diese ideelle Gegner seien. Nach langen Verhandlungen verzichteten sie zwar auf die Wahrung dieses Standpunkts, forderten aber als Entgelt für ihre Nachgiebigkeit die Aufstellung eines neuen Regierungsprogrammes, dessen wesentlichste Punkte die Auflösung der Duma, die Ausrufung der Republik und die Annahme der von Tschernow vorgelegten Agrargesetze waren. Zugleich sollten die Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte ein für allemal als für die Regierung bindend anerkannt werden.

So schwach und entgegenkommend Fürst Lwow sich bisher erwiesen hatte, diese Forderungen gingen auch ihm zu weit. Er legte seine Ämter als Ministerpräsident und Minister des Innern nieder und schlug vor, Kerenski mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen.

Dieser Vorschlag wurde angenommen und Kerenski, der schon bisher die Seele der Regierung gewesen, wurde nun auch nach außen hin ihr Haupt.

Auf ihm lastet die Verantwortung für die weitere Entwickelung der Dinge, die zum völligen Zusammenbruch Rußlands führte.

27. Das Rumpfkabinett.

Die Krise hatte nunmehr dazu geführt, daß im Kabinett neben den sozialistischen Ministern nur diejenigen geblieben waren, die, wie Tereschtschenko, Godnew, Wladimir Lwow und Nekrassow niemand als sich selbst vertraten und deshalb keine Stütze für die Regierung bedeuteten, keine Verbindung zwischen ihr und den bürgerlichen Schichten herstellten. Denn Oktobristen und Nationalisten waren längst von der Bildfläche verschwunden und die Sympathien der ukrainischen Industriellen, zu denen Tereschtschenko gehörte, waren angesichts der neuesten Entwickelung der Dinge in Kiew vollends bedeutungslos. Nekrassows neue Partei aber, die Radikaldemokraten, entbehrte jeden Einflusses und er selbst wurde als Überläufer von den Kadetten bitter gehaßt.

So hatte sich denn das Bürgertum die Zügel entgleiten lassen. Doch seltsamerweise erkannte es die Lage nicht, in der es sich nun befand. Im Gegenteil, seine führende Presse stellte sich auf den Standpunkt, daß die neue Krise weniger ernst zu nehmen sei, als die vor zwei Monaten überwundene. Damals habe es sich

um einen Kampf zwischen Regierung und Arbeiter- und Soldatenrat gehandelt. Inzwischen sei der Sieg diesem zugefallen und die Regierung habe sich bereits zwei Monate lang in voller Abhängigkeit von ihm befunden. Insofern habe sie nur zum Schein Koalitions-Charakter gehabt. Wenn jetzt Verschiebungen eintreten, so berührten sie letzten Endes nur die Personenfrage. Die aber sei nicht von Wichtigkeit.

Eine seltsame Blindheit war es, die in diesen Ausführungen zutage trat, eine Blindheit, die um so mehr überraschen mußte, als neben diesen Betrachtungen andere einherliefen, die von der Verwandlung der bisher nationalen Revolution in eine soziale handelten. Zwar war die Führung schon im ersten Koalitions-Kabinett an die Sozialisten übergegangen. Aber der Öffentlichkeit war diese Entwickelung verborgen geblieben. Erst durch den Rücktritt der Kadetten erfuhr das Bürgertum davon, erst durch dieses Ereignis erhielt es Gelegenheit und Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Nun war es an ihm, seine Rechte zu wahren. Tat es das nicht, ließ es sich resigniert beiseite schieben, so war seine Rolle ausgespielt. Und der weitere Gang der Dinge mußte sich unabhängig von ihm entwickeln.

Gewiß, das bedeutete nicht, daß das Bürgertum darauf hätte bestehen müssen, bei der Kabinettsbildung beteiligt zu werden. Im Gegenteil, wenn die Regierung zum bloßen Werkzeug der Räte hinabgesunken war und wenn keine Aussicht bestand, dieses Verhältnis für die Zukunft zu ändern, so mußte es seine Mitwirkung versagen. Aber dann mußte es die Konsequenzen ziehen und in Opposition treten. Gerade davon aber war mit keinem Wort die Rede. Vom ersten Beginn der Krisis an bis zu ihrer Beendigung wurden nur zwei Möglichkeiten in Betracht gezogen: entweder das Bürgertum entsandte von neuem seine Vertreter in die Regierung oder es ließ sich eine völlig passive Rolle zuschieben. Kraftvolle Wahrung der eigenen Stellung und der eigenen Interessen wurde überhaupt nicht ernstlich ins Auge gefaßt. Freilich stellten seine Vertreter bei den bald angeknüpften Verhandlungen gewisse Bedingungen. Doch als ihre Annahme in einer Form gewährt wurde, die der Ablehnung gleichkam, gaben sie sich auch damit zufrieden.

Unbestreitbar war die Lage des Bürgertums außerordentlich

schwierig. Aber sie rechtfertigte eine solche völlige Waffenstreckung nicht.

Im Gegensatz zum Bürgertum erkannten die Sozialisten mit scharfem Blick die Stärke ihrer Stellung. Kaum waren die bürgerlichen Amtsgenossen ausgeschieden, als sie Schritte taten, die auf die Schaffung vollendeter Tatsachen abzielten. Gleich in der ersten Sitzung des Ministeriums, die auf den Rücktritt der Kadetten und des Fürsten Lwow folgte, einigten sie sich, die freigewordenen Portefeuilles zunächst nicht wieder zu vergeben. Der Zweck dieses Beschlusses war klar. Es sollten vor allem die Maßnahmen verwirklicht werden, auf die die in der Regierung verbliebenen Sozialisten einmütig hinstrebten. Dann erst sollte, da das auf die Dauer doch nicht zu vermeiden war, eine Ergänzung des Kabinetts vorgenommen werden. Und dann war eine Heranziehung weiterer bürgerlicher Elemente unschädlich.

Auf derselben Sitzung vom 21. Juli 1917 wurde eine neue Deklaration der Regierung beschlossen. Das Programm, das hierin kundgegeben wurde, bekannte sich offen zu fast allen Forderungen der Sozialisten und ging damit weit über jene erste Deklaration vom 20. März und um vieles über die Kundgebung vom 19. Mai hinaus. Das betraf vor allem die auswärtige Politik. Hier wurde erklärt, daß an die Verbündeten unverzüglich die Aufforderung gerichtet werden würde, zu einer Konferenz zusammenzutreten, um die Kriegsziele in Übereinstimmung mit den von der russischen Revolution anerkannten Grundsätzen zu bringen. Mit anderen Worten, die Losung „ohne Eroberungen und ohne Entschädigungen“ sollte den Verbündeten aufgezwungen werden. Weiter wurde nochmals der baldige Zusammentritt der Nationalversammlung versprochen, obgleich bereits klar war, daß der zuerst angesetzte Termin, der 30. September, nicht würde eingehalten werden können. Über die bevorstehenden Reformen der inneren Verwaltung wurden nur Andeutungen gemacht, die jedoch deutlich auf die Absicht hinwiesen, einen so wesentlichen Teil der Regierungsgewalt auf die Selbstverwaltungskörper zu übertragen, daß an die Stelle der bisherigen Zentralisation der von den extremen Sozialisten verlangte Föderalismus treten mußte. Vielleicht noch einschneidender aber war die Entwickelung eines neuen Bodenprogrammes, das vollkommen den Plänen Tscher-

nows entsprach. Hatten die Gemeindeausschüsse unter seiner Leitung bereits die Regelung der Landfrage an Ort und Stelle an sich gerissen und so der Nationalversammlung vorgegriffen, so wurde nun dieses ihr gesetzwidriges Vorgehen förmlich anerkannt. Sie wurden für die Zukunft von der Regierung selbst mit der Regelung der Bodenverhältnisse in dem ihnen unterstellten Gebiet betraut. Bei dem Charakter dieser Behörden hieß das nichts anderes, als die Enteignung des privaten Grundbesitzes und seine Verteilung an die Bauernschaft schon jetzt aussprechen. Von einer Bekämpfung der Agrarunruhen konnte nun nicht mehr die Rede sein.

Alles das bedeutete einen vollen Sieg der extremen Richtung. Insbesondere bedeutete es einen Sieg Tschernows, der auf alle Einwände, die gegen sein Programm erhoben wurden, stets nur die eine Antwort hatte, daß man den Bolschewisten den Wind aus den Segeln nehmen müsse. Daß dieser Wind das Staatsschiff gerade den Gestaden zutreiben mußte, an denen die Bolschewisten landen wollten, das bereitete ihm so wenig Sorge, wie all den andern, die sich mit mehr oder weniger Entschiedenheit für das gleiche Manöver einsetzten.

Die neue Deklaration sicherte dem Rumpfkabinett die volle Sympathie der revolutionären Schichten. Der Zentralausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte und der Vollzugsausschuß der Bauerndeputierten traten zu gemeinsamer Sitzung zusammen und sprachen ihm ihr unbegrenztes Vertrauen aus. Mehr als das, sie faßten eine Entschließung, in der das Land und die Revolution in Gefahr und das Kabinett zur „Regierung der Rettung der Revolution“ erklärt wurden. Zugleich erkannten sie ihm unbeschränkte Vollmachten zur Wiederherstellung der Ordnung im Heer, zur Bekämpfung der Gegenrevolution und der Anarchie und zur Verwirklichung ihres Programms zu. Andererseits freilich wurde den sozialistischen Ministern die Pflicht auferlegt, wenigstens zweimal in der Woche Rechenschaft über ihre Politik zu legen.

Wenige Tage später fand abermals eine gemeinsame Sitzung derselben revolutionären Ausschüsse statt, auf der eine neue Entschließung gefaßt wurde, die die Politik der Bolschewisten scharf und entschieden verurteilte. Auch das war geeignet, die Stellung

der Regierung zu festigen. Und dasselbe Ziel verfolgten Aufrufe, die an die gesamte Bevölkerung, an das Heer, an die Arbeiterschaft und an die Arbeiter- und Soldatenräte ergingen. In den üblichen pathetischen Redewendungen wurden hier alle aufgefordert, die Regierung zu unterstützen und sich geschlossen der drohenden Gegenrevolution ebenso wie der bolschewistischen Anarchie zu widersetzen. Freilich war der Hinweis auf die Gegenrevolution, die sich nirgends regte, nur ein abermaliges Zugeständnis an die radikalen Strömungen und an die radikale Phraseologie. Doch konnte ihm die Tatsache entgegengestellt werden, daß in dem an das Heer gerichteten Aufrufe von der Notwendigkeit gesprochen wurde, die Disziplin aufrechtzuerhalten und daß die haltlose Flucht der russischen Truppen in Galizien strenge Verurteilung fand. Ja, mit Worten wie „Verräter" und „Feigling" wurde nicht gespart.

28. Rettet die Revolution!

Die Entschiedenheit, mit der die revolutionären Ausschüsse sich gegen die Verwilderung des Heeres aussprachen, war durch den furchtbaren Zusammenbruch in Galizien, durch die schmählichen Vorfälle bei Tarnopol und Kalusch hervorgerufen. Diese Sturmzeichen waren es auch, die die Regierung veranlaßten, eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, die fast heroischen Charakter an sich trugen. Schon am 21. Juli 1917 erließ Kerenski, der neben dem Präsidium die Leitung des Kriegs- und Marineministeriums beibehalten hatte, einen Tagesbefehl, in dem er dem Offizierskorps den Dank des Vaterlandes für seine Haltung in den galizischen Kämpfen aussprach, zugleich aber sich mit scharfen Worten gegen alle jene wandte, die durch Verletzung der Disziplin die Niederlage verschuldet hatten. Wenige Tage später entschloß er sich auf Andringen der militärischen Befehlshaber zur Wiedereinführung der Todesstrafe im Heere, allerdings nur unmittelbar an der Front und nicht in der Etappe. Was das bedeutete, vermag nur der zu ermessen, der die fanatische Erbitterung kennt, mit der das gesamte liberale und revolutionäre Rußland seit Jahrzehnten gegen die Todesstrafe protestiert hatte, und der weiß, mit welchem Jubel ihre Aufhebung begrüßt wurde, die unmittelbar nach dem Siege der Revolution erfolgte.

Freilich mußte die Wiedereinführung der Todesstrafe in einer Form erfolgen, die der revolutionären Denkweise Zugeständnisse machte. Ihre Verhängung wurde in die Hand besonderer Revolutionsgerichte gelegt, die aus je drei Offizieren und drei Soldaten bestanden und denen alle Angehörigen des Heeres ohne Rücksicht auf den Rang untergeordnet waren. Immerhin war das ein Schritt, der eine gewisse Tatkraft verriet und auf ihn gestützt wagte es wenige Tage darauf der Höchstkommandierende der Südostfront, seinen Truppen die Abhaltung von Versammlungen zu untersagen. Er betonte dabei, daß dieses Verbot einen Kampfbefehl bedeute, der einer Erörterung in Ausschüssen und anderen Organisationen nicht unterliege.

Eine dritte Maßnahme in derselben Richtung bedeutete die Ersetzung Brussilows durch Kornilow, der nach den Mai-Unruhen das Oberkommando in Petersburg mit der Führung einer Heeresgruppe vertauscht hatte und nun zum Befehlshaber der gesamten russischen Streitkräfte ernannt wurde. Jener hatte dank der erlittenen Niederlage einen großen Teil seines Ansehens eingebüßt, während Kornilow weitgehende Volkstümlichkeit im Heere genoß und zugleich das besondere persönliche Vertrauen Kerenskis besaß. Von ihm durfte erwartet werden, daß er gewillt und imstande sein würde, die geplante Wiederherstellung des Heeres durchzuführen. Bald sollte sich zeigen, daß diese Voraussetzung durchaus richtig war, daß aber die Regierung im entscheidenden Augenblick wieder versagte und ihn im Stiche ließ.

Auch zur Wiederherstellung der Ruhe im Inneren nahm das Rumpfkabinett, gestützt auf die ihm erteilten Vollmachten, einen Anlauf. Zeretelli, der nun zu dem Portefeuille der Post auch das des Inneren übernommen hatte, veröffentlichte einen Erlaß, in dem er jegliche Versammlungen und Kundgebungen untersagte, jeden Aufruf zu Gewalttat und Blutvergießen mit Waffengewalt zu unterdrücken versprach und nochmals betonte, daß die Urheber des letzten Aufruhrs streng bestraft werden würden. Zugleich wurden Maßnahmen gegen die Presse ergriffen. Den Ministern des Inneren und des Krieges wurde das Recht erteilt, Zeitungen zu verbieten, die zum Ungehorsam gegen die militärischen Behörden und zur Veranstaltung von Unruhen aufriefen. Auf Grund dieses Erlasses wurden tatsächlich einige bolschewistische Blätter, freilich nur auf wenige Tage, unterdrückt.

Bei folgerechter Durchführung hätten alle diese Maßnahmen zusammen vielleicht zu einer notdürftigen Wiederherstellung der Ordnung führen können. Aber dazu konnte die Regierung sich nicht aufraffen. Sie sah voraus, daß die Sozialisten ihre Haltung zu scharf finden würden und suchte ihrem Widerspruch durch Zugeständnisse zuvorzukommen. Das Bürgertum wiederum, das ohnehin durch die Deklaration vom 21. Juli beunruhigt war, konnte nicht übersehen, daß dadurch dem Vorgehen auch der neuen Regierung der Stempel der Halbheit aufgeprägt wurde. So machte es namentlich einen peinlichen Eindruck, daß General Polowzow des Kommandos in Petersburg enthoben und an die Front versetzt wurde. Formell geschah das zwar auf seine eigene Bitte, aber niemand zweifelte daran, daß er der Unzufriedenheit der linksstehenden Sozialisten weichen mußte, die ihm die Unterdrückung des Aufruhrs nicht vergeben konnten. Denn mochten auch die Räte sich gegen die Bolschewisten ausgesprochen haben, das Gefühl der Solidarität mit ihnen konnten sie doch nicht ganz unterdrücken und in deren Besieger ahnten sie den eigenen Feind.

So blieb denn die Stimmung unruhig und die Presse gab dem deutlichen Ausdruck. Die Anarchie im Inneren und die fortschreitende Auflösung des Heeres waren die Hauptthemen, die Tag für Tag abgehandelt wurden. Rußland steht am Rande des Verderbens, so schrieb in Wiederholung der Worte Gutschkows die „Nowoje Wremja". Rußland stürmt mit offenen Augen dem Abgrunde zu, hieß es in der „Retsch". Vor unserer Heimat erhebt sich die furchtbare Gefahr einer äußeren und inneren Niederlage der Revolution, stellte die „Narodnoje Slowo" fest. Und das angesehenste aller bürgerlichen Organe, das Moskauer Professorenblatt „Rußkija Wedomosti" erklärte, daß tiefer, hoffnungsloser Pessimismus immer mehr und mehr die Bevölkerung erfasse. Alle empfänden es, daß die schmählichen Ereignisse an der Front und die Julitage in Petersburg die Grenzlinie darstellten, nach deren Überschreitung die russische Revolution begonnen hätte, dem Verfall entgegenzugehen.

Nicht nur die Presse, auch die Duma begann sich zu regen. Ihr Ausschuß, der seit der Mai-Krise untätig geblieben war, trat wieder zusammen und erließ einen Aufruf, in dem er die dem Lande drohenden Gefahren in den schwärzesten Farben malte. Und

stand auch hinter ihm keine wirkliche Macht, so konnte die Regierung doch nicht verkennen, daß seine Stimme im Lande selbst, wie jenseits der Grenzen nicht wirkungslos verhallen würde. Sie wußte auch, daß die ihr zugesagte Unterstützung der Räte keine Grundlage bot, auf der sie getrost zu bauen vermochte. Hatten sie ihr auch unbeschränkte Vollmachten zuerkannt und selbst verlangt, daß die Ordnung im Heer und im Lande wiederhergestellt werde, so ließ sich doch unschwer voraussehen, daß durchgreifende Maßnahmen sehr bald inmitten der Räte selbst auf Widerstand stoßen würden. Die Abneigung gegen jede wirklich starke Staatsgewalt mußte von neuem erwachen und die nur für Augenblicke zurückgedrängte aberwitzige Furcht vor gegenrevolutionären Bestrebungen konnte nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwickelung der Dinge bleiben.

Kerenski fühlte den Boden unter sich wanken. Täglich stärker empfand er das Bedürfnis nach einer festen Stütze. So reiften in ihm zwei Pläne heran. Noch vor Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung wollte er eine Vertretung des ganzen Volkes einberufen und von ihr Billigung seiner Politik heischen. Hier aber ließ sich das Bürgertum nicht ausschalten. Das war deshalb unmöglich, weil es immer noch über weitreichenden moralischen Einfluß verfügte und weil seine Beseitigung es vielleicht doch noch in das Lager der Regierungsfeinde getrieben hätte. Zugleich sah Kerenski voraus, daß er an den Vertretern des Bürgertums in jener geplanten Versammlung trotz allem die festeste Stütze finden würde. Wollte er aber seine Hilfe anrufen, so mußte er seinen Ansprüchen auf Beteiligung an der Regierung stattgeben.

So ergab sich denn ein doppeltes Ziel. Es sollte eine Staatskonferenz einberufen und es sollte von neuem ein Koalitionsministerium unter Beteiligung der bürgerlichen Parteien gebildet werden.

Das schien der Weg, die Revolution zu retten.

29. Verhandlungen und Einigung.

Schon in der Zwischenzeit hatte Kerenski zwei Vertreter des Bürgertums zur Mitarbeit neu herangezogen. Der erste war der Dumaabgeordnete Jefremow, der Führer der Progressisten, einer kleinen, wenig einflußreichen Partei, die sich von den Kadetten im Grunde nur durch eine gewisse Unklarheit des Programms unterschied. Jefremow übernahm das Justizministerium und bewies schon in den ersten Tagen, daß von ihm nichts erwartet werden durfte. Mit Entschiedenheit sprach er sich gegen das von Tschernow geplante Verbot aller Veräußerungen von Liegenschaften aus und erklärte seinen Erlaß für ausgeschlossen. Drei Tage später erging das Verbot und Jefremow fand sich ohne weiteres mit ihm ab. Einen unangenehmen Eindruck machte auch die Tatsache, daß er, der selbst Mitglied des Dumaausschusses war, das Portefeuille ohne Vorwissen dieser Körperschaft übernommen hatte.

Dann wurde der Radikaldemokrat Baryschnikow mit der Leitung des Handelsministeriums betraut, eine ganz farblose Persönlichkeit, deren Berufung sich allein aus ihrer Zugehörigkeit zur neuen Partei des trotz allem einflußreichen Nekrassow erklären ließ. Auch war Baryschnikow nur zum Fachminister ernannt und hatte in politischen Fragen bloß beratende Stimme

Selbstverständlich konnten mit diesen Berufungen die Ansprüche des Bürgertums nicht als befriedigt gelten. Kerenski mußte neue Verhandlungen mit seinen Vertretern beginnen.

Er wandte sich gleichzeitig an die Kadetten und an den Verband für Handel und Industrie. Er konnte sich hierbei darauf stützen, daß die Bildung eines Koalitionsministeriums nicht nur den Wünschen des Kabinetts entsprach, sondern auch von den demokratischen Organisationen empfohlen wurde. Deren oberste Vertretung, der Zentralausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte und der Vollzugsausschuß der Bauerndeputierten, hatte sich in einer gemeinsamen Sitzung am 29. Juli 1917 für Heranziehung der

Bürgerlichen ausgesprochen. Freilich war in der Entschließung von einer Mitarbeit nur jener „lebendigen Kräfte des Landes" die Rede, die dafür eintreten, daß „alle Klassen der Bevölkerung, denen noch eine Zukunft bevorsteht, die Eroberungen der Revolution schützen und ausbauen müssen". Auch wurde zur Bedingung der Bildung eines Koalitionsministeriums die Zustimmung zur Verwirklichung der unaufschiebbaren Reformen auf dem Gebiet der Arbeiter- und Landfragen gemacht. Mit anderen Worten, es wurde die Unterwerfung unter das Programm vom 21. Juli gefordert. Und die ihre Mitarbeit verweigern würden, wurden für Anhänger der Gegenrevolution erklärt. Doch so unannehmbar das für die Vertreter des Bürgertums zunächst klingen mußte, erleichterte es doch in Wahrheit Kerenskis Stellung. Denn einerseits war damit die grundsätzliche Zustimmung der Räte zur Heranziehung des Bürgertums gegeben, andererseits waren dessen Ansprüchen bestimmte Schranken gesetzt. Und mochten die Worte jener Entschließung auch sehr kategorisch klingen, die Bahn für Verhandlungen war doch geöffnet. Gegenseitige Zugeständnisse konnten zu einer Verständigung führen.

Beide von Kerenski angegangenen Gruppen verlangten zunächst den Rücktritt aller der Minister, die niemanden als sich selbst vertraten. Die Berechtigung dieser Forderung wurde begreiflicherweise ohne weiteres anerkannt. Denn mochten jene Männer noch so tüchtig sein, mochten sie seit dem März ihre Pflicht tadellos erfüllt haben, sie bedeuteten keinen Faktor, mit dem gerechnet werden mußte und ihre Beseitigung machte eine Anzahl von Portefeuilles frei, die nun verteilt werden konnten.

Sehr viel größere Schwierigkeiten bereiteten die sachlichen Bedingungen, die von beiden Gruppen übereinstimmend aufgestellt wurden. Wesentlich waren an ihnen vor allem zwei Forderungen. Erstens sollte die Regierung von niemandem abhängig und vor niemandem verantwortlich sein. Zweitens sollte auf durchgreifende soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung verzichtet werden.

Daß das Bürgertum gerade diese Forderungen aufstellte, war im Grunde selbstverständlich. Hatte doch die Abhängigkeit des ersten Koalitionsministeriums vom Arbeiter- und Soldatenrat zur

Unmöglichkeit gemeinsamer Arbeit geführt. Und der Bruch war gerade deshalb erfolgt, weil die Sozialisten in die der verfassunggebenden Versammlung vorbehaltenen Rechte hatten eingreifen wollen. Um diese beiden Punkte drehten sich denn auch vor allem die Verhandlungen.

Sehr viel weniger Bedeutung wurde zwei weiteren Bedingungen beigelegt, die zugleich persönlichen und sachlichen Charakter hatten. Die Kadetten verlangten, daß ihnen ebensoviele Sitze eingeräumt würden, wie den Sozialisten. Außerdem bestanden sie auf dem Ausscheiden des Landwirtschaftsministers Tschernow.

Die Verhandlungen gingen hin und her. Zunächst empfing man den Eindruck, daß sie ergebnislos verlaufen würden. Die Stimmung verschärfte sich noch, als der Dumaausschuß einen Versuch machte, die bürgerlichen Forderungen zu unterstützen. Es wurde eine private Versammlung aller Dumamitglieder einberufen, in der scharfe Worte gegen die Träger der Staatsgewalt fielen. Es wurde sogar die Frage erörtert, ob nicht der Augenblick zu einer förmlichen Einberufung der Duma gekommen sei.

Der Vorschlag fand keinen Anklang. Aber schon, daß er gemacht wurde, rief Erregung innerhalb der sozialistischen Kreise hervor. Wieder wurde von drohender Gegenrevolution gesprochen und die Auflösung der Duma durch die Regierung verlangt. Eine zweite private Sitzung ließ deutlich erkennen, daß die Duma nicht die Kraft in sich fühlte, gegen den Strom zu schwimmen. Die Redner stellten alle ihnen vorgeworfenen gegenrevolutionären Neigungen in Abrede und suchten den Eindruck, den die erste Beratung gemacht hatte, abzuschwächen. So führte denn das Eingreifen der Duma nur zu einer Verschlechterung der Lage des Bürgertums.

Kerenski lehnte die ihm gestellten Bedingungen ab. Freilich tat er es in unklarer, verschwommener Form. Aber die Kadetten waren noch nicht gesonnen nachzugeben und brachen die Verhandlungen ab.

Währenddessen war ein kleines Zwischenspiel vor sich gegangen. Ein Teil der Presse hatte gegen Tschernow die Beschuldigung erhoben, daß er, der sich bis zur Revolution in der Schweiz aufgehalten hatte, dort an einem von der deutschen Regierung

herausgegebenen, für die russischen Gefangenenlager bestimmten pazifistischen Organ mitgearbeitet habe. Die Angriffe gegen ihn waren so heftig und riefen einen so starken Eindruck hervor, daß er sich genötigt sah, seinen Abschied einzureichen. Er bestritt zwar die Richtigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und verlangte eine Untersuchung, aber immerhin mußte er gehen. Dieser Schritt fand die Billigung des Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte, der gleichfalls eine Untersuchung forderte, aber in sehr bezeichnender Weise deren Ergebnis vorwegnahm. Er erklärte, darauf bestehen zu müssen, daß Tschernow nach geführtem Unschuldsbeweise wieder in das Kabinett aufgenommen werde.

Durch diese Stellungnahme der Räte waren die Schwierigkeiten noch größer geworden. Kerenski sah keinen Ausweg mehr und erklärte nun seinerseits seinen Rücktritt.

Gerade dieser Schritt brachte die Lösung. Denn in den Augen aller maßgebenden Persönlichkeiten schien Kerenski der einzige zu sein, der imstande war, einen Ausweg aus der Krisis zu finden. Es wurde eine gemeinsame Sitzung der Vertreter aller großen Parteien, der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte und des Dumaausschusses einberufen. Auf dieser Sitzung wurde endlich der so lange vergeblich gesuchte Ausweg gefunden, ein Ausweg freilich, der in Wahrheit keiner war, da er nichts bedeutete, als eine völlige und nur schlecht verhüllte Waffenstreckung des Bürgertums.

Es wurde festgestellt, daß die Regierung niemandem verantwortlich sein solle. Ihre Mitglieder, die sozialistischen, ebenso wie die bürgerlichen, sollten durch das Rumpfkabinett auf Kerenskis Vorschlag hin ernannt werden, während es ihnen selbst überlassen blieb, sich der Einwilligung ihrer Parteien zu versichern. Ihnen sollte es auch überlassen bleiben, ob sie ihren Parteien Rechenschaft ablegen wollten. Sie sollten sich aber in ihrer Tätigkeit nicht durch deren Anweisungen, sondern ausschließlich durch die Beschlüsse der Regierung leiten lassen.

Das klang wie ein Sieg der bürgerlichen Parteien, wie eine Annahme der kadettischen Forderungen. In Wahrheit war aber das Gegenteil gegeben. Denn der Zentralausschuß der Räte beschloß zwar, den Eintritt der Sozialisten in das Ministerium

zu billigen. Er behielt sich jedoch das Recht vor, sie abzuberufen, wenn sie sich durch ihre Tätigkeit in Widerspruch zu den Bestrebungen der Demokratie setzen sollten. Er gab diesen Vorbehalt auch in der Presse bekannt.

Es liegt auf der Hand, daß das nichts anderes bedeutete, als ein starres Festhalten an der Verantwortlichkeit der sozialistischen Minister vor den Räten, mochte auch dieses Wort nicht gebraucht sein, mochte selbst von Rechenschaftslegung nicht gesprochen werden.

Nachdem so die erste, von den Bürgerlichen gestellte Bedingung anscheinend erfüllt, in Wahrheit abgelehnt war, war auch von der zweiten, von der Wahrung der Rechte der verfassunggebenden Versammlung durch Verzicht auf die sofortige Verwirklichung grundlegender Reformen, nicht mehr die Rede. Sie wurde stillschweigend fallen gelassen. Ebensowenig war die Rede von einer gleichmäßigen Verteilung der Portefeuilles. Vielmehr wurde das Ministerium aus 8 Sozialisten und 7 Vertretern der bürgerlichen Parteien gebildet. Und diese 7 Portefeuilles fielen nicht ausschließlich den Kadetten zu. Sie mußten sie mit den Radikaldemokraten teilen. Von einer Heranziehung von Vertretern des Handels und der Industrie aber, die ihnen sehr viel näher standen, wurde abgesehen. Nekrassow blieb und Jefremow behielt das Justizministerium trotz der Unzufriedenheit, die beide durch ihr Verhalten geweckt hatten. Noch peinlicher für die Kadetten war, daß sie sich mit dem Wiedereintritt Tschernows in das Ministerium abfinden mußten. Freilich hatten sie schon vorher gelegentlich erklärt, daß an einer solchen Personalfrage die Einigung nicht scheitern dürfe. Aber inzwischen war der Austritt Tschernows erfolgt und nun mußte man ihn wieder aufnehmen, obgleich die gegen ihn geführte Untersuchung noch nicht beendet war. Daß seine Freunde versicherten, seine Unschuld sei bereits so gut wie erwiesen, war nur ein schwacher Trost.

Zeretelli, der aus dem Ministerium ausgeschieden war, um das Portefeuille des Inneren dem Vorsitzenden des Vollzugsausschusses der Bauerndeputierten Awksentjew, das der Post dem Kadetten Nikitin zu überlassen, hielt noch am Tage der Einigung, am 6. August, vor dem Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat eine Rede, in der er erklärte, daß es für die Sozialisten von vorn-

herein eine feste Grenzlinie gegeben habe, über die hinaus sie keine Zugeständnisse machen wollten. Diese Grenzlinie habe das Programm vom 21. Juli gebildet, jenes Programm also, durch das das Rumpfkabinett die bürgerlichen Parteien vor eine vollendete Tatsache hatte stellen wollen.

Dieses Ziel war nun erreicht. Die Sozialisten konnten einen neuen großen Sieg verzeichnen. Das Bürgertum aber hatte sich eine Niederlage zufügen lassen, ohne irgend etwas einzutauschen. Seine Bedeutung im zweiten Koalitionsministerium sollte noch geringfügiger werden als im ersten.

V. Auf neuen Wegen?

30. Heroische Anstrengungen.

So wie die Dinge sich gestaltet hatten, war es nur selbstverständlich, wenn das neue Kabinett von der bürgerlichen Presse mit einiger Kühle begrüßt wurde. Die Kadettenpartei als solche zwar versuchte einen gewaltsamen Optimismus zur Schau zu tragen. Ihre Vertreterversammlung, die während der Verhandlungen getagt hatte, faßte eine Entschließung, in der sie der Zuversicht Ausdruck gab, daß die einstweilige Regierung imstande sein werde, ihre Pflicht zu erfüllen und Rußland vor dem Untergange zu retten. Allerdings sei die Voraussetzung hierfür, daß sie auf den Boden einer nationalen Politik trete und auf den Klassenkampf ebenso wie auf pazifistische Bestrebungen verzichte. Das Haupt der Partei, Miljukow, führte dazu in längerer Rede aus, daß man hoffen dürfe, das Kabinett werde sich dank der Teilnahme der kadettischen Minister von innen heraus zum besseren entwickeln. Derselbe Gedankengang fand sich im Parteiorgan, der „Retsch“, die noch dazu den Mut hatte, von dem Einsetzen eines Gesundungsprozesses zu sprechen. Bezeichnender aber für die allgemeine Stimmung und treffender war der skeptische Ton, den die „Rußkija Wedomosti“ anschlugen. Sie verwiesen darauf, daß das Koalitionskabinett nicht dank einer allseitigen Verständigung gebildet sei, sondern infolge des von Kerenski gestellten Ultimatums. Sie betonten, daß die Kadettenpartei ihre Mitglieder nicht in das Ministerium entsandt, sondern ihnen den Eintritt nur gestattet habe. Und sie unterstrichen, daß Tschernows Aufnahme von der Partei der Sozialrevolutionäre direkt erzwungen sei.

Doch die sich kundgebende gedrückte Stimmung, die offensichtliche Tatsache, daß nur ein mühsam erquälter Kompromiß die Bildung der Regierung möglich gemacht hatte, hinderte den neuen

Ministerpräsidenten Kerenski nicht, schon wieder mit einer überaus pathetischen Proklamation vor das Land zu treten.

„Nur durch unerhörte heroische Anstrengungen kann die Heimat gerettet werden. Nur eine eiserne Gewalt im Bunde mit hoher Selbstaufopferung des Volkes kann in den rauhen Bedingungen der Kriegsnotwendigkeit die starke und schaffensfreudige Staatsgewalt schmieden, die unsere Heimat vom Feinde säubern und alle lebendigen Kräfte des Landes zur erhabenen Arbeit der organischen Wiederherstellung und Wiedergeburt des Reiches heranziehen wird.

Die vom Bewußtsein ihrer heiligen Pflicht gegen das Vaterland erfüllte Regierung wird vor keinerlei Schwierigkeiten und Hindernissen zurückschrecken, um den Kampf, von dessen Ausgange die Zukunft Rußland abhängt, so zu beenden, wie es der Ehre eines großen Volkes würdig ist. In dem Bestreben, zu diesem Zweck alle lebendigen Quellen des Landes auszuschöpfen, wird sie die notwendigen Maßnahmen zur Organisierung des Reiches ergreifen und unentwegt die von ihr verkündeten Grundsätze verwirklichen."

Das klang, als sollten nun neue Wege beschritten werden, als sollte eine neue Zeit anbrechen. Und doch waren die Aufgaben der Regierung dieselben geblieben, wie zuvor. Wenn der Staat nicht zusammenbrechen sollte, mußte die Disziplin im Heere wiederhergestellt, es mußten Maßnahmen ergriffen werden, um die Ordnung im Lande wieder aufzurichten und die Wirtschaft vor dem Ruin zu retten. Das waren große und schwierige Aufgaben, aber Aufgaben, die nur durch nüchterne Alltagsarbeit gelöst werden konnten.

Pathetische Worte waren hier nicht am Platz.

Oder hatte Kerenski anderes im Auge? Wollte er nun, da er die Zügel der Gewalt allen sichtbar ergriffen hatte, sich neue Ziele stecken, denen auf neuen Wegen zugestrebt werden mußte?

Es konnte so scheinen. Denn zunächst blieben jene drei Grundfragen unberührt. Und das Ministerium suchte den Eindruck zu wecken, als wollte es allem zuvor andere Fragen lösen.

In seiner ersten Beratung beschäftigte es sich mit organisatorischen Fragen. Es nahm in Aussicht, die Zahl der Sitzungen, in denen allgemein politische Dinge behandelt wurden, zugunsten der

Erörterung sachlicher Angelegenheiten einzuschränken. Dann faßte es einen Beschluß, der auf die urteilslose Menge einen gewissen Eindruck machen konnte. Das Amt eines Oberprokureurs des Allerheiligsten Synods wurde aufgehoben und an seiner Stelle das eines Ministers für konfessionelle Angelegenheiten geschaffen. Damit sollte die Erinnerung an Pobedonoszew, an Sabler und andere Bedrücker der Geistesfreiheit ins Grab sinken und der Beginn einer neuen Ära in Rußlands Glaubensleben bezeichnet werden. Doch die Aufgaben, die Pflichten und Rechte des neuen Ministers ließen sich nicht so leicht umschreiben und deshalb begnügte man sich damit, zu bestimmen, daß seine Stellung sich nach denselben Vorschriften regeln solle, wie die des bisherigen Oberprokureurs. Damit war die ganze große Reform zur Spielerei gestempelt.

Bald allerdings ergingen drei weitere Gesetze. Sie berührten gleichfalls das kirchliche Leben und eines unter ihnen verdiente unbedingte Anerkennung, da es die Wiederherstellung der selbständigen Grusischen Kirche vorschrieb und damit altes Unrecht wieder gutmachte. Dann aber wurde in billiger Popularitätshascherei die Aufhebung des pflichtmäßigen Religionsunterrichtes in den Schulen verfügt. Popularitätshascherei war es auch, die zum Erlaß eines neuen Gesetzes über Glaubensfreiheit verführte. Denn seine wesentlichsten Bestimmungen liefen darauf hinaus, daß jedem Unmündigen, wenn er nur das vierzehnte Lebensjahr erreicht hatte, gestattet wurde, den Glauben zu wechseln, ohne daß er der Zustimmung von Eltern oder Vormündern bedurft hätte. Es erkannte weiter die Möglichkeit an, sich von jeder Konfession zu lösen, ein Schritt, der schon deshalb zu unübersehbaren praktischen Folgen führen mußte, weil bisher alle standesamtlichen Pflichten von den Geistlichen erfüllt worden waren und es an jeder Behörde fehlte, die die Registrierung der Konfessionslosen hätte übernehmen können. Freilich legte das neue Gesetz diese Pflicht den Selbstverwaltungskörpern, den Landschaften und Magistraten, auf. Aber wie sollten diese eine solche ihnen ganz fremde Aufgabe lösen?

Öde Popularitätshascherei war es auch, die der Regierung ihre nächsten Schritte diktierte. Denn nun warf sie sich mit besonderem Eifer auf die Bekämpfung der angeblich drohenden

Gegenrevolution. Der Oberbefehlshaber der Südostfront General Gurko wurde verhaftet, weil in den Briefschaften des Zaren ein Schreiben gefunden worden war, in dem er wenige Tage nach der Revolution seiner monarchistischen Gesinnung Ausdruck gegeben hatte. Aus ähnlichen Gründen wurden bald darauf einige Hofdamen und mehrere junge Gardeoffiziere festgenommen und die Regierung ließ sich in der Presse für den Eifer beloben, mit dem sie bestrebt sei, die Errungenschaften der Revolution zu wahren. Freilich erwies sich bald, daß die geltenden Gesetze keine Handhabe zu einem Vorgehen gegen die verhafteten Monarchisten boten. Nicht nur hatten diese sich damit begnügt ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben, ohne zu Taten zu schreiten. Vor allem entbehrte Rußland zurzeit einer bestimmten Staatsform, die gegen Angriffe hätte geschützt werden können. Die Monarchie hatte tatsächlich aufgehört zu bestehen. Doch erst die Nationalversammlung sollte darüber entscheiden, was an ihre Stelle treten würde.

Aber das vermochte den Eifer Kerenskis nicht zu lähmen. Auf seine Veranlassung erging ein Gesetz, das den Ministern des Krieges und des Inneren anheimstellte, Personen, deren Tätigkeit die Errungenschaften der Revolution gefährdet, des Landes zu verweisen oder in Haft zu nehmen. Die anständige Presse protestierte und betonte, daß das eine Wiederherstellung der alten Willkürherrschaft bedeute. Doch das revolutionäre Gewissen fühlte sich dadurch nicht beschwert und das neue Gesetz blieb in Kraft. Es wurde gegen die verhafteten Monarchisten angewendet. Die Regierungsfeinde von links hingegen, die Bolschewisten, hatten unter ihm nicht zu leiden.

Damit begnügte Kerenski sich nicht. Seine krankhafte Neigung für theatralische Effekte war noch nicht befriedigt. Er ließ ihr freien Lauf auf Kosten der Zarenfamilie. Obgleich gerade der Fall Gurko und der jener Hofdamen bewiesen hatte, daß monarchistische Verschwörungen nicht zu fürchten waren, erklärte er, daß das Verweilen der zarischen Familie in der Nähe von Petersburg eine Gefahr bedeute, und verfügte ihre Überführung in das ferne, eisige Tobolsk. Unter dem Aufgebot gewaltiger Truppenmengen, unter dem Schleier eines für die Presse nur allzugern gelüfteten Geheimnisses ließ er in dunkler Nacht die Übersiede-

lung bewerkstelligen. Er leitete sie persönlich und sprach den beteiligten Regimentern in überschwänglichen Worten den Dank des Vaterlandes dafür aus, daß sie bei der Vergewaltigung des entthronten Schwächlings und wehrloser Frauen mitgewirkt hatten.

Aber während er sich für alle diese Taten, für die Zerstörung der Kirche, für die Einkerkerung harmloser Schwärmer, für die Mißhandlung der Zarenfamilie Lorbeeren flechten ließ, sah er untätig zu, wie die Bolschewisten zu einem Parteitag zusammentraten und sich mit dreister Stirn für die geschickte Taktik belobten, die sie während des Juli-Aufruhrs befolgt hatten. Er hörte es ruhig mit an, wie sie Lenin, Trotzki, Sinowjew und alle die anderen Verhafteten oder noch von der Polizei gesuchten Führer zu Ehrenvorsitzenden des Kongresses wählten. Und er konnte es nicht durchsetzen, daß die Haftbefehle gegen diejenigen unter ihnen vollstreckt wurden, die es für angebracht hielten, sich der Staatsgewalt zu entziehen.

In gleicher Untätigkeit sah er dem immer fortschreitenden Abfall der Grenzmarken zu. Er befriedigte alle Wünsche der separatistischen Ukrainer, er bestätigte insbesondere die von ihnen verlangte Instruktion für das Generalsekretariat, das diesem die Stellung des Ministeriums eines unabhängigen Landes einräumte und er fand nicht den Entschluß, in der finnländischen Frage durchzugreifen. Dort hatte der Landtag schon in den ersten Tagen der Julikrise förmlich erklärt, daß die oberste Staatsgewalt nach der Entthronung des Zaren ihm gehöre. Die Regierung des Fürsten Lwow hatte darauf mit der Auflösung geantwortet. Nun aber berief der Talman den Landtag wieder ein. Zugleich begannen allerorten Unruhen und Streiks und die Haltung der finnländischen Sozialdemokratie ließ unzweideutig erkennen, daß sie sich die sofortige völlige Loslösung vom Russischen Reiche zum Ziele gesetzt hatte.

Aber Kerenski griff nicht ein. Er hatte Wichtigeres zu tun. Er mußte die versprochenen unerhörten heroischen Anstrengungen machen.

31. Von Tarnopol bis Riga.

Der Zusammenbruch der galizischen Offensive, die Greueltaten von Tarnopol und von Kalusch hatten die Regierung aufgeschreckt. Zunächst hatte sie in der Hoffnung, die Truppenausschüsse auf solche Weise beeinflussen zu können, Regierungskommissare bei den höheren Stäben eingesetzt. Dann hatte sie die Todesstrafe an der Front wieder eingeführt. Sie hatte es geduldet, daß das Versammlungsrecht dort aufgehoben wurde, sie hatte Brussilow durch Kornilow ersetzt. Damit glaubte sie genug getan zu haben. Doch der neue Höchstkommandierende war anderer Meinung. Trotzdem er nur der Revolution seine glänzende Laufbahn verdankte, hatte er den ehrlichen Willen, das Heer wiederherzustellen. Er übernahm zwar den Oberbefehl, doch stellte er der Regierung eine Reihe von Bedingungen, deren Erfüllung er für notwendig hielt, wenn er seiner Aufgabe gerecht werden sollte. Vor allem verlangte er die Vollmachten, deren er bedurfte, um die gänzlich zerrüttete Disziplin wieder aufzurichten. Er verwies darauf, daß es nicht genüge, die unmittelbar vor dem Feinde befindlichen Truppen in Zug zu halten. Auch die Etappe müsse wieder in Ordnung gezwungen werden. Das erste Mittel zur Erreichung dieses Zweckes aber sei die Wiedereinführung der Todesstrafe auch hier.

Die öffentliche Meinung innerhalb des Bürgertums unterstützte ihn. Vor allem betonten die Kadetten, daß nur die Erfüllung der von ihm gestellten Forderungen das Heer und damit das Land retten könne. Ein Kongreß der Kosaken stellte sich auf denselben Standpunkt. Er tat es mit solcher Entschiedenheit, daß Kerenskis immer rege Eitelkeit und Eifersucht sich verletzt fühlte. Er berief den Vorsitzenden zu sich und fragte ihn, ob die Unterstützung Kornilows mit Feindseligkeit gegen die Regierung verbunden sei. Als die Frage verneint wurde, verlangte er eine ergänzende Entschließung. Doch die wurde abgelehnt.

Die Regierung schwankte hin und her. Unaufhörlich wurde mit Kornilow verhandelt. Bald entsandte man Minister in das Große Hauptquartier, bald mußte der General nach Petersburg kommen und jedesmal wurde der Presse mitgeteilt, daß man auf

dem Wege zur Verständigung sei. Bei alledem wurde immer klarer, daß die Regierung sich zur Ergreifung der von Kornilow geforderten energischen Maßnahmen nicht entschließen konnte.

Besonders bezeichnend war es, wie über eine am 16. August stattgehabte Beratung zwischen Kornilow und dem Ministerium berichtet wurde. Kornilow hatte ausführlich dargelegt, wie dringend notwendig es sei, daß nun endlich seine Wünsche erfüllt würden. Der amtliche Bericht vermerkte, daß seine Ausführungen starken Eindruck gemacht hätten. Immerhin habe sich die Mehrheit der Kabinettsmitglieder gegen die Todesstrafe in der Etappe ausgesprochen. Unmittelbar unter diesem Bericht aber prangte in den Zeitungen ein amtliches Telegramm, das schilderte, wie der General Purgassow von seinen eigenen Soldaten ermordet worden war.

Doch auch dieses lehrreiche Zusammentreffen vermochte die Regierung nicht zu energischem Handeln zu bewegen. Die sozialistischen Minister hielten an ihrem Standpunkt fest. Ja, es schien ihnen statthaft, Kornilow in den Rücken zu fallen. Sie veranlaßten Kerenskis Gehilfen Ssawinkow, der die technische Leitung des Kriegsministeriums inne hatte, einen Tagesbefehl zu veröffentlichen, in dem den Truppenausschüssen Weihrauch gestreut und vor den verdächtigen Elementen gewarnt wurde, die Mißtrauen gegen sie zu säen bestrebt seien. Trotz der kurzen Zeit ihrer Wirksamkeit hätten sie sich gar nicht zu überschätzende Verdienste um das Heer erworben und es sei Pflicht aller Kommandobehörden, im engsten Einverständnis mit ihnen zu arbeiten.

Daß mit diesem Erlaß Kornilows Stellung erschwert wurde, liegt auf der Hand. Er hatte zwar weder die Ausschüsse offen bekämpft, noch ihre Auflösung verlangt. Aber wenn er für die Wiederherstellung der Disziplin eintrat, so verstand es sich von selbst, daß er eine wenn auch nicht rechtliche, so doch tatsächliche Einschränkung der Befugnisse jener Ausschüsse anstrebte. Denn daß ihre Tätigkeit mehr als alles andere an der Zerstörung der Disziplin schuld war, das brauchte nicht ausgesprochen zu werden. Und nun wurden sie gerade von der Regierung in unzweideutiger Weise gestützt. Freilich war Ssawinkow nicht Mitglied des politischen Kabinetts. Aber er, der im Jahre 1904 den allgehaßten Innenminister Plehwe ermordet und nach dem

Siege der Revolution die Geschmacklosigkeit besessen hatte, diese seine Tat in einem öffentlichen Vortrage zu schildern, genoß weitgehende Volkstümlichkeit. Wenn nun er, der als technischer Leiter des Heereswesens zum Sachverständigen gestempelt war, sich in dieser Weise über die Ausschüsse äußerte, so wurde Kornilows Ansprüchen in gefährlicher Weise der Boden entzogen.

Ebenso deutlich trat der Mangel an Verständnis und an gutem Willen auf einer Konferenz zutage, die von den Arbeiter- und Soldatenräten in Sachen der Reichsverteidigung abgehalten wurde. Mit großen Worten wurde auch hier nicht gespart. Daß das Vaterland in Gefahr, daß das Heer in der Auflösung begriffen sei, wurde nicht weniger pathetisch ausgesprochen als in der Duma, als auf dem Parteitag der Kadetten. Doch von ernstem Streben nach Besserung der Zustände war nicht die Rede. Man begnügte sich damit, zu dem revolutionären Allheilmittel zu greifen und die Niedersetzung einer ganzen Anzahl neuer Ausschüsse vorzuschlagen. Es sollten ein Zentralausschuß und eine Reihe örtlicher Ausschüsse gebildet werden. Ihre Aufgabe sollte sein, alle Kräfte der Arbeiter- und Bauernschaft zur Verteidigung des Vaterlandes zu organisieren. Was die Konferenz darunter verstand, wie diese Organisation vor sich gehen und zu welchen Zielen sie führen sollte, das blieb ungesagt. Die Zauberworte Ausschuß, Organisation, Arbeiter- und Bauernschaft waren gesprochen und damit schien allen die Aufgabe gelöst. Denn was weiter erörtert und beschlossen wurde, das hatte mit der Reichsverteidigung unmittelbar nicht das geringste zu tun. Auch den Teilnehmern der Konferenz mußte es klar sein, daß das Heer nicht wieder hergestellt wurde, wenn der Freiheitsanleihe weiterer Absatz geschaffen, wenn eine Vermögenssteuer erhoben und Höchstpreise für alle Bedarfsgegenstände eingeführt würden. Und doch waren es gerade diese Forderungen, die die Konferenz erhob. Auch hier also ertrank alles in einem Meer von Phrasen, große Worte sollten die wirkliche Arbeitsleistung ersetzen.

Aber freilich, was die Räte in Wirklichkeit angestrebt hatten, das war erreicht. Sie hatten den Weg gewiesen, auf dem ihrer Ansicht nach das Vaterland gerettet werden konnte. Und damit war es für jeden gesinnungstüchtigen Revolutionär klar, daß Kornilows Forderungen nicht bewilligt zu werden brauchten.

Übrigens ergriffen die Bolschewisten die sich ihnen bietende Gelegenheit, um für ihre pazifistischen Ziele Stimmung zu machen. Sie erklärten die Konferenz für vollkommen überflüssig. Solange die Regierung die vom Zaren abgeschlossenen Geheimverträge anerkennt, sei es ein Raubkrieg, der geführt werde. Es gehe nicht um die Verteidigung des Landes, sondern um die Bereicherung des Bürgertums. Deshalb müßten die Bolschewisten jede Mitarbeit ablehnen.

Mit dieser Erklärung verließen sie die Versammlung, die nun ungestört in Halbheit und Unaufrichtigkeit das tun konnte, was sie für ihre Aufgabe hielt, nämlich einerseits auf den Eindruck hinarbeiten, als sei sie wirklich um die Landesverteidigung besorgt, andererseits aber hindern, daß das Heer tatsächlich zur Genesung geführt werde.

Noch eine Instanz beschäftigte sich in diesen Tagen mit den Zuständen im Heere. Das war die oberste russische Kirchenbehörde, der Allerheiligste Synod. Er nahm Kenntnis von einem Bericht des Protopresbyters Schawelski, der den Niedergang der Religiosität im Heere schilderte. Die Soldaten, so hieß es dort, hätten aufgehört, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen, die Regimentskirchen stünden leer. Die Predigten der Geistlichen würden durch unanständige Zwischenrufe unterbrochen. Die Priester würden beleidigt und mißhandelt, wo sie sich zeigten. Mehr als einer sei ermordet. Zugleich mache sich ein allgemeiner Sittenverfall bemerkbar. Namentlich Vergewaltigungen von Frauen kämen in erschreckend großer Zahl vor. Wenn die Öffentlichkeit davon nicht mehr erfahre, so sei das eine Folge einerseits der Tätigkeit der revolutionären Zensur, andererseits aber dessen, daß die unglücklichen Opfer nur zu häufig ermordet würden. Während des galizischen Rückzuges habe ein Priester allein an einem Tage 30 vergewaltigte und hierauf getötete Frauen beerdigt.

Welchen Beschluß der Synod angesichts dieses Berichtes gefaßt hat, ist der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben worden. Es kann aber auch nicht darauf ankommen. Denn der Bericht sprach laut genug für sich selbst und eine Auslassung des ohnehin gänzlich machtlosen Synods hätte ihm nichts hinzuzufügen vermocht.

Während aber über die Wiederherstellung des Heeres verhandelt und beraten wurde, während Kornilow forderte und die

Regierung lavierte, während die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte faselte und Ssawinkow die revolutionären Zustände pries, während die Geistlichkeit klagte und das Bürgertum verzweifelte, schritt das Schicksal seinen ehernen Gang. Auf die Schmach von Tarnopol und Kalusch folgte der Vormarsch der deutschen Truppen in Livland, folgte die Einnahme von Riga, die Besetzung von Ösel. Und überall bedeckte sich das russische Heer mit Schande, überall ließen die Truppen sich Feigheit und Verrat zuschulden kommen.

32. Der wirtschaftliche Verfall.

Auch das wirtschaftliche Leben blieb unberührt von den heroischen Anstrengungen, die Kerenski verheißen hatte. Der Schlendrian, der seit der Revolution eingerissen war, ging weiter. Hatte die einstweilige Regierung einen Bestand von 10 Milliarden Papiergeld übernommen, war er in den ersten zwei Monaten um 1,5 Milliarden gewachsen, so erreichte er zum 1. August bereits 14 Milliarden. Und wie reißend der Geldwert sank, läßt die Tatsache ermessen, daß die Kriegskosten, die beim Ausbruch der Revolution 54 Millionen Rubel für den Tag betragen hatten, nun auf 75 Millionen gestiegen waren. Aber während ihr ständiges Anwachsen in zarischer Zeit sich durch die Vergrößerung des Heeres und die Vermehrung des Heeresbedarfs unschwer rechtfertigte, konnte jetzt eine solche Erklärung nicht mehr herangezogen werden. Denn das Heer schmolz dahin und seine Versorgung mit Geschützen, Munition und sonstigen Vorräten wurde von Tag zu Tag schlechter. Jetzt war es die Schleuderwirtschaft, die für das Anschwellen der Ausgaben verantwortlich gemacht werden mußte, es war eine Verschwendung, wie sie unter dem übel beleumundeten zarischen Regiment undenkbar gewesen wäre. Es waren die sinnlos gesteigerten Ansprüche der Arbeiter, die zu einer unerhörten Verteuerung aller Lieferungen führten. Denn jedes Maß hatte die Arbeiterschaft verloren. Hatte sie schon in den ersten Wochen der Revolution den Mindestlohn auf 6 Rubel für den verkürzten Arbeitstag festgesetzt, so waren nun Forderungen von 12 und 15 Rubeln eine gewöhnliche Erscheinung geworden, Forderungen, die abschlägig zu bescheiden die Unter-

nehmer um so weniger wagen durften, als der Staat selbst in rückgratloser Nachgiebigkeit voranging. Den Arbeitern der Putilow-Geschützwerke allein hatte er Lohnerhöhungen bewilligt, die 90 Millionen Rubel im Jahr ausmachten.

Und was war das Ergebnis? Abgesehen von der Entwertung des Geldes und der reißend anwachsenden Teuerung mußten bis zum Juli in Petersburg allein 568 Fabriken mit rund 100000 Arbeitern geschlossen werden. Daß aber diese Ziffer sich noch ständig vergrößern würde, zeigten schon die Erfahrungen der ersten Revolutionsmonate. Denn im März hatte die Zahl der Schließungen nur 74 betragen. Im Juli war sie bereits auf 206 gestiegen.

Kein Einsichtiger verschloß sich der Bedeutung dieser Sachlage. Nur die Arbeiter- und Soldatenräte hatten immer noch die Stirn, von einer finanziellen Gesundung des Reiches durch stärkere Besteuerung der besitzenden Klassen, durch Erhebung einer Vermögensabgabe, durch Beschränkung des Erbrechts zu reden. Alle anderen erkannten den bedrohlichen Ernst der Entwickelung. Volkswirte, Industrielle, Politiker erhoben immer lauter ihre warnende Stimme.

Auf dem Parteitag der Kadetten verwies der einstige Landwirtschaftsminister Schingarew auf die ungünstige Gestaltung der russischen Handelsbilanz. Vor dem Kriege war sie mit 300 bis 400 Millionen Rubel aktiv gewesen. Nach Ausbruch des Krieges schwand dieser Überschuß, um allmählich einem Passivum Platz zu machen. Und nun überstieg die Einfuhr den Export bereits um volle 2 Milliarden Rubel. Wo sollte die Deckung dafür herkommen?

Besonders verhängnisvoll war der immer fortschreitende Verfall des Transportwesens. Im Widerspruch zum amtlichen revolutionären Optimismus teilte der neue Eisenbahnminister des Juli-Kabinetts Jurenew mit, daß die Aussichten auf diesem Gebiet ganz außerordentlich bedrohlich seien. Das rollende Material schrumpfe immer mehr zusammen. Zum 1. Juli lagerten an den Stationen nicht weniger als 700000 Waggonladungen, die nicht befördert werden könnten und im Laufe eines Monats sei die Zahl der schadhaften Lokomotiven um ganze 50% gestiegen. Die Arbeitsleistung der Werkstätten aber sei derart heruntergegangen,

daß die Reparatur einer Lokomotive jetzt mehr Zeit beanspruche, als vor der Revolution die Erbauung einer neuen. Davon unabhängig sei ein geregelter Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten, weil unter den Eisenbahnbeamten jegliche Disziplin geschwunden sei. Verschiedene Verbände hätten die Gewalt an sich gerissen und wirtschafteten in sinnloser und gewissenloser Weise. Die Versorgung des Heeres sei ebenso in Frage gestellt, wie die Zufuhr von Rohstoffen an die Fabriken.

In schwärzesten Tönen wurde die wirtschaftliche Lage auch auf einem Kongreß bürgerlicher Politiker gemalt, der im August in Moskau zusammentrat. Hier versammelten sich die führenden Vertreter der Industrie, der Wirtschaftswissenschaft und der politischen Intelligenz. Als Berichterstatter traten besonders hervor der einstige Marxist Peter Struve, der Nationalökonom Berdjajew und der bekannte Finanzmann Wyschnegradski. Alle drei sprachen sich übereinstimmend mit scharfer Verurteilung über die gegenwärtige Wirtschaft aus. Vor allem betonte Struve, daß das, was jetzt in Rußland unter dem Namen Demokratie und Sozialismus in Umlauf gesetzt werde, die denkbar boshafteste Verhöhnung dieser Begriffe sei. Sozialismus sei Organisation der produktiven Kräfte, der russische Sozialismus aber bedeute nichts anderes als vollständige Desorganisation. Er habe eine ganz unerhörte Herabsetzung der Erzeugung zuwege gebracht. Die Industrie sei so gut wie vernichtet und auf dem Gebiete der Landwirtschaft führten die unter sozialistischer Flagge verwirklichten Umgestaltungen zu einer gänzlichen Zerstörung des Nationalwohlstandes. Hand in Hand damit gehe eine sinnlose Verschwendung. Planmäßig sei nur die Bereicherung der revolutionären Parteiorganisationen und ihrer Führer.

Doch die so sprachen, täuschten sich nicht über den Erfolg ihrer Worte. Sie hielten es für ihre Pflicht, gegen die utopischen Vorschläge der Sozialisten zu protestieren und deren Zwecklosigkeit nachzuweisen. Aber wenn sie ihrerseits zeigten, daß mit einer Erhöhung der direkten Steuern schon deshalb nichts getan sei, weil es angesichts des Zerfalles des ganzen Wirtschaftslebens an Gegenständen für diese Besteuerung zu mangeln beginne, wenn sie betonten, daß zunächst die indirekten Steuern ausgebaut und weitausschauende Kreditoperationen ins Werk gesetzt

werden müßten, wenn sie immer wieder auf die Notwendigkeit größter Sparsamkeit verwiesen, so wußten sie selbst nur zu gut, daß ihre Ratschläge ungehört verhallen würden. Zur Beruhigung des eigenen Gewissens geschah es, wenn sie unermüdlich mit denselben Hinweisen, mit denselben Forderungen hervortraten. Denn es war ihnen klar, daß die neue Koalitionsregierung nicht daran dachte ihnen zu folgen, nicht daran denken konnte. Dazu hätte es neben klarer Erkenntnis der Sachlage und ehrlichem Willen wirklicher Macht bedurft und nicht jener von der Bühne erborgten heroischen Anstrengungen, die Kerenski so sehr viel näher lagen.

33. Die Moskauer Staatskonferenz.

Inzwischen war Kerenskis Plan, eine vorläufige Volksvertretung einzuberufen, der Verwirklichung entgegengereift. Allerdings litt dieser ganze Gedanke an einer bedenklichen Unklarheit. Niemand vermochte mit Bestimmtheit zu sagen, welches eigentlich die Aufgaben der Versammlung sein sollten. Daß ihr beschließende Gewalt nicht zustehen durfte, lag auf der Hand. Infolgedessen konnte von gesetzgeberischer Tätigkeit nicht die Rede sein. Ebensowenig war die Versammlung in der Lage, der Regierung Weisungen über die zu befolgende Politik zu erteilen. Ihre Stellung mußte demnach die einer bloß beratenden Instanz sein. Die Regierung konnte bei ihr moralische Unterstützung finden, sie konnte vor ihr ein Programm entwickeln und dessen Billigung oder Verwerfung entgegensehen. Um nichts anderes also konnte es sich handeln, als um eine Organisierung der öffentlichen Meinung. Zugleich aber war es unverkennbar, daß selbst unter diesem Gesichtspunkte positive Ergebnisse nicht erwartet werden durften. Denn jedermann war es bekannt, daß die öffentliche Meinung des Landes nichts weniger als einheitlich war. Wenn Bürgertum und Proletariat sich in zwei Heerlager geschieden gegenüberstanden, wenn die von ihnen befolgten Ziele weit auseinandergingen, so verstand es sich von selbst, daß diese Spaltung auch auf der geplanten Konferenz zum Ausdruck kommen mußte. Mochte die Regierung die Notlage des Landes noch so eindringlich schildern wollen, mochte Kerenski noch so ausschweifende Hoffnungen

auf die Gewalt seiner Beredsamkeit setzen, so mußte doch jedem urteilsfähigen Menschen der Versuch, auf dieser Grundlage eine Einigung der Parteien zu erzielen, von vornherein vollkommen aussichtslos scheinen. Unter den gegebenen Umständen konnte von der Konferenz nichts anderes erwartet werden, als eine Verschärfung oder doch zum mindesten eine neue Hervorhebung und Präzisierung der bestehenden Gegensätze. Das aber mußte zu einer Erschwerung der Lage des Koalitionskabinetts führen. Deshalb war es vollkommen unerfindlich, was Kerenski, was vielfach auch die öffentliche Meinung sich von der Einberufung der Konferenz versprach. Der Weg, der damit eingeschlagen wurde, war sicherlich neu. Doch das war auch alles, was sich zu seinen Gunsten sagen ließ.

Nicht weniger als 2500 Personen sollten an der Versammlung teilnehmen. Die Einladungen waren von der Regierung ausgegangen und berücksichtigten alle Gruppen der Bevölkerung. Die Mitglieder der Duma sämtlicher vier Legislaturperioden, die Häupter der Selbstverwaltungskörper in Stadt und Land sollten teilnehmen, ferner Vertretungen der politischen Parteien, der Arbeiter- und Soldatenräte, des Heeres und der Flotte, der Geistlichkeit und der freien Berufe, der Erwerbsstände, der Vereine und Genossenschaften jeder Art.

Nicht überall fiel der Ruf der Regierung auf fruchtbaren Boden. Zuerst machte die Duma Schwierigkeiten. Sie fand, daß es ihrem Charakter als gesetzliche Volksvertretung nicht entspräche, wenn ihre Mitglieder neben den Vertretern anderer Körperschaften an einer solchen Versammlung teilnehmen würden. Es bedurfte langer Verhandlungen, um den Widerstand Rodsjankos und seiner Freunde zu überwinden. Als das gelungen war, ergaben sich Reibungen auf dem entgegengesetzten Flügel der politischen Parteien. Die äußerste Linke erklärte, daß die Staatskonferenz reaktionäre Zwecke verfolge. Das bürgerliche Element sei in ihr viel zu stark vertreten. Die Arbeiter- und Soldatenräte freilich fanden sich zur Teilnahme bereit. Aber die jetzt schon in ihrer Mehrzahl bolschewistisch gesinnten Arbeiter Petersburgs und Moskaus protestierten und faßten, als ihr Widerspruch unbeachtet blieb, einen Generalstreik für den 25. August, den Tag der Eröffnung der Konferenz, ins Auge. Mehr als das, es wurde

offen von einer Wiederholung des Juli-Aufstandes gesprochen. Alle von Kerenski und seinen Anhängern unternommenen Vermittlungsversuche scheiterten. Und nur der Umstand, daß die Moskauer Garnison sich einstimmig gegen jede Störung der Konferenz aussprach und daß sie sich bereit erklärte, dahin zielende Ausschreitungen zu unterdrücken, gab der Regierung die Möglichkeit an ihrem Plane festzuhalten. Tatsächlich trat der größte Teil der Moskauer Arbeiterschaft in den Ausstand und das Bild, das die alte Zarenresidenz am Tage des Zusammentritts der Konferenz bot, war alles andere als friedlich. Das Große Theater, in dem die Sitzungen stattfanden, war von regierungstreuen Truppen umgeben. Auf allen Plätzen waren Geschütze und Maschinengewehre aufgefahren und Patrouillen durchzogen die Straßen. Aber die gefürchteten Ausschreitungen unterblieben und die Konferenz konnte ihre Arbeit in Ruhe verrichten.

Ihre Arbeit — soweit das, was nun vor sich ging, als Arbeit bezeichnet werden durfte.

In einem Theater tagte die Versammlung und theatralischer Geist war es, der über ihr waltete. Die 2500 Vertreter des russischen Volkes füllten den Zuschauerraum, das Ministerium hatte auf der Bühne Platz genommen. In seiner Mitte saß Kerenski, hinter ihm standen zwei Ordonnanzoffiziere mit gezogenem Degen, eine Ehrenwache, wie sie niemals ein in der Duma auftretender zarischer Minister gehabt. Und pathetische Reden erklangen, deren Ton wohl diesem Raume, nicht aber dieser Versammlung angepaßt war.

Als erster sprach Kerenski. Ihm folgte der Innenminister Awksentjew. Dann kam Nekrassow als Finanzminister zu Wort. Ihm schloß sich der Höchstkommandierende Kornilow an.

Sie alle schilderten die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände. Sie alle legten dar, was geschehen müsse, um das Vaterland zu retten. Was sie sagten, war den Zuhörern längst bekannt. Das Heer kann dem Feinde nicht länger widerstehen. Es geht unaufhaltsam dem Zerfall entgegen. Im Innern herrscht ungezügelte Anarchie. Das Wirtschaftsleben des Reiches befindet sich in voller Zersetzung, der Staat treibt dem Bankerott entgegen.

Wo ist da Rettung zu finden? Es muß eine starke, einheit-

liche Regierungsgewalt geschaffen werden, das Heer muß zur Disziplin, das Volk zur Arbeit zurückkehren.

Doch diese unbestreitbar richtigen Leitsätze sagten im Grunde garnichts. Denn jeder von ihnen erfuhr Einschränkungen, die ihn gänzlich entwerteten. Was konnte es für eine Disziplin geben, wenn zugleich die Notwendigkeit des Fortbestehens der Truppenausschüsse betont wurde? Wie konnte Ordnung im Lande herrschen, wenn die Regierungsgewalt Hand in Hand mit den Räten arbeiten, wenn ihre Vertreter in der Provinz nur ein Aufsichtsrecht über die aus dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Selbstverwaltungskörper haben sollten? Wie konnte die wirtschaftliche Lage sich ändern, wenn die Landwirtschaft auch weiterhin den Gemeindeausschüssen ausgeliefert bleiben, wenn in den Fabriken die Arbeiterschaft die Zügel in der Hand behalten sollte? Diese klaffenden Widersprüche ließen sich nicht versöhnen. Über sie vermochte weder die hysterische Beredsamkeit Kerenskis, noch die von bestem Wissen beseelten, aber unklaren und letzten Endes, trotz aller energischen Redewendungen, kraftlosen Ausführungen Kornilows hinwegzutäuschen. Gewiß, die im Großen Theater Versammelten ließen sich mit der dem Russen eigenen Erregbarkeit von den Rednern begeistern und hinreißen. Für Minuten vermochte Kerenski das eigene Fieber auf sie zu übertragen. Und als Nekrassow Zahlen nannte, als er die unglaubliche Verschwendung ausmalte, die seit der Revolution Platz gegriffen, als er erwähnte, daß elf Milliarden Rubel jährlich allein zugunsten der Familien der Heeresangehörigen gefordert wurden, daß die Verpflegungsausschüsse 500, die Landausschüsse 190 Millionen Rubel kosten, da ging sichtbare Bewegung durch die Reihen. Auch die Schilderung des unaufhaltsamen Zersetzungsprozesses im Heere erschütterte die Hörer. Aber eine Änderung der vorgefaßten Meinungen wurde nicht zuwege gebracht. Die Vertreter des Proletariats hielten ebenso an ihrer Auffassung fest, wie die des Bürgertums. Diese brachten ihren Standpunkt in einer Entschließung zum Ausdruck, die von den Vertretern der Duma formuliert war. Hier wurde die Fortführung des Krieges in vollem Einvernehmen mit den Bundesgenossen verlangt. Nur die nationalen Interessen Rußlands dürfen maßgebend sein, nicht aber die Erwägungen eines internationalen

Pazifismus. Die Politik muß dem Heere fernbleiben und die Truppenausschüsse dürfen nur mit wirtschaftlichen Fragen befaßt werden. Die Regierung muß sich in vollster Unabhängigkeit von den Arbeiter- und Soldatenräten befinden und bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung dürfen keinerlei grundstürzende Maßnahmen ergriffen werden.

In entschiedenem Gegensatz dazu stand die von Tschcheidse verlesene Entschließung der revolutionären Organisationen. Sie stellte sich mit bewußter Schroffheit auf den Boden der Regierungsdeklaration vom 21. Juli. Sie verlangte engsten Zusammenschluß zwischen Regierung und Räten, Erhaltung der Rechte der Truppenausschüsse, Regelung der Landfrage durch die Agrarausschüsse, Reform der Finanzen durch Ausbau der direkten Besteuerung, weitgehende Kontrolle der Erzeugung durch die Staatsgewalt, Festsetzung von Höchstpreisen für alle Bedarfsgegenstände, Übergabe der innern Verwaltung an die Selbstverwaltungskörper bei Wahrung eines bloßen Aufsichtsrechts zugunsten der Regierung.

Was konnte es da nützen, wenn beide Entschließungen zugleich eine Unterstützung des Koalitionskabinetts zusagten? Und war es nicht vollends bedeutungslos, wenn nach einer Rede Zeretellis sich eine in ihrer Pathetik lächerliche Verbrüderungsszene zwischen ihm und dem kadettischen Abgeordneten Bublikow abspielte, eine Szene, die in der Versammlung selbst und hernach in der Presse zu einer symbolischen Versöhnung von Bürgertum und Proletariat gestempelt wurde?

An dem ganzen kläglichen Schauspiel vermochten auch einige treffliche Reden nichts zu ändern. General Kaledin sprach im Namen der Kosaken Worte, die von kriegerischem Geist und wahrem Patriotismus getragen waren. Ihn unterstützte der einstige Stabschef des Zaren und spätere Höchstkommandierende, General Alekssejew. Miljukow übte scharfe Kritik an der schwankenden Haltung der Regierung. Die Vertreter des Handels und der Industrie wiesen überzeugend auf den Niedergang des Wirtschaftslebens hin. Aber einen Ausweg, der unter den gegebenen Verhältnissen gangbar gewesen wäre, wußte keiner zu nennen. So blieb auch diesen Männern nur übrig, der Regierung Unterstützung zuzusagen, einer Regierung, deren Unfähigkeit doch für sie alle klar zutage lag.

Natürlich hinderte alles das Kerenski nicht, in einem pathetischen Schlußwort der Versammlung den Dank des Vaterlandes auszusprechen und zu erklären, daß die Regierung nun ihr Ziel klar vor Augen sehe und ihm mit aller ihr innewohnenden Energie entgegenschreiten werde. Es hinderte ihn nicht, zu unwürdigen Effekten zu greifen und in röchelnden Tönen zu verkünden, daß er, wenn es nötig werden sollte, die Gefühle unterdrücken würde, die ihn stets beseelt, daß er sein Herz zu Stein werde erstarren lassen. Nicht Verlegenheit, sondern Triumph malte sich in seinen Zügen, als diese Phrase einen hysterischen Aufschrei aus weiblichem Munde hervorrief. Und bezeichnend war es, daß die Versammlung sich von dieser unwürdigen Szene nicht angeekelt wegwandte, sondern in Aufregung und Begeisterung tobte.

Jeder nüchtern Denkende mußte erkennen, daß das Ergebnis der Moskauer Konferenz gleich Null war. Und in der bürgerlichen Presse war man von dieser Erkenntnis nicht allzuweit entfernt, wenngleich auch hier der Versuch zu optimistischer Selbsttäuschung gemacht wurde. Aber die Regierung stellte in ihrer ersten Sitzung fest, daß die Konferenz von denkbar größter staatlicher Bedeutung gewesen sei. Jetzt werde es möglich sein, das Land vor dem Untergange zu retten.

Die Tatsachen freilich schlugen dieser Auffassung ins Gesicht. An der Front jagte ein Mißerfolg den andern. Es kam die Niederlage bei Fokschani, es kam der Fall Rigas. Im Innern trat die bolschewistische Richtung immer mehr und mehr in den Vordergrund. Schon begannen Lenins Anhänger die Macht im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat an sich zu reißen. Wieder drohten große Streiks und wieder wurde von bevorstehenden Aufständen gesprochen. Die Wahlen aber in die Petersburger Zentral-Stadtverordnetenversammlung ergaben ein unheimliches Anwachsen der bolschewistischen Massen. Hatten sie noch im Juni nur 17% der Sitze in den Stadtteils-Dumen erobert, so gelang es ihnen jetzt schon, mehr als ein Drittel der Mandate an sich zu reißen. Und die Führer des Juli-Aufstandes, die sich nicht gutwillig hatten verhaften lassen, erfreuten sich nach wie vor der Freiheit. Ungestört konnten sie hetzen und wühlen, neues Blutvergießen und neuen Umsturz vorbereiten. Weder die Regierung noch die Räte traten ihnen hindernd in den Weg. Im

Gegenteil, der Oberstaatsanwalt am Appellhof zu Petersburg, Karinski, mußte auf Verlangen der Räte von seinem Posten weichen, weil er die Untersuchung gegen sie allzu energisch geführt hatte.

Nicht neue Wege waren es, die Kerenski als Haupt der Regierung beschritt, nicht neue Ziele, denen er das Land entgegenführte. Die alte verderbliche Halbheit herrschte unter ihm ebenso, wie unter dem Fürsten Lwow. Es war dieselbe Kraftlosigkeit, dasselbe Schwanken, dieselbe Furcht vor den revolutionären Massen. Nur seine Worte waren lauter, seine Gesten theatralischer.

So war denn das Verderben nicht aufzuhalten.

VI. Dem Abgrunde entgegen.

34. Ein letzter Ausweg?

Die Verhandlungen zwischen General Kornilow und der Regierung waren immer noch nicht zum Abschluß gebracht. Insbesondere wollte es nicht gelingen, eine Einigung über die Maßnahmen zu erzielen, durch die die Disziplin in der Etappe wiederhergestellt werden sollte. Kerenski konnte sich nicht entschließen, den Forderungen Kornilows nachzugeben. Er hat später behauptet, daß er gegenrevolutionäre Bestrebungen beim Höchstkommandierenden argwöhnte. In Wahrheit ließ er sich einerseits durch Schwäche und Unentschlossenheit leiten, andererseits durch Eifersucht auf Kornilow, dem er die Rolle eines Retters des Vaterlandes mißgönnte.

Ssawinkow, der tatsächliche Leiter des Kriegsministeriums, suchte zwischen den Beiden zu vermitteln. Zwar stand auch er dem Hauptquartier mißtrauisch gegenüber. Er hielt Kornilow für zuverlässig. Doch war ihm dessen Stabschef, General Lukomski, monarchistischer Neigungen verdächtig. Mehr als das, er sah in ihm das Haupt einer ausgebreiteten Verschwörung. Derselben Meinung war der Regierungskommissar beim Hauptquartier, Filonenko, der an Kerenski sogar mit dem Vorschlage herangetreten war, gegen die Verschwörer vorzugehen. Aber Kerenski hatte es auch hier an der nötigen Entschlußkraft fehlen lassen.

Endlich, unmittelbar vor der Moskauer Staatskonferenz, hatten Kornilow und Ssawinkow sich über ein Mindestprogramm geeinigt. Die Todesstrafe in der Etappe sollte wieder eingeführt, die Eisenbahnen und Munitionsfabriken sollten militarisiert, in Petersburg und Moskau sollte, da ein neuer Bolschewistenputsch zu erwarten war, der Kriegszustand verhängt werden. Kerenski verweigerte zuerst seine Zustimmung. Dann, als die bolschewistische Gefahr immer drohender anwuchs, erteilte er sie mit der unwesent-

lichen Abschwächung, daß von der Verhängung des Kriegszustandes in Moskau abgesehen wurde. Zugleich ließ er Kornilow ersuchen, mit möglichster Beschleunigung ein zuverlässiges Kavalleriekorps nach Petersburg zu entsenden.

Am 4. September begab Ssawinkow sich von neuem in das Hauptquartier. Er fand Kornilow in tiefer Verstimmung vor. Der Widerstand, den die Regierung seinen Reformplänen entgegensetzte, ließ ihn an der Möglichkeit einer Gesundung des Heeres verzweifeln. Aber die Nachricht, daß Kerenski nun doch wenigstens einen Teil seiner Forderungen bewilligt hatte, brachte einen völligen Umschwung zuwege. Der General versicherte Ssawinkow seiner unbedingten Bereitwilligkeit, die Regierung zu unterstützen. Er versprach vor allem, sofort die verlangten Truppen nach Petersburg zu entsenden. Und er ließ sich unschwer davon überzeugen, daß reguläre Kavallerie, und nicht, wie er geplant hatte, die aus kaukasischen Eingeborenen bestehende sogenannte wilde Division entsandt werden müsse. Denn das hätte das Mißtrauen der revolutionären Kreise geweckt, die sehr wohl wußten, daß diese Division in der Hand entschlossener Vorgesetzter einfach zu allem zu brauchen war.

Am 6. September verließ Ssawinkow das Hauptquartier in der Überzeugung, daß nunmehr alle Schwierigkeiten beseitigt waren. Er fand in Petersburg eine unruhige Stimmung vor. Immer bestimmter auftretende Gerüchte wollten wissen, daß die Bolschewisten Vorbereitungen zu einem neuen großen Aufstande getroffen hatten. Sie wollten den Halbjahrstag der März-Revolution auf ihre Weise festlich begehen. Innerhalb der Regierung herrschte Erregung, die bürgerliche Presse warnte, der Arbeiter und Soldatenrat erließ einen Aufruf, in dem er seine Anhänger zur Ruhe mahnte. Alles wies darauf hin, daß man wiederum am Vorabend blutiger Ereignisse stand. Trost bot nur die Hoffnung auf Kornilows energisches Eingreifen.

Da auf einmal änderte sich das Bild. In Petersburg begannen Gerüchte zu schwirren, die als Feind der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht mehr die Bolschewisten nannten, sondern den General Kornilow. Am 8. September nahmen diese Gerüchte bestimmtere Gestalt an. Trotzdem kam es allen unerwartet, als am Morgen darauf eine Kundgebung Kerenskis veröffentlicht

wurde, die die Mitteilung enthielt, Kornilow habe die Fahne des gegenrevolutionären Aufstandes entrollt.

Was war geschehen?

Nach Kerenskis Darstellung war der frühere nationalistische Abgeordnete und Oberprokureur des Synods im März-Kabinett Wladimir Lwow bei ihm erschienen und hatte ihm im Auftrage Kornilows die Forderung überbracht, unverzüglich die oberste Gewalt dem Höchstkommandierenden zu übertragen. Dieser werde ein neues Kabinett bilden und mit dessen Hilfe die Wiederherstellung Rußlands in die Wege leiten.

Kerenski hatte sich sofort mit Kornilow verbinden lassen und die Frage an ihn gerichtet, ob wirklich Lwow bevollmächtigt sei, in seinem Namen zu reden. Die Antwort war ein unzweideutiges Ja.

Das war die amtliche Fassung, die Kerenski bekannt gab und an der die Regierung auch in der Folge festhielt. In Wahrheit scheinen die Dinge sich wesentlich anders abgespielt zu haben, wenngleich volle Sicherheit über ihren Verlauf nicht zu erzielen ist. Denn die öffentliche Gerichtsverhandlung, die den Fall Kornilow klären sollte, hat infolge des Sturzes der einstweiligen Regierung nicht stattfinden können. Immerhin scheint das eine festzustehen, daß Kornilow nicht aus eigener Initiative gehandelt hat und es fällt schwer, den Verdacht zu unterdrücken, daß Kerenski sich eine zweideutige Haltung hat zuschulden kommen lassen.

Wladimir Lwow ist am 6. September 1917 von Kerenski empfangen worden. Angeblich haben sie sich nur in allgemeinen Wendungen über die politische Lage unterhalten und Kerenski bestreitet, ihm irgendwelche Aufträge an Kornilow erteilt zu haben. Jedenfalls ist Lwow am Tage darauf im Großen Hauptquartier eingetroffen. Er hat Kornilow mitgeteilt, daß er im Auftrage Kerenskis komme. Dieser halte die politische Lage für so verzweifelt, daß zu heroischen Mitteln gegriffen werden müsse. Er schlage ihm deshalb vor, die Auswahl unter drei Möglichkeiten zu treffen. Entweder solle Kornilow das Minister-Präsidium übernehmen und ein Kabinett bilden, dem auch Kerenski angehören wolle, oder er solle den Vorsitz in einem Direktorium aus drei bis fünf Mitgliedern übernehmen, deren eines wiederum Kerenski sein würde. Die dritte Möglichkeit wäre eine Diktatur Kornilows.

Kornilow soll sich für die zweite dieser drei Möglichkeiten entschieden haben. Und nun kehrte Lwow als sein Vertrauensmann nach Petersburg zurück, nicht um Kerenski ein Ultimatum vorzulegen, sondern um über das weitere mit ihm zu verhandeln. Kerenski aber lehnte das ab, ließ Lwow verhaften und leitete amtliche Schritte gegen Kornilow ein.

Man wird getrost annehmen dürfen, daß diese Darstellung richtig ist, soweit sie Kornilows Verhalten betrifft. Offen bleibt nur die Frage, ob Lwow wirklich im Auftrage Kerenskis gehandelt, oder ob er sich einen Auftrag zugeschrieben hat, der ihm nie erteilt worden ist. Es fällt schwer, sich ganz für eine dieser zwei Möglichkeiten zu entscheiden. Vor allem ist es unwahrscheinlich, daß Lwow, der seit Jahren am politischen Leben teilnahm, der zwar nicht für sonderlich hervorragend galt, aber sich der Achtung und des Vertrauens weiter Kreise erfreute, auf einmal so abenteuerlich und leichtfertig gehandelt haben könnte, wie ihm von den Freunden Kerenskis vorgeworfen wird. Wenn dieser ihm wirklich keinen Auftrag erteilt, wenn Lwow ganz aus eigenem Antrieb gehandelt und die Hoffnung gehegt haben sollte, Kerenski und Kornilow gleichermaßen zu täuschen und auf diesem Wege eine Verständigung und ein Zusammengehen der Beiden zu erreichen, so könnte die Erklärung nur in einer plötzlichen Geistesstörung gefunden werden. Aber nichts berechtigt an seinem gesunden Verstande zu zweifeln und insbesondere seine Aussagen über diese ganze Angelegenheit machen den Eindruck völliger Klarheit. Unter solchen Umständen ist man gezwungen anzunehmen, daß jenes Gespräch, das am 6. September zwischen Kerenski und Lwow stattfand, denn doch einen anderen Inhalt hatte, als nur allgemeine Erörterungen über die politische Lage. Kerenski mag Lwow keine bestimmten Aufträge für Kornilow erteilt haben. Aber sicherlich hat er mit ihm die verschiedenen Möglichkeiten besprochen, dank denen ein Ausweg aus den unerträglich gewordenen Schwierigkeiten sich ergeben könnte. Und wahrscheinlich hat er gerade jene drei Kombinationen dargelegt, die Lwow am Tage darauf Kornilow unterbreitete. Ob er sie nur theoretisch ins Auge faßte, ob er im stillen hoffte, Lwow werde auf ihrer Grundlage eine Einigung zwischen ihm und Kornilow zu Wege bringen, das ist eine Frage, die wohl nie geklärt werden wird. Manches weist auch darauf hin, daß Nekras-

sow seinen Einfluß auf Kerenski dazu benutzt hat, um eine Verständigung zu hintertreiben. Jedenfalls ist er es gewesen, der den ersten, gegen Kornilow gerichteten Aufruf der Regierung verfaßt hat, in dem dieser als Verräter und Vaterlandsfeind bezeichnet wurde. Doch wie dem auch sei, im entscheidenden Augenblick fand Kerenski nicht den Entschluß die Hand zu erfassen, die Kornilow ihm entgegenstreckte. Die ihm eigene Schwäche, die Scheu vor durchgreifendem Handeln, die er immer wieder Gewalt über sich gewinnen ließ, haben ihn zusammen mit der Furcht, seine Volkstümlichkeit in den revolutionären Kreisen einzubüßen, verhindert, das zu tun, was vaterländische Pflicht gewesen wäre.

In der Tat, darüber kann ein Zweifel nicht bestehen, daß sich in diesem Augenblick die letzte Möglichkeit bot, das Reich und die Revolution vor dem völligen Untergang zu retten. Hätte Kerenski sich mit Kornilow geeinigt, hätten sie gemeinsam eine neue Regierung gebildet, so wäre es vielleicht möglich gewesen, all das Unheil abzuwenden, das nun über Rußland kam. Die Disziplin konnte vielleicht wiederhergestellt, die Truppen von neuem kampffähig gemacht werden. Gestützt auf das Heer, konnte die Regierung vielleicht die drohende Anarchie niederschlagen, die Ordnung im Lande aufrichten und Zustände schaffen, die der verfassunggebenden Versammlung fruchtbringende Arbeit ermöglicht hätten.

Alles das wäre zwar nicht sicher, aber doch denkbar gewesen, wenn an der Spitze der Regierung ein Mann und ein Patriot gestanden hätte, anstatt eines hungrig nach Beifall haschenden Redners. Es hätte aber auch wider Kerenskis Willen geschehen können, wenn jene Schicht der Bevölkerung, die vor allem an der Herrschaft von Recht und Gesetz, an der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung interessiert war, wenn das Bürgertum unter seinen Führern Männer gehabt hätte, die den Mut besaßen, sich rückhaltlos auf Kornilows Seite zu stellen, der gerade den Zielen zustrebte, die auch die ihren waren. Denn auch ihm waren gegenrevolutionäre Neigungen fremd, auch ihm lag der Wunsch, die Monarchie wiederherzustellen, ganz ferne.

Ja, vielleicht wäre eine Rettung sogar ohne Kerenski, ohne das Bürgertum möglich gewesen, wenn Kornilow selbst den eisernen Willen und die Rücksichtslosigkeit besessen hätte, die in solcher Stunde erforderlich sind.

Aber alles versagte. Als der Gedanke, mit dem er gespielt hatte, Wirklichkeit werden sollte, prallte Kerenski zurück. Zu eng war er von revolutionärer Phraseologie umstrickt, zu bedürftig des Applauses der Arbeiter- und Soldatenräte, zu eitel, um einem andern die entscheidende Rolle zu gönnen. Und zu schwach war er, um tatkräftiges Handeln der fieberhaften, theatralischen Geschäftigkeit vorzuziehen, die er nun mit dem Segen der revolutionären Organisationen entwickelte.

Zu schwach und zu unentschlossen waren auch die Führer des Bürgertums. Anstatt Kornilow tatkräftig zu unterstützen, ergingen sie sich in kraftlosen Sympathiebezeugungen. Sie ließen in der Presse betonen, daß Kornilow das Beste gewollt und sich nur in den Mitteln vergriffen habe. Sie machten Vermittlungsversuche, die von vornherein zum Mißlingen verurteilt waren. Und ihr eifrigstes Bestreben war auch jetzt wieder, sich von dem Verdacht gegenrevolutionärer Bestrebungen reinzuwaschen.

Kornilow selbst aber brach zusammen, als er sah, daß er nirgends Rückhalt fand.

Dieser Zusammenbruch war es recht eigentlich, der über das Schicksal der russischen Revolution entschied. Denn darin lag der Sinn dieses Aufstandes, daß er den letzten Versuch bedeutete, der mit einiger Aussicht auf Erfolg zur Rettung des untergehenden Staates hätte führen können. Wie der Umsturz nur deshalb hatte gelingen können, weil das Heer ihm zustimmte, wie die Anarchie nur deshalb zur Herrschaft gelangte, weil sie im Heere eine Stütze fand, so konnte auch die Genesung nur aus dem Heere kommen. Zum ersten Male stand an seiner Spitze ein Mann, der, aus der Revolution geboren, über sie hinausblickte, der vom Verdachte revolutionsfeindlicher Bestrebungen frei und doch von Vaterlandsliebe erfüllt war.

Kornilows Scheitern bedeutete den Bankerott der Revolution selbst.

Aber offenbar war dieses Scheitern unvermeidlich, offenbar mußte es gerade deshalb so kommen, weil Kornilow sich selbst zur Revolution bekannte. Die Revolution konnte nicht aus der Revolution überwunden werden. Sie mußte ihren Kreislauf vollenden, um dann von Männern niedergezwungen zu werden, die ihr fremd und feindlich gegenüberstanden.

35. Kornilows Aufstand.

Nachdem Kerenski die Mitteilungen Lwows entgegengenommen und jenes Ferngespräch mit Kornilow geführt hatte, machte er seinen Amtsgenossen Mitteilung von dem Geschehenen. Das Kabinett stellte sich einstimmig auf den Standpunkt, daß Kornilows Forderung abgelehnt werden müsse. Zugleich beschloß es, dem Ministerpräsidenten zwecks Niederwerfung des Aufstandes unumschränkte Vollmachten einzuräumen und ihm alle Portefeuilles zur Verfügung zu stellen. Doch erklärten die Minister sich bereit, die Geschäfte bis zur Neubildung der Regierung weiterzuführen. Nur zwei von ihnen, die Kadetten Kokoschkin und Jurenew, traten sofort zurück mit der Begründung, daß sie es nicht für angebracht hielten, bloße Vollstrecker der Anweisungen Kerenskis zu sein. In Wahrheit haben sie sich wohl von Sympathie für Kornilow leiten lassen, ohne jedoch den Entschluß zu mehr, als zu dieser passiven Kundgebung zu finden.

Es tauchte der Plan auf, unverzüglich ein engeres Kabinett, ein Direktorium zu bilden. Seine Mitglieder sollten Kerenski, Tereschtschenko und Nekrassow sein, außerdem aber die neu zu ernennenden Minister des Krieges und der Marine. Denn jetzt schien es angebracht, daß Kerenski auf die Oberleitung dieser zwei Ressorts verzichte und daß an die Stelle seiner Gehilfen, des Zivilisten Ssawinkow und des Leutnants zur See Lebedew, Sachverständige träten. Sie wurden denn auch in der Person des Obersten Werchowski und des Admirals Werderewski gefunden, zweier Leute, die eine eigenartige Laufbahn hinter sich hatten. Werchowski war schon als Kadett und junger Offizier wegen revolutionärer Bestrebungen gemaßregelt worden. Der Krieg hatte ihn rehabilitiert, doch mit dem Ausbruch der Revolution war er wieder in das alte Fahrwasser zurückgeglitten. Er hatte dann das Oberkommando in Moskau übernommen und dort in innigem Einverständnis nicht nur mit den Arbeiter- und Soldatenräten, sondern auch mit den Bolschewisten seines Amtes gewaltet. Werderewski wiederum stand unter gerichtlicher Anklage, weil er seiner Amtspflicht zuwider dem Matrosenausschuß der von ihm geführten Baltischen Flotte Geheimbefehle der Regierung bekannt gegeben hatte.

Nun, da man seiner zu bedürfen glaubte, wurde die Untersuchung niedergeschlagen — nach dem Falle Tschernow war es ja nicht das erstemal, daß jemand, der eines Staatsverbrechens beschuldigt wurde, in das Ministerium eintrat. Beider Berufung bedeutete einen überaus geschickten Schachzug Kerenskis. Denn es wäre kaum möglich gewesen, andere hohe Offiziere zu finden, die den revolutionären Gruppen so genehm waren, wie diese zwei. Freilich bedeutete sie zugleich ein bedenklich weitgehendes Entgegenkommen, eine neue Kapitulation der Regierung.

Nun hätte das Direktorium in Tätigkeit treten können, um das durch Kornilow bedrohte Vaterland zu retten. Aber der Zentralausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte verweigerte seine Genehmigung zur Bildung einer solchen Behörde. So blieb äußerlich alles beim alten. Das Ministerium, dessen Mitglieder mit alleiniger Ausnahme des Vorsitzenden zurückgetreten waren, führte die Geschäfte weiter. Kraft der ihm erteilten besonderen Vollmachten aber war Kerenskis Wille bestimmend, wenngleich er tatsächlich in Übereinstimmung mit denen seiner Amtsgenossen handelte, die er zu Mitgliedern jenes Rates der Fünf ersehen hatte.

Zunächst trat er in Verhandlungen mit Kornilow ein. Bezeichnend war, daß amtlich als Zweck dieser Verhandlungen die Klärung der Stellungnahme Kornilows zur einstweiligen Regierung genannt wurde, bezeichnend deshalb, weil das für die Zweideutigkeit der Rolle spricht, die Kerenski in dieser ganzen Angelegenheit spielte. Doch eine Klärung trat nicht ein, da der Zentralausschuß der revolutionären Organisationen, dem eine Verständigung begreiflicherweise nicht erwünscht gewesen wäre, eingriff und einen Funkspruch an sämtliche Truppenausschüsse sandte, in dem er Kornilow und seinen Stabschef Lukomski für Vaterlandsverräter erklärte. Immerhin setzte Kerenski die Verhandlungen noch bis zum Morgen des 10. September fort. Zu dieser Zeit erschienen bei ihm Miljukow und General Alekssejew. Sie boten ihre Vermittlung an. Kerenski gab darauf zunächst nur die pathetische und im Widerspruch zu seiner eigenen Handlungsweise stehende Antwort, daß er als Träger der Staatsgewalt nicht mit einem Manne verhandeln könne, der das Gesetz gebrochen hat. Dann fand er sich zu Zugeständnissen bereit und zog sogar die Möglichkeit in Erwägung zurückzutreten, damit sein Nachfolger sich mit

Kornilow verständigen könnte. Als aber hierauf die Mehrheit der zu einer Beratung herbeigerufenen Minister sich gerade für diesen Ausweg aussprach und vorschlug, Alekssejew zum Ministerpräsidenten zu ernennen, nahm er alle Zugeständnisse wieder zurück, lehnte Miljukows Vermittlung ab und erklärte, nur im engsten Einverständnis mit den Vertretern des revolutionären Zentralausschusses handeln zu können. Mit ihnen setzte er sich denn auch in Verbindung und nach ihren Weisungen handelte er in der Folge. Es fiel ihm leichter, vor diesen Männern zu kapitulieren, als vor den Vertretern des Bürgertums. Denn sie waren bereit, ihm den Schein der Macht zu lassen.

Nun begannen Nachrichten einzutreffen, aus denen hervorging, daß Kornilow entschlossen war, die Schlußfolgerungen aus seinem ersten Schritt zu ziehen. Er lehnte es ab, das Kommando, wie ihm von Kerenski befohlen wurde, dem Chef der Nordfront, General Klembowski, zu übergeben und dieser seinerseits weigerte sich, es zu übernehmen.

Unmittelbar darauf wurde bekannt, daß Kornilow einen Teil seiner Truppen auf Petersburg in Marsch gesetzt hatte, allen voran jene wilde Division unter dem Befehl des ihm bedingungslos ergebenen Generals Krymow. Damit hatte der offene Aufstand begonnen.

Bedrohliche Nachrichten liefen auch von anderen Stellen der Front ein. Der Oberbefehlshaber der Kosakentruppen, General Kaledin, forderte die Regierung in scharfen Worten auf, sich mit Kornilow zu verständigen und der Kommandierende der Südostfront, General Denikin, erklärte sich solidarisch mit Kornilow. Die anderen Oberkommandierenden freilich sprachen sich für die Regierung aus. Aber der völlige Zusammenbruch der Ostfront angesichts des Feindes und ein offener Bürgerkrieg schienen unvermeidlich.

Ssawinkow wurde zum Generalgouverneur von Petersburg ernannt und ihm das Kommando über die Regierungstruppen übertragen. Doch in seinen Plänen lag es nicht, den Aufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen. Er begnügte sich damit, die zur Hauptstadt führenden Schienenwege aufzureißen, um den Anmarsch der Kornilowschen Truppen zu verhindern. Dann aber suchte er

Verhandlungen mit den Truppen anzuknüpfen. Und auf diesem Wege sollte er bald einen vollen Erfolg erzielen.

Zunächst gelang es ihm, zu den Ausschüssen der an der Front verbliebenen Truppen in Verbindung zu treten. Den von der Regierung erlassenen Aufrufen und Ssawinkows Unterhändlern gelang es ohne Mühe, sie davon zu überzeugen, daß Kornilows Vorgehen von gegenrevolutionärer Gesinnung und insbesondere von Feindschaft gegen die Ausschüsse getragen sei. So erklärten sich diese denn ohne Vorbehalt für die Regierung. Die nächste Folge war die Verhaftung Denikins und einiger gleichgesinnter Generäle.

Auf demselben Wege gelang es, eine Gärung unter den auf Petersburg marschierenden Truppen hervorzurufen. Kornilow hatte ihnen mitgeteilt, daß es gelte, die Regierung vor einem drohenden Aufstande der Bolschewisten zu schützen. Er fand damit um so eher Glauben, als bekannt war, daß Kerenski selbst um die Entsendung von Truppen zu diesem Zweck gebeten hatte. Nun wurden die Ausschüsse von der wahren Sachlage in Kenntnis gesetzt und das Ergebnis war hier das gleiche, wie an der Front. Die Ausschüsse begannen zu fürchten, daß Kornilows Unternehmen sich in erster Linie gegen sie selbst wende. Sie schickten Abgeordnete nach Petersburg, die die Regierung ihrer Ergebenheit versichern sollten. Selbst die kaukasischen Eingeborenen-Regimenter wurden wankend, nachdem auch mit ihnen Verhandlungen angeknüpft wurden. Und da deren Träger Abgesandte des Vollzugsausschusses des allrussischen Mohammedaner-Rates waren, so gelang es bald, auch sie zur Untreue gegen ihren Befehlshaber zu verlocken.

Auf solche Weise wurde eine gewaltsame Niederwerfung des Aufstandes überflüssig. Nur gelegentlich war es zu kleinen Scharmützeln zwischen Patrouillen gekommen. Ernste Kämpfe und wirkliches Blutvergießen wurden vollkommen vermieden. Der Aufstand brach in sich selbst zusammen. Kornilow und seine Unterbefehlshaber verstanden es nicht, der von Ssawinkow eingeleiteten Agitation entgegenzutreten und die Truppen mit sich fortzureißen. Anstatt den Vormarsch auf Petersburg schnell und entschlossen durchzuführen, vergeudeten sie kostbare Zeit mit unverständlichem Zögern. Nur mit halbem Herzen waren sie bei der Sache und wünschten augenscheinlich nichts sehnlicher, als daß auch mit ihnen

selbst Verhandlungen angeknüpft würden. So kam es, daß schon am 13. September General Krymow bedingungslos kapitulierte. Bereits am Tage vorher hatte Kornilow selbst sich von General Alekssejew bereden lassen, die Waffen niederzulegen. Freilich stellte er noch die Bedingung völliger Straflosigkeit für seine Mitschuldigen. Doch als das abgelehnt wurde, empfing er am 14. Alekssejew im Großen Hauptquartier und verzichtete nun auf jegliche Sicherung. Er gab sich in die Hand der Regierung und anerkannte seine von Kerenski verfügte Absetzung und Versetzung in Anklagezustand. Das gleiche Schicksal wie er, erlitt eine Anzahl anderer Generale, vor allem Lukomski, Denikin und Kaledin. Die gegen diesen eingeleiteten Maßnahmen mußten freilich wieder rückgängig gemacht werden, da die ihm treu ergebenen Kosakenheere sich bedingungslos für ihn einsetzten und seine Auslieferung verweigerten.

Nun wurden neue Befehlshaber ernannt, die die Truppen wieder an die Front zurückführten. Das Oberkommando übernahm Kerenski selbst und als Stabschef trat ihm General Alekssejew zur Seite.

Der Aufstand Kornilows konnte als niedergeschlagen gelten. Der erste und letzte mit Aussicht auf Erfolg unternommene Versuch, Rußland vor dem Untergang zu retten, war mißlungen.

36. Die dritte Regierungskrise.

Jetzt waren die Voraussetzungen weggefallen, unter denen Kerenski unumschränkte Vollmachten erhalten hatte. Es lag kein Grund mehr vor, den Rat der Fünf fortbestehen zu lassen. Es mußte wieder eine normale Regierung gebildet werden. Am natürlichsten hätte es scheinen können, wenn die Minister ihre Abschiedsgesuche zurückgezogen hätten und das Juli-Kabinett wiederhergestellt worden wäre. Denn nun, da Kornilows Aufstandsversuch zusammengebrochen war, schien die Lage dieselbe zu sein, wie wenige Tage vorher und zu einer Veränderung im Bestande der Regierung war ein sichtbarer Grund nicht gegeben.

Doch so einfach lagen die Dinge in Wahrheit nicht. Es mußte vor allem in Betracht gezogen werden, daß die Stellung der ganzen Kadettenpartei und damit auch der kadettischen Minister sich verschoben hatte. Sie hatte mit den Forderungen Kornilows

offen sympathisiert und sie betonte auch jetzt, daß die von ihm angestrebten Ziele sich mit den ihren deckten. Wenn er versucht hatte, sie auf gesetzwidrigem Wege zu erreichen, so konnte das an ihrer grundsätzlichen Stellungnahme nichts ändern. Es lag aber auf der Hand, daß die Regierung unter dem Druck der revolutionären Organisationen jetzt nicht mehr imstande sein würde, auf die Verwirklichung des Korniloschen Reformprogramms hinzuarbeiten. Mochte es objektiv noch so gut begründet sein, durch den Aufstandsversuch war es in den Augen der Massen, die ihm ohnehin feindlich gegenüberstanden, endgültig kompromittiert. Bei der großen Bedeutung der militärischen Fragen mußte einer Programmänderung, die sie betraf, ausschlaggebende Bedeutung beigemessen werden. Das Koalitionsministerium konnte daher nicht einfach auf der alten Grundlage wiederhergestellt werden.

Es kam hinzu, daß die Kadetten von der sozialistischen Presse als Anhänger Kornilows, ja als seine Mitschuldigen heftig angegriffen wurden.

Andererseits hielt Kerenski an der Auffassung fest, daß ein rein sozialistisches Ministerium nicht regierungsfähig sein würde. Nur das Zugeständnis war er bereit zu machen, daß in das Kabinett nicht kadettische Führer eintreten sollten, sondern gewöhnliche Mitglieder der Partei. Von diesen glaubte er eine unbefangenere Beurteilung der Sachlage erwarten zu dürfen.

Außerdem wollte Kerenski jetzt den schon im Juli gehegten Plan verwirklichen und Vertreter des Handels und der Industrie in das Kabinett berufen.

Unter diesen Gesichtspunkten hatte er noch während der Kornilow-Krise mit einer Anzahl politischer Persönlichkeiten verhandelt. Im Ergebnis stellte er am 13. September eine Liste auf, nach der unter anderem Konowalow, der bereits vom März bis zum Juni Minister für Handel und Industrie gewesen, dieses Portefeuille, mehrere weniger bekannte Kadetten die des Inneren, der Konfessionen und einige andere übernehmen sollte. Das bemerkenswerteste an dieser Liste war im übrigen die Tatsache, daß Nekrassows Name in ihr nicht enthalten war. Das schien um so auffallender, als Nekrassow, zusammen mit Tereschtschenko, dem Ministerpräsidenten bisher am nächsten gestanden hatte. Nun aber sollte er gehen. Die Gründe hierfür wurden nicht bekannt. Nekrassow

selbst sprach von Amtsmüdigkeit. Wahrscheinlich wollte man durch seine Beseitigung die Verständigung mit den Kadetten erleichtern, die in dem ehemaligen Parteigenossen den Überläufer haßten, ihm wohl auch wegen der zweideutigen Rolle grollten, die er Kornilow gegenüber gespielt. Ein anderer Grund war um so weniger ersichtlich, als Nekrassow wenige Tage darauf an Stelle von Stachowitsch Generalgouverneur von Finnland wurde.

Jedoch das Opfer, das Kerenski damit brachte, war nutzlos. Die Kadetten zwar nahmen es an, aber die Ministerliste blieb trotzdem auf dem Papier stehen. Denn der Zentralausschuß der revolutionären Organisationen erhob Widerspruch und erklärte, daß er einer Regierung, zu der Vertreter des Kadettentums gehörten, die Unterstützung verweigern würde. Auf denselben Standpunkt stellte sich Kerenskis eigene Partei, die der Sozialrevolutionäre. Daß er gerade bei dieser auf Schwierigkeiten stieß, hatte er Tschernow zu danken, der gleichfalls aus Rücksicht auf die Kadetten nicht in die neue Ministerliste aufgenommen war und sich nun zum Führer des linken Flügels der Sozialrevolutionäre aufgeworfen hatte. Nur ging die Partei noch weiter als der Zentralausschuß, indem sie Kerenski zu erkennen gab, daß sie nicht bloß eine Teilnahme der Kadetten an der Regierung ablehne, sondern daß sie auch die Berufung des Generals Alekssejew in seine jetzige maßgebende Stellung mißbillige.

Kerenski glaubte seine Pläne durchsetzen zu können, wenn er mit Rücktritt drohte. Aber diese Waffe, die noch vor sechs Wochen so wirkungsvoll gewesen, erwies sich jetzt als stumpf. Seine Drohung machte nicht den geringsten Eindruck. So zog er, für den die Macht trotz aller Demütigungen und Schwierigkeiten den blendenden Glanz noch nicht verloren hatte, es vor sich zu fügen. Er gab den Plan einer Neubildung des Kabinetts auf und fand einen Ausweg im Fortbestehen des Rates der Fünf, der nun zu einer förmlich anerkannten Einrichtung werden sollte.

Der Zentralausschuß stimmte dieser Lösung zu, die tatsächlich für den Augenblick die einzig mögliche war. Aber er knüpfte seine Bedingungen daran. Welcher Art sie waren, sollte sich bald zeigen.

Die erste Frucht der Einigung war eine neue feierliche Kundgebung Kerenskis, in der er dem Volke mitteilte, daß die Not-

wendigkeit entschiedener Maßregeln zur Wiederherstellung der Ordnung die Regierung veranlaßt habe, ihre Gewalt einem engeren Ausschusse von fünf Personen zu übertragen. Zugleich sei sie zur Erkenntnis gekommen, daß der herrschenden Unklarheit über die Staatsform ein Ende gemacht werden müsse. Deshalb rufe sie hiermit die Republik aus. Endlich wurde eine Ergänzung der Regierung durch die Hinzuziehung von Vertretern aller der Elemente in Aussicht gestellt, die die ewigen und allgemeinen Interessen der Heimat höher stellen, als die vorübergehenden privaten Belange einzelner Parteien und Klassen.

Mit der Ausrufung der Republik war eine alte Forderung der revolutionären Organisationen erfüllt. Trotzdem wurde sie sogar von der sozialistischen Presse äußerst kühl aufgenommen. Man bemängelte es, daß sie so beiläufig erfolgte und jetzt, da das langangestrebte Ziel erreicht war, empfand man eine gewisse Ernüchterung. Denn was war es, was man erreicht hatte? Tatsächlich war Rußland bereits seit einem halben Jahre Republik. Die förmliche Anerkennung dieser Tatsache brachte nicht die leiseste Änderung hervor. Alles blieb, wie es gewesen war und der ganze Vorgang bewies nur ein übrigesmal die Schwäche der Regierung.

Gerade diesen Umstand hob auch die bürgerliche Presse hervor. Zugleich aber betonte sie, daß dieses neue Zugeständnis an die revolutionären Organisationen eine Rechtsverletzung schlimmster Art, einen offenkundigen Eingriff in die Befugnisse der künftigen verfassunggebenden Versammlung darstellte.

Doch die Ausrufung der Republik war nicht der einzige Preis, den Kerenski für die Anerkennung des Rates der Fünf zu zahlen hatte.

Unmittelbar nach der Moskauer Staatskonferenz war in den revolutionären Kreisen der Plan entstanden, eine zweite Konferenz einzuberufen, auf der nur diese Kreise vertreten sein sollten. In Moskau hatten sie zwar ungehindert ihre Anschauungen verlautbaren können. Aber sie hatten sich dort mit den Vertretern des Bürgertums auseinandersetzen müssen, sie hatten deren geistiges und sittliches Übergewicht drückend empfunden und auf die öffentliche Meinung hatten die Darlegungen der Gegner stärkeren Eindruck gemacht als die ihren. Das alles hatte tiefe

Unzufriedenheit in ihnen geweckt. So entstand in ihrer Mitte der Wunsch, eine Versammlung nur gleichgesinnter Elemente zu veranstalten. Hier sollte die Stimmung des revolutionären Rußland ungetrübt zur Geltung kommen. Hier sollten alle diejenigen sich finden, die auf dem Boden des Programms standen, das Tschcheidse am 27. August auf der Moskauer Konferenz verlesen hatte. Und diese demokratische Versammlung sollte die Zügel in die Hand nehmen, sollte allein bestimmenden Einfluß auf die Regierung ausüben.

Das war ein Gedanke, der letzten Endes bolschewistisches Gepräge trug. Hatten doch die Bolschewisten von vornherein verlangt, daß alle Gewalt dem revolutionären Volk und seinen Vertretern übertragen werden sollte. Nun aber eigneten ihn sich, freilich in veränderter Form, auch die Träger des gemäßigten Sozialismus an. Gewiß, die geplante Demokratische Konferenz sollte nicht unmittelbar die vollziehende Gewalt an sich reißen. Aber sie sollte zu einer ständigen Einrichtung, zu einem Vorparlament werden und die Regierung sollte ihr gegenüber formell verantwortlich sein. Wenn trotzdem gleichzeitig von der Bildung eines Koalitionskabinetts unter Heranziehung der Vertreter des Bürgertums die Rede war, so lag darin keine Ablehnung bolschewistischer Gedankengänge, sondern nur eine seltsame Unklarheit. Tschcheidses Programm vom 27. August, ein sozialistisches Vorparlament und doch eine Koalitionsregierung — das konnte miteinander nur vereinigt werden, wenn man sich über die Gegensätzlichkeit dieser Punkte nicht klar wurde oder aber, wenn man eine völlige Waffenstreckung des Bürgertums erwartete.

Die Einberufung der Demokratischen Konferenz war bisher nur ein Plan gewesen, der in den Arbeiter- und Soldatenräten ebenso, wie in der sozialistischen Presse im allgemeinen erörtert wurde. Jetzt gewann er feste Gestalt. Der Zentralausschuß eignete ihn sich an und erklärte Kerenski, daß er der Bildung des Rates der Fünf zustimme, jedoch mit der Maßgabe, daß dieser Rat nur bis zum Zusammentritt der Konferenz bestehen dürfe. Sie würde über die Lösung der Regierungskrise entscheiden. Insbesondere bleibe es ihr vorbehalten zu bestimmen, ob ein Koalitionskabinett gebildet werden soll. Deshalb auch müßten bis dahin jegliche bindenden Schritte unterbleiben.

Es liegt auf der Hand, welch großen Sieg der revolutionären Organisationen es bedeutet, daß Kerenski sich diesen Bedingungen fügte. Nun war es klar, daß die Gewalt in Wirklichkeit ihnen gehörte und daß die Regierung sich in völliger Abhängigkeit von ihnen befand. Im stillen zwar fuhr Kerenski fort, auf die Neubildung des Ministeriums hinzuarbeiten. Er knüpfte Verhandlungen mit diesen und jenen Personen, mit Kadetten und mit Vertretern des Handels und der Industrie an. Aber er selbst konnte ebensowenig verkennen, wie die öffentliche Meinung es tat, daß die Entscheidung nicht mehr ihm, auch nicht dem Rat der Fünf zustand, sondern einzig und allein dem Zentralausschuß. Die Regierung hatte die Waffen gestreckt, die revolutionären Organisationen hatten die Gewalt gänzlich an sich gerissen. Das war die erste sichtbare Folge der kläglichen Haltung, die das nicht sozialistische Rußland Kornilow gegenüber eingenommen hatte.

37. Bolschewistische Siege.

Weitere Folgen sollten nicht ausbleiben.

Wieder waren es die Bolschewisten, die den Augenblick auszunutzen verstanden. Einen neuen Aufruhr zu veranstalten schien ihnen überflüssig. Ihr Sieg reifte ohnehin heran. Kornilows Vorgehen hatte die Furcht vor gegenrevolutionären Bestrebungen ins Ungemessene gesteigert, obgleich sein Zusammenbruch doch in Wahrheit den Beweis dafür geliefert hatte, daß eine Gefahr von rechts nicht bestand. Aber die urteilslose Menge zitterte vor einer Wiederherstellung des Zarentums, an die Kornilow selbst nie gedacht hatte. So war es denn ein starker Ruck nach links, der durch die Reihen des Proletariats ging.

Am 14. September fand eine Sitzung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates statt. Die Bolschewisten beantragten eine Entschließung, die alle ihre alten Programmpunkte enthielt. Hier wurde die sofortige Aufhebung des Privateigentums am Lande und die Übergabe der Fabriken an die Arbeiterschaft ebenso gefordert, wie die Aufhebung der Todesstrafe an der Front und die Absetzung aller gegenrevolutionären Offiziere. Auch die Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands und der Ukraine und die Auflösung der Duma fanden ihren Platz.

Die alten Führer, Tschcheidse und seine Gesinnungsgenossen sprachen sich mit größter Entschiedenheit gegen die Annahme der Entschließung aus. Aber ihr Einfluß versagte. Mit 279 gegen 115 Stimmen wurde sie bei 51 Enthaltungen angenommen. Freilich nahm auch der Zentralausschuß gegen sie Stellung. Aber das Ergebnis war, daß der ganze Vorstand des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats zurücktrat und daß an seiner Stelle ein bolschewistisches Präsidium gewählt wurde.

Gewiß war der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat formell nur eine örtliche Einrichtung und über ihm stand der Zentralausschuß, der die Räte von ganz Rußland vertrat. Trotzdem konnte die Bedeutung dieses Sieges der Bolschewisten gar nicht überschätzt werden. Nicht nur nahm der Petersburger Rat im Kreise der anderen eine überragende Stellung ein, Lenin und die Seinen hatten jetzt die unbehinderte Herrschaft über die Petersburger Garnison und das Petersburger Proletariat erlangt. Und daß diese ohne weiteres bestimmenden Einfluß auf den Gang der Ereignisse auszuüben vermochten, hatte die Erfahrung schon deutlich genug gezeigt.

Die Bolschewisten waren denn auch durchaus gesonnen, ihren Sieg auszunutzen. Unverzüglich verlangten sie die Befreiung ihrer seit dem Juli verhafteten Führer. Die Regierung war schwach genug, ihnen ein wichtiges Zugeständnis zu machen. Sie ernannte eine besondere Kommission, die untersuchen sollte, wie weit es dem Gesetz entsprach, daß jene Leute in Haft behalten wurden. Zunächst allerdings führte das zu einem abschlägigen Bescheide an die Bolschewisten. Aber immerhin war der Stein ins Rollen gekommen. Nun wurde bei jeder Gelegenheit wieder die Frage aufgeworfen, ob nicht die Entlassung der Häftlinge am Platz sei. Und es dauerte nicht lange, bis dieser Forderung nachgegeben wurde. Die Türen des Untersuchungsgefängnisses öffneten sich, Trotzki und Genossen wurden in Freiheit gesetzt und konnten sich mit ungeschwächter Kraft ihrer Hetz- und Wühlarbeit widmen. Das Ansehen der Regierung aber hatte einen neuen, schweren Stoß erlitten.

Weitere Niederlagen sollten ihr nicht erspart bleiben.

Während des Kornilowschen Aufstandes hatten sich im Anschluß an die Arbeiter- und Soldatenräte zahlreiche Ausschüsse

zur Bekämpfung der Gegenrevolution gebildet, in denen begreiflicherweise die äußersten Linken, vor allem wiederum die Bolschewisten, die entscheidende Rolle spielten. Jetzt verlangte die Regierung ihre Auflösung, da nunmehr die gegenrevolutionäre Gefahr überwunden sei. Aber diese Forderung wurde ohne weiteres zurückgewiesen. Mehr als das, der Zentralausschuß gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Komitees angesichts der fortdauernden Gefahr mit verstärkter Entschlossenheit weiterarbeiten würden. Das geschah denn auch. Die Komitees veranstalteten Haussuchungen, sie nahmen Verhaftungen vor, sie agitierten und trugen immer neue Erregung in die Masse hinein. Zugleich belästigten sie unaufhörlich die Regierung mit den verschiedenartigsten Forderungen. Bald handelte es sich um Änderungen im Bestande der Kommission, die den Fall Kornilow untersuchen sollte, bald um die Zusammensetzung des Gerichts, dem seine Aburteilung übertragen war.

Eine Frucht ihrer Tätigkeit war es auch, wenn die Zustände im Heer, an der Front, wie in der Etappe immer unerträglicher wurden. Von allen Seiten wurde gemeldet, daß die Beziehungen zwischen Mannschaften und Offizierskorps sich von neuem verschlechtert hatten. Ausschreitungen jeder Art fanden statt. In Orel, Ufa, Taschkent und an zahlreichen anderen Ortschaften brachen Meutereien aus. Furchtbares spielte sich in der Flotte ab. Die Matrosen des großen Panzers „Petropawlowsk“ ermordeten in bestialischer Weise vier ihrer Offiziere. In Wiborg wurden drei Generale und etwa 15 Offiziere unter dem Verdacht mit Kornilow zu sympathisieren verhaftet, mißhandelt, ins Wasser geworfen und vom Ufer aus von ihren eigenen Untergebenen erschossen. Ein Schrei der Empörung ging durch die bürgerliche Gesellschaft und Presse. Aber die Regierung wagte es nicht einzuschreiten. Im Gegenteil, sie ließ den General Alekssejew gehen, den einzigen Mann, der den ehrlichen Willen hatte, die zerrüttete Disziplin wiederherzustellen. Freilich war das letzten Endes nur folgerecht. Denn was Alekssejew anstrebte, war auch Kornilows Ziel gewesen. Und hatte sie diesem hartnäckig widerstrebt, so konnte sie jenen nicht gewähren lassen.

Kaum eine Woche nach seiner Ernennung zum Stabschef Kerenskis mußte Alekssejew zurücktreten und die Sache der Wieder-

herstellung des Heeres geriet in die Hände des neuen Kriegsministers General Werchowski, von dem freilich kein Militär ernste Leistungen erwartete, der aber eine revolutionäre Vergangenheit für sich anführen konnte und das Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte genoß. Von ihm brauchten sie nichts zu fürchten. Das war von vornherein klar, das fand seine Bestätigung in einer großen Rede, die er im Zentralausschuß hielt. Hier legte er dar, daß das Heer nur dann zusammengehalten werden könne, wenn die Kommandobehörden im engsten Einvernehmen mit den Truppenausschüssen arbeiten. Er selbst habe das als Kommandierender General in Moskau mit schönstem Erfolge getan. Es sei ihm sogar ein Leichtes gewesen, sich mit den Bolschewisten zu verständigen. Im Ergebnis habe in Moskau stets Ruhe und Ordnung geherrscht. Den Grundsätzen, die er dort verwirklicht habe, müsse nun im ganzen Heere zum Siege verholfen werden. Dazu sei es vor allem notwendig, daß alle Inhaber der Befehlsgewalt, die politisch nicht unbedingt zuverlässig sind, sofort von ihren Posten entfernt werden. Bisher habe man allzu viel Gewicht auf die fachliche Tüchtigkeit der Offiziere gelegt. Damit müsse gebrochen werden. Die Hauptsache sei ihre revolutionäre Gesinnung und das Vertrauen der Soldaten zu ihnen.

Nach diesem Programm handelte der neue Kriegsminister. Die Ausschreitungen und Revolten, die in blutiger Welle das Land überfluteten, gaben ihm Antwort.

Ähnliche Gesichtspunkte wie der Kriegsminister vertrat der Admiral Werderewski. Und neben den grauenvollen Ereignissen auf dem „Petropawlowsk“ und in Wiborg sollte ein Satirspiel zeigen, wohin seine Tätigkeit führte.

Der Zentralausschuß der Baltischen Flotte fand, daß er für sein Büro besserer Räume bedürfe. Am geeignetsten schien ihm die Dienstwohnung des Chefs des Marinestabes. Er verlangte, daß sie ihm überlassen werde. Der Marineminister erteilte eine abschlägige Antwort, stellte aber zugleich andere, gleich große Räume zur Verfügung. Doch der Ausschuß lehnte jede Verhandlung ab. In ultimativer Form verlangte er, daß seine Forderung binnen 24 Stunden befriedigt werde. Zugleich heischte er die Entlassung des Chefs des Stabes und einiger anderer höherer Offiziere, die

zwar in diese Angelegenheit nicht verwickelt waren, aber im allgemeinen gegenrevolutionärer Gesinnung verdächtig schienen.

Die Regierung nahm einen Anlauf zu energischem Vorgehen. Sie erklärte den Zentralausschuß für aufgelöst und schrieb die Vornahme von Neuwahlen vor. Das Ergebnis waren Meutereien der Mannschaften. Nun lenkte die Regierung ein und begann Verhandlungen. Mit Hilfe des Zentralausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte gelang es tatsächlich einen Kompromiß zu finden, der beiden Teilen annehmbar schien. Der Flottenausschuß zog sein Ultimatum zurück, die Regierung verzichtete auf seine Auflösung und stellte dem Ausschuß die gewünschten Räume zur Verfügung. Der Stabschef durfte also auf seinem Posten bleiben und mußte nur seine Wohnung opfern. Der Ausschuß hatte erreicht, was er wollte. Daß die Regierung von neuem einen Beweis ihrer lächerlichen und kläglichen Schwäche gegeben hatte, vermochte auf niemanden mehr Eindruck zu machen.

38. Die Demokratische Konferenz.

Am 27. September wurde die Demokratische Konferenz im Alexandratheater zu Petersburg eröffnet. Die Einladungen waren vom Zentralausschuß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte ausgegangen. Die gesamte revolutionäre Demokratie Rußlands war berücksichtigt, unter strengem Ausschluß aller bürgerlichen Elemente. Trotzdem nahm die Regierung an den Beratungen teil.

Awksentjew hielt die Eröffnungsrede und bezeichnete als Aufgabe der Versammlung die Organisierung des Landes auf demokratischer Grundlage, die Bildung einer starken Regierung und die Schaffung einer Institution, die imstande wäre, das Land bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung vor Unheil zu bewahren. Nach ihm sprach Tschcheidse und hierauf ergriff Kerenski das Wort zu einer sehr langen, sehr pathetischen und letzten Endes sehr inhaltslosen Rede. Er schilderte, wie er Kornilows Aufstand habe kommen sehen, wie er klug und geschickt alle nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen und wie er ihn siegreich niedergeschlagen habe. Dann ging er zu einer Ausmalung der im Lande herrschenden anarchischen Zustände über. Er sprach von den Unruhen in Finnland, er verlas, als sich Widerspruch regte,

ein Telegramm, das das Eintreffen der deutschen Flotte vor Helsingfors meldete. Er bat um das Vertrauen der Versammlung, versicherte, daß er unter dem Kreuz erliege, das er auf sich genommen und schloß mit zusammenhanglosen Hochrufen auf die Republik und das revolutionäre Heer. Und nun ergoß sich ein Strom von Reden. Der Kriegsminister Werchowski erklärte ein übrigesmal, daß nur durch die Erziehung zu wahrer revolutionärer Gesinnung das Heer genesen könnte, Tschernow sprach von den schöpferischen Kräften der Demokratie. Der Bolschewist Kamenew-Rosenfeld verweigerte Kerenski das Vertrauen und protestierte gegen die Bildung eines Koalitionskabinetts. Zeretelli wiederum trat für eine Heranziehung des Bürgertums ein, aber verlangte gleichzeitig, daß das Programm Tschcheidses vom 27. August der Tätigkeit der neuen Regierung zugrunde gelegt werde. Auf denselben Standpunkt wie er stellten sich in endlosen Reden die anderen Führer der Menschewisten und der Sozialrevolutionäre. In endlosen Reden — eine volle Woche dauerte die Tagung der Konferenz und vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht hinein wurde geredet und geredet und geredet. Niemand hatte etwas neues vorzubringen, aber jeder empfand das Bedürfnis, das längst Gesagte noch einmal zu wiederholen. Inmitten der Versammlung sogar regten sich Überdruß und Widerspruch. Der nichts weniger als wortkarge Tschcheidse erklärte, daß dieses unaufhörliche Reden nur noch Brechreiz auszuüben vermöge. Aber er selbst sprach und alle anderen sprachen unter wachsender Teilnahmslosigkeit der Versammlung. Schließlich vermochten nicht einmal die Zusammenstöße zwischen der gemäßigteren Mehrheit und den Bolschewisten mehr Interesse zu wecken, nur ein heftiges Rededuell zwischen Trotzki und Zeretelli rief für kurze Zeit die Aufmerksamkeit wieder wach.

Ununterbrochen ging es um dasselbe. Soll abermals ein Koalitionskabinett gebildet werden oder soll nun die Demokratie die Gewalt allein in die Hand nehmen? Und weiter, wie soll das geplante Vorparlament beschaffen sein? Soll insbesondere die Regierung ihm gegenüber formell verantwortlich sein?

Endlich begann man zur Abstimmung zu schreiten. Und hier ergab sich ein kläglicher Bankerott der ganzen Veranstaltung.

Zuerst wurde die Frage gestellt, ob eine Koalition mit Ver-

tretern des Bürgertums eingegangen werden solle. Sie wurde mit 766 gegen 688 Stimmen bejaht. Dann aber wurden mit großer Mehrheit zwei Amendements angenommen, deren erstes eine Verständigung mit all den Parteien ablehnte, die an der Kornilowschen Verschwörung beteiligt gewesen, während die zweite ausdrücklich die Kadetten ausschloß. Nun wurde nochmals über die ganze Frage abgestimmt und die unter solchen Umständen unmöglich gewordene Koalition grundsätzlich abgelehnt.

Mit diesem Ergebnis wollten die gemäßigteren Elemente sich nicht zufrieden geben. Das Präsidium wurde erweitert und trat in eine Beratung über die Sachlage ein. Kerenski nahm an ihr teil und erklärte, er halte die Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums für undurchführbar und würde in einem solchen nicht mitarbeiten. Vielleicht, ja wahrscheinlich handelte er so nicht nur aus innerpolitischen Erwägungen. Manches weist darauf hin, daß die Entente einen Druck auf ihn ausübte, um die Beteiligung der Kadetten, in denen sie die einzig zuverlässigen Stützen des Bündnisses sah, zu erzwingen. Jedenfalls schlossen sich ihm die anderen sozialistischen Minister an. So ergab sich denn das seltsame Bild, daß man ein Koalitionsministerium ablehnte, ein sozialistisches aber nicht zu bilden vermochte.

Es mußte also wieder nach einem Mittelwege gesucht werden, obgleich ein solcher unter diesen Umständen begrifflich ausgeschlossen war. Aber man fand ihn. Zeretelli brachte eine Entschließung in Vorschlag, in der freilich jeder Satz dem andern widersprach, die aber doch einen Ausweg zu bieten schien und die deshalb angenommen wurde. Ihr erster Punkt verpflichtete das künftige Ministerium auf das Programm vom 27. August. Weiter hieß es, daß die Demokratische Konferenz einen Ausschuß niedersetzen werde, der bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung als Volksvertretung anzusehen sei. Ihm solle das Ministerium verantwortlich sein. Die Bildung des Ministeriums aber werde unter Mitwirkung dieses Ausschusses vor sich gehen. Falls hierbei die Heranziehung von Vertretern des Bürgertums sich als notwendig erweisen sollte, müßten solche auch dem Ausschusse eingegliedert werden.

Diese Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen, obgleich sie nichts anderes bedeutete als eine volle Bankerott-

erklärung der Demokratischen Konferenz. Denn in ihr war das offene Eingeständnis der Unfähigkeit enthalten, zu einem Beschluß über die Frage, zu deren Lösung die Konferenz recht eigentlich einberufen war, zu kommen. Deshalb mußte die Entscheidung jenem Ausschuß übertragen werden. Doch in welchem Sinne sollte dieser sie nun treffen? Seine Aufgabe war doch wohl, den Willen der Konferenz zum Ausdruck zu bringen und zu verwirklichen. Aber welchen Inhalt hatte dieser Wille?

Die Konferenz verbrachte noch einen ganzen Tag mit der Beratung von Regeln über die Zusammensetzung des Ausschusses. Sie beschloß eine Wahlordnung, sie vollzog die Wahlen selbst. Und dann hörte sie ein Schlußwort des Vorsitzenden an, das ihre gänzliche Unfähigkeit förmlich bescheinigte. Wenn wir — so führte er aus — den Weg nicht gefunden haben, den wir gemeinsam hätten gehen können, so denke ich doch, daß wir alle, ohne Unterschied der Fraktionen, zu der festen Überzeugung gelangt sind, daß die Demokratie einen gemeinsamen Weg, eine gemeinsame Taktik, eine gemeinsame Sprache finden muß. Denn wenn das nicht geschieht, so würde das den endgültigen Untergang aller unserer Hoffnungen bedeuten, den endgültigen Untergang und den Schiffbruch der Revolution.

Der Bankerott des Bürgertums war zutage getreten, als es Kornilow die Unterstützung verweigerte. Nun konnte niemand sich mehr darüber täuschen, daß auch die revolutionäre Demokratie nicht imstande war, das Staatsschiff zu lenken. Der äußere Zusammenbruch konnte nicht mehr ausbleiben, er war nur noch eine Frage der Zeit.

39. Das letzte Kabinett.

Unterdessen wurden die Verhandlungen über die Neubildung des Ministeriums wieder aufgenommen. Sie führten zu einem positiven Ergebnis. Das geschah deshalb, weil alle Beteiligten sich darüber einig waren, daß eine Verständigung um jeden Preis erzielt werden müsse. Doch es war ein Kompromiß von schreiender Unaufrichtigkeit, der die Möglichkeit dazu bot.

Zum Ausgangspunkt wurde die erste Abstimmung der Demokratischen Konferenz gewählt, in der eine Mehrheit sich für das Koalitionsprinzip ausgesprochen hatte. Dieser Beschluß wurde un-

geachtet seiner späteren Umstoßung für maßgebend erklärt. Alle anderen Willensäußerungen der Demokratischen Konferenz wurden daneben formell aufrechterhalten, jedoch zugleich so gedeutet, daß sie für die Vertreter des Bürgertums annehmbar wurden.

Das Programm vom 27. August wurde als für die Regierung bindend anerkannt, gleichzeitig aber betont, daß seine ausdrückliche Erwähnung in der zu erlassenden Deklaration des neuen Ministeriums überflüssig sei, weil die Regierung ohnehin begonnen habe, es zu verwirklichen und seine Anerkennung daher als selbstverständlich nicht besonders hervorgehoben zu werden brauche. Im einzelnen sollte der dort geforderte Ausbau der direkten Besteuerung zugesagt, von ihrer Schonungslosigkeit aber nicht gesprochen werden. Ebenso wurde es für überflüssig erklärt, von der Übergabe des Landes an die Gemeindeausschüsse zu reden. In militärischen Fragen, so wurde behauptet, bestehe ohnehin Übereinstimmung, da alle Parteien die Wiederherstellung der Kampffähigkeit des Heeres forderten. Auch mit der Verantwortlichkeit der Regierung vor dem künftigen Vorparlament seien alle einverstanden. Es würde jedoch genügen, eine moralische Verantwortlichkeit festzusetzen. Nur in der Frage der Auflösung der Reichsduma ließ sich eine solche absichtliche und bewußte Unklarheit nicht aufrechterhalten. Hier drangen die revolutionären Organisationen durch und die Regierung sagte die Auflösung zu. Andererseits wurde der Regierung das Zugeständnis gemacht, daß die Einberufung des Vorparlaments ihr übertragen wurde. Die Hinzuziehung bürgerlicher Elemente wurde nun, angesichts der Bildung des Koalitionskabinetts, als selbstverständlich behandelt.

Im letzten Augenblick entstand eine neue Schwierigkeit. Die Verhandlungen über die Kabinettsbildung waren vom Ministerium unter Teilnahme der ins Auge gefaßten bürgerlichen Kandidaten mit dem Vorstande des von der Konferenz gewählten Ausschusses geführt worden. Während sie andauerten, war jedoch der Ausschuß selbst zusammengetreten und hatte nochmals die Notwendigkeit einer förmlichen Verantwortlichkeit der Regierung betont. Doch als das am folgenden Tage von einem der bürgerlichen Vertreter zur Sprache gebracht wurde, erklärte Zeretelli, daß es sich nur um eine ungeschickte Formulierung handele und daß der Ausschuß bloß ein Zukunftsprogramm habe zum Ausdruck bringen wollen.

Nun stand der Einigung äußerlich nichts mehr im Wege. Der Ausschuß ließ sich Zeretellis Auslegung gefallen, das Ministerium und die Vertreter des Bürgertums nahmen sie hin. Nur der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat brachte unter der Führung des neuen bolschewistischen Präsidiums seine Stellungnahme klar zum Ausdruck. Auf Antrag Trotzkis erklärte er, daß nunmehr eine Diktatur der Bourgeoisie aufgerichtet und daß das neue Ministerium ein Ministerium des Bürgerkrieges sei.

Die Ministerliste wurde endgültig aufgestellt. Kerenski behielt das Präsidium und blieb zugleich Höchstkommandierender der gesamten bewaffneten Macht. Vier Kadetten, nach Kerenskis Wunsch nicht Führer, sondern Parteimitglieder ohne überragende Bedeutung, und ein Mitglied der radikaldemokratischen Partei traten in das Kabinett ein, ebenso zwei Vertreter des Handels und der Industrie, darunter Konowalow, der einstige Handelsminister, der nun zum ständigen Vertreter Kerenskis bestellt wurde. Die übrigen Portefeuilles wurden unter die Vertreter der sozialistischen Parteien verteilt. Werchowski und Werderewski blieben auf ihren Posten.

Am 8. Oktober war es, als die endgültige Verständigung erzielt war. An demselben Tage wurde die Deklaration der neuen Regierung veröffentlicht. Wie vereinbart, brachte sie in gewollter Unklarheit die Sätze des Programms vom 27. August. Im Ergebnis unterschied sie sich nur wenig von den Deklarationen der früheren Ministerien. In langer Reihe wurden die geplanten Reformen aufgezählt. Aber der Weg, auf dem sie verwirklicht werden sollten, wurde jetzt ebensowenig gewiesen wie früher. Allgemeine Redensarten und unklare Versprechungen mußten den Mangel eines wirklichen Zieles verdecken. Und die Ereignisse zeigten, daß zwar die Ministerkrise gelöst war, die allgemeine auf dem Lande lastende Krise aber fortdauerte.

Die Börse allerdings antwortete auf die Bildung des Ministeriums mit einer unbedeutenden Hausse. Doch unmittelbar darauf brach eine Anzahl von Streiks aus, die dem wirtschaftlichen Leben des Landes, soweit ein solches überhaupt noch bestand, den schwersten Schaden zufügten. In Petersburg streikten die Eisenbahnen, in Moskau Telephon und Apotheken. Und am 7. Oktober hatten die Moskauer Stadtwahlen ein unheimliches An-

schwellen der bolschewistischen Stimmen gebracht. Dort hatten, im Gegensatz zu Petersburg, zuerst die Wahlen für die zentrale Stadtverordnetenversammlung stattgefunden, jetzt folgten die für die einzelnen Stadtteile. Waren damals den Bolschewisten nur 11% der abgegebenen Stimmen zugefallen, so konnten sie jetzt nicht weniger als 46% buchen. Zugleich konnten sie triumphierend feststellen, daß der neu ernannte Justizminister Maljantowitsch so gut wie einer der ihren war. Denn in der ersten Besprechung mit den Beamten seines Ressorts hatte er erklärt, daß von einer gerichtlichen Verhandlung gegen die Anstifter des Juli-Aufstandes nicht so bald die Rede würde sein können. Er müsse zuerst das Material persönlich kennen lernen. Daß das mehr als eine Vertagung, daß das einen völligen Verzicht auf die Bestrafung der Aufrührer bedeutete, war jedermann klar.

Trotz alles offiziösen Optimismus konnte auch die Regierung sich dem drohenden Ernst der Lage nicht verschließen. In ihren ersten Sitzungen schon mußte sie bei allem Willen zur Selbsttäuschung feststellen, daß eine neue furchtbare Welle von Anarchie und Zerstörung sich durch das Land wälzt. Von überall her liefen Meldungen darüber ein, daß volle Zügellosigkeit herrscht, daß Mord, Raub und Brandstiftung sich ausbreiten und nirgends Widerstand finden. Aber wirksame Maßregeln ergriff sie auch jetzt nicht. Freilich hätte sie selbst beim besten Willen schwerlich etwas tun können. Die zarische Polizei war aufgelöst, die neue Miliz gänzlich unbrauchbar, die Truppen verwildert und selbst zu Trägern der Anarchie geworden. So wurde es fast unmöglich, ihr einen Vorwurf daraus zu machen, wenn sie wieder zu den alten bürokratisch-revolutionären Allheilmitteln griff. Sie schrieb ihren Kommissaren vor, unverzüglich besondere Ausschüsse aus den Vertretern aller örtlichen Organisationen zu bilden und gestützt auf diese zunächst einen bis ins einzelne gehenden Plan der Maßnahmen auszuarbeiten, die gegen die wachsende Anarchie angewendet werden könnten, dann aber diesen Plan mit aller Energie, wenn nötig, mit Waffengewalt zu verwirklichen. Sicherlich verhehlte die Regierung sich selbst nicht, daß dieser letzte Satz nur dekorative Bedeutung hatte. Aber die Vorschrift, Ausschüsse zu bilden und Pläne auszuarbeiten, nahm sie wahrscheinlich noch ernst.

40. Das Allrussische Kirchenkonzil.

Während so das Land in furchtbaren Zuckungen der Auflösung entgegenging, während die Regierungsgewalt sichtbar zerfiel, tagte in Moskau ein Konzil der griechisch-katholischen Kirche.

Die große Rolle, die die Kirche unter zarischem Regiment nach außenhin gespielt hatte, ebenso der unbestreitbare Einfluß der Religion auf das geistige Leben Rußlands hätten es nur natürlich scheinen lassen, wenn in der grundstürzenden Umwälzung, die Rußland jetzt durchlebte, der Geistlichkeit eine führende Rolle zugefallen wäre. Aber bereits 1905 hatte sie sich die Zügel vollständig entgleiten lassen. Von einem merkbaren Einfluß der Geistlichkeit auf die revolutionäre Bewegung konnte schon damals nicht die Rede sein. Nur einzelne Personen aus ihrer Mitte waren es, die gelegentlich die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich lenkten, wie etwa Gapon, der Führer jener Arbeitermassen, die am blutigen 22. Januar zum Winterpalais zogen, oder Grigori Petrow, der als liberaler Redner und Schriftsteller hervortrat. Doch auch bei diesen war nicht die geistliche Würde maßgebend, sondern persönliche Eigenschaften. Und wenn sich hier und da Kreise fortschrittlicher Geistlicher bildeten, wenn andererseits das Episkopat in konservativer oder reaktionärer Richtung Stellung nahm, so vermochte das schon damals auf die Bewegung als Ganzes keinen Einfluß auszuüben.

Zu einem wesentlichen Teil erklärte sich diese Erscheinung zweifellos daraus, daß die Revolution von der liberalen und radikalen Intelligenz im Bunde mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gemacht wurde. Und die Angehörigen sowohl dieser als jener Bevölkerungsschicht waren der Religion entfremdet und standen in bewußtem Gegensatz zur Kirche. Wenn es aber der Geistlichkeit nicht gelang, Einfluß auch nur auf jene Kreise zu erlangen, die ursprünglich der revolutionären Bewegung ferngestanden hatten, so lag das wiederum an der Entwickelung, in die die Kirche durch den Staat hineingedrängt worden war.

Seit Peter der Große das Patriarchat aufgehoben, die oberste Kirchenverwaltung dem allerheiligsten Synod übertragen und ihn wenn nicht formell, so doch sachlich dem Vertreter des Staates, dem Oberprokureur, untergeordnet hatte, war die Kirche immer

mehr und mehr zu einem bloßen Werkzeuge der Staatsgewalt herabgesunken. Sie war seinen politischen Zielen dienstbar geworden und hatte aufgehört, Trägerin des religiösen Lebens zu sein. Eine Mitarbeit der Gemeinde war vollkommen ausgeschaltet, die Weltgeistlichkeit war arm und ungebildet und ein dem Leben fremdes Mönchstum herrschte. Innerhalb der Kirche war alles geistliche Leben erstarrt. Seit das Christentum aus Byzanz nach Kiew und Moskau gebracht war, hatte es keine Entwickelung der Lehre mehr erfahren. Um rituelle Fragen hatten sich alle Streitigkeiten bewegt, die im Laufe von Jahrhunderten die griechisch-katholische Kirche erschütterten und rituelle Fragen waren es, die zu ihrem wichtigsten Erlebnis, zum Abfall der Altgläubigen, führten. Wo aber wahrhaft religiöser Drang erwachte, da rief er die Bildung von Sekten und Konventikeln hervor. Die amtliche Kirche blieb von ihm unberührt. Freilich gab es auch in ihrer Mitte Kreise, die auf eine Erneuerung des religiösen Lebens hinarbeiteten. In Moskau und Petersburg waren religionsphilosophische Vereine und Gesellschaften entstanden, die auf positiv christlichem Boden blieben und eine Reformation der Kirche anstrebten. Den Weg dahin sahen sie vor allem in ihrer Befreiung vom übermächtigen Einflusse des Staates. Doch diese Bestrebungen wirkten kaum über den kleinen Kreis von Intellektuellen hinaus, innerhalb dessen sie entstanden waren. Die liberale Presse suchte sie zu fördern, aber sie vermochte nicht, ihnen Widerhall innerhalb der Massen zu schaffen. Auch die Geistlichkeit in ihrer Gesamtheit stand ihnen fremd gegenüber. Zwar war auch sie mit den bestehenden Zuständen unzufrieden, doch war es keine Reform von innen heraus, die sie anstrebte. Wenn die Träger des Kirchenregiments, das Episkopat und die mit diesem verbundene mönchische sogenannte schwarze Geistlichkeit seit jeher darauf hinzielten, die Vormundschaft des Staates abzuwerfen, so verfolgten sie dabei keinen anderen Zweck als eine Stärkung der eigenen Macht, die letzten Endes zu einer Unterwerfung des Staates unter die Kirche führen sollte. Einer Heranziehung des Laienelementes, von der jene intellektuellen Schwärmer vor allem eine Wiederbelebung der Kirche erhofften, standen sie schroff ablehnend gegenüber. Und ebensowenig wünschten sie ihre Macht mit der Weltgeistlichkeit zu teilen. Diese wiederum, vertreten durch

das Riesenheer der wenig gebildeten, armen, sozial ganz im Kleinbürgertum aufgehenden Popen wünschte letzten Endes nichts, als eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und eine Abschwächung des hart auf ihr lastenden Regiments der Bischöfe. An eine rechtliche Gleichstellung, an die Eröffnung der Möglichkeit das Episkopat aus den eigenen Reihen zu ergänzen, wagte sie kaum zu denken. Rein politisch betrachtet aber nahm diese sogenannte weiße Geistlichkeit im allgemeinen etwa den Standpunkt ihrer Umgebung ein. Sie war monarchisch gesinnt, solange der Zar herrschte, sie beugte sich der Revolution, als diese siegte. Hier und da fand sich ein Dorfgeistlicher, der an den alten Überlieferungen festhielt und auch nach dem Umsturz das Kaisergebet sprach. Doch das waren seltene Ausnahmen. Der Geist, der innerhalb der Kirche herrschte, war nicht geeignet, aufrechte Männer mit eigener Überzeugung zu erziehen.

So stand die Kirche untätig beiseite, als die Revolution das Reich durchflutete. Selbst der Synod, in dem die rückschrittlich gesinnten Spitzen des Episkopats vereinigt waren, dachte nicht daran Widerstand zu leisten. Er ließ es sich auch gefallen, daß der neue Oberprokureur Wladimir Lwow die Häupter der Reaktion aus ihm entfernte und sie durch Männer ersetzte, die mit Recht oder Unrecht im Rufe liberaler Gesinnung standen. Und nachdem diese Reinigung vor sich gegangen war, wirkte der Synod bereitwillig bei der Absetzung mißliebiger Bischöfe mit. Freilich gab es einige Reibungen. Doch entsprangen sie mehr der Schroffheit und Ungeschicklichkeit Lwows, als der Mannhaftigkeit der Mitglieder des Synods. Dann kam eine Zeit, da diese und jene Reformpläne im Schoß des Synods erwogen wurden. Man ließ Bischöfe und Metropoliten unter Beteiligung des Laienelements wählen, man erörterte eine Reform des veralteten und von der Öffentlichkeit häufig getadelten Scheidungsprozesses, man begann von der Einberufung eines allrussischen Kirchenkonzils zu sprechen, das eine Reform an Haupt und Gliedern durchführen sollte.

Ausnahmsweise wagte man es auch, gegen allzu radikale Maßnahmen der einstweiligen Regierung Widerspruch zu erheben. Man protestierte gegen die Übergabe der Kirchenschulen an das Unterrichtsministerium, man protestierte gegen den Plan einer Trennung der Kirche vom Staat, die materiell allzu unvorteilhaft

gewesen wäre. Doch im ganzen hielt der Synod sich streng zurück. Weder er, noch die ihm unterstellte Geistlichkeit suchte Einfluß auf den Gang der Ereignisse zu nehmen.

Als aber dann die Vorbereitungen zur Einberufung des Kirchenkonzils begannen, als sein Zusammentritt in greifbare Nähe rückte, da fingen die Wogen der Hoffnungen und Erwartungen in den kirchlichen Kreisen an hoch zu gehen. Nun trat es deutlich zutage, daß der Synod trotz aller Personalveränderungen derselbe geblieben war und daß er bisher nur deshalb Zurückhaltung geübt hatte, weil er sich der Regierung und den revolutionären Strömungen gegenüber schwach fühlte. Er hatte alle seine Berechnungen auf das Konzil gesetzt, das zu einer machtvollen Heerschau der Kirche werden und den staatlichen Organen als gleichberechtigter Faktor entgegentreten sollte.

Im Juli waren die Vorbereitungen so weit gediehen, daß die Einberufung des Konzils auf einen bestimmten Tag, auf den 28. August, festgesetzt werden konnte. Alle Bischöfe und ihnen gleichgestellten Häupter der schwarzen Geistlichkeit sollten an ihm teilnehmen, ferner zwei Angehörige der weißen Geistlichkeit und drei Laien aus jeder Eparchie, Vertreter der Klöster, der Heeresgeistlichkeit, der geistlichen Akademien, der Universitäten und der Akademie der Wissenschaften. Die Metropoliten der autokephalen östlichen Kirchen wurden feierlich geladen; eine pomphafte Eröffnung ins Auge gefaßt.

Sie fand am festgesetzten Tage in Moskau statt. Aber trotz allen Glanzes, der entfaltet wurde, ging sie fast unbeachtet vorüber. Denn nur drei Tage vorher war die Moskauer Staatskonferenz zusammengetreten. Sie zog die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in so hohem Maße auf sich, daß für das Kirchenkonzil wenig übrig blieb. Und in der Folge sollte sich daran nichts ändern. Auf die Staatskonferenz folgte Kornilows Aufstand, auf diesen die Ministerkrise, dann die Demokratische Konferenz, die Neubildung des Ministeriums, endlich das Vorparlament. Politische Ereignisse von schwerwiegendster Bedeutung jagten einander und das Konzil blieb andauernd im Dunkel. Selbst die Zeitungen berichteten über seine Sitzungen mit äußerster Kürze und nur ganz ausnahmsweise wurde ihm ein Leitaufsatz gewidmet.

Doch auch in ruhigeren Zeiten hätte dieses Konzil das öffent-

liche Interesse nicht zu fesseln vermocht. Denn wer erwartet hatte, daß hier ein mächtiger Strom aufrauschen, daß hier die Stimme des orthodoxen Rußland in Klarheit und Reinheit, in ungebrochener Kraft erschallen würde, sollte sich bald getäuscht sehen. Kleinliche Machtbestrebungen, kleinliches Gezänk füllten die Sitzungen der Kirchenversammlung. Nur ganz selten erklangen Worte, die Zeugnis davon gaben, daß christlicher Geist und christlicher Bekennermut in der östlichen Kirche noch nicht erstorben waren. Und gleich wurden sie von mönchischem Gezeter übertönt. Ja, es kam zu häßlichen Zusammenstößen, zu Drohungen mit Tätlichkeit, zum Ausschluß von Mitgliedern, die die Würde der Versammlung nicht zu wahren wußten.

Die erste Sitzung wurde durch eine Rede des zum Konfessionsminister umbenannten Oberprokureurs Kartaschew eröffnet, der das Konzil im Namen der Regierung begrüßte und es aufforderte, die Grundlagen der neuen Kirchenverfassung auszuarbeiten. Die Entwürfe des Konzils würden von der Regierung mit Ehrfurcht und Wohlwollen entgegengenommen und der verfassunggebenden Versammlung vorgelegt werden. Nach dem Minister redete der Präsident der Reichsduma Rodsjanko, der überschwänglichen Hoffnungen auf eine Reinigung und Erneuerung der russischen Kirche Ausdruck gab, nach ihm der Vertreter der Heeresgeistlichkeit Schawelski, dann Wladimir Lwow und viele andere. Die erste sachliche Erörterung des Konzils aber wirkte wie ein kalter Wasserstrahl. Denn sie brachte einen ungeschickten und unschönen Streit darüber, aus welcher Quelle die Mittel zur Deckung der notwendigen Ausgaben beschafft werden sollten. Gewiß bedurfte diese Frage der Klarlegung. Und letzten Endes war es nur einer ungeschickten Regie zuzuschreiben, wenn sie in dieser Weise zur Debatte kam. Aber der Eindruck auf die Öffentlichkeit war nun einmal erzielt und konnte nicht wieder verwischt werden.

Der Synod legte dem Konzil eine Reihe von Sätzen vor, die die Grundlagen für den neuen Aufbau der russischen Kirche und für die Regelung ihrer Beziehungen zum Staate bilden sollten. Sie waren es, die für die weiteren Arbeiten des Konzils maßgebend wurden. Sie waren es aber auch, die keinen Zweifel daran ließen, daß diese Arbeiten nicht zu dem Ziele hinführen

konnten, daß die orthodoxe Kirche sich stecken mußte, wenn sie sich von jahrhundertelanger Erstarrung befreien und ihre wahre Bestimmung erfüllen wollte. Denn die Sätze des Synods atmeten nichts anderes als Machtgier und Unaufrichtigkeit. Die rechtgläubige Kirche, so heißt es da, nimmt den ersten Platz unter allen religiösen Vereinigungen ein, ohne deshalb herrschend zu sein. Sie ist unabhängig von der staatlichen Gewalt, aber nicht getrennt vom Staat, sondern nur autonom. Die von der rechtgläubigen Kirche ausgehenden Bestimmungen werden als Rechtsvorschriften anerkannt, die für alle zur Kirche gehörenden Personen und Einrichtungen bindende Kraft besitzen. Der Staat übt ein Aufsichtsrecht nur auf dem Wege der Verwaltungsgerichtsbarkeit aus. Die kirchlichen Feiertage gelten als staatliche Feiertage. Das Haupt des russischen Staates und der Konfessionsminister müssen zum griechisch-katholischen Bekenntnis gehören. Der Kirche ist die Eröffnung und Unterhaltung von Schulen jeder Art anheimgestellt.

Es war allzu offensichtlich, wie hier versucht wurde, einen Mittelweg zu finden zwischen den auf Gleichberechtigung aller Konfessionen hinzielenden Bestrebungen der Neuzeit und den alten Herrschaftsansprüchen der griechisch-katholischen Kirche, zwischen dem Wunsche, von staatlicher Bevormundung frei zu sein und doch nach wie vor die Machtmittel des Staates zur Verfügung zu haben. Noch klarer traten diese Bestrebungen hervor, noch deutlicher wurde die Neigung des Episkopats, unter dem Schein einer Erneuerung der Kirche, die Gewalt endgültig an sich zu reißen, als die Beratungen bis zur Frage der inneren Kirchenverfassung gediehen. Trotz lebhaften Widerspruchs seitens eines Teiles der Versammlung wurde die Aufhebung des Patriarchats als wesentlichster Grund des Verfalles der Kirche anerkannt und seine Wiederherstellung mit Entschiedenheit gefordert. Und als dann die Verfassung der ständigen obersten Kirchenbehörde beraten wurde, erwies es sich, daß das Episkopat die Weltgeistlichkeit und das Laienelement gänzlich zu verdrängen bestrebt war. Es wollte ihnen eine Vertretung nur auf dem außerordentlichen Konzil zubilligen, das nicht öfter als alle neun Jahre berufen werden sollte. Im ständigen Konzil hingegen, das an die Stelle des Synods zu treten hatte, sollten bloß Bischöfe sitzen.

Eingehende Beratungen fanden über die materielle Lage der Weltgeistlichkeit statt. Lebhaftes Interesse unter den Teilnehmern des Konzils weckten auch alle Erörterungen, die die Gemeindeverfassung und das Gemeindevermögen betrafen. Die religiösen und sittlichen Fragen dagegen blieben im Hintergrunde. Auf diesem Gebiete brachte das Konzil nicht viel mehr zuwege, als die an Kerenski gerichtete Forderung, daß der Religionsunterricht wieder für obligatorisch erklärt und daß die Freiheit der Vierzehnjährigen, ihr Bekenntnis zu wechseln, aufgehoben werde.

Kleinliche Streitigkeiten erfüllten vom ersten Tage an die Sitzungen. Kleinliche Streitigkeiten beherrschten sie bis zuletzt. Nichts war zu spüren von ernstem heiligem Willen zu einer Wiedergeburt der rechtgläubigen Kirche. So konnte vom Moskauer Konzil die erhoffte und erwartete Erneuerung des geistlichen Lebens nicht ausgehen. Das Konzil vermochte sich nicht über das allgemeine Niveau zu erheben, es stand mitten unter all den anderen Konferenzen und Kongressen. Trotz der Teilnahme zahlreicher Laien war das Konzil letzten Endes nichts als eine Interessenvertretung der Geistlichkeit, eines Standes, der sich in keiner wesentlichen Beziehung von den übrigen Berufs- und Erwerbsständen unterschied. Deshalb mußte seine Stimme auch wirkungslos verhallen, als es sich mit einem Aufruf an das rechtgläubige Volk wandte, als es zum Vergessen der inneren Streitigkeiten, zu festem Zusammenschluß gegen den äußeren Feind, zur Wiederaufrichtung des zerfallenden Staates mahnte. Kirche und Geistlichkeit standen dem gewaltigen Erleben, das ihr Volk durchzitterte, fremd gegenüber. Die Massen, die noch vor wenigen Jahren gläubig zu ihnen aufgeschaut hatten, waren jetzt ihrem Einfluß entglitten.

Die Tagung des Konzils wurde nicht zu Ende geführt; seine Beschlüsse blieben auf dem Papier. Aber auch wenn dem anders gewesen wäre, das, was Rußlands reinste und beste Geister erhofft hatten, konnte dieses Konzil nicht geben.

41. Der Prozeß Ssuchomlinow.

Während die Ereignisse immer stärker auf eine gewaltsame Lösung hindrängten, rollte sich ein Zwischenspiel ab, das die Augen der gesamten politischen Welt in Rußland und Europa

auf sich lenkte. Das war der Prozeß gegen den ehemaligen Kriegsminister Ssuchomlinow, dieser Prozeß, der an sich nur retrospektive Bedeutung hatte, der in den Rahmen der sich überstürzenden Entwicklung eigentlich nicht hineingehörte und der doch ein farbenreiches Bild nicht bloß der vergangenen zarischen Zeiten, sondern auch der revolutionären Gegenwart malte.

Man sagte dem einstigen Gardehusaren nach, daß er seine glänzende Laufbahn vor allem gesellschaftlichen Talenten zu verdanken habe, die gerade der schüchterne und ungewandte Zar besonders hoch einschätzte. Für einen Arbeiter und Sachverständigen, für einen Staatsmann hatte ihn nie jemand gehalten. Als Oberkommandierender des wichtigen Kiewer Militärbezirks hatte er keine Lorbeeren gepflückt, nur einen ungeheuren Skandal verursacht, als er die schöne Frau Butowitsch eroberte und ihre Scheidung erzwang. Daß seine Beziehungen zu ihr schon vorher offenkundig waren, hatte ihm in der Hofgesellschaft nicht geschadet, sie nicht unmöglich gemacht. Er wurde Kriegsminister und er blieb es trotz allen Widerspruchs hoher Offiziere, als der europäische Horizont sich zu umwölken begann. Er schloß ein enges Bündnis mit den Führern der Militärpartei, mit dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch und dem Generalstabschef Januschkewitsch. Er war es, der durch seine Artikel in den „Birshewyja Wedomosti" Frankreichs Kriegslust anfeuerte und er war es, der die Mobilisierung gegen den Willen des Zaren durchsetzte und so den Kriegsausbruch erzwang.

Als dann im Sommer 1915 das russische Heer Niederlage über Niederlage erlitt, als es sich herausstellte, daß die Ursache hierfür vor allem in der ungenügenden Versorgung mit Munition lag, da brach das Strafgericht über ihn herein. Er wurde in der Duma der Amtsvernachlässigung angeklagt, er wurde beschuldigt, dem Feinde absichtlich in die Hand gespielt, ja, seine Spionage gefördert zu haben. Er wurde seines Amtes enthoben und in Anklagezustand versetzt. Doch im stillen hielt der Zar an ihm fest. Die Kommission, die seinen Fall untersuchen sollte, arbeitete Monat um Monat, ohne zum Abschluß kommen zu können. Und bald war es klar, daß er nie vor Gericht gestellt werden würde.

Die Revolution aber bedurfte der Opfer, sie wollte und mußte die Unfähigkeit der Männer des alten Regimes nachweisen. Und

wenn ein Verfahren gegen Goremykin, gegen Schtscheglowitow und Maklakow nur geringen Ertrag versprach, da diesen Männern eine förmliche Gesetzesverletzung nur in wenigen und bedeutungslosen Fällen nachgewiesen werden konnte, so durfte um so mehr von einem Prozeß gegen Ssuchomlinow erwartet werden. Man hoffte ihn selbst, man hoffte vor allem den Zaren vor dem eigenen Volk und vor den Bundesgenossen bloßstellen zu können.

Am 23. August 1917 wurde der Prozeß gegen Ssuchomlinow vor der obersten Gerichtsbehörde, dem Senat, der sich nach der neuen revolutionären Prozeßordnung als Schwurgericht konstituierte, eröffnet. Während des Korniowschen Aufstandes vertagte man ihn. Seinen Abschluß fand er am 25. September. Die Anklage, die eine lange Reihe von Punkten umfaßte, beschuldigte den General erstens der Pflichtvernachlässigung, die zu ungenügender Versorgung des Heeres geführt und dadurch dem Feinde Nutzen gebracht, zweitens der böswilligen Mitteilung geheimer Nachrichten an feindliche Spione und endlich wiederholter Täuschung des Zaren durch falsche Berichte. Eine Schar von Zeugen war zitiert, aber fast die Hälfte blieb fort, darunter so wichtige, wie der frühere Gehilfe Ssuchomlinows General Manikowski, der frühere Verkehrsminister Nemeschajew und andere Amtsgenossen des Angeklagten. Auch General Alekssejew, Rodsjanko und Miljukow blieben aus, desgleichen die Witwe des Obersten Mjassojedow, dem Ssuchomlinow Material geliefert haben sollte und der als deutscher Spion hingerichtet war. Trotzdem wurde das Verfahren eröffnet. Der Widerspruch der Verteidigung blieb ungehört und ebenso ungehört blieb ihr Protest gegen schwerwiegende Mängel des Vorverfahrens. Diese Gewaltsamkeit, mit der die Verhandlungen einsetzten, prägte ihrem ganzen weiteren Verlauf den Stempel auf. Ssuchomlinow sollte und mußte verurteilt werden, ganz unabhängig von dem Ergebnis der Beweisaufnahme. Denn letzten Endes war es die neue Staatsordnung, die hier über die alte zu Gericht saß.

Als Hauptbelastungszeuge trat der General Januschkewitsch auf, der alle Mißerfolge der russischen Heere ausschließlich auf den Mangel an Geschossen und Gewehren zurückführte und die ganze Verantwortung für diesen Mangel dem Angeklagten zuschob. Auf den unvoreingenommenen Hörer jedoch machte es einen

durchaus glaubwürdigen Eindruck, als Ssuchomlinow die bürokratische Unzulänglichkeit und die Leistungsunfähigkeit der fiskalischen wie privaten Werke schilderte, die allen seinen Anstrengungen hindernd in den Weg getreten waren. Gewiß konnten diese Momente ihn nicht von jeder Verantwortung entlasten. Aber eine erhebliche Milderung der Schuld, die er durch Nachlässigkeit und Energielosigkeit auf sich geladen, lag zweifellos in ihnen. Jedenfalls konnte weder Januschkewitsch, noch einer der anderen zahlreichen Zeugen einen Beweis dafür erbringen, daß er in Sachen der Heeresversorgung böswillig gehandelt hatte.

Noch weniger schlüssig war das, was zur Frage der Spionage vorgebracht wurde. Manches in Ssuchomlinows Verhalten machte unbestreitbar einen seltsamen und wenig erfreulichen Eindruck. Es waren abenteuerliche Gestalten, mit denen er sich umgeben hatte. Auch seine Geldverhältnisse waren nichts weniger als durchsichtig. Und wenn er selbst, ebenso wie die Entlastungszeugen, behauptete, er habe die von ihm verbrauchten sehr erheblichen Summen an der Börse gewonnen, so machte es einen seltsamen Eindruck, mit welcher Harmlosigkeit und Selbstverständlichkeit auf diese für einen Kriegsminister doch nicht gerade gewöhnliche Erwerbsart hingewiesen wurde.

Tatsächlich ließ sich ihm denn auch nur ein zweifelhafter Schritt wirklich nachweisen. Er hatte einer nicht einwandsfreien Persönlichkeit ein Verzeichnis aller der Maßnahmen ausgehändigt, die er als Kriegsminister ergriffen, damit es in einer biographischen Skizze verwendet werde. Nach der Ansicht der Sachverständigen stellte das Verzeichnis wertvolles Material für jeden fremden Staat dar. Doch Ssuchomlinows Charakter läßt seine eigene Darstellung dieses Vorfalles durchaus glaubwürdig erscheinen, denn die Eitelkeit, von der er beseelt war, konnte ihn sehr wohl zu einem solchen unbedachten Schritt verleiten.

Ähnlich steht es um die dritte gegen ihn erhobene Beschuldigung. Ganz zweifellos hat er sich Ungenauigkeiten in seinen Berichten an den Zaren zuschulden kommen lassen. Verbrecherische Absichten aber haben ihm dabei sicherlich fern gelegen. Und die russische bürokratische Überlieferung läßt sein Verhalten kaum tadelnswert erscheinen. Den einzigen Fall aber, in dem Ssuchomlinow unstreitig seine Amtspflicht verletzt, den Zaren belogen und

unzweideutigen Befehlen zuwider gehandelt hat, schob das Gericht beiseite. Denn da handelte es sich um die Mobilisierung in den letzten Julitagen 1914. Der Schleier, der über diesen Vorgängen lag, durfte nicht gelüftet werden, damit die Legende von Deutschlands Kriegsschuld unangetastet bleibe.

Ssuchomlinow mußte schuldig sein. Das verlangten Rücksichten der inneren, nicht weniger als der äußeren Politik. So kam es denn, daß nicht nur seine ganze Tätigkeit von der Zeitungsberichterstattung in schwärzestem Licht gemalt wurde, sondern daß auch die Prozeßleitung mit offensichtlicher Feindseligkeit gegen ihn Stellung nahm. Er wurde ständig in seiner Verteidigung beschränkt, während andererseits Dinge vorgebracht und breitgetreten wurden, die mit dem Gegenstand des Prozesses nichts gemein hatten. Insbesondere wurde die Scheidungsangelegenheit seiner Frau ausführlich behandelt. Doch trotz aller auf die Herstellung eines lückenlosen Materials abzielenden Anstrengungen mußte der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer gestehen, daß es an direkten Beweisen für Ssuchomlinows Schuld fehle. In den Vordergrund schob er deshalb die allerdings unbestreitbare Tatsache, daß der einstige Kriegsminister in ständigen engen Beziehungen zu dunklen Persönlichkeiten ausländischer Herkunft gestanden und daß diese Leute teils wegen Spionage verurteilt, teils bei Ausbruch des Krieges in ihre Heimat zurückgekehrt waren. Freilich machte einer der Verteidiger darauf aufmerksam, daß in den Prozessen gegen jene vermeintlichen Spione der Beweis ihrer Schuld hauptsächlich in der Tatsache ihres intimen Verkehrs mit Ssuchomlinow gefunden worden und daß es einen unerhörten Zirkelschluß darstelle, wenn man nun Ssuchomlinow wegen seines Verkehrs mit ihnen verurteilen wollte.

Doch die Schuldigsprechung war beschlossene Sache. So fiel denn der Wahrspruch der Geschworenen gegen ihn und er wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verdammt.

Gewiß läßt auch dieses Urteil sich rechtfertigen. Denn letzten Endes trug Ssuchomlinow wenigstens die förmliche Verantwortung dafür, daß Rußland ungerüstet in den seit langem erwarteten und vorbereiteten Krieg gegangen. Aber wollte man diesen Maßstab anlegen, dann mußten die Belastungszeugen, die jetzt gegen ihn auftraten, dann mußten Januschkewitsch und alle die anderen

Generäle die Anklagebank mit ihm teilen. Dort war auch der Platz für seine einstigen Amtsgenossen, vor allem für den von der liberalen Presse verhätschelten Außenminister Ssasonow, die über sein Treiben wohl unterrichtet gewesen waren, aber den Günstling des Zaren nicht anzutasten gewagt hatten. Und dasselbe Schicksal hätte nun auch die revolutionären Führer ereilen müssen, die mitten im Kriege die russische Heeresmacht zerstörten.

Der Prozeß Ssuchomlinow gab ein anschauliches Bild von den Zuständen, die unter zarischem Regiment geherrscht hatten. Er gab ein Bild auch von den Beziehungen, die zwischen der revolutionären Regierung und den Verbündeten bestanden. Er zeigte die völlige Abhängigkeit Kerenskis ebenso, wie der russischen öffentlichen Meinung von der Entente.

Aber er gab noch mehr. Trotz aller Verhüllungsversuche der Prozeßleitung und der Presse lieferte er den endgültigen Beweis dafür, daß Rußland im Einverständnis mit England und Frankreich den Krieg seit Jahren vorbereitet hatte, daß es seit dem Frühjahr 1914, lange vor dem Morde von Serajewo und dem österreichischen Ultimatum an Serbien, mobilisiert hatte. Er lieferte den Beweis, daß die Friedensbemühungen Kaiser Wilhelms II. vielleicht Erfolg gehabt hätten, wenn nicht Ssuchomlinow, Januschkewitsch und Ssasonow den Zaren zielbewußt belogen und getäuscht hätten. Denn Ssuchomlinows eifrigstes Bestreben war zu zeigen, daß er nicht etwa in Deutschlands Interesse kriegsfeindliche Politik getrieben. Deshalb enthüllte er ungescheut, daß er den Befehl des Zaren, die begonnene Teilmobilisation rückgängig zu machen, einfach nicht ausgeführt und daß er gemeinsam mit Januschkewitsch und Ssasonow schließlich den Zaren veranlaßt hatte, die Gesamtmobilisation anzuordnen. Ja, es können sogar Zweifel darüber bestehen, ob der Befehl zur Gesamtmobilisation überhaupt vom Zaren selbst ausgegangen ist.

Gerade in der Aufhellung dieser Tatsachen liegt die eigentliche geschichtliche Bedeutung des Ssuchomlinow-Prozesses.

VII. Götzendämmerung.

42. Anarchie.

Schon die erste Sitzung der neugebildeten Regierung hatte sich mit der im Lande unaufhaltsam wachsenden Anarchie befassen müssen. Diese Erscheinung mußte auf die Tagesordnung auch aller weiteren Zusammenkünfte des Ministeriums gesetzt werden. Die Regierung selbst machte aus der Unhaltbarkeit der Lage kein Geheimnis mehr und in den Blättern füllten die Berichte über Meutereien, Agrarunruhen, Morde, Plünderungen und Zerstörungen täglich viele Spalten. Trotz aller vom Ministerium niedergesetzten Ausschüsse, trotz aller an die örtlichen Behörden gerichteten Befehle zu energischem Durchgreifen zeigte sich nirgends eine Aussicht auf Besserung der Verhältnisse. Im Gegenteil, das unaufhaltsame Anwachsen der Anarchie war unverkennbar.

Ein halbamtlicher Bericht über eine am 17. Oktober 1917 stattgehabte Sitzung des Kabinetts gibt zusammenfassend die Vorträge der Minister des Inneren, des Krieges und für Handel und Industrie wieder. Es heißt da, daß die empörende Anarchie, die gegenwärtig in fast allen Städten und Ortschaften herrsche, in erster Linie der Zügellosigkeit der Etappensoldaten zur Last falle. In nächster Zukunft aber drohe eine noch furchtbarere Welle von Unruhen infolge der gänzlich unbefriedigenden Lage des Verpflegungswesens. Zahlreiche Meldungen, die bei den Zentralbehörden einlaufen, zeigen, daß die Industriegebiete des Landes unmittelbar von Hungersnot bedroht seien.

Schon gegenwärtig beobachte man, so hieß es weiter, eine massenweise Schließung kleiner industrieller Unternehmungen und eine Herabsetzung der Arbeiterzahl in den großen Werken. Die Arbeiter verlassen ihre Wohnorte und begeben sich in hellen Scharen in die benachbarten Gebiete, um gewaltsam Lebensmittel zu beschaffen. Sie tragen Erregung und Unordnung auch in die bisher ruhigen Gegenden. Noch bedroh-

licher ist der Umstand, daß der für die Front bestimmte Proviant unterwegs von den Etappentruppen angehalten wird. Auch weigern sich die Bauern immer häufiger, ihr Getreide abzuliefern. Sie widersetzen sich den Requisitionen und lehnen selbst den freihändigen Verkauf von Lebensmitteln ab.

In derselben Sitzung, in der diese Schilderungen vorgetragen wurden, kam auch ein Bericht Kerenskis zur Besprechung, in dem es hieß, daß der Zerfall der Fronttruppen immer weitere Fortschritte mache. Die Soldaten verweigern den Gehorsam nicht nur den Offizieren, die sie gegenrevolutionärer Bestrebungen verdächtigen, sondern auch den selbstgewählten Ausschüssen, sowie diese für die Aufrechterhaltung der Disziplin eintreten.

In der halbamtlichen Meldung heißt es dann, daß alle diese Tatsachen tiefen Eindruck auf die Mitglieder der Regierung machten. Die Minister waren einmütig der Ansicht, daß es der Ergreifung außerordentlicher Maßnahmen bedürfe. Aber, so wird weiter mitgeteilt, greifbare Vorschläge wurden nicht gemacht.

In derselben Nummer der Zeitungen, die diesen Bericht über die Kabinettssitzung enthielten, war eine Reihe von Telegrammen wiedergegeben, die im Laufe des vorhergehenden Tages beim Justizministerium eingegangen waren.

Aus Charkow wurde gemeldet: „Fünf Läden sind geplündert. Die Soldaten, die zum Schutze ausgesandt wurden, beteiligen sich nach der Ablösung an der Plünderung, während die ersten Plünderer die Bewachung übernehmen. Die Plünderung dauert eben noch an und wird unvermeidlich noch weiter um sich greifen. Der Chef der Garnison Kurilko ist kopflos und feige."

Aus Kursk telegraphiert der Gestütsbesitzer Swersewski: „Mein Gutshof mit Gestüt ist geplündert und niedergebrannt. Ich bitte um Hilfe."

Aus Mitjagin: „Mit Genehmigung der Agrarausschüsse verwüsten die Bauern die Gutswälder. Das von den Eisenbahnen angekaufte Brennholz wird geraubt. Die Behörden weigern sich einzuschreiten."

Aus Muchtany, Gouvernement Pensa: „Die Bauern haben das Gut der Frau Ssergejewa geplündert, die Felder und Wiesen in Besitz genommen, die Bewohner von neun Dörfern verwüsten die Eichenwälder. Niemand greift ein. Ich flehe um Hilfe."

Aus Starodub: „Bewaffnete Banden haben die Brennerei überfallen. Der größte Teil des Spiritus ist geraubt. Militärische Hilfe ist notwendig. Die Bitte um Entsendung von Truppen ist vom Oberkommandierenden des Minsker Bezirkes abgelehnt."

Aus Jekaterinodar: „Die bolschewistische Strömung wächst an. Der Kosakenoffizier Orechow ist von einem Soldatenhaufen gelyncht. Infolge der Teuerung ist die Bevölkerung erregt und unzufrieden. In Jeisk werden die neuen Höchstpreise nicht anerkannt. Die Lieferung von Vieh für das Heer geht zurück. In der Rentei und der Bank fehlt es an Bargeld. Den Kommissaren muß das Recht eingeräumt werden, zum Schutze der Ordnung repressive Maßnahmen zu ergreifen."

Aus Rjasan: „Im Kreise Ranenburg dauern die Plünderungen und Brandstiftungen fort. Im Kreise Dankow teilen die Bauern das Gutsland unter sich. Unruhige Stimmung im Kreise Skopin; die Forsten werden verwüstet. Die Truppen weigern sich einzugreifen. Im Kreise Rjasan werden die Wälder ausgeholzt."

Auf diese, den „Rußkija Wedomosti" vom 18. Oktober entnommenen amtlichen Telegramme folgen zwei Spalten eigener Meldungen des Blattes, die von gleichen Vorkommnissen an allen Orten des Reiches zu berichten wissen.

Aber nichts geschah gegen alle diese Greueltaten. Die Regierung war sich zwar klar darüber, daß Maßregeln und sogar außerordentliche Maßregeln ergriffen werden müßten. Doch worin diese bestehen sollten, das wußte sie nicht. So beschäftigte sie sich denn mit anderen Dingen, die ihr ebenso wichtig oder vielleicht wichtiger erschienen. Viele Stunden widmete sie einer Beratung über das Zeremonial der bevorstehenden Eröffnung des Vorparlaments. Ob Kerenski die Sitzung eröffnen sollte oder sein Stellvertreter Konowalow oder der Justizminister Maljantowitsch, das war eine Frage, die eingehend besprochen wurde. Und natürlich wurde sie in dem Sinne gelöst, daß Kerenski eine neue Gelegenheit zu eindrucksvollem Auftreten und zum Einheimsen von Beifall geboten wurde.

Dann schritt das Kabinett zur Erfüllung seines der Demokratischen Konferenz erteilten Versprechens und veröffentlichte am 19. Oktober ein Dekret über die Auflösung der Duma und des Reichsrates. Das war ein Schritt, der praktisch jeglicher Be-

deutung entbehrte, da beide Kammern seit der Revolution nicht mehr getagt hatten, und der rechtlich ein Unding darstellte. Denn die Auflösung konnte nur auf Grund der alten Verfassung erfolgen. Diese aber schrieb vor, daß zugleich mit der Auflösung Wahlen angesetzt und der Termin der Einberufung der neuen Duma bestimmt werden müsse. Davon konnte selbstverständlich nicht die Rede sein. Und wenn die Regierung die Auflösung damit begründete, daß die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung demnächst beginnen würden, so war das eine rechtlich unhaltbare Verknüpfung. Sie erschien um so künstlicher, als diese Wahlen längst ausgeschrieben waren. Aber die revolutionären Organisationen hatten die Auflösung der Kammern verlangt und so mußte sie erfolgen.

Auch der Vertretung dieser Organisationen, dem Zentralausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte lag nichts ferner, als der Gedanke, irgend etwas zur Bekämpfung der Anarchie zu tun. Gerade in diesen Tagen widmete er sich Dingen, die gar nichts damit gemein hatten. Die Pariser Konferenz der Verbündeten stand bevor und der Ausschuß hatte beschlossen, eine eigene Abordnung dahin zu entsenden, die als Vertretung des revolutionären Volkes neben der der Regierung stehen sollte. Freilich wußte er nicht, ob sie zur Teilnahme an den Beratungen überhaupt zugelassen werden würde. Doch das bekümmerte ihn vorläufig nicht. Er ernannte den Exminister Skobelew, der sich nie mit auswärtiger Politik beschäftigt hatte, zu ihrem Führer und verschwendete Zeit und Kraft auf die Ausarbeitung einer umfangreichen Instruktion für ihn, die auf den Grundsätzen des Friedens ohne Eroberungen und Entschädigungen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker beruhte. Sie war in einem Ton gehalten, wie er kaum einem Staate zugestanden hätte, der den vollen Sieg über alle seine Feinde erfochten und die unbedingte Führerschaft über die Bundesgenossen errungen hätte. Sie entschied über das Schicksal Elsaß-Lothringens nicht minder als über das der englischen Kolonien, des Suez- und des Panamakanales. Aber sie wurde nicht nur von ihren Urhebern, sondern von dem gesamten revolutionären Proletariat ernst genommen und galt ihnen allen als Erzeugnis erhabener Denkweise und unerreichten politischen Scharfblicks, als Programm einer neuen Weltordnung, wie sie nur von der siegreichen Revolution gesetzt werden konnte.

Einzig und allein die Bolschewisten taten praktische positive Arbeit. Mit reger Aufmerksamkeit verfolgten sie das unaufhaltsame Fortschreiten der Anarchie und nahmen klar und zielbewußt zu ihr Stellung. Lenin verkündete, daß sie eine gesunde, revolutionäre Bewegung bedeute. Das Volk habe den richtigen Weg eingeschlagen und die extremen revolutionären Parteien, vor allem die Bolschewisten, müßten sich an die Spitze dieser Bewegung stellen und sie organisieren.

Bald sollte es sich zeigen, daß die Bolschewisten allein die Maßnahmen zu ergreifen verstanden, die zur Verwirklichung ihres Programmes notwendig waren.

43. Das Vorparlament.

Am 20. Oktober 1917 trat das Vorparlament, das amtlich als „einstweiliger Rat der russischen Republik" bezeichnet wurde, zusammen. Die Regierung berief es ein, sie bestimmte die Zahl der jeder Partei oder Organisation zufallenden Sitze, sie hatte auch seine Satzung ausgearbeitet. 555 Mitglieder zählte es, von denen 123 das Bürgertum vertraten. Seine Zuständigkeit erstreckte sich auf die Begutachtung von Regierungsvorlagen, auf die Einbringung gesetzgeberischer Vorschläge und auf die Stellung von Anfragen an die Regierung, die binnen einer Woche beantwortet werden mußten. Die Sitzungen sollten öffentlich sein und die Mitglieder des Vorparlaments Immunität genießen.

Im Grunde war es eine seltsame Einrichtung, ein Parlament, das nicht von der Bevölkerung, sondern von einzelnen Interessentengruppen gewählt war und dessen Abstimmungen die Regierung nicht banden, eine Einrichtung, die lebhaft an jene beratende sog. Bulyginsche Duma vom 19. August 1905 erinnerte, die der Zar beim ersten Anschwellen der revolutionären Woge bewilligte und die nie zusammentrat.

Wieder hielt Kerenski eine Rede. Da das Vorparlament im Marienpalais, dem einstigen Sitze des Reichsrates tagte, ließ er sich die daraus erfließende Gegenüberstellung nicht entgehen. Er pries die neue Zeit, die revolutionäre Freiheit und schmähte den Reichsrat als Träger der Willkür und Tyrannei, diesen Reichsrat, der gewiß viel gesündigt hat, aber doch an Einsicht und

Arbeitsfähigkeit turmhoch über allen revolutionären Institutionen stand.

Und trotz allem, daß zur Zeit der Romanows über Rußland gekommen, hat niemals ein zarischer Minister vor dem Reichsrat Bekenntnisse ablegen müssen, wie jetzt Kerenski, nie von so völligem Zerfall des Heeres, von so uferloser Anarchie, von gänzlicher Vernichtung des wirtschaftlichen Lebens und so furchtbarer Hungersnot berichten müssen.

Aber das störte Kerenski nicht. Mit tiefer Befriedigung nahm er auch jetzt wieder den brausenden Beifall entgegen, der seine Rednerkünste lohnte. Eine Erkenntnis der wahren Lage dämmerte ihm nicht einmal, als nach der Ansprache des neugewählten Vorsitzenden Awksentjew Trotzki das Wort ergriff, um die Stellungnahme seiner Fraktion zum Vorparlament darzulegen.

Der Bolschewistenführer erinnerte daran, daß der Plan zur Einberufung des Vorparlaments von der Demokratischen Konferenz ausgegangen sei und behauptete, daß er nun, dank Kerenski, den Kadetten und den Führern der Sozialrevolutionäre und der Menschewisten, ein ganz anderes Gesicht erhalten habe. Das Ministerium ist von Anhängern Kornilows beherrscht, das Vorparlament aber hat nur beratende Kompetenz. Acht Monate nach dem Siege der Revolution schafft eine unverantwortliche Gewalt sich zur Deckung eine Bulyginsche Duma, in der Vertreter des Bürgertums in unverhältnismäßig großer Zahl sitzen. Dieses Bürgertum richtet den Staat zugrunde. Es provoziert Agrarunruhen, es provoziert den Bürgerkrieg, nur um ihn niederwerfen und eine reaktionäre Schreckensherrschaft aufrichten zu können. Es läßt das verbrecherische Völkermorden weitergehen. Regierung und Vorparlament sind ihm dienstbar. Deshalb wollen die Bolschewisten mit beiden nichts gemein haben. Sie verlassen diese Versammlung und wenden sich an das Volk mit dem Ruf: Es lebe der Friede! Alle Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten! Alles Land dem Volke! Es lebe die verfassunggebende Versammlung!

Trotzki und die Seinen entfernten sich unter lautem Protest der Zurückbleibenden.

Anstatt aber zu erkennen, welch grelles Blitzlicht dieses Vorgehen der Bolschewisten auf die Lage warf, da es doch deutlich

verriet, daß sie sich unmittelbar zur Tat anschickten, trat das Vorparlament in die Verhandlungen ein, als sei alles aufs Beste bestellt. Und so rollte sich das schon von den Sitzungen der Moskauer Staatskonferenz und der Demokratischen Konferenz zum Überdruß bekannte Schauspiel noch ein übrigesmal ab. Wieder wurde geredet und geredet und geredet. Die Frage der Reichsverteidigung wurde erörtert und die auswärtige Politik wurde besprochen. Die Minister ergriffen zu stundenlangen Ausführungen das Wort. Sie malten alle Schwierigkeiten der Lage aus. Selbst Werchowski und Werderewski mußten zugeben, daß es so nicht weitergeht. Freilich sprachen sie beide noch von der Notwendigkeit, die Truppen in wahrem revolutionärem Geist zu erziehen. Aber schon klang auch in ihren Reden die Erkenntnis durch, daß die Disziplin wiederhergestellt werden müsse. Mit sehr viel Entschiedenheit wurde diese Notwendigkeit von den kadettischen Rednern betont, doch mit ebensoviel Entschiedenheit von den Vertretern des linken Flügels abgelehnt. Es traten dieselben Gegensätze zutage, wie auf der Moskauer Konferenz. Und hier wurde ebenso wie dort nach einem Kompromiß gesucht. In seltsamer Verblendung, in völliger Verkennung der Lage glaubten selbst Männer wie Miljukow, daß es darauf ankomme, eine Mehrheit für eine Übergangsformel zu finden, daß auf solche Weise das Vorparlament Ansehen und Einfluß im Lande gewinnen könnte. Aber nicht einmal diese Spiegelfechterei sollte gelingen. Alle zur Frage der Reichsverteidigung eingebrachten Formeln, die der Kadetten ebenso wie die der weiter links stehenden Gruppen wurden verworfen. Die heillose Zersplitterung der Versammlung trat unverkennbar zutage, eine Mehrheitsbildung war unmöglich.

Nicht weniger bezeichnend war die Tatsache, daß an allen diesen Abstimmungen weniger als die Hälfte der Abgeordneten teilnahm. So allgemein war in der Mitte des Vorparlaments selbst das Empfinden, daß es vollkommen gleichgültig sei, was hier geredet und beschlossen wurde.

Genau dasselbe Schauspiel bot sich, als im Anschluß an eine Rede Tereschtschenkos zur Besprechung der auswärtigen Politik übergegangen wurde. Die Ausführungen des Ministers hatten niemanden befriedigt. Die Linke war verstimmt, weil er sich über die für Skobelew ausgearbeitete Instruktion des revolutionären

Zentralausschusses abfällig geäußert, die Gemäßigten, weil er sich nicht unzweideutig genug zu den alten Kriegszielen bekannt hatte. Miljukow antwortete mit einer großen Rede, Struve sprach und rief eine Ovation der Kadetten zu Ehren Kornilows hervor. Doch mochte das, was diese beiden Redner vorbrachten, noch so durchdacht und richtig sein, im ganzen waren die Debatten auch über diesen Gegenstand nichts als leeres, zweckloses Wortgefecht.

Und auch sie mündeten in ebenso zwecklose Verhandlungen über eine Übergangsformel aus. Gleichzeitig setzte eine teilweise Ministerkrise ein. Es hieß, daß Tereschtschenko gehen würde und zugleich wurde der Kriegsminister Werchowski in einer Form beurlaubt, die keinen Zweifel daran ließ, daß er auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren würde. Über die Gründe von Tereschtschenkos Abgang war man sich klar. Hatte er doch durch seine Schaukelpolitik die Unzufriedenheit aller Parteien erregt. Worüber hingegen Werchowski gestürzt war, wußte man nicht. Nur soviel wurde bekannt, daß ihm eine Rede, die er in einem Ausschuß des Vorparlaments gehalten, den Hals gebrochen hatte. Aber man stritt darüber, ob er einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten oder die Einsetzung einer Diktatur empfohlen hatte.

Ruhmlos gingen die Tage des Vorparlaments einem traurigen Ende entgegen. Der Bankerott der revolutionären Demokratie mußte selbst für den blindesten Schwärmer offenkundig werden. Und nun endlich, in zwölfter Stunde begann unter den Führern des Bürgertums die Erkenntnis der begangenen Fehler zu keimen.

Die Kadetten traten zu einem Parteitag zusammen und ließen sich Bericht über die letzte Regierungskrise erstatten. Zwar durchwehte ein seltsamer Optimismus ihre Verhandlungen, ein Optimismus, der sich sogar auf das Vorparlament erstreckte. Von beginnender Genesung, von einem Erwachen staatlichen Bewußtseins, von einem Anschwellen kadettischer Stimmungen innerhalb der gemäßigteren linken Parteien wurde gesprochen. Aber wichtiger und kennzeichnender, als diese merkwürdige Selbsttäuschung war, daß die Frage des Verhältnisses zu denselben linken Parteien abermals erörtert und in einem andern Sinne, als bisher, entschieden wurde. Die besten Köpfe in der Versammlung,

unter ihnen Miljukow, sprachen sich für Festhalten am eigenen Programm und gegen eine Mehrheitsbildung aus, die nur durch neue Zugeständnisse erkauft werden könnte.

Der Parteitag stimmte ihnen bei und setzte damit einen Markstein in der Geschichte der Kadetten. Denn seit jeher hatten sie eine Taktik der immer weiter gehenden Anpassung an die links von ihnen stehenden Gruppen befolgt und dadurch das nun hereinbrechende Unheil mitverschuldet. Wenn sie sich jetzt zu einer Umkehr entschlossen, so war es freilich für den Augenblick zu spät. Sie selbst hatten das von ihnen geführte Bürgertum schon so sehr geschwächt, so weit aus der eigenen Bahn gedrängt, daß es maßgebenden Einfluß auf die Ereignisse nicht mehr zu gewinnen vermochte. Aber auf eine fernere Zukunft durften vielleicht wieder Hoffnungen gesetzt werden.

Von dem gleichen Geiste wie der Kadettentag war eine am 25. Oktober zusammengetretene Konferenz bürgerlicher Politiker getragen. Hier hatten sich dieselben gemäßigten Elemente vereinigt, die schon im August während der Moskauer Staatskonferenz ihre warnende Stimme erhoben und auf den kommenden Zusammenbruch hingewiesen hatten. Rodsjanko führte den Vorsitz, Brussilow und Rußki, die glücklichsten Feldherrn des zarischen Regimes, wurden Gegenstand begeisterter Huldigungen. Und wenn zwei Monate früher hauptsächlich Kritik am herrschenden sozialistischen System geübt worden war, so wurde jetzt schon offen von einem Zusammenschluß aller ordnungsliebenden Elemente gesprochen. Freilich waren selbst diese Männer nicht imstande, sich von aller Halbheit zu lösen. Sogar in dieser Stunde konnten sie sich nicht enthalten, von der drohenden Gegenrevolution und der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung zu reden. Doch diese schwächlichen Zugeständnisse an die revolutionäre öffentliche Meinung vermochten den Eindruck nicht zu verwischen, daß sich hier eine Schar von Männern zusammengefunden, die erkannt hatten, woran ihr Vaterland krankte und die ehrlich seine Gesundung wollten.

Doch schon war es zu spät. Nur Tage waren dem Lande noch als Gnadenfrist geschenkt.

---

44. Das Chaos siegt.

Als die Bolschewisten das Vorparlament verließen, war es klar, daß sie nun von Worten zu Handlungen übergehen würden. Mit immer größerer Bestimmtheit begannen die Gerüchte über einen vorbereiteten neuen Aufstand umzulaufen. Die Presse glaubte sogar den genauen Termin angeben zu können. Am 2. oder 4. November sollte er losbrechen. Das klang um so wahrscheinlicher, als der den Bolschewisten feindliche Zentralausschuß zum 7. November einen allrussischen Rätekongreß ausgeschrieben hatte, der auf solche Weise vor vollendete Tatsachen gestellt werden konnte, wenn seine Mehrheit den Standpunkt des Zentralausschusses teilte. In Wahrheit freilich hatten die Bolschewisten schon am 23. Oktober beschlossen, sich am Tage des Zusammentritts des Rätekongresses zu erheben, da sie seiner vollkommen sicher zu sein glaubten.

Die Regierung fing an, sich in ihren Sitzungen hauptsächlich mit der Frage zu beschäftigen, wie dem drohenden Unheil entgegengetreten werden könnte. Aber es wiederholte sich das alte Spiel. Alle Minister waren einmütig der Meinung, daß energische Maßnahmen ergriffen werden müßten. Nur wußte keiner von ihnen zu sagen, worin diese Maßnahmen zu bestehen hätten. Deshalb geschah zunächst nur eines. Es wurden warnende Aufrufe erlassen, in denen darauf hingewiesen wurde, daß die Regierung nicht davor zurückscheuen werde, Waffengewalt anzuwenden. Daß die besondere Betonung einer solchen Selbstverständlichkeit nicht den geringsten Eindruck machen konnte, schien sich niemand zu sagen. Ebensowenig wurde erkannt, welche Ungeschicklichkeit die gerade in diesen Tagen von Kerenski angeordnete Aussetzung der Vollstreckung aller an der Front gefällten Todesurteile bedeutete und welches Zugeständnis der Schwäche in der gleichzeitigen Bekanntgabe der Tatsache lag, daß schon seit drei Wochen keine einzige Hinrichtung mehr stattgefunden habe.

Die Regierung ließ sich melden, daß die Stimmung der Truppen befriedigend sei und daß sie in ihrer überwiegenden Mehrzahl der bolschewistischen Hetze ablehnend gegenüberstünden. Doch eine Versammlung der Vertreter der Petersburger Garnison, die vom Arbeiter- und Soldatenrat veranstaltet wurde, zeigte deut-

lich, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entsprach. Die Delegierten erklärten fast einstimmig, daß sie Befehle ausschließlich vom Rat entgegennehmen würden, daß sie ihm bedingungslos zur Verfügung stünden und den Sturz der Regierung für durchaus wünschenswert hielten. Nur einige Kavallerie- und Kosakenregimenter, sowie einige wenige Stoßtrupps bekannten sich zu Kerenski.

Ebenso bedingungslos stand die Arbeiterschaft auf der Seite der Räte. Daran zweifelte nicht einmal die Regierung. Und es war ihr bekannt, daß gerade in diesen Tagen dunkle Elemente zu Hunderten und Tausenden nach Petersburg strömten. Deserteure, Arbeitslose, Gewohnheitsverbrecher trafen in Massen ein und jedermann wußte, daß sie sich den Bolschewisten anschließen und in den geplanten Aufruhr furchtbare Zügellosigkeit und tierische Grausamkeit hineintragen würden.

Der Zentralausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte allerdings stand der Regierung zur Seite. In ihm befanden sich die Bolschewisten noch in der Minderheit und er mißbilligte offen die Bestrebungen des Petersburger Rates. Aber er besaß nicht den geringsten Einfluß auf Proletariat und Garnison der Hauptstadt. Auch er mußte sich mit Aufrufen und Mahnungen begnügen, die wirkungslos verhallten. Zudem trug seine Haltung in noch höherem Maße, als die der Regierung, den Stempel der Halbheit. Während die Bolschewistengefahr immer näher rückte, während er selbst warnend auf sie hinweisen mußte, war er doch von der Furcht besessen, revolutionärer Lauheit geziehen zu werden. Und um dem zu begegnen, arbeitete er selbst in diesen Tagen noch einen Entwurf über die Bekämpfung der Gegenrevolution aus.

Wirkliche Unterstützung vermochte die Regierung auch beim Bürgertum nicht zu finden. Die Kadetten und ihre Gesinnungsgenossen freilich trugen ein entschlosseneres Auftreten als bisher zur Schau. Aber die ihre Gefolgschaft hätten bilden sollen, zogen sich immer mehr von jeder politischen Tätigkeit zurück. Gerade in dieser Zeit mußte stets von neuem darauf hingewiesen werden, daß die gebildete und besitzende Schicht freiwillig jedem Einfluß auf den Gang der Ereignisse entsagte. Ungezügelte Vergnügungssucht machte sich neben einem hohlen Ästhetentum breit. Nie waren Theater, Restaurants, Spielhöllen, Tanzsäle so überfüllt gewesen,

wie jetzt und die Veranstaltungen der Futuristen, Kubisten und ähnlicher Träger literarischer und künstlerischer Entartung wurden geradezu gestürmt.

Der 2. November ging vorüber, ohne daß etwas geschehen wäre. Das war nicht den Vorsichtsmaßregeln des Ministeriums zu danken. Die Bolschewisten hielten ihren Tag noch nicht für gekommen. Mit offenem Hohn sprachen sie über die bängliche Erwartung des Bürgertums, über die Schritte der Regierung, über die Erneuerung des gegen Lenin gerichteten Haftbefehls. Einige ihrer Blätter wiesen darauf hin, daß es der Anwendung von Gewalt gar nicht bedürfen würde. Auf dem bevorstehenden Vertretertag der Arbeiter- und Soldatenräte würde es sich erweisen, daß das ganze Volk hinter den Bolschewisten steht. Und dann würde der Übergang der Gewalt an sie sich von selbst vollziehen.

In der Tat zeigte es sich, daß unter den allmählich eintreffenden Vertretern die Bolschewisten die Mehrheit hatten. Trotzdem sollte die Entscheidung nicht durch Entschließungen und Abstimmungen herbeigeführt werden.

Mitte Oktober hatte Kerenski befohlen einen Teil der Petersburger Garnison an die Front zu senden. Der Arbeiter- und Soldatenrat, der fürchtete, von seinen treuesten Anhängern getrennt zu werden, verweigerte zunächst seine Zustimmung und setzte einen militärrevolutionären Ausschuß nieder, der angeblich die militärische Notwendigkeit dieses Befehles prüfen sollte, in Wahrheit aber bestimmt war, die Rolle eines revolutionären Generalstabes zu spielen. Nun ließ dieser Ausschuß den Stab des Petersburger Oberkommandos wissen, daß er ihm ebenso, wie sämtlichen Truppenkörpern Kommissare zuteilen werde, ohne deren Genehmigung keinerlei Befehle und Anordnungen gültig sein sollten. Daraus ergab sich ein Konflikt mit dem Zentralausschuß der Räte, der für seinen beim Stabe befindlichen Kommissar das alleinige Bestimmungsrecht in Anspruch nahm. Daraus ergab sich weiter ein Konflikt auch mit der Regierung, die nun endlich erkannte, daß weiteres Nachgeben die drohende Katastrophe nur zu beschleunigen vermochte. Zu Taten allerdings entschloß sie sich auch jetzt nicht. Sie begann zu verhandeln. Doch der Gegner dachte nicht daran, auch nur die leisesten Zugeständnisse zu machen.

Die Regierung stellte den Bolschewisten ein Ultimatum. Sie

verlangte die Zurücknahme aller ergangenen Anordnungen bis zum Morgen des 6. November. Um 3 Uhr nachts erklärten die Bolschewisten, daß sie grundsätzlich bereit seien, die Forderungen der Regierung zu erfüllen. Aber es blieb bei dieser Erklärung. Sie beriefen ihre Kommissare nicht ab und nahmen die erteilten Befehle nicht zurück.

Der Justizminister ordnete die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Bolschewisten wegen vorbereiteten Aufruhrs an. Kerenski begab sich in das Vorparlament und erstattete dort ausführlichen Bericht über das Geschehene. Er rechtfertigte seine schwächliche Haltung mit Gemeinplätzen über die Notwendigkeit, dem Irrenden die Hand zur Wiedergutmachung begangener Fehler zu bieten. Nun aber, so erklärte er, nachdem das Ultimatum nicht erfüllt worden, dürfe man sich nicht mehr darüber täuschen, daß der offene Aufstand begonnen habe. Jetzt sei es Zeit zu handeln. Die Truppen seien der Regierung treu, die Front lehne den Bolschewismus einmütig ab. Nur der Pöbel hänge ihm an. Die ganze zielbewußte Demokratie und ihr Zentralausschuß, alle Heeresorganisationen und alles, worauf das freie Rußland stolz ist und stolz sein muß, die Vernunft, das Gewissen und die Ehre der großen russischen Demokratie erheben einmütig Widerspruch.

Unter dem tosenden Beifall der wieder einmal von seiner Beredsamkeit hingerissenen Versammlung bat Kerenski um die Unterstützung des Vorparlaments.

Sie sollte ihm verweigert werden. Die von den Kadetten eingebrachte Formel, die der Regierung unbedingtes Vertrauen aussprach, wurde abgelehnt. Angenommen wurde die Formel der linken Gruppen, die die drohende Gefahr des Bürgerkrieges anerkannte, aber ihm durch sofortige Übergabe des Landes an die Gemeindeausschüsse, sofortigen Beginn der Friedensverhandlungen und Niedersetzung eines Rettungsausschusses aus Vertretern der revolutionären Demokratie vorbeugen wollte. Die revolutionäre Phrase hatte ein übrigesmal gesiegt.

Als die Formel Kerenski mitgeteilt wurde, wollte er in ihr ein Mißtrauensvotum sehen und sprach von der Notwendigkeit des Rücktritts seines Kabinetts. Doch dem Vorsitzenden des Vorparlaments Awksentjew gelang es, ihn zu beruhigen. Von Miß-

trauen sei keine Rede. Die Annahme der Formel sei die Folge eines Mißverständnisses. Niemand habe die Regierung stürzen wollen und wenn die Formel das von Kerenski beanspruchte Vertrauensvotum nicht enthalte, so erkläre sich das aus ihrer eiligen Aufstellung.

So trug die letzte Tat des Vorparlaments denselben Stempel der Unfähigkeit, Halbheit und Würdelosigkeit, die die Haltung der Träger der Revolution die ganze Zeit über gekennzeichnet hatten.

Denn die letzte Tat des Vorparlaments sollte diese Abstimmung, sollte die Überreichung der Formel an Kerenski bleiben. An demselben Tage brach der Aufstand der Bolschewisten los und als die Abgeordneten sich am nächsten Morgen im Marienpalais wieder versammeln wollten, fanden sie es von bolschewistischen Truppen besetzt.

Noch am Abend des 6. November hatte Trotzki in einer Versammlung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats eine Rede gehalten, die von typisch bolschewistischer Heuchelei erfüllt war. Die Partei dächte nicht daran, unmittelbar vor dem Zusammentritt des allrussischen Rätekongresses einen Umsturz einzuleiten. Nur wenn die Regierung zur Gewalt greife, werde sie auf Widerstand stoßen. Sie ziehe Truppen zusammen. Der Arbeiter- und Soldatenrat habe sich damit begnügt, ihnen Agitatore entgegenzusenden und schon verweigern sie den weiteren Vormarsch. Gefahr drohe allenfalls von den in die Irre geführten Regimentern an der Front. Doch ehe diese in Petersburg eintreffen, müssen mehrere Tage vergehen. Bis dahin wird der Rätekongreß sein entscheidendes Wort schon gesprochen haben.

Zur gleichen Stunde aber, als diese beruhigenden Versicherungen abgegeben wurden, boten die Straßen Petersburgs bereits jenes Bild, das den geängsteten Einwohnern noch vom Juli-Aufruhr her im Gedächtnis war. Überall sah man Gruppen Bewaffneter, es zeigten sich mit Maschinengewehren besetzte Kraftwagen, hier und dort begannen anscheinend sinn- und zwecklose Schießereien. Um 12 Uhr nachts wurde das Gebäude der Petersburger Telegraphen-Agentur besetzt und am Morgen brach der offene Bürgerkrieg aus. Das Winterpalais, in dem das Ministerium sich zusammengefunden hatte, wurde belagert und beschossen. Artillerie

wurde aufgefahren. Der schon vor mehreren Tagen aus Kronstadt eingetroffene Kreuzer „Aurora“ nahm an der Beschießung teil. Nur die Junkerschulen und ein Amazonen-Bataillon hielten zur Regierung. Sie wurden um so schneller niedergekämpft, als ihnen jegliche Führung fehlte. Kerenski hatte sich an die Front begeben, um von dort Truppen herbeizuholen, der Innenminister Kischkin aber, dem die Regierung diktatorische Vollmachten übertragen hatte, versagte völlig. Ebenso versagten die militärischen Behörden. In der Nacht auf den 8. November wurde das Winterpalais genommen. Die Minister wurden verhaftet und der Rat der Volksbeauftragten richtete seine blutige Herrschaft auf.

Das Rußland der revolutionären einstweiligen Regierung hatte aufgehört zu bestehen. Das Chaos begann.

45. Nach ihrem Bilde.

Mit eherner Folgerichtigkeit hat sich die russische Revolution abgespielt. Kein Mann von Willen und Fähigkeiten hat auf sie eingewirkt, keiner auch nur den Versuch gemacht, ihren Gang in das von ihm gewiesene Bett zu leiten. Was geschah, ergab sich mit von allem Geist entblößter, rein mechanischer Logik aus der Seele der Menge, aus ihren Trieben, ihren Bedürfnissen.

Das ist es, was die russische Revolution kennzeichnet, was sie von den ihr vorangegangenen großen Staatsumwälzungen unterscheidet. Gewiß hat sie mehr als einem Namen, der früher nur im engen Kreise einheimischer Politiker bekannt war, europäischen Klang geschafft, manchen andern aus völligem Dunkel an die Oberfläche gehoben. Doch sie hat keinen Führer geboren, der sein verzweifelndes, aus tiefsten Wunden blutendes Volk dem Licht entgegengeführt, aber auch keinen jener großen Verbrecher, der es mit dämonischer Kraft in den Abgrund gezogen hätte. Es war und es ist eine anonyme Revolution. Die Massen haben sie gemacht, die Massen haben ihren Lauf bestimmt.

Von Ländergier und Deutschenhaß geleitet trat Rußland in den Weltkrieg ein. Der beschränkte Schwächling, der die Krone des Wladimir Monomachos trug, wollte es nicht. Aber er ließ sich von Klüngeln und Parteien treiben, wie er sich stets hatte treiben lassen. Als dann der Zusammenprall mit dem waffengewaltigen Nachbarn Mißerfolg über Mißerfolg brachte, als das

Versagen der von unkundigen und unsaubern Händen bedienten Staatsmaschine immer augenscheinlicher und die mühsam zurückgedrängte Unzufriedenheit des Volkes übermächtig wurde, schwankte er ratlos zwischen Kriegslust und Friedenssehnsucht, zwischen dem Wunsch, die ererbte Macht zu wahren und der Bereitwilligkeit, durch Zugeständnisse sich Ruhe zu erkaufen. Er verkannte, daß die Masse des Volkes immer noch nichts anderes verlangte, als von ehrlichen Dienern eines kraftvollen Herrschers geleitet wirtschaftlicher und geistiger Entwicklung entgegengeführt zu werden. Weil er das verkannte, mußte er stürzen. Und im Sturze selbst zeigte er, zeigten alle seine Diener, zeigte die ganze ihn umgebende Schicht nichts als Schwäche, Feigheit, Gesinnungslosigkeit. Ohne Widerstand ließ sich eine entnervte, entartete Klasse die Zügel aus der Hand reißen.

Die nun an ihre Stelle traten, vermaßen sich seit Jahrzehnten, die geistige und sittliche Blüte des Landes darzustellen. Männer der Selbstverwaltung waren es, Hochschullehrer, Angehörige der freien Berufe, kurz, die Vertreter der Schicht, die in Rußland als die Intelligenz bezeichnet wird. Unstreitig waren sie die Besten ihres Kreises, verkörperten sie eine bedeutende Summe geistiger Fähigkeiten, hegten sie die reinsten ehrlichsten Absichten. Aber das, dessen Rußland am meisten bedurfte, klare, nüchterne Erkenntnis der Sachlage, eisernen Willen, Zähigkeit, rücksichtslose Entschlossenheit, hatten sie nicht zu bieten. So scharf umrissen ihre Individualitäten scheinbar dastehen, waren sie doch in Wirklichkeit nichts als Vertreter ihrer Klasse. Neben den Vorzügen einer Schicht, die seit jeher im Kampfe gegen eine unsittliche und willkürliche Staatsgewalt gestanden hat, waren ihnen auch alle ihre Schwächen eigen. Weltfremdheit und Doktrinarismus, sentimentale Überschätzung der Kraft einer Idee und Unterschätzung der realen Macht, vor allem aber die dem russischen Intellektuellen eigene urteilslose Verherrlichung der untern Volksschichten, an alle dem litten die Männer der einstweiligen Regierung, mochten sie im übrigen Nationalisten, Oktobristen, Kadetten oder Fortschrittler sein. An ihnen litt der liberalisierende Grandseigneur Fürst Lwow nicht minder, als der scharfsinnige Kulturhistoriker Miljukow, der es einst trefflich verstanden, die junge Kadettenpartei zu organisieren und der dann seinen Amtsvorgängern unter zarischem Regime

ein unerbittlicher Kritiker gewesen, der jetzt auch als einer der ersten die Unhaltbarkeit der Lage erkannte, aber befangen in demokratischen und parlamentaristischen Vorurteilen an einen Widerstand gegen das, was er für den Willen des Volkes hielt, nicht zu denken wagte. Und nicht anders war es um die übrigen bestellt, die mit diesen im Kabinett saßen. Einzig und allein auf Gutschkow hätten vielleicht Hoffnungen gesetzt werden dürfen, der früher durch Rücksichtslosigkeit und Entschiedenheit die Blicke auf sich gelenkt hatte. Doch das Sprunghafte und Unausgeglichene, das ihn immer ausgezeichnet hatte, machte sich auch nun geltend. Als erster warf er die Flinte ins Korn, da die Dinge nicht nach seinem Willen gingen.

Von den dii minorum gentium aber, von den typischen Kadetten Manuilow und Schingarew, von Konowalow, Wladimir Lwow und Godnew, von Tereschtschenko, der trotz aller Mißerfolge und Nackenschläge sich an sein Amt klammerte, von dem brennend ehrgeizigen, unzuverlässigen, immer nach links schielenden Nekrassow, von ihnen durfte nichts erwartet werden. In ruhigen Zeiten hätte vielleicht jeder einen Ministersessel auszufüllen vermocht. Aber zum Führer war keiner von ihnen berufen.

Und Kerenski? Durch Monate bedeutete er vielen, in Rußland wie in Europa, eine Hoffnung. Auf ihn richteten sich die Blicke derer, die diesen in seiner Heimat so häufigen Typus nicht kannten, in ihm sah man den Staatsmann, der das Volk den selbstgesteckten Zielen entgegenführen würde.

Tatsächlich konnte es zuerst scheinen, als werde Kerenski mit fester Hand die Zügel ergreifen. Hinter seinen Worten schien ein Wille zu stehen, die Regierung beugte sich ihm, der Arbeiter- und Soldatenrat hörte auf seine Stimme, das Volk jauchzte ihm zu. Er allein konnte, so schien es, was er wollte.

Aber wollte er etwas? Das war eine Frage, die lange Zeit hindurch gar nicht gestellt wurde. Den Massen nicht weniger, als denen, die sich ihre Führer dünkten, genügte der hinreißende Schwung seiner Reden. Sie erkannten nicht, daß ihn nie ein eigener Gedanke berührt hatte, daß er keine eigenen Ziele hatte, daß er sich nur vom Strom der Ereignisse tragen, von den Wünschen der Masse leiten ließ. Gewiß, es geschah mehr als einmal, daß

er ihr harte Worte sagte. Aber es waren die Worte, die sie in zerknirschter Stimmung selbst hören wollte.

Kerenski war der geborene Volksredner, der geborene Tribun, der mit feinstem Empfinden die Wünsche der Menge erriet, der stets das Wort fand, das ihr eigenstes Denken und Fühlen ausdrückte. Aber ein Staatsmann war er nicht.

Acht Monate hat er geherrscht, zuerst tatsächlich als Justizminister und Minister des Krieges und der Marine, dann förmlich als Ministerpräsident und Höchstkommandierender. Doch getan hat er in all dieser Zeit nichts. Er hat Programme aufgestellt, und geredet — das war alles. Seine Programme entsprachen wie seine Worte den wechselnden Stimmungen der Menge. Und als der Augenblick selbst ihn zum Handeln zwang, als Kornilow ihm die Hand bot, da wich er zurück und besiegelte den eigenen und des Reiches Untergang.

So war Kerenski nichts, als die Verkörperung der Schichten, deren Gunst ihn emporgetragen hatte, der revolutionären Demokratie, die sich an der tönenden Phrase, am klingenden Ruf berauschte, die da wähnte, eine Welt umgestalten zu können und die zu jeder schöpferischen Tat unfähig war, die an Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit noch unendlich hinter den Kadetten zurückstand, deren Bildung, deren europäischer Maßstab ihr fehlte.

Und Zeretelli, Tschcheidse und wie sie alle hießen, jene Häupter der Arbeiter- und Soldatenräte, der Minderheitssozialisten, der Sozialrevolutionäre? Nichts waren sie, als Kopien Kerenskis in verkleinertem Maßstabe, wie er beseelt vom Glauben an die Allmacht und Allweisheit des Proletariats, an die Kraft der revolutionären Phrase, des sozialistischen Programms. Auch ihnen stand am Anfang das Wort. Auch sie meinten zu führen und auch sie hatten in Wahrheit ihr Ansehen nur dem sichern Gefühl zu danken, mit dem sie die Wünsche der Masse errieten, nur der Tatsache, daß sie selbst nichts waren, als deren Spiegel und Sprachrohr. Deshalb fehlte ihnen, wie Kerenski, die Kraft und die Fähigkeit, das Volk zu führen, deshalb konnten sie nicht widerstehen, als andere Männer neue und stärkere Begierden zu wecken wußten, die über das hinausgingen, was ihnen selbst das durch Parteiprogramme begrenzte Gewissen zu fordern erlaubte.

Das wiederum war es, was Lenin und Trotzki die Herrschaft

brachte, daß sie, gänzlich bedenkenfrei, durch gar nichts gebunden von vornherein an die in der Masse schlummernden letzten Instinkte zu appellieren, sie in Worte zu fassen wußten. Und fiel ihnen der Großstadtpöbel gleich zu, so folgten seinem Beispiel bald auch die Scharen, die zuerst Kerenski, Tschcheidse und Zeretelli auf den Schild gehoben hatten. Jahrelang war durch zielbewußte Agitation ihre Begehrlichkeit geweckt und genährt worden. Nun, da sie sich im Besitz der Macht wähnten, da sie alle Fesseln und Schranken vernichtet sahen, mußten sie sich ins Uferlose verlieren. Und ihnen gegenüber stand eine Staatsgewalt, die zwar nicht gesonnen war, ihre ständig wachsenden, den Rahmen des Parteiprogramms bald überschreitenden Forderungen zu erfüllen, die aber auch nicht die Kraft und Entschlossenheit besaß, ihnen entgegenzutreten. Immer deutlicher mußte die Masse empfinden, daß Recht und Gesetz nicht mehr galten, daß keine feste Hand mehr über dem Lande waltete, daß die Entscheidung nun bei ihr selbst lag. Und da brach sie los.

Aber Lenin und Trotzki waren nicht ihre Führer, nicht ihre Beherrscher. Sie waren nur ihre Sprecher und ihres Willens Vollstrecker. Nicht Lenin und Trotzki kamen zur Herrschaft, sondern die Massen selbst, deren Seele stets von anarchischen Instinkten erfüllt gewesen. Nun, da die sie bändigende Staatsgewalt vernichtet war, hatten sie freien Lauf.

Eine kraftlose Oberschicht und eine unehrliche, unfähige Bureaukratie hatten sich verdrängen lassen, ohne Widerstand zu leisten. An ihre Stelle trat eine Intelligenz voll bester Absichten, doch weltfremd und fern der Erkenntnis, daß der Staat Macht ist und daß die Menge stets und überall eine feste, stetige Hand über sich fühlen will. Neben die Intelligenz aber stellte sich, um sie immer mehr in den Hintergrund zu drängen, eine Gruppe von Männern, ihr wesensverwandt und zugleich in den Massen wurzelnd, eingeschworen auf blutleere Programme und doch erfüllt von den Instinkten der Massen. War es da ein Wunder, wenn auch sie bald weichen und denen Platz machen mußten, die die letzte Zügellosigkeit und die letzten Begierden vertraten?

Mit eherner Folgerichtigkeit spielte sich die russische Revolution ab. Kein Mann erschien, der dem Unheil steuern konnte, der das in anarchischen Wahnsinn verlorene Volk unter seinen

Willen zu zwingen, zu Recht und Ordnung zurückzuführen vermochte. Und nicht Männer waren es, nicht Helden und Führer, die das Banner der Revolution trugen, sondern Götzen, die die Menge sich nach ihrem Bilde geschaffen hatte.

Namen- und Sachverzeichnis.

